



ISS Lagebild

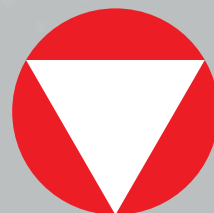
& Strategie Sicherheitspolitik

– ACTA –

Konferenz 2025

Zentrum und Peripherie – Wohin (mit) EUropa?

17. bis 19. September





Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Vertreten durch: GenLt Mag. Erich Csitkovits

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903548-24-4

Jänner 2026

1. Auflage / 400 Stk.

Druck:

ReproZ W26-xxxx

Stiftgasse 2a

1070 Wien

– ACTA –

Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2025



Zentrum und Peripherie – Wohin (mit) EUropa?

17. bis 19. September

Landesverteidigungsakademie
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Sala Terrena (großer Festsaal)

Mit Vortragenden aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Militär.

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie, welches für die inhaltliche und thematische Ausrichtung der Konferenz – bereits zum dritten Mal – verantwortlich zeichnet, hat auch diesmal einen globalen und regionalen Ansatz für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den aktuellen Sicherheitsthemen gewählt. Dieser Zugang basiert auf einem umfassenden Verständnis von Sicherheitspolitik, von dem schließlich nicht nur Militär, Politik und Wirtschaft, sondern auch die gesamte Gesellschaft profitieren. Die strategischen Fragen der Sicherheitspolitik, die im Rahmen dieser Konferenz behandelt werden, berühren wahrlich jeden von uns. Sie betreffen alle gesellschaftspolitischen Lebens- und Politikbereiche, und infolgedessen auch Personen in unserem unmittelbaren Umfeld, wie Familienangehörige, Freunde und Kameraden.

Die verfassungsmäßige „Umfassende Landesverteidigung“ (ULV) zum Schutz unseres Landes und der Bevölkerung muss wieder neu gedacht, sprich „revitalisiert“ werden. Zur ULV gehören neben der militärischen (MLV) die geistige (GLV), zivile (ZLV) und wirtschaftliche Landesverteidigung (WLW). Daher stellt sie einen gesamtstaatlichen Ansatz dar, dem auch die „Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2025“ in ihrer inhaltlichen Ausrichtung Rechnung trägt.

Insbesondere das Wissen über gegenwärtige und künftige Risiken vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen macht das Beschreiten neuer Wege in der Sicherheitspolitik erforderlich. Und in diesem Zusammenhang sehe ich auch die „Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik“ als einen Beitrag für die Generierung des erforderlichen Wissens, der weitere gesamtstaatliche Ableitungen zulässt. Denn sie verfolgt folgenden zentralen Zweck: Im Rahmen dieser Konferenz sollen sicherheitsrelevante Aspekte aus einer gesamtstaatlichen Perspektive erkannt und auch mögliche Lösungsansätze diskutiert werden, um damit die wissenschaftliche Grundlage für eine Revitalisierung der „Umfassenden Landesverteidigung“ Österreichs zu schaffen.

Es ist gerade die Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Form von angewandter Forschung, die im Austausch von Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft und Praxis, einen wertvollen Beitrag für eine gesamtstaatliche Gestaltung der Sicherheitspolitik darstellt. Für die Teilnahme und das Engagement möchte ich mich bei den zahlreichen nationalen und internationalen Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Militär recht herzlich bedanken. Mein besonderer Dank gilt allen Mitwirkenden der Landesverteidigungsakademie und besonders dem Institut für Strategie und Sicherheitspolitik für die am Puls der Zeit liegende moderne Konzipierung, Planung und Durchführung dieser wissenschaftlichen Konferenzreihe.

Es bleibt mir somit abschließend, Ihnen allen, für die unzähligen qualitativ hochwertigen Beiträge einschließlich der anregenden Diskussionen zu danken, und ich freue mich auf ein Wiedersehen sowie eine spannende, gemeinsame Zeit an der Landesverteidigungsakademie in Wien!

Brigadier Mag. Jürgen Wörgötter

Stellvertretender Kommandant und Chef des Stabes der Landesverteidigungsakademie Wien

Geleitwort

Geschätzte Leserinnen und Leser!

Mit dem nunmehr vorliegenden ACTA-Band der „Wissenschaftlichen Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2025“ des gleichnamigen Instituts der Landesverteidigungsakademie werden die verschriftlichten Beiträge der Konferenz einer breiten Öffentlichkeit zur wohlwollenden Aufnahme übergeben. Ausgehend vom gewählten Kernthema des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie als einem grundlegenden Strukturprinzip globaler Macht- und Ungleichheitsverhältnisse, beschäftigen sich unterschiedliche Expertinnen und Experten mit Fragestellungen aus Politik, Wirtschaft, Technologie, Gesellschaft und Sicherheit.

Dabei wird mehr als deutlich, dass bis heute nicht nur tiefgreifende Unterschiede zwischen Regionen, die als Zentren fungieren, und jenen, die in peripheren Abhängigkeiten verhaftet sind, bestehen, sondern erkannte Asymmetrien materielle Lebensbedingungen, politische Handlungsspielräume, Wissensproduktion und globale Wahrnehmungsmuster prägen. Dass diese oftmals historisch gewachsen und strukturell verankert sind sowie durch gegenwärtige technologische, ökologische und sicherheitspolitische Entwicklungen weiter verstärkt werden, ist offensichtlich.

„Wissenschaft ist der Kompass unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nur wer forscht, versteht die Dynamiken von Technologie und Gesellschaft und kann daraus robuste Strategien ableiten. Die Landesverteidigungsakademie bietet mit dieser Konferenz einen unverzichtbaren Rahmen, um wissenschaftliche Expertise zu bündeln und gemeinsam Antworten zu finden“, so Verteidigungsministerin Klaudia Tanner in der diesbezüglichen Presseaussendung.

Theoretische Zugänge wie das im übergreifenden Konferenzthema bereits angeführte „Zentrum-Peripherie-Modell“ oder klassische Ansätze wie die Modernisierungs-, Dependenz- oder Weltsystemtheorie bis hin zu postkolonialen und -modernen Perspektiven unterstützen zwar die kulturelle, diskursive und symbolische Sichtbarmachung globaler Machtverhältnisse, greifen jedoch in ihren Möglichkeiten, zukünftige Entwicklungen vorherzusagen, zu kurz. Gerade in dieser Hinsicht ist ein umfassend verstandener Strategie- und Sicherheitsbegriff von Nutzen, impliziert er doch das Ineinandergreifen unterschiedlicher Denkansätze und die Berücksichtigung ökonomischer, politischer und technologischer Strukturen. Gerade letztere sollten in ihren Auswirkungen keinesfalls unterschätzt werden.

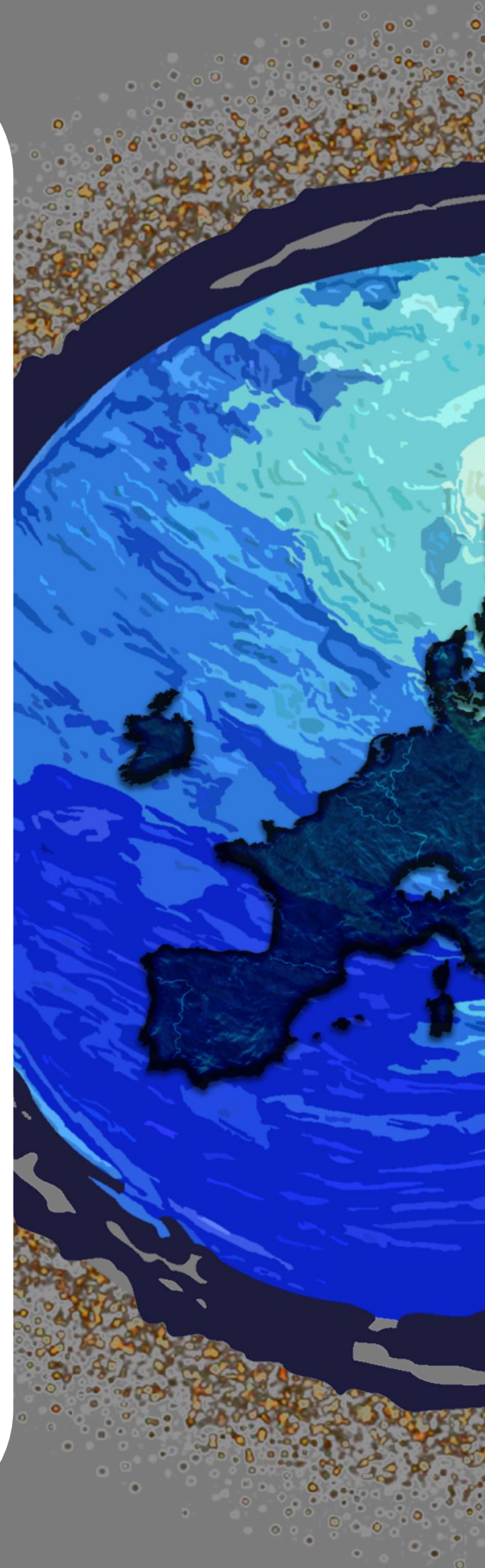
Der nun vorliegende Konferenzband versteht sich somit als interdisziplinärer Beitrag zur Analyse globaler Ungleichheiten und ihrer politischen, technologischen und sicherheitspolitischen Implikationen. Den Vortragenden, denen ich für ihre zeitgerecht übermittelten, im besten akademischen Sinne ausschließlich ihre Sichtweisen und Meinungen wiedergebenden Abhandlungen ganz besonders danken möchte, wurden lediglich geringe formale Vorgaben gemacht, um sie in ihrer Beitragsgestaltung einerseits nicht einzuschränken, andererseits dem geneigten Leser einen spannenden, aber auch abwechslungsreichen Lesestoff in die Hand zu geben. Es darf um eine wohlmeinende Rezeption gebeten werden.

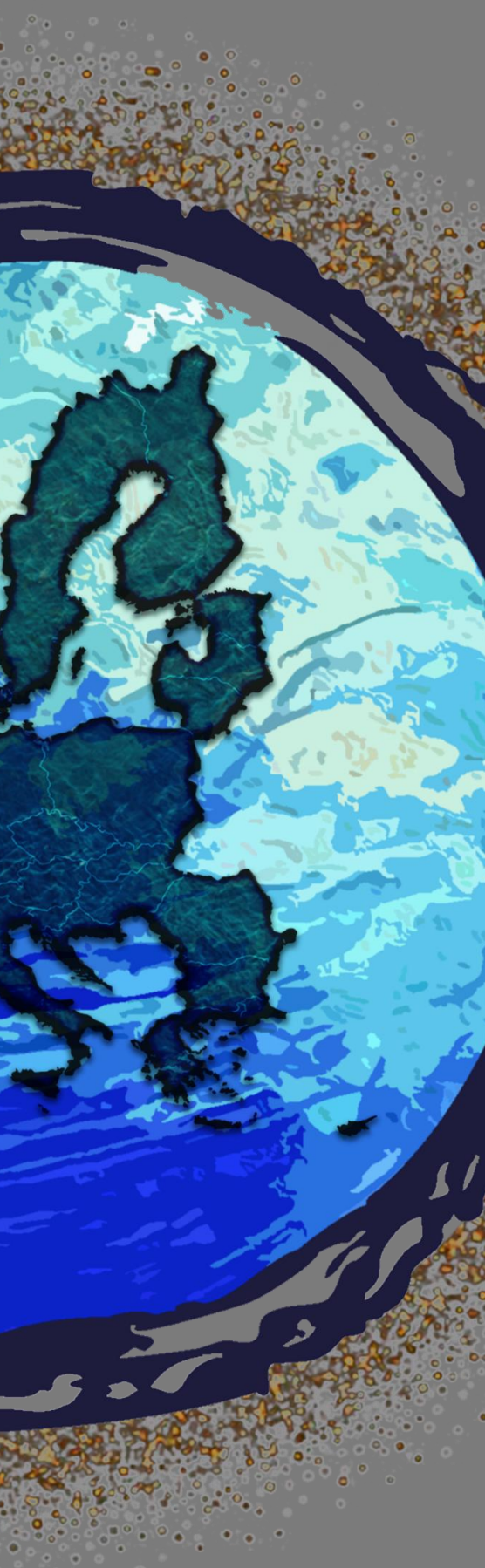
Hofrat Dr. Mario Christian Ortner

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien

**Wissenschaftliche Konferenz
für Strategie und Sicherheitspolitik 2025
Zentrum und Peripherie – Wohin (mit) EUropa?**

- 07 Aktuelle Krisen und Konflikte**
Zentrum und Peripherie – Verschiebung der
geopolitischen Machtachsen?
Ausgewählte Beispiele
Reiner Schwalb
- 22 Geopolitik und die EU**
33 Jahre nach ihrer Gründung: ein Lagebericht
Gunther Hauser
- 35 Chinas doppelte Rolle**
als Zentrum und Peripherie
Barbara Farkas
- 56 Was hat die politische Kultur der USA
mit ihrer Außenpolitik zu tun?**
Mitchell G. Ash
- 62 Politik. Macht. Zukunft.**
Russland zwischen Zentrum und Peripherie
Christoph Bilban
- 67 Umfassende Landesverteidigung**
Zusammenfassung des Panelleiters
Wolfgang Baumann
- 72 Nationale Sicherheit neu denken**
Die erodierende Weltordnung und
das Bundes-Krisensicherheitsgesetz.
Andreas Schlegel
- 76 Die Geistige Landesverteidigung im
österreichischen Bildungssystem**
Baustein für Sicherheit und Demokratie
Kristina Mandl
- 80 Wirtschaftliche Landesverteidigung
in Österreich**
Georg Manlik
- 87 Zentrum macht Peripherie**
Zur künftigen Genealogie einer
„Umfassenden Unionsverteidigung“ (UUV)
Christian Stadler und Lukas Bachmann





- 96 Die Europäische Union und Lateinamerika**
Johannes Maerk
- 101 Zentrum & Peripherie**
Wohin (mit) Europa in Afrika?
Gerald Hainzl
- 105 Operational Art**
In ihrer Ursprungsform zur Bewältigung
zukünftiger Herausforderungen
Jürgen Wimmer
- 113 „Contested Logistics“**
Ein Schlüsselthema militärischer Operationen
Andreas Alexa
- 120 Das Europäische Weltraumprogramm**
Wieso der „alte Kontinent“ im Weltraum
ALLgegenwärtig und doch nur als
„Anhalter durch die Galaxis“ unterwegs ist
Norbert Frischauf
- 143 Das gläserne Gefechtsfeld und seine
Herausforderungen**
Ableitungen und Folgerungen zur derzeitigen
russisch-ukrainischen Kriegsführung
Markus Reiser
- 151 Globale Lieferketten**
Herausforderungen für Europa
und Österreich?
Christian Mandl
- 156 Energiewirtschaft und Energieflüsse**
Aspekte der Energiesystemtransformation
Josef Bogensperger
- 164 Europas unterschätzte Klimarisiken**
für Gesellschaft und Sicherheit
Sabrina Kaschowitz
- 169 Reform des Gemeinsamen
Europäischen Asylsystems (GEAS)**
und ihre Auswirkungen auf die
Sicherheitsarchitektur Europas
Judith Koblenberger
- 176 KI als Schöpfung des Menschen**
Eine ethische Perspektive
Bartosz Kujat
- 183 Anhang – Programm mit Teilnehmern**

*„Der Starke macht was er will,
der Schwache erduldet was er muss.“*

UNGSAKADEMIE
EN

Sino-
Partn

RUS

DEN

Aktuelle Krisen und Konflikte

Zentrum und Peripherie – Verschiebung der
geopolitischen Machtachsen?

Ausgewählte Beispiele

von Reiner Schwalb

Die Welt taumelt scheinbar im Dauerkrisenmodus. Konflikte lodern, Allianzen bröckeln, Ordnungssysteme werden ignoriert, negative Schlagzeilen entstehen wie am Fließband, doch findet man im öffentlichen Diskurs dieser scheinbaren Unordnung wenig Lösungsvorschläge und kaum Einordnung. Respektieren Autokraten internationale Organisationen oder blockieren sie diese aufgrund mangelnder Kompromissfähigkeit und ausschließlicher Verfolgung nationaler Eigeninteressen? Es scheint, als würden internationale Organisationen und deren Regeln obsolet und es gewinne doch das Recht des Stärkeren und nicht die Stärke des Rechts. Eine Weisheit, die sich schon im Melier-Dialog von Thukydides – beziehend auf den Peloponnesischen Krieg vor 2.500 Jahren – widerspiegelt.¹ In Kurzform: *Der Starke macht was er will, der Schwache erduldet was er muss*. Ein Prinzip, welches anders formuliert² auch bei Machiavelli zu finden ist und sich ebenso heutige Autokraten oder autokratisch Handelnde zu eigen gemacht haben. Der Eindruck entsteht, es seien internationale Systeme von OSZE bis zu den Vereinten Nationen (VN) oder Regeln, wie die der Welthandelsorganisation (WTO), dysfunktional geworden, als könnten sie ihre Kernaufgaben, das friedliche und organisierte Zusammenleben und den geordneten Handel von Staaten, nicht mehr sicherstellen. In Präsident Selenskyjs Frage an die Teilnehmer des VN-Sicherheitsrates am 5. April 2022 – „*Wo ist die Sicherheit, die der Sicherheitsrat garantieren muss? Wo ist der Frieden, für den die Vereinten Nationen entstehen?*“³ – wurde dieser Zusammenhang, Europa betreffend, schon im Frühjahr 2022 formuliert.

¹ Thukydides, Peloponnesischer Krieg, 5.84–116: Melier-Dialog, https://jurclass.de/jurclass/griechisch/texte/thuk_5.84-116.html, letzter Zugriff 07.12.2025.

² „it is much safer to be feared than loved“, Peter Parot; *Makers of Modern Strategy – from Machiavelli to the Nuclear Age*, S. 25; Princeton University Press, 1986, Princeton.

³ Ukraine Crisis Media Center; Tag 41 des Krieges: Selenskyjs Rede vor dem UN-Sicherheitsrat <https://uacrisis.org/de/tag-41-des-krieges-selenskyjs-rede-vor-dem-un-sicherheitsrat-95-der-ukrainer-glauben-an-einen-sieg-was-ist-los-mit-der-russischen-seele>, letzter Zugriff 11.11.2025.

These 1: Die Unterbrechung der Globalisierung scheint eingeläutet.

Anfang der 2000er wurde von Experten erwartet, dass Globalisierung⁴ das politische Handeln im 21. Jahrhundert dominieren würde.⁵ Innerhalb dieser Globalisierung sorgten Regeln und Ordnungssysteme für Stabilität.

Sehen wir jetzt ein Ende der Globalisierung, wenn wir von *Derisking* und *Decoupling* sprechen, oder nur eine veränderte Globalisierung, die lediglich existentielle Abhängigkeiten abbaut? Thomas L. Friedman⁶ beschrieb Anfang der 2000er Globalisierung als einen Prozess auf dem Weg zu Globalität. Ein Prozess, der einen unaufhaltsamen Weg der Integration von Märkten, Nationalstaaten und Technologien beschreibe, wie wir ihn vorher noch nie gesehen hätten.

Die heutige Wirklichkeit scheint durch vielfältige Kriege und Krisen und in deren Folge Überbetonung der nationalstaatlichen Interessen, das Ignorieren von Grenzen, die Abschottung von Märkten und die Zerstörung der integrierenden Systeme und Ordnungen geprägt. In der Militärpolitik wurden in Europa durch Vertragskündigungen, Nichtverlängerung oder Verletzung (wie ABM-, KSE-Vertrag, *Treaty on Open Skies*, Wiener Dokument 2011) die rüstungskontrollpolitischen Leitplanken abgerissen. Und nicht zuletzt wurden in der Wirtschaftspolitik Regeln weltweit außer Kraft gesetzt.

Als Waffe genutzte wirtschaftliche Abhängigkeit scheint ein unvorhergesehenes Nebenprodukt der großen Ära der Globalisierung zu sein, die sich scheinbar ihrem Ende zuneigt.

Im Heute betrachten wir – insbesondere Militärs – in erster Linie Geographie⁷, relative militärische Stärken und Bündnisse, Wirtschaftsmacht und politischen Einfluss. Aber wird die Ordnung nicht in Zukunft auch durch KI dominiert werden? Werden wir also „viel weiter“ denken müssen, insbesondere, wenn neue Machtachsen eine stabilisierende Wirkung haben sollen?

Eine stabile Weltordnung, welche wir in den vergangenen Jahrzehnten genossen haben, ist allerdings eine seltene Sache. Der amerikanische Diplomat und Präsident des *Council on Foreign Relations*, Richard Haass, schrieb 2018:⁸ „*Wenn sie einmal entsteht, geschieht dies meist nach einer großen Erschütterung, die sowohl die Voraussetzungen als auch das Verlangen nach etwas Neuem schafft*“. Erschütterungen sehen wir heute genug – groß sind sie auch.

⁴ Definition: definition of Globalization as a long-term process implies a transition to “globality” – a more interconnected world system in which interdependent networks and flows surmount traditional boundaries (or make them irrelevant); *The Global Century, Globalization and National Security*, National Defense University Press, Washington D.C., 2001, S. 37.

⁵ Vgl. ebenda.

⁶ Vgl. Thomas L. Friedman, *The Lexus and the Olive Tree*, First Anchor Books, New York, 2000.

⁷ Vgl. Tim Marshall; *Prisoners of Geography*; Elliot & Thompson, 2025, Kindle Version

⁸ *How a World Order Ends*, Richard Haass, January/February 2019 Published on December 11, 2018; https://www.foreignaffairs.com/world/how-world-order-ends?utm_medium=newsletters&utm_source=fabackstory&utm_content=20250727&utm_campaign=NEWS_Backstory_072725_How%20a%20World%20Order%20Ends&utm_term=fa-backstory-2019, letzter Zugriff 03.08.2025.

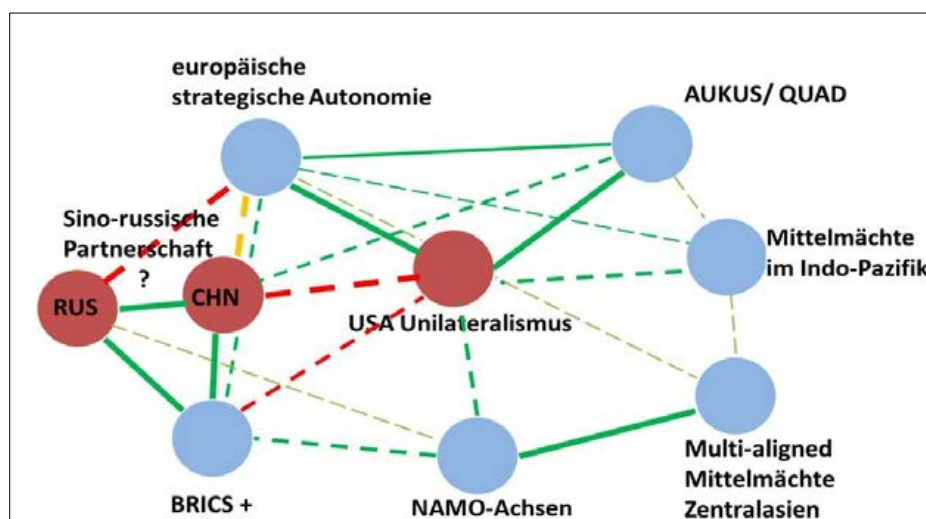
Die Dependenztheorie, die in den 1960er Jahren entstand, diskutiert die Abhängigkeit der Entwicklungsländer (Peripherien) von Industrieländern (Metropolen). Heute sprechen wir sicherlich nicht mehr von Entwicklungsländern in der Peripherie und ihrer Abhängigkeit von Industrieländern als Metropolen, sehr wohl aber bleibt der Kern des Verhältnisses bestehen: Abhängigkeit. Negative Folgen einer Abhängigkeit lassen sich durch akzeptierte Regeln minimieren. Wenn diese aber ignoriert und gebrochen werden, muss man andere Wege gehen, um damit umzugehen. Diese Wege können regionale Kooperationen sein, welche mit unterschiedlichen Staaten auf unterschiedlichen Politikfeldern eingegangen werden können.

Industrielle Zentren kontrollieren Wertschöpfung und setzen Regeln für abhängige Ökonomien. Lieferketten, Schuldenbeziehungen, Kontrolle über digitale Netze, Satelliten, *Pipelines* oder Verkehrsachsen unterstützen diese Prozesse.

Militärische Sicherheitspakete und Einflussnahme geschehen durch dominante Schutzmächte mit Militärbasen im Ausland, „Schirmherrschaft“ und Waffenlieferungen, verbunden mit Abhängigkeiten. Die vertikale Struktur zwischen einem Sicherheitsgaranten und dem Garantieempfänger trägt zur Bildung neuer Machtachsen oder zur Auflösung alter bei.

Das ideologische Element von Soft Power sollte nicht vergessen werden. Seine Wirkung entfaltet es primär durch Kultur-, Bildungs- und Medienexport, über welche Normen und Narrative von einem Zentrum nach außen „herabgestrahlt“ werden (z. B. Westen vs. globaler Süden). Dieses auch eigene Identität bestimmende ideologische Element wird in seiner zielgerichteten Propaganda und Desinformation besonders deutlich in der Geschichtsumschreibung in Autokratien und Diktaturen.⁹ All dies steht im Gegensatz zu dem Begriff und den positiven Inhalten einer auf Regeln- und Normen basierenden Globalisierung in einer multilateralen Welt.

These 2: Neue Machtachsen werden sich umstandsgetrieben bilden.



Anmerkung: Blaue Punkte stehen für Achsen und Mittelmächte, rote für Großmacht-Pole. Die Beziehungen wiederum sind überwiegend positiv (grün) oder negativ (rot) oder wechselnd dargestellt (Quelle: Reiner Schwalb)

⁹ Vgl. Katie Stallard, *Dancing on Bones*, Oxford University Press, New York, 2022.

Durch Bindung der Kräfte aufgrund eines Krieges (Russlands Angriff auf die Ukraine) oder dem primären Ziel der Fokussierung auf sich selbst (USA)¹⁰, die Kriege im Nahen Osten, mit der Schwächung des Iran und seiner Stellvertreter Hamas, Hisbollah und Houthies durch Israel und die USA sind heute im Umfeld Europas Machtlücken oder zumindest poröse Systeme entstanden, die neu ausgefüllt oder ausgenutzt werden.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die daraus resultierenden westlichen Sanktionen führten zu einer engeren Verbindung Russlands mit China, Nordkorea und dem Iran. Neben der aus der Notwendigkeit geborenen geopolitischen Orientierung nach Osten scheint die russische geopolitische Strategie auch stark beeinflusst durch eine Analyse¹¹, herausgegeben von Mitgliedern des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik: Dmitrij Trenin (langjähriger außenpolitischer Analyst), Sergej Awakjanz (ehemaliger Oberbefehlshaber der russischen Pazifikflotte) und Sergej Karaganow (einer der bekanntesten geopolitischen Strategen Russlands). Ihnen zufolge bildet die sino-russische Partnerschaft das Zentrum einer sich entwickelnden Großmacht-Koalition. Dies primär, um der von Russland so wahrgenommenen militärischen und ideologischen Bedrohung durch den Westen begegnen zu können.

Russland sieht demnach in China keinen ideologischen Bruder, aber einen strategischen Partner auf Augenhöhe mit globaler Reichweite. Beide Staaten stimmen sich zunehmend regional (Nahost, Asien) und funktional (Militär, Sicherheit, Logistik, Katastrophenschutz) ab. Die Zusammenarbeit in der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) könnte langfristig ein alternatives eurasisches Sicherheits- und Wirtschaftssystem formen – ohne den Westen. Besonders wichtig scheint der Ausbau der strategischen Beziehungen zu Indien, um BRICS, SCO und die eurasische Partnerschaft zu stärken und westlichen Versuchen entgegenzuwirken, Indien gegen China auszuspielen. Russland sieht sich dabei als Vermittler zwischen Neu-Delhi und Peking. Auch die Türkei, Länder der arabischen Welt, Afrikas und Lateinamerikas sollen in diese neue multipolare Ordnung in Beziehungen mit Russland eingebunden werden. Dabei setzt Moskaus geopolitische Vernetzung auf wirtschaftliche und militärische Kooperation sowie auf asymmetrische Hebel, um seine Interessen global abzusichern und dem westlichen Einfluss und damit auch den westlichen Sanktionen entgegenzutreten. Russland kommt hierbei die Trumpsche Außenpolitik entgegen, weniger auf etablierte Koalitionen und Verbündete zu bauen.

Die langfristige geographische Fokussierung der USA auf China sowie der Fokus Europas auf Russland und China führten zu mehr Freiräumen und Chancen des „Globalen Südens“. Die ehemals als peripher angesehene „Global South-Cooperation“ entwickelt sich scheinbar zu einer eigenen Macht-Achse, nämlich BRICS+ , mit Expansion um Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten, Indonesien und andere.

¹⁰ Die USA versuchen sich auf sich selbst zu fokussieren – jedoch kommen sie auf dem Weg dorthin nicht umhin, sich auch auf andere Weltregionen zu fokussieren – so z.B. mit dem 28-Punkte-Plan im Ukraine- Krieg, in Israel-Hamas Friedensprozess; Im Kongo-Ruanda Krieg, demnächst auch im Sudan.

¹¹ От сдерживания к устрашению, Дмитрий Тренин, Сергей Авакянц, Сергей Караганов
Издательство АО «Молодая гвардия» 2024.

Neue südliche Kooperationsformen versuchen, westliche Dominanz zu relativieren und alternative Normen und Werte, Finanzierungsmechanismen und *Governance*-Ansätze zu etablieren. Hierbei handelt es sich weniger um monolithische Bündnisse als um ein heterogenes, strategisch nicht gebundenes Netzwerk, welches multipolare Optionen auslotet. Gleichzeitig zeigen interne Spannungen und fehlende Kohärenz die Bruchlinien dieses Projekts. Auch eine SCO-Einigkeit scheint lediglich in der Sichtweise der Ablehnung westlicher liberaler Werte zu bestehen. Hier wird offensichtlich, dass der in den Vereinten Nationen allgemeingültige Wertekonsens Risse bekommen hat¹².

In Lateinamerika, Afrika und auch Südostasien beobachten manche Analysten ein „à la carte“-*Multi-Alignment* der Mittelmächte. Es werden flexible, situationsabhängige Partnerkonstellationen entwickelt: Sie ziehen Vorteile aus mehreren Achsen, ohne sich vollständig zu binden. Dies verwischt klassische, gewachsene und westlich geprägte Konstellationen und macht die Ordnung fluider, aber es erschwert auch, ihre Weiterentwicklung und eigene Einflussnahme auf dieselbe zu prognostizieren.

Solche neuen Achsen sind nicht statisch: Kooperationen können gleichzeitig koexistieren, sich überlappen oder in Spannungen geraten (z. B. Indiens Balance zwischen USA und Russland/China, innere Zerreißproben bei BRICS, europäische Uneinigkeit trotz Strebens nach Autonomie). Die Weltordnung 2025 bewegt sich hin zu multipolaren, hybriden und flexiblen Achsen, weniger zu festen Blöcken und Allianzen.

Näher beleuchtet werden sollen im Folgenden schlaglichtartig die ökonomische Krise, die militärischen Krisen in der Ukraine und dem NAMO-Raum sowie der Südkaukasus, auch weil dort in unserer geographischen Peripherie besonders gestaltend Einfluss durch Europa genommen werden sollte.

These 3: Präsident Trumps Politikansatz trägt erheblich zur Verunsicherung in der Welt bei.

Mit Donald Trumps Wirtschaftspolitik haben die Vereinigten Staaten ihre Rolle als „*Versicherer*“ der Welt aufgegeben – also als Garant für Sicherheit, stabile Handelsregeln und den Schutz des Dollar-Systems. Stattdessen verfolgen sie zunehmend eine Politik, die Verbündete unter Druck setzt, eigene Vorteile versucht zu maximieren und Unsicherheit gezielt als Machtmittel einsetzt.

Die globale Wirtschaftsordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die USA geprägt wurde, scheint nicht mehr zu existieren¹³.

UNCTAD, das *UN Council on Trade and Development*, stellt im Bericht vom September 2025 unter dem Titel „*Trade policy uncertainty looms over global markets*“¹⁴ fest, dass die Unsicherheit in der Handelspolitik die Weltwirtschaft auf drei zentrale

¹² Dies scheint sowohl für die allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu gelten als auch für das Prinzip der Gleichheit und nationalen Souveränität aller Staaten, welches einer sich bildenden multipolaren Weltordnung entgegensteht.

¹³ Vgl. Adam S. Posen, *Foreign Affairs*, Volume 104, Number 5, Sep/Oct 2025.

¹⁴ UN Trade & Development; Global trade update September 25; https://unctad.org/system/files/official-document/ditcinf2025d7_en.pdf, letzter Zugriff, 11.11.2025.

Weisen belastet, nämlich durch höhere Kosten, langsames Wachstum und Risiken für die Finanzstabilität.

Es scheint so, als würde die neue Trump-Ära zum politischen Testfeld für die USA werden: Mit wirtschaftlichen, militärischen und politischen Vorstößen will Washington ausloten, was in einer neuen Weltordnung Bestand hat – und was sich als Illusion entpuppt. Dieses scheinbar erratische Verhalten führt für den Rest der Welt zu Unsicherheit und zu der Suche nach anderen Stabilitätsankern. Diese sind nicht zwingend Russland oder China. Sie finden sich auch in neuen Gruppierungen und regionalen Machtachsen, nicht notwendigerweise in festen Allianzen. Diese politische, wirtschaftliche und militärische Kooperation wird von manchen Beobachtern als „Minilateralismus“ bezeichnet.

Es wirkt so, als folge Donald Trump dem Rat George Washingtons aus dessen Abschiedsrede von 1796¹⁵, sich nicht zu „*chronischen Antipathien gegen bestimmte Nationen und leidenschaftliche Bindung an andere*“ hinreißen zu lassen. Der zu Washingtons Zeit nachvollziehbare Rat, führt heute zu politischer und wirtschaftlicher Unordnung. Über Jahrzehnte profitierten die USA davon, dass andere Länder ihre Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität in amerikanische Hände legten. Im Gegenzug erhielten sie verlässlichen Zugang zu Märkten, Kapital und Schutz vor Risiken. Dieses System war für alle Seiten lohnend. Trump hat es jedoch in eine Art Schutzgeldsystem verwandelt. Militärische Garantien werden an Waffenkäufe gekoppelt – so wie in den europäischen NATO-Staaten Handelspartner mit Zöllen bedroht und Nationen zu Investitionen in den USA gedrängt oder erpresst werden (z. B. EU, Golfstaaten, Ukraine, Aserbaidschan, Japan).

Eine erste Konsequenz für Europa wird deutlich – das Streben nach strategischer Autonomie. Die offensichtliche Trumpsche Vorstellung ist, dass rivalisierende Großmächte – so wie Russland und die USA – zusammenkommen sollten, um ein chaotisches internationales System zu steuern, welches sie selbst durch das Verlassen von Regeln befördern.

Die Ideen Xis und Putins sind in ihrem Denken dem Trumpschen ähnlich und damit per se zum Nachteil kleinerer und wirtschaftlich sowie militärisch weniger potenter Staaten. Wirtschaftliche oder militärische Macht werden durch diese Staaten zur Ausübung von Druck und zur Erpressung Dritter genutzt.

Als **Kernaussage** kann man festhalten, dass Trumps regellose Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer Schutzgeldphilosophie in der Militärpolitik, zu einer großen Verunsicherung in der Welt geführt hat.

These 4: Russlands Angriff auf die Ukraine beeinflusst die Peripherie im Kaukasus, Zentralasien und NAMO genauso stark wie Europa.

Nach fast vier Jahren Krieg und mit dem Start der US-Friedensinitiative durch Trump Anfang des Jahres in Saudi-Arabien und dem nach vielen Treffen durch die USA und Russland erarbeiteten 28-Punkte-Plan ist die sicherheitspolitische

¹⁵ George Washington, 1796: „nothing is more essential than that permanent, inveterate antipathies against particular nations and passionate attachments for others should be excluded“; <https://www.georgewashington.org/farewell-address.jsp>, letzter Zugriff 12.11.2025.

Diskussion in Europa geprägt von der Frage, welchen Einfluss wir Europäer nehmen können, und welche Konsequenzen aus einem Trump-Putin-Deal erwachsen könnten?

Diese und andere Auswirkungen, wie ein von manchen Experten (Sönke Neitzel¹⁶ oder Carlo Masala¹⁷) prognostizierter Angriff auf die NATO, die sogenannte „hybride Kriegsführung“ Russlands und die daraus resultierende Notwendigkeit zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben, sind bestimmend für die sicherheitspolitische Diskussion in Europa.

In der Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine als souveränes Land werden wir auf absehbare Zeit seitens der Russischen Föderation eine konfrontative Sicherheit gegenüber der EU und NATO – mit all ihren Gefahren – sehen. Dieser Krieg hat aber über Europa hinausgehende Folgen. So sind die russischen politischen, militärischen und ökonomischen Kräfte so gebunden, dass eine Schwächung des Einflusses in dem von Russland so bezeichneten „nahen Ausland“ ebenso folgte, wie eine Einflusschwächung im NAMO und neue, bereits erwähnte, Abhängigkeiten Moskaus.¹⁸

Die Invasion von 2022 traf viele Nachbarstaaten Russlands in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien ebenso unvorbereitet, wie Westeuropäer – und bestätigte ihre Sorge, dass Russland weiterhin eine ernsthafte Bedrohung für ihre Souveränität und territoriale Integrität bleiben wird. Gleichzeitig eröffnet sie den Ländern der Region neue Spielräume. Armenien, Aserbaidschan, die Stan-Staaten in Zentralasien und auch Georgien, letzteres schwankend, scheinen sich von Russland abzulösen. Moskaus Unfähigkeit, weiterhin Einfluss auf Konflikte in der Region zu nehmen, wurde u. a. im Herbst 2022 deutlich, als die Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan erneut wuchsen. Auch zwischen Kirgisistan und Tadschikistan kam es zu Scharmützeln im Fergana-Tal mit mehr als 100 Toten, ohne dass Russland einen stabilisierenden Einfluss, so wie in der Vergangenheit, nehmen konnte.

Während Russland in der Ukraine gebunden ist, haben Nationen im Südkaukasus und in der weiteren Peripherie Russlands ihre Zusammenarbeit untereinander ausgebaut, Partnerschaften mit Akteuren außerhalb der Region vertieft und die Bindungen an den einstigen imperialen Hegemon gelockert. Das russische außenpolitische Konzept von 2023 – das Strategiepapier, welches die Leitlinien und Prioritäten der russischen Außenpolitik festlegt – hat auch deswegen den Begriff „*nahes Ausland*“ wiederbelebt. Als Rechtfertigung für Moskaus Bemü-

¹⁶ Sönke Neitzel; „Vielleicht ist der kommende der letzte Sommer, den wir noch im Frieden erleben“. Gespräch mit Anna Engelke im NDR, Streitkräfte und Strategien am 04.04.2025; <https://www.ardaudiothek.de/episode/urn:ard:episode:fab92159796522c5/>, letzter Zugriff 07.12.2025.

¹⁷ Vgl. Carlo Masala, Wenn Russland gewinnt: Ein Szenario; C.H. Beck, März 2025.

¹⁸ Vgl. Russia Is Losing Its Near Abroad, Jeffrey Mankoff, Foreign Affairs, July 24, 2005.

hungen, diese Länder im eigenen Einflussbereich zu halten, verweist das außenpolitische Strategiepapier auf „*jahrhundertealte Traditionen gemeinsamer Staatlichkeit, enge Verflechtungen [...] eine gemeinsame Sprache und verwandte Kulturen*“.¹⁹

Eine enge russische Überwachung der Entwicklungen in Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und auch Turkmenistan werden wir wohl auch in Zukunft sehen. Dennoch, oder gerade deshalb, haben Nationen in den sogenannten Stan-Staaten (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) und im Südkaukasus (Armenien, Aserbaidshan, Georgien) ihre Zusammenarbeit untereinander vertieft. Handelswege werden diversifiziert, und Alternativen zum Transit über Russland entstehen, ohne dass schon lange geplante und teilweise bestehende aufgegeben werden. Hierauf wird später noch eingegangen.

Weil Moskau die zugesagten Rüstungsexporte nicht mehr bedienen kann, orientieren sich Staaten, wie z. B. Armenien, inzwischen an Lieferanten in Europa und Indien. Andere Länder der Region kaufen Waffen in der Türkei oder in China. Zudem hat Russland Truppen und Gerät aus Militärbasen im Kaukasus und in Zentralasien abgezogen, um sie in der Ukraine einzusetzen – was lokalen Regierungen die Chance gibt, lang schwelende Konflikte ohne russische Einflussnahme zu lösen. Dennoch wird es russisches Ziel bleiben, westlichen und türkischen Einfluss in der Region zu begrenzen oder zurückzudrängen, pro-russische Kräfte zu stärken (so in der Republik Moldau und in Georgien) und militärische Präsenz – nach Beendigung des Krieges gegen die Ukraine – wieder aufzubauen (z. B. in Armenien). Russland bleibt, wenn auch mit geschwächtem Einfluss, ein zentraler Akteur im Südkaukasus und in Zentralasien. Geographische Nähe, historische Bindungen und enge Elitenkontakte sichern Moskau diesen Einfluss. Viele Regierungen der Region pflegen, trotz der Abnabelung, gute Beziehungen zu Russland, auch wenn sie den Krieg gegen die Ukraine kritisieren. Beispiele hierfür sind Kasachstans Auftrag an Rosatom zum Bau eines Kernkraftwerks sowie Russlands Kooperation mit Aserbaidshan und Iran beim Ausbau des *North-South Transport Corridor*. Aserbaidshan spielt dabei eine Schlüsselrolle. Statt sich klar für Russland oder den Westen zu positionieren, nutzt die Regierung in Baku die Rivalität, um eigene Chancen zu maximieren.

Als **Kernaussage** kann man festhalten: Russlands Krieg gegen die Ukraine hat also nicht nur eine geostrategische, überlebenswichtige Relevanz für die Ukrainer selbst und für die künftige sicherheits- und stabilitätspolitische Ausrichtung Europas, sondern seine Auswirkungen auf die künftige Weltlage gehen weit darüber hinaus. Veränderungen der Handelswege sind ebenso betroffen, wie eine Veränderung der sicherheitspolitischen Verhältnisse in der fragilen Kaukasusregion.

Mehr detailliert dargestellt werden soll das Geschriebene an den Beispielen Armeniens und Aserbaidshans.

¹⁹ Außenpolitisches Konzept Russische Föderation 2023 in <https://welttrends.de/wp-content/uploads/31-SoA-2023-dgksp-dp-KonzeptAussenpolitik-RF-2023-deru-Auszug-XXXI.pdf>, letzter Zugriff 07.12.2025.

Nach der armenischen Militäroperation in Berg-Karabach im Februar 1992 und den folgenden Unruhen in Armenien und Aserbaidschan schloss Präsident Gaidar Alijew im Mai 1994 mit Armenien einen Waffenstillstand, der die territoriale Frage um Berg-Karabach zwar nicht löste, aber das Verhältnis zu Armenien zunächst beruhigte. Dennoch, die aus Sicht Aserbaidschans offene Wunde um Karabach, Teil dieses Waffenstillstands, blieb bis zum Krieg 2020 bestehen. Bis dahin sicherte Russland den Status quo, vereinfacht dargestellt durch Waffenlieferungen an Aserbaidschan einerseits und durch seine in Armenien stationierten Truppen andererseits. Russlands Fokus lag 2020 aber schon nicht mehr auf dem Südkaukasus. Seit dem „*Minsker Gipfel*“ 2019 in Paris war für den Kreml klar, dass *Minsk* nicht im Sinne Russlands umgesetzt werden würde – also wechselte Moskaus Schwerpunkt in der Folge auf die Vorbereitung einer direkten militärischen Bedrohung der Ukraine.

Die Türkei nutzte diese Chance, sich selbst in der Region stärker zu positionieren, und spielte eine nicht unbedeutende Rolle dabei, Aserbaidschan im Krieg von 2020 gegen Armenien um Bergkarabach zum Sieg zu verhelfen – ein Ereignis, das das Kräfteverhältnis an der östlichen Flanke der Türkei nachhaltig zugunsten der Türkei und zum Negativen für Russland veränderte. Armenien fühlte sich von Russland verraten und musste jetzt versuchen, unmittelbar mit Aserbaidschan und der Türkei Arrangements zu finden.

Die Entfremdung Aserbaidschans von Moskau wurde besonders deutlich nach dem Abschuss eines aserbaidshanischen Passagierflugzeuges durch die russische Flugabwehr am 25. Dezember 2024 – Putins Entschuldigung kam spät und war aus Sicht Alijews dürftig. Das Verhältnis wurde weiterhin durch einen russischen Angriff in der Ukraine auf ein aserbaidshanisches Öldepot von SOCAR belastet, dem staatlichen aserbaidshanischen Ölonternehmen. Aserbaidschan ist wegen seiner neuen Handlungsfreiheit zu einem unverzichtbaren Faktor im Energie- und Handelstransfer zwischen Europa, der Türkei und Zentralasien geworden. Deutlich zu sehen ist dies auch an dem neu entwickelten „Sangesur-Energiekorridor“. Der Sangesur-Korridor wird das Hauptgebiet Aserbaidschans über Armenien mit der Exklave Nachitschewan verbinden und so den Landweg von Europa nach Zentralasien über die Türkei und den Südkaukasus verkürzen.

Am 13. März 2025 wurde bekannt gegeben, dass sich Armenien und Aserbaidschan bilateral über alle Bedingungen und den Text eines Friedensabkommens geeinigt hätten²⁰. Nach dem Unterzeichnen des Friedensvertrags in Washington am 8. August 2025, der die Gewährung exklusiver Rechte an die USA für die Entwicklung des Sangesur-Korridors, den die US-Regierung als „*Trump Route for International Peace and Prosperity*“ (TRIPP) bezeichnet (ohne Kontrolle durch Armenien; mit Nachitschewan und damit auch der Türkei verbunden), vorsieht, traf sich der stv. russische Ministerpräsident Aleksei Overtschuk am 21. August in Jerewan mit Armeniens Premierminister Paschinjan. Dem Kreml ging es um den Erhalt des Einflusses Russlands in der Region, die Verhinderung einer Verstärkung der aserisch-türkischen Achse und des US-Einflusses im Südkaukasus.

²⁰ Reuters; Armenia and Azerbaijan agree treaty terms to end almost 40 years of conflict; Felix Light, Nailia Bagirova <https://www.reuters.com/world/armenia-says-it-is-ready-sign-peace-agreement-with-azerbaijan-2025-03-13/>, letzter Zugriff 25.10.2025.

Ein Handels- und Energiekorridor aus Zentralasien nach Europa und der Türkei unter Umgehung Russlands hat eine große Bedeutung, auch weil sich die Eurasische Wirtschaftsunion nicht als erfolgreich erwiesen hat. Allerdings sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.²¹ Diskussionen über einen Gas-Energiekorridor wurden fast parallel zwischen Aserbaidshan, Syrien und der Türkei geführt. Schon im Juli unterzeichnete die syrische Regierung ein Memorandum of Understanding mit SOCAR, Erdgas über die Türkei nach Syrien zu liefern.

Das Friedensabkommen zwischen Aserbaidshan und Armenien ist somit ein bedeutendes Ereignis für die Region. Stabilität ohne großen russischen Einfluss dient den dortigen Nationen, verschafft aber auch der US-Regierung über den wirtschaftlichen Einfluss einen strategischen Vorteil gegenüber Russland und Iran und die Möglichkeit, Chinas wachsenden Einfluss in Zentralasien einzudämmen.

Dennoch sollte man bei allen aserbaidshanischen Versuchen, sich von Moskaus Einfluss zu lösen, nicht verkennen, dass auch der für Russland, Indien und theoretisch auch für Europa wichtige Internationale Nord-Süd-Transportkorridor (INSTC) weiterverfolgt wird. Der INSTC ist ein ca. 7.200 Kilometer langes, multimodales Netzwerk aus Schiffs-, Schienen- und Straßenverbindungen, das den Warenverkehr zwischen Europa, Russland, Aserbaidshan, Zentralasien, Iran und Indien erleichtern soll. Aus russischer Sicht könnte INSTC eine praktikable Alternative zum Suezkanal und damit der Gefährdung vieler Transportrouten durch die Houthis sein. Es wird sich zeigen, ob die EU vor diesem Hintergrund die Sanktionen gegen russische und iranische Häfen nach einem Ende des russischen Krieges gegen die Ukraine überdenken wird.

Moskaus Einfluss wird vermutlich trotz der Trennungsbewegungen Bakus nicht verschwinden. Um diesen wiederzubeleben, betonte der Sekretär des russischen Sicherheitsrats, Sergej Schoigu, bei einem Treffen der Sicherheitschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Moskau die „regionalen Dimensionen“ des Friedensprozesses im Südkaukasus. Er hob die Notwendigkeit hervor, das sogenannte „3+3-Format“ wiederzubeleben, das die drei südkaukasischen Länder sowie Russland, Iran und die Türkei einbezieht²².

Mit dem Projekt „*Crossroads of Peace*“²³ will Armenien seine geographische und politische Isolation überwinden. Unter „*Crossroads of Peace*“ versteht Armeniens Präsident Wahagn Chatchaturjan ein Verkehrsprojekt, das auf Vertrauen, Frieden und regionale Kooperation setzt. Ziel sei es, die Region von einer Zone geschlossener Grenzen in ein Zentrum für Dialog, Handel, kulturellen Aus-

²¹ U.S. Plans First Funding For ‘Trump Route’ Through Armenia; Azatutyun, 11. September 2025; <https://www.azatutyun.am/a/33528031.html>, letzter Zugriff 25.10.2025.

²² Sergej Shoigu: „In this context, it is necessary to restore work in the 3+3 format's regional advisory group“; Vestnik Kavkaza, 05.11.2025, <https://en.vestikavkaza.ru/news/Sergei-Shoigu-calls-for-restoration-of-33-format.html>; letzter Zugriff 07.12.2025.

²³ Wahagn Chatchaturjan; 14.01.2024; World Economic Forum; <https://www.weforum.org/stories/2024/01/armenia-crossroads-of-peace-global-cooperation/>, letzter Zugriff 12.11.2025.

tausch und wirtschaftliche Entwicklung zu verwandeln. Ein *Memorandum of Understanding* (MoU) zu diesem Projekt wurde zwischen Präsident Donald Trump und Premierminister Nikol Pashinian im August 2025 unterzeichnet.

Nachdem Armenien seine Mitgliedschaft in der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) schon Anfang 2024 suspendiert hatte, versucht es sich jetzt auch aus der wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit von Moskau zu lösen. Armenien versteht wirtschaftliche Zusammenarbeit als Schlüssel zu Stabilität, Sicherheit und Wohlstand. Sie soll Armeniens Verbindungen zu den Nachbarländern Aserbaidschan, Georgien, Iran und Türkei und auch zu Europa verbessern, sowie die regionale Zusammenarbeit wiederherstellen und das gegenseitige Verständnis zwischen den Nationen fördern. Die Türkei hat begonnen, mit Armenien über eine Normalisierung der Beziehungen und auch über eine Öffnung der Grenze zu sprechen.

Als **Kernaussage** kann man festhalten: Schwächelnder Einfluss Russlands führt im Südkaukasus zu stärkerer regionaler Kooperation. Diese folgt den Ideen „Sicherheit durch Handel“ oder „Sicherheit durch Transportkorridore“ – nicht „Wandel durch Handel“. Systemwandel wird von keiner Seite angestrebt. Wegen konkurrierender regionaler Interessen und der zentralen Rolle der Türkei liegen Chancen und Risiken für die Zukunft eng beieinander. Regionale Verflechtungen stellen sich traditionellen Abhängigkeiten entgegen.

These 5: Machtachsen sind keine Allianzen.

Bei einer Diskussion mit türkischen Wissenschaftlern Ende Januar 2023 in Istanbul – noch vor der Wiederwahl Erdogans – machten diese deutlich, dass türkische Außenpolitik bei jeder türkischen Regierung grundsätzlich von der Geographie und den die Türkei umgebenden Krisen bestimmt sei: Griechenland-Türkei, Russland-Ukraine, Armenien-Aserbaidschan, Iran-Israel, Syrien.

George Friedman schrieb Anfang August in *Geopolitical Futures*²⁴: „Jetzt ist die Zeit der Türkei gekommen [...] (da) sie eine gewaltige geopolitische Chance besitzt.“

Geopolitisch und strategisch zwischen Europa, Nahost und Mittelmeer positioniert, hat sie mit der Unterstützung Aserbaidschans im Krieg gegen Armenien ihre Bedeutung im Südkaukasus gestärkt. Der Schwächung des Iran und des Assad-Regimes folgte der Ausbau des Einflusses in Syrien – der syrische Übergangspräsident Ahmed Al Sharaa war mit türkischer Unterstützung erfolgreich – in Libyen und der Beziehungen zu arabischen Staaten. Dieser Einfluss reicht auch bis nach Ägypten, wie z. B. die Kooperation beim Kampfjet-Programm *Kaan* (türkisch für Herrscher; Kampfflugzeug der fünften Generation) zeigt, und auf den Balkan. Das erste Treffen der „Balkan-Friedensplattform“, die von der Türkei nach eigenen Angaben, mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, einen Beitrag zur Stärkung von Frieden, Stabilität und Wohlstand auf dem Balkan zu leisten, fand am 26. Juli 2025 in Istanbul unter Beteiligung der Außenminister der Region statt²⁵. In Konkurrenz steht die Türkei dabei nicht nur mit der EU

²⁴ Vgl. *Turkeys Time to Rise*, *Geopolitical Futures* 04.08.2025.

²⁵ Republik Türkiye, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten;
https://www.mfa.gov.tr/no_-160_-balkan-baris-platformu-disisleri-bakanlari-toplantisi-hk.de.mfa, letzter Zugriff 11.11.2025.

und Russland, sondern auch mit China. So gab es Ende Juli eine erste gemeinsame chinesisch-serbische militärische Übung (*Peace Guardian 2025*) in Hebei, der Provinz, die Peking umschließt.

Die türkische Schwarzmeer-Strategie beinhaltet eine stärkere Marinepräsenz, eine Vermittlerrolle zwischen Russland und Ukraine und den Ausbau der Partnerschaften mit Georgien, Rumänien und Bulgarien²⁶.

Betrachtet man diesen aktuellen Interessenraum, so muss es nicht verwundern, dass Erdogans AKP einem „Neo-Osmanismus“ huldigt. Das Osmanische Reich wird idealisiert und verklärt. Es wird dabei als prachtvolles, tolerantes und welt-offenes islamisches Imperium präsentiert²⁷. Manche fürchten, dass Erdogan eine „Großtürkei“ anstrebt – zumindest den Einfluss betreffend. Somit steht auch die Syrienpolitik der Türkei im Konflikt mit Israels Interessen.

Als **Kernaussage** kann man festhalten: Die Türkei profitiert vom Machtverlust Russlands, der Unsicherheit in EU und NATO sowie von regionalen Krisen. Mit ihrer militärischen Stärke, Wirtschaft und strategischen Lage steigt sie zu einer Regionalmacht mit auf absehbare Zeit bleibendem Einfluss auf – bleibend, sofern sie ihre internen Probleme bewältigt. Diese neue regionale Machtposition wird unabhängig von der Allianz in der NATO und einer theoretisch noch möglichen Mitgliedschaft in der EU angestrebt. Eine Schlussfolgerung für Europa sollte die Frage sein, wie die Verbindung zur Türkei vertieft werden kann, um den Einfluss auf den für uns wichtigen Raum nicht zu gefährden.

Schließlich noch ein kurzer Blick auf Israel.

Der 7. Oktober 2023 hat für Israel sicherlich eine vergleichbare Bedeutung wie der 11. September 2001 (9/11) für die USA. Emotional lässt sich die harte Reaktion Israels nachvollziehen, rational führt sie zu endlosen Problemen.

Neben dem Krieg gegen die Hamas in Gaza führte Israel, auf den Raketenangriff der Hisbollah reagierend, Krieg gegen diese, gegen Iran, die Houthies im Jemen und auch teilweise in Syrien.

Der Schwerpunkt Israels lag nach eigenen Angaben auf der Freilassung der Geiseln, gefolgt von der totalen Zerstörung der Hamas – zwei sich widersprechende Ziele. Der im September 2025 durchgeführte Angriff auf Hamas-Führer in Katar zeigte eindeutig die Prioritäten – das Ziel liegt in der Zerstörung aller feindlichen Strukturen im Umfeld Israels. Selbst die Reaktion der Verbündeten ist dabei zweitrangig. Nach mehr als zwei Jahren Krieg, großer Zerstörung und ca. 64.000 toten Palästinensern, zielte die bis September laufende Militäroperation darauf ab, Gaza-Stadt vollständig einzunehmen – gegen den Widerstand im eigenen Land.

²⁶ Vgl. SWP No. 39, September 2024, Turkey's Strategic Autonomy in the Black Sea and the Eastern Mediterranean; Daria Isachenko and Erol Kaymak.

²⁷ Vgl. NZZ, Oliver Jens Schmitt vom 11.09.2017; Manipulativ verklärtes Osmanentum: Erdogan bezieht sich gerne auf Sultane – schlau ist das nicht.

Regierungsmitglieder und Teile des Sicherheitsapparats drängten Netanjahu, die Ausweitung der Bodenoffensive zu überdenken und stattdessen stärker auf Waffenstillstandsverhandlungen zu setzen. Nach dem Angriff auf Hamas-Führer in Katar schien diese in weite Ferne gerückt.

Erst weiterer Druck durch die USA machten einen Waffenstillstand und die Freilassung der noch in Hamas-Händen befindlichen israelischen Geiseln möglich. Bei der Umsetzung des Gaza-Friedensplans spielte auch die Türkei eine wichtige Rolle. Erdoğan gehörte neben Vertretern der USA, Ägyptens und Qatars zu den Unterzeichnern der Gaza-Friedenserklärung in Scharm el-Scheich. Zudem strebt die Türkei eine Beteiligung am Wiederaufbau Gazas an, Israel spricht sich jedoch dagegen aus. Mit Stand Anfang November 2025 bereitet die Türkei ca. 2.000 Soldaten vor, um geplante Stabilisierungskräfte in Gaza zu unterstützen und damit ihren Einfluss in der Region zu erweitern.

Iran betreffend sahen Trump und Netanjahu zunächst in dem Krieg gegen diesen einen großen Erfolg mit der vermeintlichen Zerstörung des Nuklearprogramms. Die Golfstaaten misstrauten Washingtons und Tel Avivs Darstellung des Krieges als Erfolg und sahen vielmehr anhaltende Unsicherheit: Iran dürfte sein Nuklear- und Raketenprogramm wieder aufnehmen, Israel erneut angreifen und die USA wegen ihrer Unberechenbarkeit die Region ins Chaos stürzen. Ähnlich sehen es auch die Europäer.

Als **Kernaussagen** kann man festhalten: Die Machtlandschaft im Nahen Osten bleibt im Fluss. Initiativen wie die (potenzielle) Normalisierung zwischen Saudi-Arabien und Israel, die Ausweitung der Abraham-Accords-Logik auf neue Länder, sowie konkurrierende Einflussversuche und Machtausdehnungsversuche – insbesondere durch die Türkei in Syrien und der Levante – schaffen neue temporäre Achsen. Die USA versuchen über bestehende Architekturen ihren Einfluss in der Region zu konsolidieren, während regionale Akteure (Türkei, Israel, Golfstaaten, Iran) gleichzeitig eigenen Neuvermessungen Raum geben.

These 6: Europa muss sich nach „Innen“ konsolidieren und nach „Außen“ Einfluss auf neue Machtachsen nehmen.

Als Reaktion auf die Erosion des bisherigen westlich dominierten Ordnungsrahmens versuchen die EU und einzelne europäische Akteure, eine eigene strategische Autonomie (in Verteidigung, Technologie, Handel) zu errichten. Europa – sowohl NATO-Europa als auch die EU – steht zwischen dem Drang nach strategischer Autonomie und der Notwendigkeit transatlantischer Sicherheitspartnerschaften.

Der Krieg in der Ukraine, US-Volatilität und externer Druck durch Russland und China treiben die Debatte an. Gegenwärtig sehen wir eine Tendenz zu größerer Autonomie bei gleichzeitigem Erhalt des traditionellen transatlantischen Rahmens. Die USA haben sich inzwischen – aus pragmatischen Gründen – gegenüber dieser Entwicklung offener als noch vor Anfang 2025 gezeigt, um eine vollständige Entkopplung zu vermeiden.

Multi-Alignment-Mittelmächte innerhalb Europas (z. B. nationale Sonderwege wie franco-britische „Bilateralisierung“ oder Bildung einer „*Coalition of the Willing*“ zur Garantie der Sicherheit der Ukraine) könnte einerseits die Kohärenz

untergraben, andererseits so aber auch die Blockierung durch einzelne EU-Staaten umgehen. Zunehmende Nationalismen werden allerdings einer europäischen strategischen Autonomie zuwiderlaufen. Der Politikwissenschaftler und Lehrer Dr. Torben Waschke analysiert²⁸:

„In einem von »Krisenlandschaften« geprägten Zeitalter von konkurrierenden Groß- und Regionalmächten, spielt die unentschlossene EU keine vollwertige sicherheitspolitisch tragende Rolle, weil sie unentschlossen handelt und keinen gemeinsamen geopolitisch informierten Handlungsansatz vorweisen kann. Die in der Europäischen Sicherheitsstrategie 2003 (ESS) verkündete Vision eines Europas, welches in einer multipolaren Welt global Einfluss ausüben kann, ist bis heute nicht Realität geworden.“

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni rechnete am 26. August 2025 scharf und in ähnlichem Sinn mit der Europäischen Union ab²⁹. Die EU sei „*zunehmend zur geopolitischen Bedeutungslosigkeit verdammt*“. Der Staatenbund, sei „*unfähig, wirksam auf die Herausforderungen der Wettbewerbsfähigkeit durch China und die USA zu reagieren*“.

Als **Kernaussagen** kann man festhalten: Europa schwankt zwischen dem Drang zur Autonomie und der Notwendigkeit, transatlantisch eingebunden zu bleiben, insbesondere wegen der nuklearen Abschreckung. Es ist sich uneinig in der Zielverfolgung und tendiert zu Teilkoooperationen, wie bei den Diskussionen über Sicherheitsgarantien deutlich wird. Nationalismen verstärken die Fragmentierung und Schwächung Europas. Die EU hat bisher keine Einigkeit für eine langfristige Strategie im Umgang mit Russland entwickelt.

Folgerungen und Zusammenfassung

Die holzschnittartig beschriebene Entwicklung geopolitischer Achsen ist nicht statisch wie Allianzen. Offensichtlich können Kooperationen gleichzeitig koexistieren, sich überlappen oder in Spannungen geraten, so wie Indiens angestrebte Balance zwischen USA und Russland/China, oder sie bewegen sich permanent in einer inneren Zerreißprobe wie bei BRICS. Auch das europäische Streben nach strategischer Autonomie wird nicht von allen EU-Mitgliedern getragen. Bei manchen scheinen die Hoffnungen auf eine post-Trump-Zeit Leitgedanke ihres Handelns zu sein. Neue Mittelmachtkonstellationen, so wie in Zentralasien, im Südkaukasus, oder mit der Türkei könnten eine stabilisierende Rolle spielen, zumal diese Nationen auf das Einhalten einer regelbasierten Ordnung eher angewiesen sind, als Großmächte.

Die Weltordnung nach 2025 bewegt sich offensichtlich hin zu multipolaren, hybriden und flexiblen Achsen, weniger zu festen Blöcken und zunächst auch weniger durch das Einhalten von Regeln geordnet.

Kann man die Weltuhr auf eine Zeit vor Trump, vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine und vor dem 7. Oktober 2023 mit all seinen Folgen zurückdrehen? Wohl eher nicht. Dennoch sollten wir auf den bestehenden Systemen wie OSZE

²⁸ Torben Waschke; Mit Sicherheit kontrovers, Geopolitischer Zeitgeist: Die Politik muss in härteren Zeiten ihr strategisches Mindset anpassen; <https://mitsicherheitkontrovers.de/national/geopolitischer-zeitgeist-die-politik-muss-in-haerteren-zeiten-ihr-strategisches-mindset-anpassen/>, letzter Zugriff 12.11.2025.

²⁹ NTV.de vom 27.08.2025; Giorgia Meloni rechnet mit "unfähiger" EU ab; <https://www.ntv.de/politik/Giorgia-Meloni-rechnet-mit-unfaehiger-EU-ab-article25992287.html>, letzter Zugriff 12.11.2025.

in Europa und VN aufbauen. Diese Organisationen reflektieren unsere Werte und unsere Interessen. Wir sollten dabei beachten, dass neue Machtachsen, so wie beschrieben, mit Masse keine Allianzen sind – sie sind interessengeleitete, flexible Bündnisse. Klar definierte eigene Interessen machen uns berechenbar und helfen auch gegenüber neuen regionalen Bündnissen, Einfluss zu erhalten.

Wir benötigen keine Schlagzeilen und Aufregung, kein Aufspringen auf jede neue Krisen- und Katastrophenmeldung, sondern eine sachliche Diskussion, Aufklärung und Orientierung. Der Diskurs sollte, bei aller berechtigten Empörung und zu Recht vorhandener Empathie, entemotionalisiert werden. Es lohnt sich nicht, sich an Trump, Putin oder Xi emotional abzuarbeiten. Wissenschaft und Militär sollten weiterhin Empfehlungen auf Basis von Analysen der Wirklichkeit, an die Politik erarbeiten, um das übergeordnete Ziel für uns Europäer, das friedliche und organisierte Zusammenleben und den geordneten Handel zwischen Staaten, zu ermöglichen.

Autor

Brigadegeneral a.D. Dipl.-Ing. Reiner SCHWALB, M. Sc.

Vizepräsident in der „Gesellschaft für Sicherheitspolitik“ (GSP) und im Vorstand vom „Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e. V.“ (WIFIS). Er war von April 1973 bis September 2018 aktiver Soldat. Im Rahmen der Offiziersausbildung studierte er Bauingenieurwesen mit dem Abschluss Dipl.-Ing. (univ.). Später studierte er Politikwissenschaften in Washington, D.C. (M. Sc., Security Strategy). Nationalen und internationalen Führungs- und Stabsverwendungen, u. a. Bataillonskommandeur des PzGren BTL 182 in Bad Segeberg, Austauschoffizier in Großbritannien, sechs Jahre in NATO-Stäben und stellvertretender Stabsabteilungsleiter FüS V (Einsatz) im BMVg, folgte der Einsatz als Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft in Moskau von November 2011 bis August 2018. Das Interesse von Schwalb dient weiterhin dem NATO–Russland Verhältnis und der Frage der europäischen Sicherheitsordnung.

Geopolitik und die EU

33 Jahre nach ihrer Gründung:
ein Lagebericht

von Gunther Hauser

Die Europäische Union (EU) befindet sich heute an einem der existenziellsten Wendepunkte in ihrer Geschichte: Will sie auf globaler Ebene ein maßgeblicher politischer und wirtschaftlicher Akteur sein, oder werden andere Mächte – wie die USA, die Russische Föderation oder auch die Volksrepublik China – einzeln oder gemeinsam über ihr Schicksal entscheiden?

Dreiunddreißig Jahre nach der Gründung der EU durch den Vertrag von Maastricht am 7. Februar 1992 (dieser trat am 1. November 1993 in Kraft) stellte sich in der EU sowie bei den Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten zunehmend Ernüchterung ein – ökonomisch verliert die EU stetig an Bedeutung, sicherheits- und verteidigungspolitisch bleibt sie weit unter ihrem Wert geschlagen.

Einleitung

Die EU verstand sich während der ersten 30 Jahre vor allem als eine Zivilmacht bzw. eine „normative Macht“. Gerade im Hinblick auf die Erweiterungsprozesse sollten Normen nach Ost- und Südosteuropa exportiert und im Zuge der EU-Aufnahme- bzw. Beitrittsprozesse umgesetzt werden. Das Konzept der Zivilmacht wurde ursprünglich vom französischen politischen Denker François Duchêne entwickelt. Er betonte, dass „zivile Macht“ als jenes Einflussinstrument zur Gestaltung internationaler Beziehungen das traditionelle Konzept von „militärischer Macht“ mehr und mehr ablöst. Zur „Zivilmacht“ gehören vordergründig der Export von Menschenrechten, die Stärkung des Völkerrechts und die Umsetzung von Zielen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln. (Terzi 2010: 3) Aus diesem Grund wurde der EU seitens des Norwegischen Nobelkomitees im Jahr 2012 der Friedensnobelpreis vergeben. Demnach sei die wichtigste Errungenschaft der EU der „erfolgreiche Kampf für Frieden, Versöhnung, Demokratie sowie Menschenrechte, die stabilisierende Rolle bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens.“ (Die Presse 2012: 2) Im Zuge des russischen Krieges gegen die Ukraine verkündete die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erst Mitte September 2023 offiziell das Ziel der EU, eine geopolitische Union zu werden. In der Folge setzte sich in der EU langsam und mühsam erst im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine die Erkenntnis durch, deutlich mehr als bisher – nach 30 Jahren grober Vernachlässigung des Verteidigungssektors – in den Aus- und Aufbau der Streitkräfte zu investieren. Laut deutschen Quellen könnte die Russische Föderation bereits im Jahr 2026 (so der Militärhistoriker Söhnke Neitzel im März 2025; ZDF Heute Journal 2025c: 1) oder erst frühestens ab 2029 (so Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius; Tagesschau 2025: 1) Territorien in der NATO/EU angreifen. Die EU-Mitgliedstaaten sehen sich jedoch heute noch nicht in der Lage, einen russischen Angriff umfassend und wirksam abwehren zu können. Aus diesem Grund sollen dreistellige Euro-Milliardenbeträge in die Verteidigung der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten investiert werden – trotz der im Durchschnitt hohen Verschuldungen der EU-Staaten, sinkender Wirtschaftskraft und extrem hoher Kosten zur Aufrechterhaltung ineffizienter und teurer Sozial- und Pensionssysteme. Weiters droht der EU bzw. ihren Mitgliedstaaten ein enormer Abstieg in Hinblick auf technologisch-industrielle Aufholprozesse. In den USA dienen Innovationen dazu, das Land an der wirtschaftlich-technologischen Weltspitze zu halten, in der EU führen überregulierte Systeme, Auflagen und Überbürokratisierungen zum Schließen einer großen Anzahl von Betrieben und Produktionssektoren. Viele Unternehmen sehen sich gezwungen, die Produktionsstandorte zu verlegen – in die USA oder nach Asien. Es folgt somit eine massive Abwanderung der Industrie mit ihrer Hochtechnologie in Länder außerhalb der EU. (Urschitz 2025: 1) Zudem gerät die EU aufgrund ihrer Abhängigkeiten von technologisch äußerst relevanten Rohstoffen wie bei Seltenen Erden und kritischen Mineralien zunehmend ins Hintertreffen bzw. im Kampf um diese Rohstoffe zwischen den USA und China besteht die Gefahr für die EU, außen- und sicherheitspolitisch vor allem zwischen den Großmächten USA und China zerrieben zu werden. Beide Großmächte drängen die EU in

neue Abhängigkeiten, zur Umgehung von US-Zöllen gründen chinesische High-tech-Konzerne inzwischen Niederlassungen in der EU. Für die EU-Staaten geht es dabei um den Erhalt von tausenden Arbeitsplätzen. Aus den USA kamen für die EU die Verpflichtungen, nicht nur unternehmerisch verstärkt in die USA zu investieren, sondern auch in größerer Menge als bisher militärische Produkte bzw. Waffentechnik – auch für den weiteren Export in die Ukraine – sowie vermehrt Flüssiggas aus den USA zu importieren. Weiters besteht die „transatlantische Allianz“ zwischen den USA einerseits und Kanada und den europäischen NATO-Verbündeten (davon 23 aus der EU) nicht mehr in jener Form als noch vor der zweiten Amtszeit von Donald J. Trump. Mit der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der USA vom November 2025 scheinen nun die USA vermehrt auf Distanz zu den europäischen Verbündeten zu gehen. Ebenso zeigt sich Donald J. Trump fest entschlossen, das zu Dänemark gehörende Grönland auch mit militärischen Mitteln einzunehmen. Eine Annexion Grönlands durch die USA würde jedoch das Ende der NATO bedeuten. (Starcevic 2026: 1) Die USA, so Trump, benötigen Grönland aus energie- und sicherheitspolitischen Gründen. Gemäß der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA gilt es nun, eine Machtbalance einerseits zwischen den USA und China, andererseits zwischen Russland und den USA zu erreichen, aus der eine neue „strategische Stabilität“ (The White House 2025: 27) entstehen soll. Deshalb ist Trump auch bestrebt, Präsidenten in Lateinamerika, die eng mit Russland und China kooperieren, zu stürzen, wie dies am 3. Januar 2026 in Venezuela geschehen ist, als US-Spezialkräfte Präsident Nicolás Maduro in Caracas verhafteten und in die USA brachten, wo zwei Tage später in New York ein Gerichtsprozess gegen Maduro wegen Terrorismus und großangelegten Drogenschmuggels eröffnet wurde. Trump machte keinen Hehl daraus, Venezuela direkt führen und die dort liegenden Ölreserven (nachgewiesene 300 Milliarden Barrel) durch US-Konzerne erschließen zu wollen. (Pack-Homolka 2026: 1) Ziel dieses Beitrages ist es, die Rolle der EU in einem künftigen „Dreierkonzert der Weltmächte“, bestehend aus USA, der Russischen Föderation und der Volksrepublik China, zu analysieren und Ableitungen in Hinblick auf ihr weiteres Handeln zu gewinnen.

Kampf um Rohstoffe und der Verlust der europäischen Wirtschaftskraft

EU-Staaten haben lange Zeit die Kriegskassen der Russischen Föderation mit dem Import von Öl und Gas gefüllt. So finanzierten EU-Staaten auch die Herstellung jener russischen Drohnen und Waffensysteme mit, die gegen die EU selbst gerichtet sind. Als Flüssigerdgas (LNG) und über die Pipeline Turkstream wird jedoch das Gas weiterhin in die EU importiert – anders als für Erdöl und Kohle hat die EU bisher keine umfassenden Sanktionen gegen die Russische Föderation durchsetzen können. Die EU beschloss zwar, ab 1. Januar 2027 kein Gas mehr aus der Russischen Föderation in der EU zu importieren, Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán spricht sich jedoch weiterhin dagegen aus und ersuchte sogar bei US-Präsident Trump um eine Ausnahme, da Trump selbst auch bestrebt ist, jene Staaten, die Rohstoffe aus Russland kaufen, mit Sanktionen zu belegen. Laut Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat hatte die EU im ersten Halbjahr 2025 Flüssigerdgas (LNG) aus der Russischen Föderation noch immer im Wert von circa 4,48 Mrd. Euro importiert, im ersten Halbjahr 2024 betrug der Vergleichswert 3,47 Mrd. Euro. Insgesamt importierte die EU

im ersten Halbjahr 2025 Flüssigerdgas im Gesamtwert von circa 26,9 Mrd. Euro, davon rund 13,7 Mrd. Euro aus den USA. Im Jahr 2024 wurden die USA mit fast 45 Prozent der Gesamteinfuhren der größte Flüssigerdgasimporteur der EU. Die Russische Föderation kam noch für 19 Prozent der Gesamteinfuhren in die EU auf. Laut Eurostat wurden 2024 natürliches und verarbeitetes Gas im Wert von 15,6 Mrd. Euro aus der Russischen Föderation importiert, aus den USA dagegen bereits 19,1 Mrd. Euro. (ORF 2025: 1)

Zu der zunehmenden Abhängigkeit der EU von den USA im Bereich Flüssiggas kommt noch die enorme Abhängigkeit der EU von der Volksrepublik China im Bereich Seltene Erden und strategische Mineralien. In China werden insgesamt 60 Prozent der Seltenen Erden abgebaut, bei der Verarbeitung sowie bei allen kritischen Stufen der Wertschöpfung beträgt der Marktanteil der Volksrepublik bereits 90 Prozent. Im Jahr 2010 wurde bereits deutlich, dass China Seltene Erden als „geopolitische Waffe“ einsetzt. Damals hatte die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde ein Exportembargo gegen Japan verhängt, das wiederum die Preise für Seltene Erden massiv steigen ließ. Seit dieser Zeit war jedoch wenig geschehen, um die Abhängigkeit von den Seltenen Erden unter der Kontrolle Chinas zu reduzieren. Chinas Anteil bei den Permanentmagneten (für den Bau von Elektroautos, Windturbinen und für die Robotik) liegt derzeit weiterhin bei 58 Prozent am Abbau und bei 92 Prozent an der Produktion bei Magneten. In der EU stammten im Jahr 2025 an die 98 Prozent aller Importe bei Magneten aus China. (Wiens 2025: 11) Beim Uran zeigen sich Europa und die USA weiterhin von der Russischen Föderation abhängig, so kaufen die USA, Frankreich sowie die Slowakei und Ungarn in Russland Uran ein, mit dem auch die Atomkraftwerke betrieben werden. (Veigl 2025: 7) Die EU wird weiterhin Nettoimporteur von Gas bleiben – mindestens bis zum Jahr 2050. (Graf 2025: 13) Es bleibt zu erwarten, dass die LNG-Lieferungen aus den USA mehr denn je den Preis für Europa bestimmen. Diese sind seit dem geopolitisch bedingten Ausfall Russlands äußerst relevante Energiequellen für die EU geworden. (ibid) US-Präsident Donald J. Trump kündigte im Oktober 2025 an, Sanktionen gegen die beiden wichtigsten russischen Ölkonzerne Rosneft und Lukoil zu verhängen, um ebenso den Ölexport aus Russland an Staaten wie Indien oder China einzudämmen bzw. drastisch zu reduzieren. Während Russland nun durch Steuererhöhungen neue Einnahmen zur Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine zu gewinnen sucht, erhöhten sich in Europa die Ölpreise. Wenn indische Raffinerien ihre Öleinkäufe aus Russland zurückfahren, führt dies nicht nur in der Russischen Föderation zu großen Einnahmeverlusten und Preissteigerungen – auch die Ölpreise in Europa und in Nordamerika steigen an.

Neben den Preissteigerungen in der Rohstoff- und auch Energiewirtschaft hat Europa zudem mit massiven Einbußen in der Wettbewerbsfähigkeit zu tun. So forderten 19 von 27 EU-Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland, Frankreich, Italien und Polen – die Europäische Kommission dringend auf, gezieltere Maßnahmen für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft einzuleiten. Manche Industrielle befürchten sogar eine Deindustrialisierung Europas (ibid), beispielsweise in Deutschland kämpfen ganze Branchen „ums Überleben, und das Land wird ärmer.“ (Die Zeit 2025: 1) Arbeitsplätze verschwinden, Verteilungskämpfe nehmen zu. Die Zölle von Donald J. Trump treiben zudem

„wichtige Maschinenbaustrukturen an den Rand einer existenziellen Krise“, so warnte der Verband der Maschinenbauer in einem Brief an die Europäische Kommission. Viele der Dienstleister leiden unter den hohen Energiekosten, dem Fachkräftemangel und der schlechten Konjunkturstimmung. (Widmann 2025: 17) Es benötigt daher dringend Wirtschaftswachstum. Laut ihrem gemeinsamen Brief der 19 Staats- und Regierungschefs müsste die EU ihren wirtschaftlichen Kurs komplett ändern – „nicht nur ein wenig, sondern substanziell“. (ibid) Als Orientierung dazu müsse der 2024 vorgelegte Bericht des früheren italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi mit den 170 Vorschlägen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU dienen, mit folgenden Bedingungen:

- Zuerst müsse die Europäische Kommission prüfen, welche Teile des EU-Regelwerks bereits überflüssig seien.
- Danach müsse die Kommission bis zum Jahresende 2025 Vorschläge zu einer Abschaffung von überholten Regeln vorlegen.
- EU-Ratspräsident António Costa wird in dem Brief aufgefordert, den Staats- und Regierungschefs künftig vor jedem Gipfel eine Art Bestandsaufnahme darüber vorzulegen, wie sich der Bürokratieabbau entwickelt.
- Zudem werden das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat aufgefordert, bereits auf dem Tisch liegende Vereinfachungsvorhaben (wie zur Verschlinkung der Lieferkettenrichtlinie oder der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung) raschestmöglich zu beschließen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2025: 1)

Die EU zeigt sich – wie oben erwähnt – bei Chips für die Autoindustrie und bei Seltenen Erden nach wie vor von der Volksrepublik China als zu abhängig. Das von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor wenigen Jahren verkündete „De-risiking“ von europäischen Unternehmen lässt bis heute noch auf sich warten. (Hauser 2025: 410f.) Der Fall „Nexperia“ – der Mangel an „Nexperia-Chips“ durch einen von China verhängten Lieferstopp von Nexperia – verdeutlichte im Oktober 2025 die Abhängigkeit Europas von China umso mehr: „Die Wahrheit ist, wir sind ausgeliefert“ – mit diesen Worten fasste eine in China tätige Managerin die Lage zusammen. (Decker, Löhr, Theile 2025: 15) Für die EU bleibt es umso wichtiger, ihre Energie- und Rohstoffpolitik zu diversifizieren, um Risiken in der Versorgungssicherheit zu minimieren. In diesem Zusammenhang sollte sich die EU jedoch nicht von den USA zu sehr in Abhängigkeit begeben.

Die EU rüstet auf – mit ungewissem Ergebnis

Die EU sieht sich nun gezwungen, aufgrund der ungewissen waffentechnischen US-Unterstützung für die Ukraine selbst aufzurüsten, um einem möglichen Krieg seitens der Russischen Föderation gegen die EU abschreckend entgegenzuwirken. Am 4. März 2025 gab deshalb EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekannt, seitens der EU 150 Milliarden Euro an zinsgünstigen Krediten den EU-Mitgliedstaaten für Waffenkäufe zur Verfügung stehen zu wollen, vor allem für den Ankauf von Luft- und Raketenabwehrfähigkeiten, von Artilleriesystemen, von Raketen und Kampfdrohnen und Drohnenabwehrsystemen, aber auch zur Stärkung der Cyberabwehr und der militärischen Mobilität in Europa (Chassany 2025: 2) und für elektronische Kriegführung, Künstliche

Intelligenz und ebenso für sogenannte „strategische Ermöglicher“, also für jene Fähigkeiten, die für die Verlegung und den Einsatz von Truppen notwendig sind – wie Transportflugzeuge oder elektronische Gefechtsfeldaufklärung. (Gutschker 2025: 2) Dieser EU-Verteidigungsfonds SAFE (*Security Action for Europe*) im Umfang von 150 Mrd. Euro, also jene Rüstungsdarlehen sind jedoch an bestimmte Bedingungen geknüpft, so zum Beispiel, dass 65 Prozent der Wertschöpfung in der EU anfallen, in den drei EFTA-Ländern oder in der Ukraine. (Streihammer 2025: 18) Eutelsat bot im Zuge von Gesprächen mit europäischen Regierungen an, Satellitendienste für die Ukraine aufgrund des möglichen Abzugs von Starlink (gehört dem Trump-Berater und Milliardär Elon Musk) anzubieten. (Hollinger und Kelly 2025: 5) Zudem wurden laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Maastricht-Haushaltskriterien aufgehoben, damit die EU-Mitgliedstaaten über vier Jahre insgesamt 650 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden können – das entspricht circa 1,5 Prozent des durchschnittlichen Bruttosozialprodukts der EU-Mitgliedstaaten. Dazu führte Ursula von der Leyen aus: „Wenn die Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben um durchschnittlich 1,5 Prozent des BIP erhöhen würden, könnte dies über einen Zeitraum von vier Jahren einen Haushaltsspielraum von fast 650 Mrd. Euro schaffen.“ (Gutschker 2025: 2) Falls alle EU-Mitgliedstaaten 1,5 Prozent mehr für Verteidigung aufwenden würden, dann würde das in der Folge eine zusätzliche Summe von insgesamt 260 Mrd. Euro pro Jahr ergeben. Die Staaten werden dieses Ziel jedoch nicht sofort erreichen, sondern schrittweise. Demnach wird das zusätzliche Volumen auf 650 Mrd. Euro in vier Jahren geschätzt. (ibid) Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) soll die Möglichkeit bekommen, Verteidigungsinvestitionen durchführen zu können, ebenso können Mitgliedstaaten Gelder für Regionalentwicklung direkt für Verteidigung aufwenden. (ibid) Von der Leyen beruft sich bei der Finanzierung der EU-Verteidigung auf Artikel 122 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Dieser erlaubt einen „finanziellen Beistand der Union“, wenn ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht ist. Ähnlich ging die EU beim im Mai 2020 initiierten SURE-Programm zur Finanzierung von Kurzarbeit (SURE: Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency), das die Europäische Kommission zu Beginn der COVID-19-Pandemie initiiert hatte, und beim Corona-Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Milliarden Euro, vor. Bei SURE nahm die EU Kredite im Umfang von 100 Mrd. Euro auf und stellte das Geld den Mitgliedstaaten zur Verfügung. Die Empfängerländer mussten dafür Garantievereinbarungen in Höhe von 25 Mrd. Euro mit der EU schließen. (ibid) Umso notwendiger ist es nun, die Abschreckungsfähigkeiten und vor allem Verteidigungskapazitäten der EU auszubauen und zu stärken – für eine Gesamtbevölkerung von 450 Millionen Menschen mit etwa einer zehnfachen Wirtschaftsleistung von jener der Russischen Föderation.

Bedrohungswahrnehmungen durch die Russische Föderation und deren Krieg gegen die Ukraine bleiben für die verteidigungspolitische Entwicklung der Europäischen Union weiterhin zentral. In diesem Zusammenhang stellen Drohnen,

die aus russischen Beständen kommen, zunehmend eine enorme Herausforderung für die Luftabwehr der EU- und NATO-Staaten dar. So wurden in der ersten Septemberhälfte 2025 von 19 Drohnen, die in den polnischen Luftraum eingedrungen waren, lediglich vier abgeschossen. Eine Drohne flog sogar circa 250 Kilometer nach Polen hinein und stürzte nur ab, weil der Treibstoff des Fluggeräts ausging, erläuterte Nico Lange von der Münchener Sicherheitskonferenz. (ORF Zeit im Bild 2, 11. September 2025, ca. 22.10 Uhr bis 22.20 Uhr) Als drei russische MiG-31 Kampfflugzeuge wiederholt am 19. September 2025 über Estland zwölf Minuten lang den NATO-Luftraum verletzt hatten, empfahl US-Präsident Donald J. Trump, dass derartige Flugzeuge seitens der NATO abgeschossen werden sollen. In diesem Fall eskortierten italienische Kampfflugzeuge die MiG-31 aus dem NATO-Luftraum hinaus. (The Independent 2025: 1) Diese Luftraumverletzung ereignete sich neun Tage, nachdem 19 Drohnen den polnischen Luftraum verletzt hatten, die laut NATO aus der Russischen Föderation stammten. Am 23. Oktober 2025 abends hatten zwei russische Militärflugzeuge die Grenze zur Exklave Kaliningrad überschritten. Die Flugzeuge waren für 18 Sekunden über litauischem Staatsgebiet unterwegs. Es dürfte sich dabei um ein Luftbetankungsmanöver gehandelt haben. Zudem wurden in der zweiten Septemberhälfte 2025 Drohnenüberflüge über den dänischen Flughäfen von Kopenhagen, Esbjerg, Sønderborg und Aarhus sowie in Norwegen über Oslo bestätigt. So schlussfolgerte Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius: „Wir sind nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im kompletten Frieden. Wir werden attackiert, hybrid, mit Desinformationskampagnen und eben durch Drohneneindringen“ (NTV 2025: 1). Der russische Staat produziert in großen Mengen Drohnen und errichtet dafür „Gigafabriken“, so auch in Tatarstan. Die Europäische Kommission hatte dazu am 16. Oktober 2025 ihre neuen Pläne zur Aufrüstung ihrer Mitgliedstaaten vorgestellt – auf der Grundlage folgender vier Vorhaben: der Europäischen Drohnenabwehr-Initiative, der Eastern Flank Watch, des Europäischen Luftschutzes sowie dem Schild zur Verteidigung des unmittelbaren Weltraumes. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schlussfolgerte: „Die jüngsten Bedrohungen haben gezeigt, dass Europa in Gefahr ist.“ (Zeise 2025: 1) Einige sicherheitspolitische Experten sowie auch Kaja Kallas – die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU – meinte am Tag der Präsentation der neuen Aufrüstungspläne: „Russland hat derzeit keine Kapazität, einen Angriff auf die EU zu starten“, in den nächsten Jahren könne sich Moskau jedoch auf einen derartigen Angriff vorbereiten, führte Kallas weiter aus. (ibid) Weiterhin ist seitens der EU und NATO noch völlig unklar, wie die östlichen Grenzen der Union bzw. des nordatlantischen Bündnisses mit einem sogenannten „Drohnenwall“ vor Angriffen aus dem Osten geschützt werden können. Dieser „Drohnenwall“ soll bis Ende 2026 in Betrieb genommen werden und bis Ende 2027 komplett einsatzfähig sein. Zur „Errichtung“ dieses „Drohnenwalls“ sollen seitens der EU und NATO die „Erfahrungen der Ukraine“ im Abwehrkampf gegen die Russische Föderation genutzt werden. (Zeise 2025: 1) Am 12. September 2025 leitete die NATO die Operation Eastern Sentry ein, um die Ostflanke des Bündnisses gegen Drohneneinflüge abzusichern. (Gray 2025: 1) Die Ukraine hat ihre Drohnenkapazitäten inzwischen massiv erweitert und wäre zudem bereit, ab 2026 Drohnen in jene Länder zu exportieren,

die die Ukraine in ihren Bestrebungen zur Sicherung ihrer territorialen Souveränität unterstützen. Im Dezember 2025 wurde erstmals auf einem Territorium eines EU- und NATO-Mitglieds der Bau einer ukrainischen Waffenfabrik begonnen – im dänischen Vojens. Dort sollen abseits von russischen Angriffen Treibladungen für jene Langstreckenraketen hergestellt werden, die von der ukrainischen Rüstungsindustrie selbst entwickelt wurden. Die Ukraine fertigt pro Jahr rund vier Millionen Drohnen – „in so gut wie allen Variationen“. Bei entsprechender Finanzierung könnte man laut ukrainischen Angaben die Produktion verdoppeln. (Streihammer 2025: 18)

Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius warnte zudem vor zukünftigen militärischen Auseinandersetzungen mit der Russischen Föderation und der Volksrepublik China im Weltraum. Angriffe aus dem Weltall könnten Staaten lahmlegen. So beschränken sich die Konflikte der Zukunft „nicht mehr allein auf die Erdoberfläche oder die Tiefsee“. Sie werden auch im Orbit offen ausgetragen.“ (ZDF Heute Journal 2025b: 1) Russland und China haben ihre Fähigkeiten zur Kriegsführung im Weltraum nach Einschätzung von Pistorius in den letzten Jahren „rasant ausgebaut“, es kommt bereits zu Verfolgungen von IntelSat-Satelliten durch russische Aufklärungssatelliten. Zudem führt China im All Annäherungsmanöver durch, die auf die Luftwaffe übertragen als Luftkampfübungen bezeichnet werden können: „Sie können Satelliten stören, blenden, manipulieren oder kinetisch zerstören“, führte Pistorius über die gegenwärtigen Fähigkeiten von China und Russland weiter aus. Deutschland plane, bis zum Jahr 2029 an die 35 Mrd. Euro für die Weltraumsicherheit auszugeben, verbessert werden solle „die Lageerfassung im Orbit durch Radare, Teleskope und durch den zukünftigen Einsatz von Wächtersatelliten“. Zudem sei „ein eigenes militärisches Satelliten-Betriebssystem im Weltraumkommando der Bundeswehr notwendig.“ (ZDF Heute Journal 2025b: 1) Die Russische Föderation prüfte, Nuklearwaffen im Weltraum einzusetzen, meinte NATO-Generalsekretär Mark Rutte – Ziel wären Satelliten. Demnach stellen sich die NATO-Staaten auf die Kriegsführung im Weltraum ein. Der Weltraum sei somit für die Abschreckung und Verteidigung der NATO äußerst relevant, so Rutte: „In den vergangenen Jahren ist es im Weltraum immer voller, gefährlicher und unvorhersehbarer geworden.“ (ZDF Heute Journal 2025a: 1) Die NATO hatte bereits im Jahr 2021 beschlossen, dass Artikel 5 des NATO-Vertrages aus 1949 auch für Angriffe aus dem Weltraum gelte.

Schlussfolgerungen

Die Führung der EU-Kommission und einige größere Mitgliedstaaten der EU wie Deutschland und Frankreich sind zwar bestrebt, die EU zu einem geopolitischen Akteur aufzubauen, es fehlen jedoch dafür noch wesentliche politische und militärische Voraussetzungen. Zudem bleiben die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die untrennbar als Teil der GASP verbundene Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zwischenstaatlich (intergouvernemental) organisiert. Die Mitgliedstaaten der Union bleiben somit ausschlaggebend für Richtung, Tempo und Intensität der Zusammenarbeit und das Funktionieren der GASP und GSVP. Eine vereinigte EU-Armee ist derzeit nicht geplant, auch nicht im EU-Vertrag von Lissabon, die Bildung einer EU-Armee könnte jedoch bei einer Annexion Grönlands durch die USA eingeleitet

werden, ein derartiger Schritt würde ein Ende des transatlantischen Bündnisses NATO bedeuten. US-Außenminister Marco Rubio kündigte Anfang Januar 2026 an, durch Kauf Grönland erwerben zu wollen. (CNN, 7. Januar 2025, ca. 08.07 Uhr Washingtoner Zeit) Die Ausrichtung der GSVP wird derzeit (noch) eng mit der Abstimmung der NATO abgestimmt, um auch kostspielige Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Jedoch muss die EU aufgrund der massiven Bedrohung durch die Russische Föderation und des zunehmenden Auftretens der USA als imperiale Macht – auch gegen das Territorium des NATO-Verbündeten Dänemark – in die Lage versetzt werden, sich selbst – auch gegebenenfalls mit Atomwaffen – verteidigen zu können, dazu wird sie auch Verteidigungsmittel koordiniert in den Aufbau einer gemeinsamen EU-Verteidigung gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich und eventuell auch mit Kanada investieren müssen, auch mit dem Ziel, eine gemeinsame verteidigungsindustrielle Basis zu schaffen. Die Kampf-, Verteidigungs- und Abhaltefähigkeiten der Streitkräfte der EU und auch jene des Vereinigten Königreiches erweisen sich nach wie vor als äußerst bescheiden. Ende Januar 2025 forderte US-Präsident Donald Trump die NATO-Staaten deshalb auf, 5 Prozent des BIP für Verteidigung zu investieren. (Häsler 2025: 6) Die Frage bleibt weiterhin offen, wie personell die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten abwehrbereit sein können – einerseits ausrüstungstechnisch, andererseits seitens der Personalbereitschaft und vom Mobilisierungsgrad. Verteidigungspolitisch zeigen sich EU und NATO bei der Verteidigung Europas auch vier Jahre nach dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine äußerst zersplittert, vor allem was die Umsetzung von gemeinsamen Vorhaben und nationalen Ambitionen zur Erreichung einer wirksamen Verteidigung betrifft. (ORF-Pressesendung mit Frau Bundesministerin Klaudia Tanner, 19. Oktober 2025, 11.05 Uhr bis 11.55 Uhr) Nach der Debatte um die „Kriegstüchtigkeit“ der deutschen Bundeswehr, die aus Sicht des deutschen Verteidigungsministers Boris Pistorius so rasch wie möglich erreicht werden soll, will Spanien weiterhin auch nicht mehr als 2,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung des Landes und somit auch für die EU und NATO ausgeben – im Gegensatz zu den vom US-Präsidenten Donald J. Trump geforderten 5 Prozent des BIP für die NATO. So schlug Trump sogar im Oktober 2025 vor, Spanien aus der NATO „rauszuwerfen“. (Folch 2025: 1) Österreich ist zwar bestrebt, militärisch neutral zu bleiben (Purger 2025: 2), Außenministerin Beate Meinl-Reisinger meinte dazu am 11. Dezember 2025 einerseits: „Wir müssen so verteidigungsfähig sein, dass niemand wagt, uns anzugreifen.“ Andererseits betonte sie, dass es Sicherheit „nur gemeinsam in Europa“ gebe: „Daher darf Solidarität keine Einbahnstraße sein“. (ibid) Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer gab jedoch diesbezüglich zu verstehen: „Ich mache mir da keine großen Sorgen um Österreich. Wenn es wirklich ernst wird, werden die notwendigen Konsequenzen in Wien gezogen werden.“ (Doringer 2025: 7) Russlands Präsident Wladimir Putin wird somit „uns weiter testen, davon gehe ich aus. Weil er von der europäischen Verteidigungsfähigkeit nicht überzeugt ist und von der Geschlossenheit“, führte Joschka Fischer weiter aus. (ibid) Putin wird folglich „nicht beeindruckbar sein, indem man wehrlos ist, sondern nur, wenn man in der Lage ist, sich wehren zu können, und bereit ist, sich wehren zu

wollen.“ (ibid) Die EU-Staaten sind deshalb aufgerufen, in Hinblick auf militärischen Beistand und Entscheidungsstrukturen vor allem auf Ebene der EU in einer Art „autonome EU-Verteidigung“ zu planen. In der EU gibt es in der Folge mit überwiegender Mehrheit NATO-Staaten, zwei verfassungsrechtlich neutrale Staaten (Malta, Österreich) und zwei bündnisfreie Staaten (Irland, Zypern), wobei sich Irland und Zypern an der Ausbildung ukrainischer Streitkräfte im Rahmen der *EU Military Assistance Mission in Support of Ukraine* (EUMAM Ukraine) militärisch beteiligen. In Österreich dagegen soll die Neutralität „bleiben“, demnach beteiligt sich auch das Bundesheer nicht an der EUMAM Ukraine, zudem sind auch weiterhin keine Waffenlieferungen seitens der österreichischen Bundesregierung in die Ukraine geplant – aus Gründen der Beibehaltung der militärischen Neutralität. Europäische Länder haben vor allem auf Initiative Frankreichs und Großbritanniens eine „Koalition der Willigen“ gebildet und sich am 6. Januar 2026 in Paris geeinigt, die Ukraine nach einem Waffenstillstand zu Lande, in der Luft und zu Wasser militärisch abzusichern – mit Hilfe von logistischen und nachrichtendienstlichen Fähigkeiten der USA und auch amerikanischer Unterstützung im Fall eines bewaffneten Angriffs. (Foy; Abboud; Seddon; Miller 2026: 4)

Der Fall „Nexperia“ verdeutlichte im Jahr 2025, dass die EU im großen Handelskrieg zwischen China und den USA zerrieben zu werden droht. China und die USA beriefen sich bei ihren Maßnahmen in Hinblick auf Lieferungen von Halbleitern und Seltenen Erden auf ihre nationale Sicherheitsinteressen, China hatte im Oktober 2025 auch die Exportrestriktionen für Seltene Erden drastisch verschärft: „Die Produktion in Europa hängt noch mehr als bislang schon vom guten Willen Xis ab“, leitete eine in China tätige Wirtschaftsanalytikerin aus Europa ab (Decker, Löhr, Theile 2025: 15) Folgende Frage stellte sich in diesem Zusammenhang allein beim Fahrzeugkonzern Volkswagen: Sollen Zehntausende Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt werden, weil China die Lieferung eines bestimmten Mikrochips, das in Europa produziert, jedoch in China verpackt wird, blockiert? Folglich muss die EU energiepolitisch mehr diversifizieren, um die Abhängigkeit von einem Land – nämlich der Volksrepublik China – von Seltenen Erden zu reduzieren. Zudem muss die EU mehr auf effizientes Recycling von bereits genutzten Seltenen Erden und auf die Erforschung von Ersatzmaterialien setzen. So können inzwischen Windkraftanlagen ohne Magneten betrieben werden.

Ein beachtlicher Riss bildete sich besonders während der zweiten Amtszeit von Donald J. Trump in den transatlantischen Beziehungen zwischen der EU und den USA. Ebenso wie für Wladimir W. Putin steht das vereinigte Integrationsmodell der EU für Donald J. Trump als Gegensatz zu realistischen imperialen-nationalistischen Politikmodellen. Aus diesem Grund sind Putin und Trump bestrebt, sogenannte „echte Patrioten“ in den EU-Staaten in ihrem Sinne zu fördern und mit diesen Stellvertretern ihrer Ideen Europa neu zu formen, um die EU zu schwächen – denn beide sehen die EU als Instrument, das gegen ihr jeweiliges Land gerichtet ist. Deutschlands ehemaliger Bundeskanzler Helmut Kohl meinte einst: „Wir brauchen Europa, weil Europa eine Frage von Krieg und Frieden ist.“ (Kohl 2014: 15)

Kohl beklagte bereits im Jahr 2014, dass es erstaunlich sei, „wie wir im Klein-Klein verharren und mit welcher Leichtfertigkeit von allen Seiten mit diesem für uns alle und die ganze Welt existenziellen Projekt Europa umgegangen wird.“ (ibid: 10) Die EU und ihre Mitgliedstaaten bleiben deshalb heute mehr denn je zuvor herausgefordert, keine unnötige Zeit im Klein-Klein zu verschwenden und folglich sicherheits- und verteidigungspolitisch, territorial, wirtschaftlich und sozial ihre Resilienz umfassend zu stärken, um existenziell herausfordernde Versäumnisse der letzten Jahrzehnte in diesen Bereichen konsequent anzugehen und die EU, die in nie zuvor dagewesenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen existenziellen Schwierigkeiten steckt, zu einem effizienten und effektiven, vielleicht auch erstzunehmenden geopolitischen Akteur mit nachhaltiger Resilienz auf- und auszubauen.



Autor

HR Mag. Dr. Gunther HAUSER, Ehrenprofessor an der Donau-Univ. Krems

Leiter des Referats Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie. Dr. Hauser publizierte und lehrte umfangreich in über 20 Ländern, darunter auch in zahlreichen EU-Staaten sowie in der Volksrepublik China, in Taiwan, in der Mongolei, in der Schweiz, in den USA sowie im Vereinigten Königreich.

Quellen

- CHASSANY, Anne-Sylvaine, STORBECK, Olaf, TAMMA, Paola (2025): Merz in coalition talks to boost defence and infrastructure, Financial Times, 5. März 2025, S. 2.
- DECKER, Hanna, LÖHR, Julia, THEILE, Gustav (2025): Die EU wird zerrieben, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 2025, S. 15.
- DIE PRESSE (2012): Im Wortlaut, Die Presse, 13. Oktober 2012, S. 2.
- DIE ZEIT (2025): Die deutsche Wirtschaft, Die Zeit, Österreich-Ausgabe, 11. September 2025, S. 1.
- DORINGER, Gudrun (2025): Müssen unsere Kinder in einen Krieg? Interview mit dem ehemaligen Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Joschka Fischer, Salzburger Nachrichten, 26. Juli 2025, S. 7.
- FOLCH, Jacobo Ramos (2025): Why Spain is not meeting NATO spending targets, Atlantic Council, 1. Dezember 2025, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/why-spain-is-not-meeting-nato-spending-targets/> [18.12.2025]
- FOY, Henry, ABOUD, Leila, SEDDON, Max, MILLER, Christopher (2026): Washington to monitor Ukraine ceasefire, Financial Times, 7. Januar 2026, S. 4.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2025), 19 Staaten fordern Kurswechsel in der EU, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 2025, S. 1.
- GRAF, Monika (2025): „EU ist bis 2050 Importeur von Gas“, Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der OMV Alfred Stern, Salzburger Nachrichten, 31. Oktober 2025, S. 13.
- GRAY, Andrew (2025): NATO launches ‘Eastern Sentry’ to bolster eastern flank after Russian drone incursion, REUTERS, September 12, 2025, 8:54 PM GMT+2, <https://www.reuters.com/world/europe/nato-launches-eastern-sentry-bolster-eastern-flank-after-russian-drone-incursion-2025-09-12> [12.09.2025]
- GUTSCHKER, Thomas (2025): Brüssel will Waffenkäufe fördern, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. März 2025, S. 2.
- HÄSLER, Georg (2025): Geopolitik auf Sicht in der Ära Trump II, Neue Zürcher Zeitung, 20. Januar 2025, S. 6.
- HAUSER, Gunther (2025): Chinas geopolitischer Aufstieg und Ableitungen für Europa und Österreich, in: BALTHASAR, Alexander, EBNER, Christoph (Hrsg.), Tu felix Austria? Staatswissenschaftliche Untersuchungen, Schriftenreihe des Instituts für Staats- und Militärrecht der Landesverteidigungsakademie des österreichischen Bundesheeres, Band 4, Jan Sramek Verlag, Wien, S. 397-412.
- HOLLINGER, Peggy, KELLY, Maxine (2025): Starlink rival in EU talks to launch service for Ukraine, Financial Times, 5. März 2025, S. 5.
- KOHL, Helmut (2014): Aus Sorge um Europa. Ein Appell, Droemer Verlag, München.
- NTV (2025): Pistorius: „Wir sind nicht mehr im kompletten Frieden“, 25. September 2025, 13:41 Uhr, <https://www.n-tv.de/politik/Pistorius-Wir-sind-nicht-mehr-im-kompletten-Frieden-article26056734.html> [25.09.2025]
- ORF (2025): EU zahlte fast fünf Milliarden Euro an Russland, 18. August 2025, 13.43 Uhr, <https://orf.at/stories/3402838> [18.08.2025]
- ORF-Pressestunde mit Frau Bundesministerin Klaudia Tanner, 19. Oktober 2025, 11.05 Uhr bis 11.55 Uhr.
- ORF Zeit im Bild 2, 11. September 2025, ca. 22.10 Uhr bis 22.20 Uhr.

- PACK-HOMOLKA, Stephanie (2026): Trump kennt nur ein Recht: Das Recht des Stärkeren, Salzburger Nachrichten, 5. Jänner 2026, S. 1.
- PURGER, Alexander (2025): Neutralität „schützt nicht“, aber sie bleibt, Salzburger Nachrichten, 12. Dezember 2025, S. 2.
- STARCEVIC, Seb (2026): NATO is done if Trump invades Greenland, Danish PM warns, Politico, January 5, 2026, 6:07 PM CET, <https://www.politico.eu/article/nato-done-if-us-donald-trump-invades-greenland-denmark-pm-mette-frederiksen-warns/> [05.01.2026]
- STREIHAMMER, Jürgen (2025): Exportiert Kiew mitten im Krieg Waffen?, Die Presse, 18. Dezember 2025, S. 18.
- TAGESSCHAU (2025): Geheimdienstchefs warnen deutlich vor Russland, 13. Oktober 2025, 17:38 Uhr, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/geheimdienste-parlamentarisches-kontrollgremium-100.html> [18.12.2025]
- TERZI, Özlem (2010): The Influence of the European Union on Turkish Foreign Policy, Ashgate Publishing, Farnham (UK)/Burlington (Vt).
- THE INDEPENDENT (2025): Trump suggests shooting down Russian planes in Nato airspace – but is that realistic?, 25 September 2025, 12:09 BST, <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/trump-nato-russia-jets-airspace-ukraine-b2832567.html> [25.09.2025]
- THE WHITE HOUSE (2025): National Security Strategy of the United States of America, Washington D.C., November 2025.
- URSCHITZ, Josef (2025): Wie China vom Zickzackkurs der EU profitiert, Die Presse, 17. Dezember 2025, S. 1.
- VEIGL, Stefan (2025): „EU hätte früher härter agieren sollen“, Interview mit Univ.Prof. Dr. Gerhard Mangott von der Universität Innsbruck, Salzburger Nachrichten, 24. Oktober 2025, S. 7.
- WIDMANN, Marc (2025): „Es ist ernst“, Die Zeit, Österreich-Ausgabe, 11. September 2025, S. 17.
- WIENS, Richard (2025): Der Westen hat Chinas Aufstieg bei seltenen Erden verschlafen, Salzburger Nachrichten, 19.08.2025, S. 11.
- ZDF Heute Journal (2025a): Atomwaffen gegen Satelliten. Nato besorgt wegen russischen Weltraum-Plänen, 12. April 2025, <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/nato-chef-rutte-russland-koennte-atomwaffen-weltraum-gegen-satelliten-einsetzen-100.html> [25.09.2025]
- ZDF Heute Journal (2025b): Minister warnt vor Krieg im Weltraum. Pistorius: Russland verfolgt unsere Satelliten im All, 25. September 2025, <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/pistorius-russland-satelliten-weltraum-all-sicherheit-verteidigung-100.html> [25.09.2025]
- ZDF Heute Journal (2025c): Neitzel: Haben drei sehr kritische Jahre vor uns, 1. September 2025, 01:54 Uhr, <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/neitzel-frieden-ukraine-krieg-russland-100.html> [18.12.2025]
- ZEISE, Simon (2025): Kaja Kallas: „Russland hat derzeit keine Kapazitäten, einen Angriff auf die EU zu starten“ – warum rüstet Europa dann auf?, Berliner Zeitung, 16. Oktober 2025, 19:53 Uhr, <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/kaja-kallas-russland-hat-derzeit-keine-kapazitaet-einen-angriff-auf-die-eu-zu-starten-warum-ruestet-europa-dann-auf-li.10001211> [16.10.2025]

Chinas doppelte Rolle

als Zentrum und Peripherie

von Barbara Farkas

Die Dichotomie von Zentrum und Peripherie war und ist für China stets präsent. Sie entfaltet sich auf allen drei Ebenen – der nationalen, regionalen und globalen Ebene – und ist in allen Bereichen wirksam, vor allem in der Geographie, der (Geo-) Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die Gleichzeitigkeit von Zentrum und Peripherie erlaubt China eine doppelte Mobilisierung. Nach innen ermöglicht sie soziale Kohäsion und nach außen geopolitische Flexibilität sowie insbesondere die Identifikation mit dem Globalen Süden als historische Peripherie des Westens.

Implikationen betreffen die internationale Stabilität, die Gestaltungsmacht des Westens und die Handlungsspielräume der globalen Peripherie (Globaler Süden).

Eine strategische Positionierung im globalen Zentrum dient China als langfristige Vision. Die Peripherie nutzt China als strategische Ressource zur Machterweiterung.

Der Westen ist daher herausgefordert, Chinas zunehmende relative Interaktionsfähigkeit ernst zu nehmen. Und zwar nicht nur im klassischen Machtwettbewerb, sondern auch bei der Umgestaltung globaler Netzwerke und Institutionen.

Einleitung

China nimmt eine doppelte Rolle als Zentrum und Peripherie ein. Diese Dichotomie war und ist für China stets präsent. Sie betrifft die nationale, regionale und globale Ebene sowie alle Bereiche, etwa die (Geo-)Politik, die Geographie, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Wie insbesondere die nationale Ebene zeigt, unterteilt sich ein Zentrum erneut in Zentrum und Peripherie. Während ein Zentrum stets eine Organisation bzw. Institutionen und Hierarchien aufweist, ist dies für die Peripherie möglich, jedoch nicht erforderlich.¹

Auf der globalen bzw. geopolitischen Ebene zeigt sich die Dichotomie von Zentrum und Peripherie durch die internationale Ordnung und den realen oder erwünschten Status als Pol.² Damit erhält die doppelte Identität Chinas als Zentrum und Peripherie große Relevanz für die internationale Ordnung. Denn der Wunsch der Peripherie nach Veränderung stellt ein wesentliches Element in der Weltsystemtheorie nach Wallerstein dar. Dies betrifft einerseits die ein Veränderungsstreben bewirkenden Umstände³ und andererseits die Art der Veränderung, ob sie zu einer Homogenisierung oder aber Polarisierung des internationalen Systems führt⁴ – und besonders bei China wird seine Bereitschaft zur Einordnung in das bestehende internationale System hinterfragt.

Die Zuschreibung von Zentrum und Peripherie kann sowohl räumlich-geographisch als auch systemisch konzipiert werden. In erster Linie dient sie als analytisches Raster und als systemische Struktur.⁵ Im Analysefokus steht zumeist die Beziehung von relativ starken zu schwachen Staaten, zunehmend jedoch auch die Kooperation der vergleichsweise schwächeren Staaten miteinander.⁶ Daher spielt der strategische Aufbau der umfassenden nationalen Stärke in Chinas politischen und akademischen Debatten eine große Rolle.⁷

Der Kontext umfasst als zwei wesentliche Wirkfaktoren die Beziehung zwischen China und den USA sowie der geopolitische und geoökonomische Bedeutungszuwachs des gesamten indopazifischen Raumes.⁸ Gestützt auf die zunehmende intraregionale und internationale Vernetzung Asiens findet eine wirtschaftliche und auch eine politische Machtverlagerung vom Westen in den indopazifischen Raum statt.⁹ Je zwei Drittel der Wirtschaftsleistung und des Wirtschaftswachstums entfallen auf den Indopazifik,¹⁰ wo der strategische Großmachtwettbewerb am intensivsten ausgetragen wird.¹¹

¹ Hahn 2008, 412-429.

² Waltz 1979.

³ Wallerstein 2006.

⁴ Wallerstein 2016, 199.

⁵ Hahn 2008, 411ff.

⁶ Wallerstein 2006, 56.

⁷ Farkas 2023a, 295-299.

⁸ Teschke/Wenten 2017, 123; Wallerstein 2016, 205.

⁹ Wallerstein 1982, 11; Wallerstein 1992; Blackwill/Fontaine 2024, 280.

¹⁰ Farkas 2023a, 27.

¹¹ Ni 2022; Wang H. 2021; Farkas 2024, 38, 53ff; Yan 2019; Blackwill/Fontaine 2024, 280; Schirm 2023.

China als Hybridmodell von Zentrum und Peripherie (Sinozentrismus)

China selbst stellt ein Hybridmodell von Zentrum und Peripherie dar. Das sinozentrische Weltbild versteht das Zentrum als geographische und systemische Konzeption. Chinas Einzigartigkeit liegt darin, dass es sein traditionelles Weltbild auch im 21. Jahrhundert grundsätzlich aufrechterhält. Die traditionelle Weltansicht Chinas ist hierarchisch, paternalistisch und im Konfuzianismus verwurzelt. Sie stützt sich auf die historische Erfahrung, die Bedrohungswahrnehmung, das traditionelle Denken und die politische Ideologie.¹² Im traditionellen chinesischen Weltbild prägen vier konzentrische Kreise die internationalen Beziehungen. Einzig die USA verfügen in allen Kreisen über das strategische und wirtschaftliche Potenzial, um den Aufstieg Chinas zu gefährden.¹³ Im Mittelpunkt des sinozentrischen Weltbildes befindet sich China, wobei die nationale Sicherheit mit der Sicherheit der politischen Führung gleichgesetzt ist.¹⁴ Im zweiten Kreis liegen die externen und internen Randregionen bzw. Nachbarländer. Der dritte Kreis umfasst den indopazifischen Raum und damit die traditionelle Einflussphäre Chinas. Der vierte Kreis betrifft den Rest der Welt.¹⁵

Heute möchte China seine als legitim empfundene strategische Positionierung im „Mittelpunkt des Weltsystems“ wiedererlangen¹⁶ und nutzt als vorrangiges Instrument die strategische Wirtschaft.¹⁷ Neben den finanziellen Renditen stehen dabei politische und strategische Vorteile im Fokus. Strategische Industrien werden mit Blick auf Schwerpunktsektoren und Schwerpunktregionen staatlich umfassend gefördert und nach Möglichkeit zu Weltmarktführern aufgebaut.¹⁸ Der dazu innerhalb und außerhalb Chinas propagierte Leitgedanke ist der „Chinesische Traum zur Verjüngung der Nation“.¹⁹ Generell weist der indopazifische Raum aufgrund seiner spezifischen Geschichte, Werte und sozialen Normen ein anderes Beziehungsmuster als der Westen auf.²⁰

Im Verlauf der Jahrtausende prägte China, basierend auf dem chinesischen Tributsystem, insbesondere Ost- und Südostasien kulturell und wirtschaftlich. China war die Schnittstelle für ein Netz von formellen und informellen Bündnissen. Seinen Verbündeten bzw. Tributpflichtigen bot es Handelsbeziehungen und teils auch militärischen Schutz; als Gegenleistung erwartete es die Anerkennung als Regionalhegemon. Dies entspricht im Wesentlichen auch den Eckpunkten der gegenwärtigen internationalen Ordnung,²¹ wobei China im Gegensatz zu den USA heute nicht die Nachahmung der eigenen politischen Ideen verlangte. Beispielhaft für diesen Perspektivenwechsel resümierte etwa der Politikwissenschaftler Khong aus Singapur 2013, dass das weltweit erfolgreichste Tributsystem von den USA etabliert wurde.²² In diesem Kontext ist auch das

¹² Schwartz 1968, 230; Xinhua 2017.

¹³ Rudd 2022, 21.

¹⁴ Yuan 2022.

¹⁵ Farkas 2024, 40ff.

¹⁶ Farkas 2020a; Liu 2015; Tsang 2015, 10-34; Zhong 2018; Zhou 2014.

¹⁷ Farkas 2023a, 272f.

¹⁸ Csurgai 2022; Gilpin 1987, 116f; Skalmes 2022.

¹⁹ Xi 2014; Xiang 2016; Zhang 2015; Zhou 2014; Zhao 2013; Liu 2015; Tsang 2015.

²⁰ Kang 2004.

²¹ Schweller/Pu 2011, 41-72; Cottle/Keys/Costigan 2019, 57-75; Groitl 2023, 432.

²² Khong 2013.

historische Tianxia-Denken, dass China „alles unter dem Himmel“ für die chinesische Herrschaft beansprucht, zu sehen. Denn es ist weniger ein neues chinesisches Weltordnungsmodell, sondern verfolgt, ähnlich der konfuzianischen Idee der „Großen Einheit“,²³ eher die Utopie einer einzigen, hierarchisch abgestuften Welt.²⁴

China auf der nationalen Ebene

Innerhalb des Nationalstaats existiert ein (in der beigefügten Karte dunkelgelb eingezeichnetes) technologisches, wirtschaftliches und politisches Zentrum. Es entspricht dem traditionellen Siedlungsgebiet der Han-Chinesen im südöstlichen Landesdrittel und erstreckt sich bis zum Ost- und Südchinesischen Meer. Chinas Peripherie (in der Karte hellgelb markiert) umfasst die inneren und äußeren Ränder des Nationalstaates. Sie ist kulturell sowie ethnisch diversifiziert und befindet sich in den unwirtlichen kontinentalen Randregionen, vor allem im Norden und Westen des Landes. Die Zugehörigkeit der Peripherie zum Zentrum, insbesondere der Nicht-Han-chinesischen Völker zum Territorium des chinesischen Kaiserreiches, veränderte sich im Laufe der Zeit stetig. Daher entspricht die Peripherie den Grenzregionen.²⁵ Die Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie ist von großen sozialen Unterschieden geprägt sowie dynamisch und fließend, und zwar in beide Richtungen.²⁶ Die Bevölkerungsverteilung reflektiert diese deutliche innerchinesische Trennung in Zentrum und Peripherie. Denn 94 % der Bevölkerung, in erster Linie Han-Chinesen, leben im Zentrum und nur 6 % der Bevölkerung in den Randgebieten.

Aus historischen und strukturellen Gründen galten die Grenzregionen stets als Schwachpunkt der dynastischen Stabilität. Aufstände entstanden stets in den Randgebieten und führten immer zum Niedergang der jeweiligen Kaiserdynastie.²⁷ Daraus leitet sich der strategische Fokus auf die Grenzgebiete, ihrer Anbindung an das Zentrum und das Streben nach sozialer Stabilität, Sicherheit und nationaler Einheit ab.²⁸ Zu diesem Zweck etablierte China 1999 mit der „Go West-Strategie“ eine Entwicklungsinitiative für den Nordwesten, insbesondere für die autonome Provinz Xinjiang. Diese Initiative stellt die Grundlage für die ab 2013 noch umfassender und systematischer konzipierte Seidenstraße dar. Zugleich betrachtet China die Seidenstraßen-Initiative nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als strategisches Erfordernis im globalen Machtwettbewerb. Denn sie dient auch der Verbesserung der internationalen Umgebung und der Stärkung der chinesischen Wettbewerbsfähigkeit.²⁹

²³ Da yitong 大一统.

²⁴ Ge 2021, 218.

²⁵ Ge 2023; Gernet 1997.

²⁶ Urbansky 2020, 6.

²⁷ Chen 2017; Kurian 2014, 5; Pye 1985, 57f.

²⁸ Farkas 2020a, 25f.

²⁹ Wang 2012.



Zentrum und Peripherie auf der Nationalstaatsebene Chinas (IMG)

China auf der regionalen Ebene

Auf der regionalen Ebene stellt China eine Großmacht dar. Von Relevanz ist Chinas Erweiterung der strategischen Funktion der Peripherie. Denn diese dient China heute nicht nur als erwünschte Pufferzone, sondern auch als Plattform zur Machterweiterung.³⁰ Dies prägt die regionalen sowie globalen Peripherien und erzeugt sowohl neue Abhängigkeiten als auch neue Entwicklungschancen.³¹

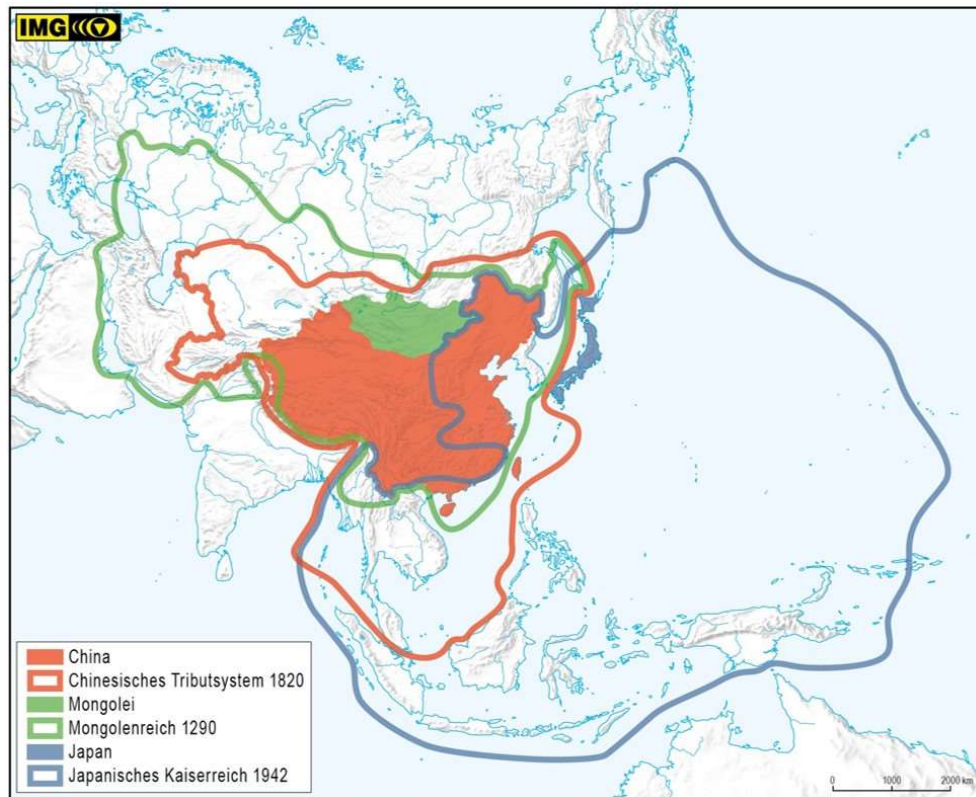


China als regionales Zentrum (IMG)

³⁰ Farkas 2023b; Farkas 2020b; Ren 2023.

³¹ Rozman 2015, 7.

Ein Blick auf die traditionellen Einflusszonen in Ostasien relativiert Chinas regionale Rolle ein wenig (siehe Karte). Zu beachten sind jedoch die unterschiedlichen Zeitperioden der jeweils größten Machtprojektion des chinesischen Kaiserreiches, des japanischen Kaiserreiches und des Mongolenreiches.³²



Traditionelle Einflusszonen in Ostasien (IMG)

China auf der globalen Ebene

Auf der globalen bzw. systemischen Ebene rückt China vom Rand der westlich dominierten Ordnung ins Zentrum eines neuen multipolaren Ordnungsverständnisses.³³ China selbst strebt nach einer strategischen Positionierung im Mittelpunkt der Welt. Die von China gezeigte institutionelle Ambivalenz und selektive Nutzung der liberalen Weltordnung weist auf Chinas zweigleisige Positionierung hin.³⁴ Denn einerseits profitiert es beispielsweise von den Regeln der Welthandelsorganisation, fordert Reformen des Weltwährungsfonds sowie der Weltbank und etabliert andererseits zugleich alternative Institutionen, wie etwa die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank. In erster Linie engagiert sich China jedoch in der institutionellen Brückenbildung. Denn statt des Aufbaus einer völlig neuen Architektur stellt es Verbindungen zwischen bestehenden sowie zwischen alten und neuen Institutionen her.³⁵ Die Bedeutung von Institutionen liegt in ihrem Einfluss auf die Kooperation, und zwar durch eine vorhersehbare, aber dennoch flexible Struktur. Damit formen sie Präferenzen und Entscheidungen.³⁶

³² Farkas 2025c, 137.

³³ Men/Xi 2021, x.

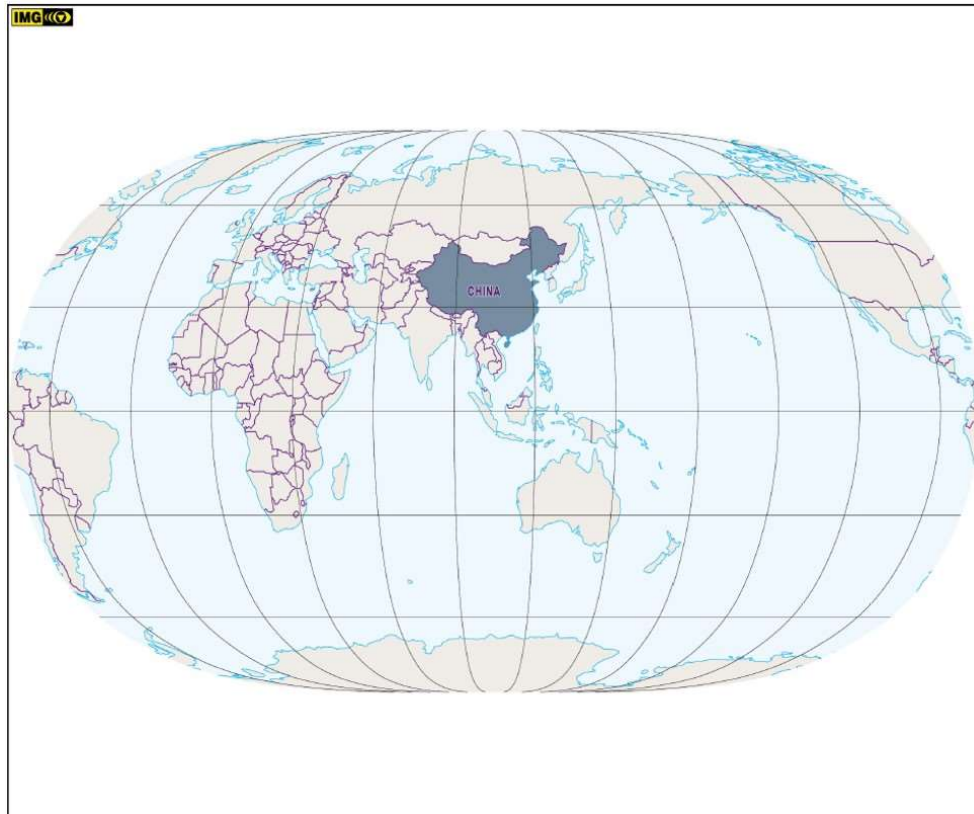
³⁴ Mukherjee 2022, 280; Farkas 2024, 48.

³⁵ Yang/Jian 2018, 97-123; Tang 2001; Schirm 2023, 93-102; Zheng/Weng 2016; Mühlhahn 2019; Jacob/Anh 2020; Derichs/Heberer 2013; Farkas 2023a, 199f.

³⁶ Farkas 2024, 47ff; Zheng/Weng 2016; Mühlhahn 2019; Jacob/Anh 2020.

In China selbst weist die Institutionalisierung eine lange Tradition auf und gehört zur politischen Kultur.³⁷ Grundsätzlich basiert die strategische Logik Chinas nicht auf einer historisch-räumlichen Expansion, sondern vielmehr auf funktionaler Zentralität. Dies betrifft vor allem die Kontrolle über Lieferketten, die Standardsetzung, die Infrastruktur und die Technologie. Eine potenzielle territoriale Ausbreitung Chinas ist gemäß seiner strategischen Kultur unwahrscheinlich.³⁸

Ein entscheidender zusätzlicher Faktor ist Chinas extrem langer Planungshorizont.



Chinas strategische Positionierung im Zentrum als globale Vision (IMG)

Chinas doppelte Identität als Großmacht und Entwicklungsland

China nimmt sich selbst sowohl als verantwortliche Großmacht als auch als Entwicklungsland wahr. Mit dem aus strategischen und innenpolitischen Motiven angestrebten Großmachtstatus verbindet China den entsprechenden Gestaltungswillen, die Fähigkeiten zur Verantwortungsübernahme, die Einbindung in die Weltordnungspolitik sowie nationale und internationale Legitimität.³⁹ Als Voraussetzung für die globale Anerkennung betrachtet China Stärke in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie im politischen Denken und in der strategischen Führung. Chinas Charakterisierung als Entwicklungsland gilt der Übereinstimmung der Entwicklungsländer mit den strategischen Zielen Chinas

³⁷ Farkas 2023c.

³⁸ Farkas 2024, 45ff.

³⁹ Ebd.; Kerr/Harris/Qin 2008; Tang 2005.

und somit der geopolitischen Nützlichkeit. Sie bezieht sich auf die historische Solidarität der asiatischen und afrikanischen Länder gegen die Großmachtdominanz, die insbesondere im Zuge der Bandung Konferenz 1955 propagiert wurde. Sie entspricht daher weniger dem realen Niveau der Wirtschaftsentwicklung,⁴⁰ sondern vielmehr der Eigenwahrnehmung im internationalen System. Diese doppelte Identität prägt Chinas Außenbeziehungen, beispielsweise zu Indien. Denn gleichzeitig zur regionalen Rivalität zwischen China und Indien ermöglicht die Identität als Entwicklungsland beiden die Kooperation auf der globalen Ebene, etwa im Rahmen von BRICS.⁴¹

Die Zuschreibung „Peripherie“ wird mit spezifischen Charakteristiken in Zusammenhang gebracht, insbesondere mit Repression und Ausbeutung.⁴² Wie alle Länder im indopazifischen Raum strebt China nach der Maximierung seiner strategischen Handlungsfreiheit. Die Absicherung und Ausweitung seiner Souveränität in allen Bereichen ist ein zunehmend entscheidender Aspekt für das Handeln Chinas.⁴³ Die eigene Kolonialisierung im „Jahrhundert der Demütigung“ bzw. der Schande von ca. 1850 bis 1949 ist auch für die heutigen internationalen Beziehungen Chinas von höchster Relevanz. Die westliche Fremdherrschaft mit der Kanonenboot-Diplomatie erstreckte sich über die zwei Opiumkriege (1839 – 1842 und 1856 – 1860) und endeten in den bis heute in China nachwirkenden ungleichen Verträgen.⁴⁴ Die Kolonialisierung ist die historische Grundlage für Chinas strategische Rivalität mit dem Westen und ein von der politischen Führung potenziell nutzbares Instrument.⁴⁵ Aus der Befreiung aus der Fremdherrschaft bezieht die Kommunistische Partei Chinas ihre Herrschaftslegitimität. Dies führte zu Chinas Fokus auf die nationale Souveränität, die Einheit des Landes sowie das Streben nach internationaler Anerkennung und Ebenbürtigkeit.⁴⁶ Im Gegensatz zu Chinas Bruch mit dem Westen löste sich beispielsweise Indien vergleichsweise positiv von der britischen Kolonialherrschaft und führte britische (Kolonial-) Institutionen fort.⁴⁷ Grundsätzlich ist für China aus historischen Gründen die Abwehr der äußeren Einflussnahme eng mit der inneren Geschlossenheit verbunden. Dass innere Schwäche oftmals zu einer Bedrohung von außen führte, belegt die wechselvolle Geschichte Chinas.⁴⁸ In diesem Kontext ist das stark ausgeprägte und zudem zyklische Geschichtsbewusstsein ein weiteres entscheidendes Charakteristikum Chinas.⁴⁹ Denn im Gegensatz zum linearen Geschichtsbewusstsein des Westens⁵⁰ fördert es eine proaktive Strategie.

⁴⁰ Tu/Mo 2015.

⁴¹ Pu 2018.

⁴² Wallerstein 2006, 42.

⁴³ Farkas 2020b; Shambaugh 2011, 7-27.

⁴⁴ Sheridan 2021, 30-60; Wei/Myers/Gillin 1994, 309; Scott 2008; Duus/Myers/Peattie 1989.

⁴⁵ Scott 2008, 295; Farkas 2023a, 124f; Groitl 2023, 435.

⁴⁶ Fitzgerald 1999; Tang 2005.

⁴⁷ Farkas 2025a.

⁴⁸ Li 2016; Zhou 2017; Heilmann 2017.

⁴⁹ Rozman 2015, 7.

⁵⁰ Wallerstein 2016, 12.

Chinas Streben nach Veränderung

Die Strukturtransformation erfolgte bisher geographisch in Richtung Nord-Süd, heute jedoch eher in Richtung West-Ost sowie in erster Linie im ideellen Bereich der Wissenschaft, wo der Wettbewerb um die künftige Ordnung stattfindet.⁵¹ Von Relevanz ist, dass China strategische Gelegenheiten identifiziert, nutzt⁵² und auch selbst aktiv schafft.⁵³ Chinas Streben nach Veränderung ist offensichtlich. Es präferiert schrittweise Reformen von innen⁵⁴ der als dysfunktional wahrgenommenen globalen Ordnungspolitik⁵⁵ und weniger einen Ersatz des internationalen Systems.⁵⁶ Sich selbst charakterisiert China als „unwilligen Rivalen“ des Westens.⁵⁷ Denn China ist in die Weltordnung integriert.⁵⁸ Davon profitierte es Jahrzehnte lang selbst⁵⁹ und möchte daher wesentliche Elemente des internationalen Systems aus Eigeninteresse erhalten.⁶⁰ Zudem bleiben die Beziehungen zu westlichen Staaten, insbesondere den USA, und eine friedliche internationale Umgebung für Chinas Entwicklungsziele von höchster Bedeutung. Das Wirtschaftswachstum und der zunehmende nationale Wohlstand bilden in Form einer (wirtschaftlichen) Leistungslegitimation der chinesischen Regierung die Basis für die politische und militärische Stärke Chinas und damit für die Durchsetzung seiner geopolitischen Interessen.⁶¹

Chinas politisch-strategische Zielsetzungen

Chinas Ideal wäre eine **bipolare Weltordnung** an der Spitze mit einem multipolaren System darunter.⁶² Chinas Präferenz ist eine mit den USA auf Augenhöhe (freiwillig) geteilte Weltführung und die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen. Für eine alleinige Weltführung fehlt es China am politischen Willen sowie an den wirtschaftlichen und militärischen Kapazitäten. In dieser Zukunftsvision sieht China beispielsweise für Europa, Indien, Japan oder Russland keine Weltmachtfunktion vor. Zur Maximierung ihrer eigenen Vorteile sollten sich diese Länder gemäß China in dieser Konstellation der Koexistenz als unabhängige, eigenständige Akteure mit beiden Großmächten arrangieren.⁶³ Dies gilt insbesondere für Europa.⁶⁴ Europa gegenüber bietet sich China angesichts der Unsicherheiten der gegenwärtigen US-Außenpolitik –

⁵¹ Teschke/Wenten 2017, 122.

⁵² Hu A. 2021, 49.

⁵³ Men/Xi 2021, xvii.

⁵⁴ Farkas 2020a; Tang 2001.

⁵⁵ Qi 2017, 28f; Farkas 2024, 45.

⁵⁶ Xi 2015; Farkas 2020a; Zhang 2015, 226-245; Zhang Y. 2016, 798.

⁵⁷ Wang D. 2021; Wang 2008; Farkas 2023a, 141-153.

⁵⁸ Fu 2016; Qin 2008, 33-53; Wang 2008, 30; Wang 2015, 103-131.

⁵⁹ Zhou 2023; Kerr/Harris/Qin 2008.

⁶⁰ Deng 2015; Schirm 2023, 93-102.

⁶¹ Farkas 2020a; Farkas 2024, 43.

⁶² Zhao 2023, 278; Kang 2004, 165-180; Liu 2015; Zhou 2023; Yan 2023; Zhang X. 2012, 173-186; Zhang Y. 2016, 795-816, 797; Zhang 2008, 150-152; Wang 2008; Tang 2000; Qi 2017, 17-36.

⁶³ Yuan 2024; Liu 2015, 256f; Yan 2023; Yan 2019; Yang 2021.

⁶⁴ Farkas 2025b; Biba 2024, 6.

durchaus strategisch – als wirtschaftlich und diplomatisch verlässlichen, langfristigen Partner an.⁶⁵ Seine Bereitschaft zur Vertiefung der strategischen Kommunikation und Kooperation⁶⁶ findet im vorsichtigen Strategiewechsel der Europäischen Kommission in Richtung einer eigenständigeren, konzilianteren China-Politik Resonanz.⁶⁷

China strebt im Rahmen seiner politisch-strategischen Zielsetzungen zudem nach **Fortschritt ohne Verwestlichung**⁶⁸ und positioniert sich auf der Basis der eigenen Erfahrung⁶⁹ als alternativer Weg zu Moderne und Fortschritt.⁷⁰ Dies inkludiert etwa auch die Standardsetzung oder das Bereitstellen von Kollektivgütern wie Sicherheit, Konnektivität oder Gesundheit.⁷¹ Die Frage, was Modernität überhaupt ist, war ein Kernthema der chinesischen Modernisten.⁷² Das nationale Entwicklungskonzept ist nicht nur ein Kernelement der westlichen Ideologie und der Sozialwissenschaften, sondern ein zentrales Organisationskonzept, auf dem alles andere beruht.⁷³ Der Orientalismus implizierte, dass ausschließlich die westliche Zivilisation in der Lage sei, sich von einer vormodernen Form zur Moderne zu entwickeln. Der Begriff der Zivilisation wurde vom Orientalismus zum Studium anderer „Zivilisationen“ wie China und Indien definiert.⁷⁴ In Widerspruch zum Orientalismus strebte China stets nach einer chinaspezifischen Moderne.

Als langfristig wichtigste Grundlage für die erwünschte Veränderung und damit seinen fortgesetzten Aufstieg gelten für China die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie.⁷⁵ Dies inkludiert auch Innovation in allen Bereichen, insbesondere die Anpassung der bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen.⁷⁶ Chinas Ziel besteht in der Etablierung eines nationalen Innovations-Ökosystems.⁷⁷ Die pragmatische Politikgestaltung zum Vorteil der chinesischen Wissenschaft resultiert in einer permissiven gesellschaftlichen Haltung gegenüber neuen wissenschaftlichen Interventionen. Als nützlich zeigte sich etwa die zentralisierte Entscheidungsfindung oder die selektive staatliche Förderung von Ressourcen und Projekten. Einige Charakteristiken des chinesischen Denkens erwiesen sich jedoch als nachteilig und innovationshemmend. Dazu zählt die Pfadabhängigkeit und insbesondere die Prämisse der Zielorientierung und Nützlichkeit von Innovation. Denn sie soll Problemlöser sein, weshalb sie wiederum eher retrospektiv als proaktiv auf die Zukunft ausgerichtet ist. Kurzfristig hat die innenpolitische Stabilität die größte Relevanz für China. Mittelfristig legt China

⁶⁵ ISPI 2025; Chatham House 2025.

⁶⁶ Wang 2025.

⁶⁷ Euronews 2025.

⁶⁸ Farkas 2023a, 271f; Farkas 2023c; Ip 2008, 339.

⁶⁹ Gu/Shankland/Chenoy 2016, 133.

⁷⁰ Hsu/Wu/Zhao 2011; Groitl 2023, 444; Zhang W. 2012, 90.

⁷¹ Deng/Guo 2011, 2ff; Liu 2015; Farkas 2024, 43f; Farkas 2023c, 58f; Lanteigne 2005; Farkas 2024, 44; Farkas 2025d.

⁷² Turner 1994.

⁷³ Wallerstein 1991, 173.

⁷⁴ Wallerstein 1992, 173; 231; Macfie 2000; Said 1979; Turner 1994: seine Kritik des Orientalismus setzt den Orientalismus in Beziehung zu Postmodernismus und Globalisierung.

⁷⁵ Farkas 2023a, 295-299; Murthy 2023, 219.

⁷⁶ Hu/Yan/Tang 2018, 15-35; Noesselt 2018.

⁷⁷ Hu R. 2021.

den Schwerpunkt – neben den internationalen Beziehungen und der Streitkräftemodernisierung – auf die Wirtschaft, insbesondere auf den dualen Wirtschaftskreislauf von gestärktem Inlandskonsum⁷⁸ und fortgeführter Globalisierung.⁷⁹

Kooperation der Länder der globalen Peripherie

Der institutionelle Anspruch der globalen Peripherie bzw. des Globalen Südens auf die Mitgestaltung der Weltordnung zeigt sich heute ganz deutlich in der seit zwei Jahren rasch wachsende Anzahl an Mitgliedern und Partnerländern von BRICS. Chinas Rolle ist innerhalb dieser Konfiguration ambivalent. Einerseits tritt es als ebenbürtiger Partner auf und ist andererseits das normativ, wirtschaftlich und institutionell dominierende informelle Zentrum. Die Zuschreibung „Globaler Süden“ ist eine relationale geopolitische Einordnung ohne geographische Verortung. Er ist durch eine systematische politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligung charakterisiert.⁸⁰

Die globalen Visionen Chinas finden vor allem in den Entwicklungsländern – der historischen Peripherie des Westens – Anklang.⁸¹ Die laufend stärkere (wirtschaftliche) Einbindung der geringer entwickelten Länder definierte die bisherige Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie neu.⁸² Die Grundlage der BRICS-Kooperation findet sich in den individuellen und systemischen Vorteilen aufgrund der kollektiven Verfolgung konvergenter oder zumindest kompatibler Interessen. Dabei ging der wirtschaftliche Impuls von China aus, der politische Impuls von Russland.⁸³ Als BRICS-Vorläufer können zum Teil etwa der Panasiatismus des 19. Jahrhunderts,⁸⁴ die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz⁸⁵ und die informellen Treffen Chinas, Russlands und Indiens (RIC)⁸⁶ seit 2003 betrachtet werden.⁸⁷ Den Ursprung der BRICS-Kooperation können unterschiedliche Variablen erklären, nämlich die Funktionalität und Normen.⁸⁸ Dies betrifft – sowohl auf der funktionalen als auch der normativen Ebene – endogene Faktoren, insbesondere den Gestaltungswillen, sowie exogene Faktoren, etwa den Systemdruck aufgrund der internationalen Machstruktur. Chinas strategische Analysen wichen zunehmend Ansatzdiskussionen. Angesichts der Tatsache, dass China sowohl über einen starken Gestaltungswillen als auch entsprechende Kapazitäten verfügt, stellt sich die Frage, ob die BRICS-Kooperation China zudem die politische Legitimität als dritten erforderlichen Faktor - neben Willen und Fähigkeiten - zur wirksamen Herausforderung des Westens verschafft.⁸⁹

⁷⁸ Liu H. 2021; Yan 2023.

⁷⁹ Wang 2021, 8-13.

⁸⁰ Farkas 2025b; Friedrich-Ebert-Stiftung o.D.

⁸¹ Farkas 2024, 40.

⁸² Liu Z. 2021.

⁸³ Gu/Shankland/Chenoy 2016, 4f; During 2024, 71.

⁸⁴ Murthy 2023; Wells 2001; Wei/Myers/Gillin 1994; Aydin 2007; Saaler/Szpilman 2011b, Vol. 1 und Vol. 2; Wallerstein 1992; Smith 2019; Kawata 2019.

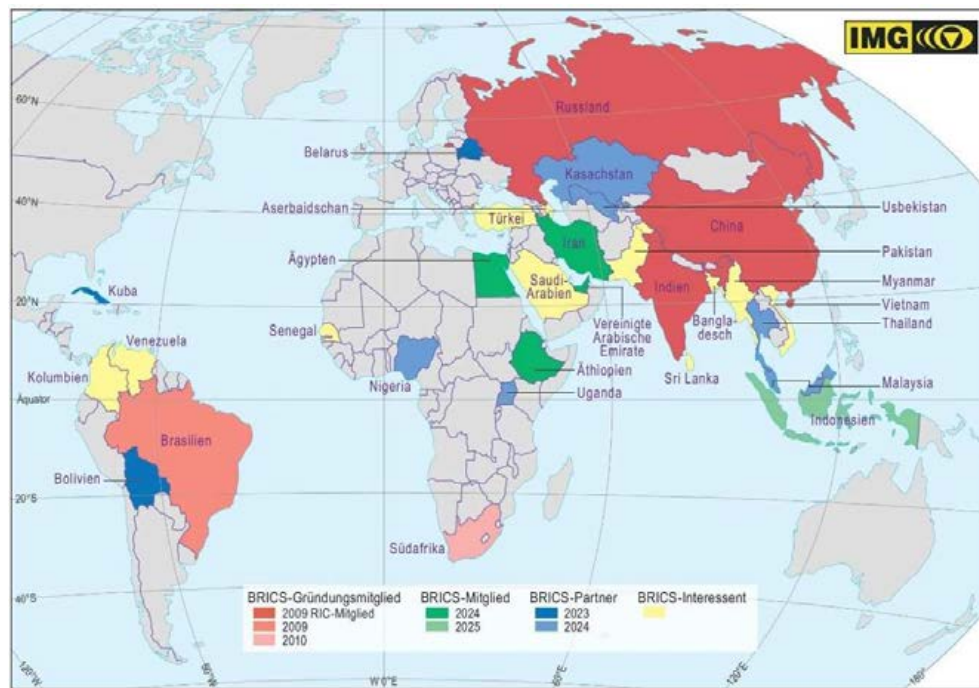
⁸⁵ Suryanarayana 2021; Gu/Shankland/Chenoy 2016, 13.

⁸⁶ Gu/Shankland/Chenoy 2016, 13.

⁸⁷ Kumar/Mehra/Raman/Sundriyal 2023, 2.

⁸⁸ Ren/Yin 2020.

⁸⁹ Kingah/Quiliconi 2016, 6.



Kooperation im BRICS-Rahmen (IMG)

Die Motive für BRICS liegen in der politischen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Interessensvertretung gegen die westliche Dominanz sowie im Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit bzw. nach Verringerung der strukturellen Abhängigkeit vom Westen.⁹⁰ Ziel ist daher eine multipolare Weltordnung.⁹¹

Zu den Merkmalen von BRICS zählt der weltweite Geltungsbereich, die Reziprozität, der auf die praktischen Realitäten gestützte Pragmatismus sowie der nicht-konfrontative Charakter.⁹² Der Fokus liegt auf der nachfrageorientierten, nachhaltigen und auf der eigenen Erfahrung basierenden Entwicklung. Aufgrund der großen Heterogenität verweisen Analysten regelmäßig auf die inhärenten Limits der BRICS-Kooperation. Denn die Länder differieren erheblich bei den politischen und sozialen Systemen, den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen sowie der Einschätzung der dominanten Akteure.⁹³

Relevanz von Zentrum und Peripherie für China sowie für die internationale Ordnung (Fazit)

Die Gleichzeitigkeit von Zentrum und Peripherie ist für China kein Widerspruch, sondern struktureller Bestandteil seiner strategischen Positionierung. Nach innen ermöglicht sie soziale Kohäsion und Kontrolle, nach außen die flexible Positionierung in einem transformierenden Weltsystem. Daher ist Chinas Doppelrolle keine Inkonsistenz, sondern als strukturierende Logik eines alterna-

⁹⁰ Liu/Pappa 2015; Xu 2020a, 15; Gu/Shankland/Chenoy 2016, 210; Gu 2023; Niu 2023; Ren 2023; Kingah/Quiliconi 2016.

⁹¹ Larionova/Kirton 2018; Gu/Shankland/Chenoy 2016, 11; Kingah/Quiliconi 2016; Monyae/Ndzendze 2021; Stuenkel 2020; Niu 2023.

⁹² Xu 2020b; Ren 2023; Gu/Shankland/Chenoy 2016, 10; 208-2012; Stuenkel 2020.

⁹³ Stuenkel 2020; Gu 2023.

tiven globalen Ordnungsmodells zu verstehen. Dies hat weitreichende Implikationen für die internationale Stabilität, die Gestaltungsmacht des Westens und die Handlungsspielräume des Globalen Südens. Das globale Zentrum nutzt China als Vision. Die Peripherie dient als strategische Ressource zur Machterweiterung: geopolitisch zur Erweiterung der strategischen Tiefe, physisch zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten sowie ideell zur moralischen Legitimierung. Dabei bietet Chinas Positionierung als alternatives Entwicklungsvorbild aufgrund seines wirtschaftlichen Erfolges, der technologischen Souveränität sowie der politischen Stabilität ohne westliche Demokratie zahlreichen Staaten des Globalen Südens eine ideelle Projektionsfläche. Ein wesentlicher Aspekt ist die Bedeutungszunahme der relativen Interaktionsfähigkeit Chinas.⁹⁴ Denn zusätzlich zur wirtschaftlichen und militärischen Stärke gewinnt die Umgestaltung von globalen Netzwerken und damit verbunden der globalen Machtstrukturen an Relevanz.⁹⁵



Autorin

Mag. Barbara FARKAS, Bakk. phil.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien (LVAK); lehrt an der LVAK und der Theresianischen Militärakademie Wr. Neustadt; Sinologin und Asien-Analystin. Forschungsgebiete: Strategien, geopolitische Positionierungen und Sicherheitspolitiken Chinas sowie aller anderen Akteure im indopazifischen Raum.

⁹⁴ Acharya/Estevadeordal/Goodman 2023.

⁹⁵ Farkas 2025b.

Quellen

- Acharya, Amitav, Antoni Estevadeordal und Louis W. Goodman (2023): Multipolar or multiplex? Interaction capacity, global cooperation and world order, in: *International Affairs*, 99. Jg., Nr. 6/2023, S. 2339–2365.
- Aydin, Cemil (2007): *The Politics of Anti-Westernism in Asia. Visions of World Order in Pan-Islamic and PanAsian Thought*, New York: Columbia University Press.
- Biba, Sebastian (Hrsg.) (2024): *Europe in an Era of US-China Strategic Rivalry. Challenges and Opportunities from an Outside-in Perspective*, Cham: Springer.
- Blackwill, Robert D. und Richard Fontaine (2024): *Lost Decade. The US Pivot to Asia and the Rise of Chinese Power*, Oxford: Oxford University Press.
- Chatham House (2025): Trump is pushing Europe and China closer together. Europe should tread carefully, 07.03.2025, [online] <https://www.chathamhouse.org/2025/02/trump-pushing-europe-and-china-closer-together-europe-should-tread-carefully> [01.04.2025].
- Chen, Hong (2017): 学习领会习近平总书记治疆方略的要义和内涵 (Studium und Verständnis der Grundlagen und der Bedeutung der Strategie des Generalsekretärs Xi Jinping für die Regierung von Xinjiang), in: 湖南省民族宗教事务委员会 (Hunan National Religious Affairs Committee), 09.10.2017.
- Cottle, Drew, Angela Keys und Thomas Costigan (2019): Contemporary Challenges to the U.S.-led Liberal International Order from the United States and the Rising Powers of China and Russia, in: *Rising Powers Quarterly*, 4. Jg., Nr. 1/2019.
- Csurgai, Gyula (2022): The Increasing Importance of Geoeconomics in Power Rivalries. From the Past to the Present, in: David Crickemans (Hrsg.): *Geopolitics and International Relations. Grounding World Politics Anew*, Leiden und Boston: Brill Nijhoff, S. 244-257.
- Deng, Qingke (2015): 为推动建立国际新秩序积极注入“中国力量” (Aktive Förderung der „Stärke Chinas“, um den Aufbau einer neuen internationalen Ordnung zu unterstützen), Peking: State Council of the People's Republic of China, 13.11.2015.
- Deng, Zhonglei und Sujian Guo (2011): *China's Search for Good Governance*, New York: Palgrave Macmillan.
- Derichs, Claudia und Thomas Heberer (2013): Grundlagen der Komparatistik, in: Claudia Derichs und Thomas Heberer (Hrsg.): *Die politischen Systeme Ostasiens. Eine Einführung*, Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Springer Verlag, S. 5-37.
- During, Simon (2024): The Global South and Internationalism, in: Sebastian Thies, Susanne Goumegou und Georgina Cebey (Hrsg.): *The Routledge Handbook for Global South Studies on Subjectivities*, London und New York: Routledge, S. 71-80.
- Duus, Peter, Ramon H. Myers und Mark R. Peattie (Hrsg.) (1989): *The Japanese Informal Empire in China, 1895-1937*, Princeton: Princeton University Press.
- Euronews (2025): What's EU trade commissioner looking for from China trip?, 26.03.2025, [online] <https://www.euronews.com/my-europe/2025/03/26/whats-eu-trade-commissioner-looking-for-from-china-trip> [01.06.2025].
- Farkas, Barbara (2020a): Die Seidenstraße. Wie China den strategischen Raum prägt, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 15/2020, Wien: Heeresdruck, [online] <https://www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/beitrag.php?id=3414> [28.03.2023].
- Farkas, Barbara (2020b): CHINA - Teil oder Bedrohung der liberalen Weltordnung?, ISS Aktuell Nr. 4, Wien: Heeresdruck, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1044> [01.02.2025].

- Farkas, Barbara (2023a): Chinas politische und strategische Kultur. Die Bedeutung der politischen und strategischen Kultur für die Grand Strategy Chinas, Strategische Kulturen Ostasiens 1, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 7/2023, Wien: Heeresdruck, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3702> [20.01.2025].
- Farkas, Barbara (2023b): Afrika als Modellregion für Chinas Grand Strategy, in: BMLV (Hrsg.): Die Rückkehr des Drachen - Chinas Einfluss auf die Machtkonstellation im 21. Jahrhundert, Armis et Litteris, Band 41, Wiener Neustadt: Schriftenreihe der Theresianischen Militärakademie, S. 90-108, [online] <https://www.milak.at/forschung/publikationen/die-rueckkehr-des-drachen> [23.03.2025].
- Farkas, Barbara (2023c): Der indopazifische Raum, in: Herwig Jedlaucnik (Hrsg.): ISS Aktuell – Zur Strategischen Lage. Jahresbeginn 2023, Periodikum der Landesverteidigungsakademie, Wien: Heeresdruck, S. 57-67, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3652> [28.01.2025].
- Farkas, Barbara (2024): Chinas Perspektive auf den globalen Systemkonflikt, in: BMLV (Hrsg.): Systemkonflikt – die chinesische Herausforderung, Armis et Litteris, Band 43, Wiener Neustadt: Schriftenreihe der Theresianischen Militärakademie, S. 37-55, [online] https://www.milak.at/fileadmin/milak/Forschung/Publikationen/Systemkonflikt_-_die_chinesische_Herausforderung___Zusammenstellung_f%C3%BCr_online.pdf [13.01.2025].
- Farkas, Barbara (2025a): Indiens geopolitische Positionierung. Die selbstdefinierte Rolle und geopolitische Positionierung Indiens, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien: Heeresdruck – erscheint demnächst.
- Farkas, Barbara (2025b): Indopazifik. Die Umgestaltung globaler Netzwerke & Machtstrukturen durch staatskapitalistische Geopolitik, in: BMLV (Hrsg.): ISS Lagebild Nr. 2/2025, S. 95-111, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1242> [13.07.2025].
- Farkas, Barbara (2025c): Chinas Sicht auf die sino-russische Beziehung, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 7/2025, Wien: Heeresdruck, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3921> [13.07.2025].
- Farkas, Barbara (2025d): Chinas Bereitstellung von Kollektivgütern. Die strategischen Überlegungen Chinas zu seiner politischen Identität. In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), 197. Jg., Nr. 4, S. 448 - 457.
- Fitzgerald, John (1999): China and the Quest for Dignity, in: The National Interest Nr. 55/1999, S. 47-59.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (o.D.): Globaler Süden, [online]: <https://www.fes.de/wissen/globaler-sueden#c339555> [28.04.2025].
- Fu, Ying (2016): Putting the Order(s) Shift in Perspective. Doubling Down? China and International Order(s), in: China-US Focus.
- Ge, Tengfei (2021): “印太”地区安全秩序纷争与中国的地区秩序愿景 (Debatte über die regionale Sicherheitsordnung im „Indopazifik“ und Chinas Vision für eine Regionalordnung), in: 外交评论 (Foreign Affairs Review), Peking: China Foreign Affairs University (外交学院), 03.05.2021.
- Ge, Zhaoguang (2023): Zentrum und Peripherien in der chinesischen Geschichte. Dynamische Grundlagen des heutigen China, Frankfurt und New York: Campus Verlag.
- Gernet, Jacques (1997): Die chinesische Welt, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gilpin, Robert (1987): The Political Economy of International Relations, Princeton: Princeton University Press.

- Groitzl, Gerlinde (2023): *Russia, China and the Revisionist Assault on the Western Liberal International Order*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Gu, Jing, Alex Shankland und Anuradha Chenoy (Hrsg.) (2016): *The BRICS in International Development*, London: Palgrave Macmillan.
- Gu, Zhenglong (2023): 阿拉伯国家加入金砖国家是国际政治多元化趋势的重要里程碑 (Der Beitritt der arabischen Länder zu BRICS ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum internationalen politischen Pluralismus), in: 国际网 (Cfisnet), [online] <http://comment.cfisnet.com/2023/0908/1328587.html> [online28.04.2025].
- Hahn, Alois (2008): Zentrum und Peripherie, in: Kay Junge, Daniel Suber und Gerold Gerber (Hrsg.): *Erleben, Erleiden, Erfahren. Die Konstitution sozialen Sinns jenseits instrumenteller Vernunft*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 411-431.
- Heilmann, Sebastian (2017): China's Core Executive. Pursuing National Agendas in a Fragmented Polity, in: Vivienne Shue und Patricia M. Thornton (Hrsg.): *To Govern China. Evolving Practices of Power*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 107-148.
- Hsu, Philip S., Yu-Shan Wu und Suisheng Zhao (Hrsg.) (2011): *In Search of China's Development Model. Beyond the Beijing Consensus*, London und New York: Routledge.
- Hu, Angang (2021): Creating and Grasping Strategic Opportunities for China, in: Honghua Men und Xiao Xi (Hrsg.): *Report of Strategic Studies in China (2019). Once-in-a-Century Transformation and China's Period of Strategic Opportunity*, Singapur: Springer Verlag, S. 49-64.
- Hu, Angang, Yilong Yan und Xiao Tang (2018): *Xi Jinping's New Development Philosophy*, Singapur: Springer Verlag.
- Hu, Ruyin (2021): 强国建设的下一程：构造卓越的国家创新生态体系. 美国突破性高科技关键技术研发组织机制的启示 (Der nächste Schritt im Aufbau einer Supermacht: Aufbau eines herausragenden nationalen Innovationsökosystems), in: 制造强国研究 (Manufacturing Power Study), 11.12.2021.
- Ip, Eric Chiyeung (2008): Building Constitutional Democracy on Oriental Foundations. An Anatomy of Sun Yat-sen's Constitutionalism, in: *Historia Constitucional* Nr. 9/2008, S. 327-339.
- ISPI (2025): Trump Makes China Attractive Again, 26.03.2025, [online] <https://www.ispi-online.it/en/publication/trump-makes-china-attractive-again-203934> [03.05.2025].
- Jacob, Jabin T. und Hoang The Anh (Hrsg.) (2020): *China's Search for 'National Rejuvenation'. Domestic and Foreign Policies under Xi Jinping*, Singapur: Palgrave Macmillan.
- Kang, David C. (2004): Hierarchy, Balancing, and Empirical Puzzles in Asian International Relations, in: *International Security*, 28. Jg., Nr. 3/2004, S. 165-180.
- Kawata, Teichi (2019): *Confucianism and Sun Yat-sen's Views on Civilization*, Princeton: Princeton University Press.
- Kerr, Pauline, Stuart Harris und Yaqing Qin (Hrsg.) (2008): *China's "New" Diplomacy. Tactical or Fundamental Change?*, New York: Palgrave Macmillan.
- Khong, Yuen Foong (2013): The American Tributary System, in: *The Chinese Journal of International Politics*, 6. Jg., Nr. 1/2013, S. 1-47.
- Kingah, Stephen und Cintia Quiliconi (Hrsg.) (2016): *Global and Regional Leadership of BRICS Countries*, Cham: Springer Verlag.
- Kumar, Rajan, Meeta Keswani Mehra, G. Venkat Raman und Meenakshi Sundriyal (Hrsg.) (2023): *Locating BRICS in the Global Order. Perspectives from the Global South*, London und New York: Routledge.

- Kurian, Nimmi (2014) : India - China Borderlands. Conversations Beyond the Centre, Neu Delhi u.a.: Sage Publications.
- Lanteigne, Marc (2005): China and International Institutions. Alternate paths to global power, London und New York: Routledge.
- Larionova, Marina und John J. Kirton (Hrsg.) (2018): BRICS and Global Governance, London und New York: Routledge.
- Li, Cheng (2016); Chinese Politics in the Xi Jinping Era. Reassessing Collective Leadership, Brookings Institution Press, Washington DC 2016.
- Liu, Hongzhong (2021): Transformation of International Order. Globalization and External Constraints on China's Opening-Up, in: Honghua Men und Xiao Xi (Hrsg.): Report of Strategic Studies in China (2019). Once-in-a-Century Transformation and China's Period of Strategic Opportunity, Singapur: Springer Verlag, S. 29-45.
- Liu, Mingfu (2015): China Dream. Great Power Thinking and Strategic Power Posture in the Post-American Era, New York: CN Times Books.
- Liu, Zhenye (2021): China's Position and Direction in the Once-in-a-Century Transformation, in Honghua Men und Xiao Xi (Hrsg.), Report of Strategic Studies in China (2019). Once-in-a-Century Transformation and China's Period of Strategic Opportunity, Singapur, Springer Verlag, S. 13-27.
- Liu, Zongyuan Zoe und Mihaela Pappa (2015): Can BRICS De-Dollarize the Global Financial System?, Cambridge: Cambridge University.
- Macfie, Alexander Lyon (Hrsg.) (2000): Orientalism. A Reader, New York: New York University Press.
- Men, Honghua und Xiao Xi (Hrsg.) (2021): Report of Strategic Studies in China (2019). Once-in-a-Century Transformation and China's Period of Strategic Opportunity, Singapur: Springer Verlag.
- Monyae, David und Bhaso Ndzendze (Hrsg.) (2021): The BRICS Order. Assertive or Complementing the West?, Cham: Palgrave Macmillan.
- Mühlhahn, Klaus (2019): Making China Modern. From the Great Qing to Xi Jinping, Cambridge und London: Belknap Press.
- Mukherjee, Rohan (2022): Ascending Order. Rising Powers and the Politics of Status in International Institutions, Cambridge und New York: Cambridge University Press.
- Murthy, Viren (2023): Pan-Asianism and the Legacy of the Chinese Revolution, Chicago und London: The University of Chicago Press.
- Ni, Guihua (2022): 拜登政府对华战略竞争的态势与困境 (Situation und Dilemmas des Strategischen Wettbewerbs der Biden-Administration mit China), in: 亚太安全与海洋研究 (Asia-Pacific Security and Maritime Affairs), Nanjing 2022.
- Niu, Haibin (2023): “全球南方”是国际秩序演变的重要推动力量 (Der „Globale Süden“ als wichtige treibende Kraft bei der Entwicklung der internationalen Ordnung, in: 当代世界 (Contemporary World), 07.12.2023, [online] file:///C:/Users/user0001/Downloads/Niu_2023_The%20Global%20South%20Is%20an%20Important%20Driving%20Force%20in%20the%20Evolution%20of%20the%20International%20Order_chin.pdf [28.04.2025].
- Noesselt, Nele (2018): Governance Innovation and Policy Change, in: Nele Noesselt (Hrsg.): Governance Innovation and Policy Change. Recalibrations of Chinese Politics under Xi Jinping, Lanham u.a.: Lexington Books.

- Pu, Xiaoyu (2018): *Asymmetrical Competitors. Status Concerns and the China-India Rivalry*, in: T.V. Paul (Hrsg.): *The China-India Rivalry in the Globalization Era*, Washington DC: Georgetown University Press, S. 55-73.
- Pye, Lucian W. (1985): *Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority*, Cambridge und London: Harvard University Press.
- Qi, Dapeng (2017): *Historic Challenges to the International System and China's New Type of International Relations Strategy - An Overview of the International Strategic Situation and China's National Security in 2015*, in: NDU (National Defense University of People's Liberation Army) (Hrsg.): *International Strategic Relations and China's National Security. World at the Crossroads. International Strategic Relations and China's National Security*, Band 2, Singapur u.a.: World Scientific.
- Qin, Yaqing (2008): *International Factors and China's External Behavior. Power, Interdependence, and Institutions*, in: Pauline Kerr, Harris Stuart und Yaqing Qin (Hrsg.): *China's "New" Diplomacy. Tactical or Fundamental Change?*, New York: Palgrave Macmillan.
- Ren, Lin (2023): *大国博弈与全球治理中的“全球南方”关于“全球南方”的概念辨析 (Der Globale Süden im Spiel der Großmächte und in der Global Governance sowie konzeptioneller Diskurs über den Globalen Süden)*, in: 西亚非洲 (West Asia and Africa), Working Paper 202304, 23.11.2023, [online]
http://www.iwep.org.cn/xscg/xscg_lwybg/202312/t20231218_5718254.shtml [25.04.2025].
- Ren, Lin und Jiwu Yin (2020): *Theoretical explanations for the origin of BRICS cooperation*, in: Xiujun Xu (Hrsg.): *The BRICS Studies. Theories and Issues*, London und New York: Routledge, S. 43-67.
- Rozman, Gilbert (Hrsg.) (2015): *Misunderstanding Asia. International Relations Theory and Asian Studies over Half a Century*, New York: Palgrave Macmillan.
- Rudd, Kevin (2022): *The Avoidable War. The Dangers of a Catastrophic Conflict between the US and Xi Jinping's China*, New York: Public Affairs.
- Saaler, Sven und Christopher W. Szpilman (Hrsg.) (2011a): *Pan-Asianism. A Documentary History. Volume 1: 1850–1920*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield.
- Saaler, Sven und Christopher W. Szpilman (Hrsg.) (2011b): *Pan-Asianism. A Documentary History. Volume 2: 1920–Present*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield.
- Said, Edward W. (1979): *Orientalism*, New York: Vintage Books (A Division of Random House).
- Schirm, Stefan A. (2023): *Alternative Weltordnungen. Stärkt Russlands Ukraine-Krieg internationale Antagonismen?*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* Nr. 33/2023, S. 93-102.
- Schwartz, Benjamin (1968): *Communism and China*, Cambridge: Harvard University Press.
- Schweller, Randall L. und Xiaoyu Pu (2011): *After Unipolarity. China's Visions of International Order in an Era of U.S. Decline*, in: *International Security*, 36. Jg., Nr. 1/2011.
- Scott, David (2008): *China and the International System, 1840–1949. Power, Presence, and Perceptions in a Century of Humiliation*, New York: State University of New York.
- Shambaugh, David (2011): *Coping with a Conflicted China*, in: *The Washington Quarterly*, 34. Jg., Nr. 1/2011, S. 7-27.
- Sheridan, Michael (2021): *A Gate to China. A New History of the People's Republic and Hong Kong*, London: Harper Collins.
- Skalnes, Lars S. (2022): *The Political Economy of Peaceful Change*, in: T.V. Paul u.a. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Peaceful Change in International Relations*, Oxford: Oxford University Press, S. 319-336.

- Smith, Craig A. (2019): Chinese Asianism in the Early Republic. Guomindang intellectuals and the brief internationalist turn, in: *Modern Asian Studies*, 53. Jg., Nr. 2/2019, S. 582-605.
- Stuenkel, Oliver (2020): *The BRICS and the Future of Global Order*, Second Edition, Lanham u.a.: Lexington Books.
- Suryanarayana, P. S. (2021): *The Elusive Tipping Point. China-India Ties for a New Order*, Singapur u.a.: World Scientific.
- Tang, Shiping (2000): 理想安全环境与新世纪中国大战略 (Ideales Sicherheitsumfeld und Chinas Grand Strategy für das neuen Jahrhundert), in: *China Institute of Strategy and Management (CISM) (Hrsg.), 战略与管理 (Strategy and Management)*, Peking 2000.
- Tang, Shiping (2001): 再论中国的大战略 (Überarbeitung der Grand Strategy Chinas), in: *China Institute of Strategy and Management (CISM) (Hrsg.): 战略与管理 (Strategy and Management)*, Peking 2001.
- Tang, Shiping (2005): Reputation, Cult of Reputation, and International Conflict, in: *Security Studies*, 14. Jg., Nr. 1/2005, S. 34-62.
- Teschke, Benno und Frido Wenten (2017): Marxismus in den Internationalen Beziehungen, in: Frank Sauer und Carlo Masala (Hrsg.): *Handbuch Internationale Beziehungen*, 2. Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 107-140.
- Tsang, Steve (2015): Contextualizing the China Dream. A Reinforced Consultative Leninist Approach to Government, in: David Kerr (Hrsg.): *China's Many Dreams. Comparative Perspectives on China's Search for National Rejuvenation*, Hampshire und New York: Palgrave Macmillan, S. 10-34.
- Tu, Xinquan und Huiping Mo (2015): China's developing country identity – challenges and future prospects, in: Carla P. Freeman (Hrsg.): *Handbook on China and Developing Countries*, Cheltenham und Northampton: Edward Elgar Publishing, S. 89-108.
- Turner, Bryan S. (1994): *Orientalism, Postmodernism and Globalism*, London und New York: Routledge.
- Urbansky, Sören (2021): *Beyond the Steppe Frontier. A History of the Sino-Russian Border*, Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Wallerstein, Immanuel (1982): Crisis as Transition, in: Samir Amin, Giovanni Arrighi, Andre Gunder Frank und Immanuel Wallerstein (Hrsg.): *Dynamics of Global Crisis*, New York: Monthly Review Press, S. 11-54.
- Wallerstein, Immanuel (1991): *The politics of the world-economy. The states, the movements, and the civilizations*, 4. Nachdruck, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wallerstein, Immanuel (1992): *Geopolitics and Geoculture. Essays on the changing world-system*, Reprint, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wallerstein, Immanuel (2006): *World-systems Analysis. An Introduction*, 4th printing, Durham und London: Duke University Press.
- Wallerstein, Immanuel (2016): *The World Is Out of Joint. World-Historical Interpretations of Continuing Polarizations*, London und New York: Routledge.
- Waltz, Kenneth (1979): *Theory of International Politics*, Berkeley: University of California.
- Wang, Dong (2021): Reluctant Rival. Beijing's Approach to US-China Competition, in: *Global Asia: Pulling Apart. What Growing US-China Rivalry Means for the World*, 16. Jg., Nr. 4/2021, S. 8-13.

- Wang, Honggang (2021): 理解中国的对美战略 (Chinas Strategie gegenüber den USA verstehen), in: 中国现代国际关系研究院 (China Institutes of Contemporary International Relations, CICIR), 28.02.2021.
- Wang, Jianwei (2015): China's Evolving Attitudes and Approaches toward UN Collective Security, in: Ikenberry, John, Jisi Wang und Feng Zhu (Hrsg.): America, China, and the Struggle for World Order. Ideas, Traditions, Historical Legacies, and Global Visions, New York: Palgrave Macmillan.
- Wang, Jisi (2008): Multipolarity versus Hegemonism. Chinese Views of International Politics, Peking: China Institute of Strategy and Management.
- Wang, Jisi (2012): 西进 · 中国地缘战略的再平衡 (Richtung Westen marschieren: Die Neugewichtung von Chinas Geostrategie), in: 环球时报 (Global Times), 17.10.2012.
- Wang, Yi (2025): Rede bei der 61. Münchner Sicherheitskonferenz, 15.02.2025, [online] <https://www.pekingnology.com/p/wang-yi-at-munich-security-conference> [08.05.2025].
- Wei, Julie Lee, Ramon H. Myers und Donald G. Gillin (1994): Prescriptions for Saving China. Selected Writings of Sun Yat-sen, Stanford: Hoover Institution Press.
- Wells, Audrey (2001): The Political Thought of Sun Yat-sen. Development and Impact, New York: Palgrave Macmillan.
- Xi, Jinping (2014): The Chinese Dream of the Great Rejuvenation of the Chinese Nation, First Edition 2014, Peking: Foreign Language Press.
- Xi, Jinping (2015): 中国是现行国际体系的参与者建设者贡献者也是受益者 (China ist Teilnehmer, Konstrukteur, Mitwirkender und Profiteur des gegenwärtigen internationalen Systems), in: 央广网 (CNR), 25.09.2015, [online] http://news.cnr.cn/native/gd/20150925/t20150925_519980548.shtml [27.01.2025].
- Xiang, Lanxin (2016): Xi's Dream and China's Future, in: Survival, 58. Jg., Nr. 3/2016, S. 53-62.
- Xinhua (2017): 习近平：决胜全面建成小康社会夺取新时代中国特色社会主义伟大胜利 -在中国共产党第十九次全国代表大会上的报告 (Xi Jinping: Sicherstellung eines entscheidenden Sieges beim Aufbau einer moderat wohlhabenden Gesellschaft in jeder Hinsicht und Streben nach dem Großen Erfolg des Sozialismus mit chinesischen Charakteristiken für eine Neue Ära – Rede beim 19. Nationalen Volkskongress der Kommunistischen Partei Chinas am 18.10.2017), Peking, 27.10.2017.
- Xu, Xiujun (2020a): The BRICS Studies. Academic approach and frontier issues, in: Xiujun Xu (Hrsg.): The BRICS Studies. Theories and Issues, London und New York: Routledge 2020, S. 1-19.
- Xu, Xiujun (2020b): Non-neutrality of international regimes and the BRICS cooperation, in: Xiujun Xu (Hrsg.): The BRICS Studies. Theories and Issues, London und New York: Routledge, S. 20-42.
- Yan, Xuetong (2019): Leadership and the Rise of Great Powers, Princeton: Princeton University Press.
- Yan, Xuetong (2023): 中美战略竞争将走向何方 (Entwicklungsrichtung des strategischen Wettbewerbs zwischen China und den USA), in: Website von 华夏基石e洞察 (Weixin), [online] <https://mp.weixin.qq.com/s/cwKqMDFa-jeM6VjCt-GKfg> [17.01.2025].
- Yang, Jiemin (2021): 当前中美关系发展及其对俄罗斯欧亚地区的影响 (Die Entwicklung der gegenwärtigen sino-amerikanischen Beziehung und die Implikationen für Russland und Europa), in: 福建省图书馆 版权所有 (Fujian Bücherei), 01.12.2021, [online] https://www.fjlib.net/zt/fjstsgjcx/dylt/202112/t20211202_468796.htm [28.01.2025].

- Yang, Xuedong und Yan Jian (2018): Top-level Design, Reform Pressures, and Local Adaptations. An Interpretation of the Trajectory of Reform since the 18th CPC Party Congress, in: Nele Noesselt (Hrsg.): Governance Innovation and Policy Change. Recalibrations of Chinese Politics under Xi Jinping, Lanham u.a.: Lexington Books, S. 97-123.
- Yuan, Jingdong (2024): US-China Strategic Rivalry in the Indo-Pacific Region. The Security Dimension and the EU's Role, in: Sebastian Biba (Hrsg.): Europe in an Era of US-China Strategic Rivalry. Challenges and Opportunities from an Outside-in Perspective, Cham: Springer 2024, S. 89-109.
- Yuan, Peng (2022): 新时代维护和塑造国家安全的根本遵循 - 学习《总体国家安全观学习纲要》 (Zu beachtende Grundlagen für die Aufrechterhaltung und Gestaltung der Nationalen Sicherheit in der neuen Ära – Studienentwurf zur Prognose der allgemeinen nationalen Sicherheit), in: 人民日报 (People's Daily), Beijing, 26.04.2022, [online] <http://opinion.people.com.cn/n1/2022/0426/c1003-32408671.html> [27.01.2025].
- Zhang, Weiwei (2012): The China Wave. Rise of a Civilizational State, Hackensack: World Century Publishing.
- Zhang, Weiwei (2016): The China Horizon. Glory and Dream of a Civilizational State, 2. Auflage, Hackensack: World Century Publishing.
- Zhang, Xiaoming (2012): Multipolarity and Multilateralism as International Norms. The Chinese and European Perspectives, in: Zhongqi Pan (Hrsg.): Conceptual Gaps in China-EU Relations. Global Governance, Human Rights and Strategic Partnerships, London: Palgrave Macmillan.
- Zhang, Xiaoming (2015): China Dream. A New Chinese Way in International Society?, in: David Kerr (Hrsg.): China's Many Dreams. Comparative Perspectives on China's Search for National Rejuvenation, Hampshire und New York: Palgrave Macmillan, S. 226-245.
- Zhang, Yongjin (2008): Understanding Chinese views of the emerging global order, in: Gungwu Wang und Yongnian Zheng (Hrsg.): China and the New International Order, London und New York: Routledge, S. 149-167.
- Zhang, Yongjin (2016): China and liberal hierarchies in global international society. Power and negotiation for normative change, in: International Affairs, 92. Jg., Nr. 4/2016, S. 795-816.
- Zhao, Suisheng (2023): The Dragon Roars Back. Transformational Leaders and Dynamics of Chinese Foreign Policy, Stanford: Stanford University Press.
- Zhao, Tingyang (2013): The China Dream in question, Cambridge: Harvard-Yenching Institute Working Paper Series.
- Zheng, Yongnian und Cuifen Weng (2016): The Development of China's Formal Political Structures, in: Robert S. Ross und Jo Inge Bekkevold (Hrsg.): China in the Era of Xi Jinping. Domestic and Foreign Policy Challenges, Washington DC: Georgetown University Press, S. 63-104.
- Zhong, Feiteng (2018): China's grand strategy in a new era, Canberra: East Asia Forum.
- Zhou, Jinghao (2023): Great Power Competition as the New Normal of China-US Relations, Cham: Palgrave Macmillan.
- Zhou, Tianyong (2014): The China Dream and the China Path, Originally published in Chinese by Social Sciences Academic Press (China) 2011, Singapur: World Scientific Publishing.
- Zhou, Xinmin (2017): Xi Jinping's Governance and the Future of China, New York: Skyhorse Publishing.

Was hat die politische Kultur der USA mit ihrer Außenpolitik zu tun?

von Mitchell G. Ash

In der politischen Kultur der Vereinigten Staaten ist seit Jahrzehnten ein radikaler Wandel im Gange. Infolge der zunehmenden Polarisierung der Innenpolitik in diesem Land ist der Konsens, dass die Außenpolitik der USA über die Parteipolitik erhaben sei, aufgehoben worden. So gesehen stellen die erste und zweite Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA eine Zuspitzung der innenpolitischen Polarisierung dar. Nach seiner zweiten Wahl versuchen Trump und seine Helfer im Weißen Haus und im Kongress nun, einen Regimewechsel in den USA durchzusetzen.

Mit der Polarisierung der Innen- wie der Außenpolitik geht seit dem Ende des Kalten Krieges eine Verschiebung der weltpolitischen Stellung der USA von „alleiniger Supermacht“ zum Teil einer multipolaren Weltordnung einher. Die bisherige Außenpolitik der zweiten Amtszeit Trumps verbindet den versuchten Regimewechsel im Innern mit einem neuen Unilateralismus in der Außenpolitik. Doch die Unberechenbarkeit des Präsidenten trägt zu einer Destabilisierung der internationalen Beziehungen bei, mit noch unklaren Folgen.

Einleitung

Die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse, die seit längerer Zeit im Gang gewesen ist, hat seit der zweiten Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA eine besondere Wendung erfahren. Im Folgenden wird mithilfe von fünf Thesen die komplexe Rolle der U.S.A. in dieser Wandlung der Machtverhältnisse und ihre innenpolitischen Wurzeln umrissen.

These 1: In der politischen Kultur der Vereinigten Staaten ist seit Jahrzehnten ein radikaler Wandel im Gange. Diese zunehmende innenpolitische Polarisierung verzahnt sich mit einer Politisierung der Außenpolitik.

Den Begriff der „politischen Kultur“ haben die Politologen Gabriel Almond und Sydney Verba (1963) formuliert. Gemeint sind grundlegende Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen, die ein politisches System prägen und durch Keywords, Symbole und rituelle Handlungen zum Ausdruck gebracht werden. Von zentraler Bedeutung für die politische Kultur der USA sind die Unabhängigkeitserklärung von 1776 und die Verfassung von 1787 sowie die „Bill of Rights“ von 1794. Die Behauptung aus der Erklärung von 1776, dass alle Menschen „von ihrem Schöpfer“ gleich geschaffen und mit „unveräußerlichen Rechten“ auf „life, liberty and the pursuit of happiness“ ausgestattet seien, kennen alle Amerikaner. Das Gleichheitsprinzip und der Verweis auf die durch die Verfassung garantierte Rechtsstaatlichkeit des Landes sind erhebliche Wertehaltungen, doch Experten gestehen ein, dass es sich dabei eher um Zielsetzungen denn um politische Realitäten handelt (Bush 2022).

In Wirklichkeit ist die politische Kultur der USA seit jeher entlang mehrerer Trennlinien gespalten gewesen. Seit den 1970er Jahren haben beide politische Parteien, aber vornehmlich die Republikaner, eine Polarisierung der politischen Kultur entlang der Kategorien „Rasse“ und Geschlecht vorangetrieben. Die Kategorie „Rasse“ wird derzeit mit dem Kampf gegen eine angebliche Bevorzugung von Minderheiten durch „DEI“ (*diversity, equity, inclusion*)-Programme und -Richtlinien vertreten. Die Kategorie Geschlecht wird mit dem Kampf gegen Frauenrechte, insbesondere das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, bestritten. Hier kann man durchaus von einer unheiligen Allianz zwischen protestantischen Fundamentalisten und dogmatisch überzeugten Katholiken sprechen. Strategen der Republikaner haben solche Themen seit Jahrzehnten ganz offen „wedge issues“, auf Deutsch Keilthemen, genannt.

Die Polarisierung der Innenpolitik hat auch Eingang in die Außenpolitik der USA gefunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt der Leitspruch, dass „die Politik an der Wasserkante“ aufhöre (vgl. hierzu Brand und Roberl 2023). Das war schon immer eine bequeme Fiktion, die von einem sich herausbildenden außenpolitischen Establishment in Washington und New York nur deshalb aufrechtzuerhalten war, weil sich die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Wählerschaft für Außenpolitik nicht interessierte. Spätestens seit dem Vietnamkrieg war es mit dieser Fiktion zu Ende.

These 2: Mit dieser zunehmenden Polarisierung der Innen- wie der Außenpolitik geht seit dem Ende des Kalten Krieges eine relative Verschiebung der weltpolitischen Stellung der USA von „alleiniger Supermacht“ zum Teil einer multipolaren Welt einher.

Bereits in den 1970er Jahren hat Henry Kissinger im Kontext der Öffnung nach China vom Anfang einer multipolaren Welt gesprochen. Nach dem Fall des Kommunismus stilisierte sich die USA jedoch als „alleinige Supermacht“. Fast zwei Generationen später hat sich diese Haltung als gewaltige Selbsttäuschung entpuppt. Der relative Bedeutungsverlust der USA in einer zunehmend multipolaren Weltordnung hat mehrere Dimensionen.

Wirtschaftlich betrachtet ging die Wende von einer Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft in den USA mit einer Reduzierung ihres Anteils am stark wachsenden Welt-BIP einher. Bis 2023 hat sich dieser Anteil laut Daten der Weltbank von 40 Prozent um 1960 auf 23 Prozent reduziert (Lu 2024). Der Anteil der USA an der weltweiten Industrieproduktion sank von über 40 Prozent während des 2. Weltkriegs auf 9,7 Prozent 2025 (Lahart 2025).

Eher unerwartet verlief die Wandlung im Bereich der Sicherheitspolitik. Die Entscheidung der Bush-Regierung, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 Kriege in Afghanistan und im Irak zu führen, hat die weltpolitische Stellung des Landes eher nicht gestärkt. Dass die Kriege „off budget“ geführt wurden, hat zum relativen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust beigetragen. Zugleich hatte „9/11“ eine enorme Auswirkung auf die Innenpolitik der USA. Der „Patriot Act“ von 2001 und die Gründung des Ministeriums *for Homeland Security* verstärkten die ohnehin starke Stellung des Präsidenten. Das rituelle namentliche Gedenken der Opfer am Jahrestag des Angriffs ist zum Teil der politischen Kultur des Landes geworden, hat jedoch keinen wirksamen Gegenpol zur allgegenwärtigen Polarisierung gebildet.

These 3: So gesehen waren die erste und zweite Wahl von Donald Trump keine Anomalien, sondern Ausdrücke einer Zuspitzung der innenpolitischen Polarisierung.

Die Polemik gegen „Woke Politics“ im ersten und zweiten Wahlkampf Trumps stellt eine Zuspitzung der bisherigen Polarisierungsstrategie der Republikaner dar. Damit griff man die schon vor Trump angesprochene Sorge vieler Wählerinnen und Wähler der weißen Mittelschichten um den Verlust des Wohlstands infolge der Weltwirtschaftskrise von 2008 und der Inflation infolge der Coronakrise, sowie um den vermeintlichen Verlust eines vage definierten „Respekts“ für hart arbeitende Menschen ohne höhere Bildung auf (Hochschild 2016, 2024). Die zuletzt genannte Sorge sprach Trump 2024 direkt mit seinem Slogan „Ich kämpfe für Euch, sie (Kamala Harris) kämpft für they/them“ an. Diese Strategie zielte mit Erfolg darauf, neben der überwiegenden Mehrheit der weißen Männer auch die Stimmen der weißen Frauen zu sichern. Hinzukam der Versuch, die Mehrheiten der Demokraten bei den Minderheiten zu reduzieren. Diese Taktik hat 2024 insbesondere bei männlichen Latinos funktioniert.

These 4: Nach seiner zweiten Wahl versuchen Donald Trump und die Republikaner einen veritablen Regimewechsel in den USA durchzusetzen.

Ihre knappen Wahlsiege bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen missbrauchten Trump und seine Mannen vom Beginn an zur Aushebelung der Grundlagen des amerikanischen Rechtsstaates und zur Einrichtung einer autoritären Präsidentenherrschaft mithilfe zahlreicher Dekrete (Philipps 2025). Dabei nutzten sie eine Taktik, die der damalige Berater des Präsidenten Steve Bannon schon 2016 „flooding the zone“ genannt hat, um die Opposition und die Medien gleichermaßen zu verwirren. „Everything everywhere all at once“ ist eine klassische Taktik der Machtübernahme autoritärer Regimes. Wie sich dabei Innen- und Außenpolitik verzahnten, machte Trump selbst in einem Interview mit der Zeitschrift *The Atlantic* klar: „I run the country, and the world“ (Parker und Scherer 2025). Bei alledem fragt es sich: Was kann davon zu halten sein, dass der „Leader of the Free World“ sich für einen autoritären Herrscher hält und sich auch wie ein solcher benimmt?

Ob die Gerichte, die den Rechtsstaat schützen sollen, diese Aufgabe tatsächlich erfüllen, hängt letztlich von der Haltung des Obersten Gerichtshofs ab (Feldman 2025). Die Mehrheit dieses Gremiums hat bereits die von rechten Gruppen propagierte Theorie des „unified executive“ zu eigen gemacht und dem Präsidenten im (unfreiwillig ironisch genannten) Fall „Trump v. United States“ (2024) eine weitgehende Immunität vor kriminalrechtlicher Verfolgung für offizielle Handlungen zugesprochen. Derzeit bleibt jedoch unklar, ob diese Mehrheit bereit ist, der eigenmächtigen Aufhebung von Verfassungsbestimmungen sowie der Umgehung des Kongresses durch diese Administration stattzugeben.

These 5: Die bisherige Außenpolitik der zweiten Amtszeit Trumps verbindet den versuchten Regimewechsel im Innern mit Unilateralismus nach außen. Wegen der Unberechenbarkeit des Präsidenten hat dies zu einer Destabilisierung der internationalen Beziehungen beigetragen.

Im Umgang mit der NATO und in der Zollpolitik ist der Unilateralismus der USA deutlich sichtbar. In beiden Fällen wird das Vorgehen nach innen mit einer recht einfachen Logik verkauft: „Wir“ wurden bislang übervorteilt, und das soll beendet werden. Durch die brachial durchgesetzte Forderung, dass sich alle NATO-Mitglieder zum Ziel setzen, fünf Prozent des jeweiligen BIP für Verteidigung auszugeben, wird die jahrzehntealte Forderung nach „Burden sharing“ mit den USA anscheinend realisiert, und zwar ohne Garantien, dass im Gegenzug Artikel 5 eingehalten wird.

Die vom Präsidenten seit April 2025 eingeführten, drastisch erhöhten Einfuhrzölle sollen die Grundlagen des Welthandels zugunsten der U.S.A. umstellen und die Industrie wieder ins Land holen. Die Unsicherheit, die dabei andauernd mitschwebt, ist Teil des Spiels. Dazu sagt Trump: „It’s called negotiation“. Die Wandlung der politischen Kultur, die dabei zutage tritt, hat eine Artikelüberschrift griffig erfasst: „Europe’s Been Negotiating by the Book, But Trump is Tearing it Up“ (Smialek 2025).

J. D. Vance hat diese Verknüpfung der Innen- mit der Außenpolitik schon im Dezember 2024 bei der Sicherheitskonferenz in München verdeutlicht, als er mit Bezug auf die Asyl- und Migrationspolitik Europas behauptete, dass die Europäer „andere Werte als wir“ vertreten. Genauso lautet die Botschaft des Abschnitts der im November 2025 erschienenen nationalen Sicherheitsstrategie der USA, der Europa gewidmet ist (National Security Strategy 2025, 25-27).

Resümee und Ausblick

Die Folgen von alledem für die weltpolitische Stellung der USA lassen sich mit zwei Ironien formulieren: (1) Die von Trump eingeführten Importzölle sollen die frühere Prädominanz der Industrie in den USA und damit ihre weltwirtschaftliche Führungsrolle wiederherstellen, doch führen sie stattdessen zu einer Umstrukturierung des globalen Handels zu Ungunsten der USA. (2) In militärischer Hinsicht bleibt die USA nach wie vor das stärkste Land der Weltgeschichte, doch um diese Stärke aufrechtzuerhalten und zugleich die Einwanderungspolizei ICE stark auszubauen, leistet sich der Präsident mithilfe des Kongresses ein neues Schuldenregiment. Ob die erhöhten Zolleinnahmen tatsächlich ausreichen werden, um diese Neuschulden wettzumachen und auch noch die für 2027 in Aussicht gestellte Erhöhung des Militärbudgets zu finanzieren, ist äußerst zweifelhaft. Vielmehr scheint sich eine Kontinuität mit der Haltung der Bush-Regierung anzubahnen, deren „off budget“ finanzierten kriegerischen Abenteuer die weltpolitische Stellung der USA schon einmal geschwächt hat.

Trotzdem meinen Trump und seine Handlanger, den führenden Platz der USA im weltpolitischen Geschehen unilateral behaupten zu können. Die Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro soll den Anspruch der USA auf alleinige Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre belegen, aber der Machtanspruch des Trump-Regimes reicht weit darüber hinaus. Ob sich die EU-Staaten oder wenigstens diejenigen unter ihnen, die sich mit Großbritannien zusammengeschlossen haben, zu einer wirksamen Gegenhaltung finden, bleibt derzeit ungewiss.

Autor

Em. o. Univ.-Prof. Dr. Mag. Mitchell G. ASH

Emeritierter ordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Geschichte der Universität Wien.

Quellen

- Brand, Alexander; Robel, Stefan (2023): Die Außen und Weltpolitik der USA. In: Michael Staack (Hg.): Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch. 6. Auflage. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 137–177.
- Bush, Melanie E.L. (2022): What American Dream? In: Robert Hauh and Mitja Sardoc (Hg.): The Routledge Handbook of the American Dream, Vol. 2. New York: Routledge, S. 134-152.
- Feldman, Noah (2025): The Last Bulwark. The New York Review of Books, May 15, 2025, S. 38-39.
- Hochschild, Arlie Russell (2016): Strangers in their own land: Anger and mourning on the American right. New York: The New Press.
- Hochschild, Arlie Russell (2024): Stolen Pride: Loss, shame and the rise of the right. New York: The New Press.
- Lahart, Justin (2025): How the U.S. Lost Its Place as the World's Manufacturing Powerhouse. The Wall Street Journal, 13. April. <https://www.wsj.com/us-manufacturing-decline-service-economy-ee97a1e2>. Zugriff 15.04.2025.
- Lu, Marcus (2024): Ranked: The Top Six Economies by Share of Global GDP (1980-2024). <https://www.visualcapitalist.com/ranked-the-top-6-economies-by-share-of-global-gdp-1980-2024>. Zugriff 14.05.2025.
- National Security Strategy (2025): The National Security Strategy of the United States. November 2025. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>. Zugriff 08.12.2025.
- Parker, Ashley; Sherer, Michael (2025): "I run the country and the world". Donald Trump believes he's invincible. But the cracks are beginning to show. The Atlantic, 28.04.2025. <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2025/06/trump-second-term-comeback/682753>.
- Phillips, Amber (2025): The 5-Minute Fix: Why experts say Trump has caused a constitutional crisis. The Washington Post Online, 13.02.2025. https://www.washingtonpost.com/video/politics/why-experts-say-trump-has-caused-a-constitutional-crisis/2025/02/13/887d9d75-47cb-4d55-812f-b88ecc57b537_video.html. Zugriff 20.10.2025.
- Smialek, Jeanna (2025): Europe's Been Negotiating by the Book, but Trump is Tearing it Up". The New York Times, 24.05.2025. <https://www.nytimes.com/2025/05/24/world/europe/europe-trade-50-percent-threat.html>. Zugriff 12.01.2026.
- Trump v. United States (2024): 603 US 593.

Politik. Macht. Zukunft.

Russland zwischen Zentrum und Peripherie

von Christoph Bilban¹

Die Frage nach Russlands „Ort in der Welt“ gehört zu den langlebigsten Konstanten russischer intellektueller Debatten. Bereits im 19. Jh. standen sich Westler und Slawophile gegenüber: Die einen sahen Russlands Zukunft in der Annäherung an Europa, die anderen in der Behauptung eines eigenständigen, genuin russischen Zivilisationsmodells. Diese Spannung hat sich bis heute erhalten. Sie strukturiert nicht nur Selbstbilder, sondern auch außenpolitische Strategien.

Historisch verschob sich das politische Zentrum im ostslawischen Raum mehrfach: von Kyjiw nach Moskau, von dort nach St. Petersburg und schließlich wieder zurück nach Moskau. Dabei waren dies nicht nur Machtverlagerungen, sondern die geografischen Veränderungen spiegeln auch gewissermaßen die wechselnden Orientierungen wider. Mindestens ebenso bedeutsam wie diese Zentren war aber auch die Peripherie für die Entwicklung der russischen politischen Kultur. Iver Neumann und Einar Wigen haben in ihrer Arbeit gezeigt, dass sie nicht nur von der europäischen Staatentradition, sondern auch von der Steppentradition Eurasiens geprägt sei: von offenen Räumen, unscharfen Grenzen und einer klar definierten Machtlogik, von Herrschenden und Beherrschten.² Die Steppe war Bedrohung und Schutz zugleich, Durchgangsraum und Pufferzone – und sie reicht geografisch bis in das Burgenland.

¹ Dieses Essay gibt die Kernaussagen des Vortrags „Politik. Macht. Zukunft.“ mit Informationsstand 17. September 2025 wider. Es wurde anhand der Notizen erstellt, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

² Neumann und Wigen, „The Importance of the Eurasian Steppe to the Study of International Relations“.

Politik: Russland als eurasisches Machtzentrum

Die offizielle Lagefeststellung in Russlands Nationaler Sicherheitsstrategie von 2021 beschreibt eine Welt im Übergang: „Die zunehmende Zahl der Zentren der weltwirtschaftlichen und politischen Entwicklung sowie die Stärkung der Positionen neuer globaler und regionaler Führungskräfte führen zu einer Veränderung der Struktur der Weltordnung und zur Entstehung neuer Architekturen, Regeln und Prinzipien der Weltordnung.“³ Russland versteht sich selbst als eines dieser Zentren und erhebt daraus den Anspruch, an der Gestaltung einer künftigen europäischen und globalen Sicherheitsarchitektur führend mitzuwirken.

Der Krieg gegen die Ukraine ist aus Moskauers Perspektive daher nicht isoliert zu bewerten, sondern als Teil dieses umfassenderen globalen Ordnungskonflikts. Erfolg oder Misserfolg – militärisch wie diplomatisch – werden daran gemessen werden, ob die Position Moskaus als eigenständiges Machtzentrum am Ende gestärkt wurde.

Die laufende Stärkung Russlands werde, so das offizielle außenpolitische Konzept von 2023, zu einer „Gefahr für die westliche Hegemonie“⁴. Daher hätten die USA und ihre Satelliten, so die Perspektive des Kremls, als Reaktion auf die Maßnahmen in der Ukraine seit 2014 ihre antirussische Politik verstärkt und einen hybriden Krieg vom Zaun gebrochen.

Charakteristisch für Russlands Sichtweise ist dabei die Reduktion Europas auf einen nachgeordneten Akteur, auf eine Peripherie, die sich dem Ergebnis des globalen Machtkampfes unterordnen müsse. Russlands Status als Zentrum beruht vor allem auf der Anerkennung als „Zentrum“ (oder Großmacht) durch die USA. Europäische Staaten – und noch weniger die EU – erscheinen hingegen in dieser Sichtweise nicht als eigenständige Handlungsakteure. Hier lässt es sich trefflich an das Steppendenken anknüpfen: Legitimer politischer Wille existiert primär in den Zentren der Macht, nicht in der Peripherie.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine jüngere Diskursverschiebung in Russland. Aus den seit 2022 definierten „unfreundlichen Staaten“ werden „unfreundliche Regierungen“. Diese Änderung in der Semantik könnte für den Ukrainekrieg zweierlei bedeuten: Einerseits könnte sie auf eine Vorbereitung ernsthafter Verhandlungen zwischen Putin und Trump hindeuten, gestützt auf die Wahrnehmung, dass die USA durch Trumps unkritische Haltung Putin gegenüber in einer schwachen Verhandlungsposition sind. Andererseits drückt sie die Erwartung aus, dass politische Loyalitäten für die Ukraine in Europa durch innenpolitische Umbrüche verschoben werden könnten.

Damit verbindet sich ein zivilisatorischer Anspruch. Russland präsentiert sich nicht nur als militärischer oder politischer Akteur, sondern als Träger einer eigenständigen Ordnungsvorstellung. Nach Fedor Lukjanov geht es dem Kreml nicht um kosmetische Korrekturen der bestehenden Ordnung: „Where Trump sees America first, Putin sees the necessity of reshaping the global order itself – of ending the period of US dominance and forcing a multipolar settlement. To

³ Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, „Nationale Sicherheitsstrategie“, Abs. 6.

⁴ Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, „Konzeption der Außenpolitik“, Abs. 13.

him, the issue of world order is not cosmetic but existential.“⁵ Souveränität wird in Russland jedenfalls als Eigenschaft von Machtzentren verstanden, nicht als universelles Prinzip.

Macht: Das „System Putin“ und seine Eliten

Die Fähigkeit, diesen Anspruch durchzuhalten, beruht wesentlich auf der inneren Machtstruktur. Das „System Putin“ ist durch eine stark personalisierte Machtvertikale gekennzeichnet, deren engster Kern von einer alternden Elite getragen wird. Putin selbst ist 72 Jahre alt. Zentrale Figuren seines Umfelds aus Politik und Wirtschaft sind ebenfalls 60 Jahre und älter: Außenminister Sergej Lawrow ist 75; Generalstabschef Waleri Gerassimow sollte mit 70 Jahren bereits im Ruhestand sein; Ex-Präsident Dmitri Medwedew ist bereits 60 und Gazprom-Chef Alexei Miller ist 63. Das Durchschnittsalter in der Präsidentialadministration liegt mit 58 Jahren nur knapp darunter und deutlich über dem gesellschaftlichen Mittel. Loyalität gegenüber Putin bildet das zentrale Selektionskriterium. Seit 2022 hat sich die Unsicherheit innerhalb der Elite aber deutlich erhöht. Korruptionsverfahren, Entlassungen und ungeklärte Todesfälle senden deutliche Signale, dass Positionen nahe am Präsidenten allein keinen Schutz mehr bieten.

Die russische „Gerontokratie“ ist jedoch kein Ausdruck von Stagnation. Sie hat parallel eine neue, dynastisch geprägte Nomenklatur hervorgebracht, die einen Machtübergang ohne Demokratisierung ermöglichen soll. Moskau ist dabei das Karrierezentrum. Institutionen wie die Hochschule der Präsidentialadministration (RANEPA) oder das Moskauer Institut für Internationale Beziehungen des Außenministeriums (MGIMO) fungieren als Rekrutierungs- und Sozialisationsorte einer Elite, deren Karrierewege eng an staatliche Strukturen gebunden sind.⁶

Die jüngere Elite hat im Unterschied zu ihren noch herrschenden Vorgängern die Sowjetunion nur kaum bis gar nicht mehr erlebt, ist aber stark vom System Putin geprägt. Sie ist flexibler in ökonomischen Fragen und grundsätzlich offen für globale Geschäftsbeziehungen, jedoch ohne die normative Bindung an liberaldemokratische Wertvorstellungen.⁷ Ihr pragmatischer Zynismus, der Einflusszonen und Machtasymmetrien akzeptiert, erscheint eher kompatibel mit dem Machtverständnis der US-Administration von Donald Trump als mit dem europäischen Modell einer regelbasierten Ordnung – wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch.

Gesellschaftlich ist das System weitgehend entkoppelt. Die Zerschlagung unabhängiger Organisationen und Medien, die Ausweitung repressiver Gesetzgebung und der Ausbau digitaler Überwachungsinstrumente haben eine Situation geschaffen, in der ein demokratischer Wandel von unten wenig wahrscheinlich erscheint. Das Ziel der staatlichen Propaganda ist nicht die Mobilisierung der Massen, sondern ein apathisches (und egoistisches) Volk. Widersprüchliche Narra-

⁵ Lukyanov, „Trump and Putin Are Closing the Era That Reagan and Gorbachev Began“.

⁶ Burkhardt u. a., „Wie Putin die russische Nomenklatura beherrscht“.

⁷ Zygar, *The next generation*, 17f.

tive, permanente Bedrohungsrhetorik und das bewusste Verwischen von Wahrheit und Lüge erzeugen ein Umfeld, in dem niemand mehr wissen kann, was richtig oder falsch ist. Der eigentliche Souverän wird selbst apolitisch.

Zukunft: Kontinuität, Bruch und die Logik der Wirren

Der Vortragstitel kann auch als Aussage gelesen werden: Politik macht Zukunft. Im Fall Russlands gilt dies insbesondere, da die Machtvertikale Putins wohl auf abschbare Zeit ein loyales System sicherstellt. Es kann sich selbst personell erneuern, auch wenn derzeit kein unmittelbarer Nachfolger für Putin selbst erkennbar ist. Vor diesem Hintergrund ist auch nicht mit einem grundlegenden außenpolitischen Kurswechsel zu rechnen. Ein zukünftiger Machtübergang wird zwar neue Gesichter hervorbringen, nicht jedoch grundlegend neue strategische Leitlinien.

Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit einer instabilen Übergangsphase hoch. Historische Analogien wären die „Zeit der Wirren“ (1598–1613) oder auch die Jahre 1991–93, als sich die Macht Boris Jelzins konsolidierte. Eine solche Phase muss nicht zwangsläufig lange dauern, birgt aber erhebliche Risiken nach innen wie nach außen. In diesem Kontext gewinnt ein alter sowjetischer Witz neue Aktualität: „Es werde keinen Krieg geben, aber der Kampf um den Frieden werde so intensiv sein, dass kein Stein auf dem anderen bleibe.“⁸ Solange das Ziel einer neu gestalteten Sicherheitsordnung nicht erreicht ist, bleibt Russland in struktureller Konkurrenz zu Europa. Der Konflikt mit der Ukraine ist dabei kein Randthema, sondern ein Prüfstein für die Zukunft des Landes.

Bestimmend für die Intensität des Friedens wird wohl sein, ob Russland die gegenwärtige Neuordnung des internationalen Systems (mit)bestimmen wird, oder aber lediglich das Ergebnis akzeptieren wird müssen. Langfristig, so Iver Neumann, wirke aber ein tieferliegendes Muster: „As long as the structural reasons that spell a context of backwardness hold—that is, as long as Russia looks primarily to western powers for recognition as a Great Power, and as long as some new, alternative way of ordering economic and/or political life does not emerge from within Russia itself—we must expect the cyclical pattern of the Russian debate about Europe to continue.“⁹

In diesem Sinne ist Russland möglicherweise stärker Peripherie, als es sich selbst zugesteht. Zugleich ist es mächtig genug, diese Rolle nicht zu akzeptieren. Somit wird es ein Herausforderer Europas bleiben. Und wir sind nicht an der Peripherie, sondern im Zentrum dieser konflikthaften Dynamik. Im Gegensatz zur russischen Sichtweise zeigt Europa seine Handlungsfähigkeit zunehmend auch sicherheitspolitisch. Diesen Weg gilt es fortzusetzen, denn „Politik macht Zukunft“.

⁸ Lukyanov, „Trump and Putin Are Closing the Era That Reagan and Gorbachev Began“.

⁹ Neumann, „Russia’s Europe, 1991-2016“, 1399.



Autor

Christoph BILBAN, BA BA MA

Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) an der Landesverteidigungsakademie in Wien; Forschungsgebiete: Russische Außen- und Sicherheitspolitik im post-sowjetischen Raum mit Fokus auf den Südkaukasus und die Ukraine; seit 2024 „Co-Chair“ der Studiengruppe „Regional Stability in the South Caucasus“ (*Partnership for Peace Consortium*).

Quellen

Burkhardt, Fabian, Maiia Guseva, und Mariia Zheleznova. „Wie Putin die russische Nomenklatura beherrscht“. *Russland-Analysen*, Nr. 469 (Juli 2025): 12–19.
<https://doi.org/10.31205/RA.469.02>.

Lukyanov, Fyodor. „Trump and Putin Are Closing the Era That Reagan and Gorbachev Began“. *Russia in Global Affairs*, 4. September 2025. <https://eng.globalaffairs.ru/articles/trump-and-putin-lukyanov/>.

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation. „Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (gebilligt vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, am 31. März 2023)“. 2023. https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/official_documents/1860586/?lang=de.

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation. „Nationale Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation vom 2. Juli 2021 (russisch)“. 2021.
https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/official_documents/1784948/.

Neumann, Iver B. „Russia’s Europe, 1991-2016: inferiority to superiority“. *International Affairs* 92, Nr. 6 (2016): 1381–99.

Neumann, Iver B, und Einar Wigen. „The Importance of the Eurasian Steppe to the Study of International Relations“. *Journal of International Relations and Development* 16, Nr. 3 (2013): 311–30. <https://doi.org/10.1057/jird.2012.27>.

Zygar, Mikhail. *The next generation: Russia’s future rulers*. Russia Tomorrow. Atlantic Council, 2025. <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2025/07/Russia-Tomorrow-The-next-generation.pdf>.

Umfassende Landesverteidigung

Zusammenfassung des Panelleiters

von Wolfgang Baumann

Die verfassungsmäßige „Umfassende Landesverteidigung“ (ULV) zum Schutz unseres Landes und der Bevölkerung muss, entsprechend Brigadier Mag. Jürgen Wörgötter, dem Stellvertretenden Kommandanten und Chef des Stabes der Landesverteidigungsakademie Wien, wieder neu gedacht, sprich „revitalisiert“ werden.

Zur ULV gehören neben der militärischen (MLV) auch die geistige (GLV), sowie die zivile (ZLV) und die wirtschaftliche Landesverteidigung (WLV). Daher stellt sie den verfassungsmäßigen gesamtstaatlichen Ansatz dar, dem auch die „Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2025“ in ihrer inhaltlichen Ausrichtung Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang ist das Panel ULV ein wesentlicher Beitrag für strategische, gesamtstaatliche Ableitungen, um die wissenschaftlichen Grundlagen für eine Revitalisierung der „Umfassenden Landesverteidigung“ Österreichs zu schaffen.

Ein Schwergewicht des Verteidigungsministeriums ist auch 2025 die Verstärkung der Informationstätigkeit über die ULV. Zu diesem Zweck wurden neben der Arbeitsgruppe ULV unter der Leitung von Dr. Baumann an der Landesverteidigungsakademie wieder zwei ULV-Seminare für gesamtstaatliche Bedarfsträger durchgeführt. Weiters tragen der nationale Strategische Führungslehrgang (STRATFÜLG) sowie der seit vier Jahren stattfindende *Regional Strategic Leadership Course* (RSLC) hier zum gesamtstaatlichen Denken und Handeln im Sinne der ULV bei.

Die diesjährige „Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik“ der Landesverteidigungsakademie in Wien beschäftigte sich mit dem Rahmenthema „Zentrum und Peripherie – Wohin (mit) EUropa?“. Die Konferenzleitung hat sich für einen interdisziplinären Ansatz im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den aktuellen Sicherheitsthemen entschieden. Dieser Zugang basiert auf einem umfassend verstandenen Begriff von Strategie und Sicherheit, mit Auswirkungen nicht nur für Militär, Politik und Wirtschaft, sondern für die gesamte Gesellschaft.



Bei der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) handelt es sich um ein gesamtstaatliches Konzept, bei welchem unter Verantwortung des Bundeskanzleramts die Zusammenarbeit zwischen dem Innen-, Unterrichts-, Wirtschafts- und Verteidigungsministerium koordiniert wird. Das Ziel der ULV ist es, unter Integration aller zivilen und militärischen Vorsorgemaßnahmen gesamtstaatlichen Herausforderungen zu begegnen.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte sich die Auffassung durch, dass eine erfolgreiche Verteidigung Österreichs einen umfassenden Sicherheitsansatz benötigt, der vom militärischen, zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereich getragen werden soll. Der defensive Charakter der Landesverteidigung, die Abstützung auf zivile Schutzvorkehrungen und wirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Die Idee der ULV war geboren. Die ULV ist seit 1975 im Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes verankert.

Der ULV lagen drei Anlassfälle zugrunde. Ein Modell befasste sich mit einem **Krisenfall** im Kontext von internationalen Spannungen und einer eskalierenden Konfliktgefahr. Hier stand vor allem der wirtschaftliche Bereich inkl. der Vorsorge im Mittelpunkt (Wirtschaftliche Landesverteidigung, WLW). Das zweite Denkmodell befasste sich mit dem **Neutralitätsfall**, d. h. mit einer kriegerischen Auseinandersetzung in der Nachbarschaft. Im Neutralitätsfall kommen zu den wirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen (WLW) auch Maßnahmen zum Schutz

der Zivilbevölkerung und der staatlichen Einrichtungen (Zivile Landesverteidigung, ZLV) hinzu. Parallel dazu kann das Bundesheer mobilisiert werden. Der dritte Fall behandelte eine direkt gegen Österreich gerichtete Aggression, die eine Militärische Landesverteidigung (MLV) Österreichs notwendig macht. In diesem **Verteidigungsfall** steht das Bundesheer als militärische Komponente im Fokus.¹

Mit der „Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie 2001“ und besonders der „Österreichischen Sicherheitsstrategie 2013“ verlor die umfassende Landesverteidigung an Stellenwert. Denn: „Österreich verwirklicht seine Sicherheitspolitik im Rahmen des Konzepts der ‚Umfassenden Sicherheitsvorsorge‘ (USV).“² Die USV blieb jedoch bis heute ohne relevante Umsetzung.³ Daraus ergab sich bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine ein sicherheitspolitisches Spannungsfeld.

Erst der Angriff auf die Ukraine führte zu einem Beschluss aller Parteien im Nationalen Sicherheitsrat, die ULV wiederzubeleben. Die USV wurde nicht mehr erwähnt.⁴ Mit diesem Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates vom 25. Februar 2022 betreffend die Aufrechterhaltung der „Umfassenden Landesverteidigung“ hat dieses Gremium der Bundesregierung einerseits „die Aufrechterhaltung der ‚Umfassenden Landesverteidigung‘“ sowie andererseits die „Vorlage eines diesbezüglichen Informationsberichts über die Wiederbelebungsmaßnahmen der zuständigen Bundesministerinnen und Bundesminister an das Parlament“ empfohlen.

Mit 1. Jänner 2024 wurde das neue Bundes-Krisensicherheitsgesetz (B-KSG) in Kraft gesetzt, das die gesamtstaatliche Vernetzung aller sicherheitsrelevanten Stakeholder vorantreibt.

Die neue Sicherheitsstrategie wurde danach im Bundeskanzleramt unter Einbindung einer Experten- Arbeitsgruppe erstellt. Die Krisen und Konflikte mit Auswirkungen auf oder in Österreich sind durch nationale Vorbereitungen, Kräfte und Mittel abzuwehren – natürlich in Solidarität mit der EU.⁵ Abgeleitete Maßnahmen für den Neutralitäts- und Verteidigungsfall wären noch zu erstellen. Seit 2025 wird wieder an einer neuen Sicherheitsstrategie im Bundeskanzleramt gearbeitet und erste Erkenntnisse konnten im Panel ULV im Rahmen der Diskussion exklusiv erörtert werden.

¹Vgl. Schneider, 2012: Gedanken zur Geschichte der Umfassenden Landesverteidigung (ULV), Vortrag anlässlich des Traditionstages der LVAK am 17. 2. 2012, LVAK/ISS, Wien.

² BKA, Österreichische Sicherheitsstrategie 2013, 10; Bericht der Bundesregierung betreffend Österreichische Sicherheitsstrategie – Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten, III-218 BlgNR XXIV. GP, 7.

³ Vgl. Baumann, Wird die Umfassende Landesverteidigung entsprechend der österreichischen Verfassung realisiert? – Eine Analyse unter besonderer Betrachtung der Umfassenden Sicherheit und der Geistigen Landesverteidigung, in Strategische Resilienz im Spannungsfeld zwischen Interdependenz und Autarkie unter besonderer Berücksichtigung der Beitragsleistung des Militärs in demokratischen Rechtsstaaten, MILES Verlag, Berlin 2021.

⁴ Vgl. Baumann, Umfassende Landesverteidigung und Umfassende Sicherheitsvorsorge – Ungelöstes sicherheitspolitisches Spannungsfeld, in Sicher. Und morgen? in BMLV, Risikoland-schaft Österreich 2022.

⁵ Vgl. Baumann, Umfassende Landesverteidigung ist wieder im Mittelpunkt, in MilizInfo, BMLV, Wien Nr.3/2022, S. 16 – 17.

Nach wissenschaftlicher Einordnung in die Thematik durch den Moderator Oberst Mag. Dr. Wolfgang BAUMANN als Sicherheitspolitischer Berater LVAK/BMLV erfolgten die Kurzvorträge von MMag. Dr. Andreas SCHLEGEL als stellvertretender Krisensicherheitsberater der Bundesregierung/BKA, Gruppenleiterin Mag. Kristina MANDL als Leiterin Gruppe I/C, Leiterin Abteilung I/12, BM für Bildung, Major MR Ing. Georg MANLIK, BA MA Akad. Controller als Krisenmanager/BM für Wirtschaft, Energie und Tourismus und Brigadier MMag. Philipp SEGUR-CABANAC als Leiter FähEntwg & MobKzpn/MilStrat. Wesentliche Inhalte bzw. Kernaussagen werden nachfolgend, kurz dargestellt:

Krisensicherheit auf Bundesebene (Andreas SCHLEGEL)

- Neue Möglichkeiten und gesetzliche Aufträge im Rahmen des Bundeskrisensicherheitsgesetzes (B-KSG).
- Auswirkungen des B-KSG auf die ULV.
- ULV-bezogene Handlungsempfehlungen aus dem gesamtstaatlichen, strategischen Lagebild des Regierungsberaters.

Geistige Landesverteidigung (Kristina MANDL)

- Geistige Landesverteidigung ist als Teil der politischen Bildung gut und nachhaltig im Schulsystem und den Lehrplänen verankert. Sie soll auch eine Rolle im neuen Unterrichtsgegenstand Demokratiebildung spielen.
- Das Regierungsprogramm geht an mehreren Stellen auf die Themen Demokratiebildung und Geistige Landesverteidigung ein.
- Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und es ist unsere Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern die Bedeutung von Demokratie aufzuzeigen.
- Demokratiebildung muss ein wichtiger Teil der Schulkultur sein und die Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler hat in den Mittelpunkt gestellt zu werden. Demokratische Grundrechte und Grundwerte müssen für Schüler und Schülerinnen an der Schule und im Alltag erfahr- und erlebbar gemacht werden.
- Das Bundesministerium für Bildung setzt in Kooperation mit dem BMLV bereits jetzt wichtige Initiativen, um Schulen bei der Umsetzung von Demokratiebildung, Geistiger Landesverteidigung und „Politischer Bildung“ zu unterstützen.

Wirtschaftliche Landesverteidigung (Georg MANLIK)

- Seit den 1970er Jahren verfolgt Österreich das Konzept der Umfassenden Landesverteidigung, welches die militärische, zivile, geistige und wirtschaftliche Landesverteidigung einschließt. Angesichts globaler Herausforderungen rückt dabei insbesondere der wirtschaftliche Sicherheitsaspekt stärker in den Vordergrund.
- Die Versorgung der Menschen und Unternehmen mit notwendigen Gütern, die Verhinderung von Handlungen und Gefahren, welche diese Versorgung und ein sicheres wirtschaftliches Handeln verhindern, gewinnen zunehmend

an Bedeutung. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen sind klare Prozesse, Verantwortlichkeiten und Abgrenzungen zu den anderen Teilbereichen der Umfassenden Landesverteidigung notwendig.

- Darüber hinaus sind *Monitoring*, stetige Forschung und Überlegungen zur Bevorratung aktueller Themenbereiche.

Militärische Landesverteidigung (Philipp SEGUR-CABANAC)

- Militärische Landesverteidigung als Teil der ULV
- Aktuelle und zukünftige Ausrichtung ÖBH

Nach der folgenden spannenden Diskussion wurden auch Fragen aus dem Publikum beantwortet. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das jährlich hochkarätig besetzte ULV-Panel der LVAK einen wertvollen Beitrag zur Wissensgenerierung und -verbreitung über die Instrumente und den Stand der Umsetzung der ULV leistet.

Insgesamt ist es somit auch 2025 gelungen, die Landesverteidigungsakademie als gesamtstaatliche Bildungsstätte und Wiege der Umfassenden Landesverteidigung verstärkt in den Fokus zu rücken.



Autor

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Mag. Dr. Wolfgang BAUMANN

Sicherheitspolitischer Berater im Kommando der Landesverteidigungsakademie Wien;
Generalsekretär a. D. im österreichischen Verteidigungsministerium; Präsident vom
„Kuratorium für die Umfassende Landesverteidigung“ (KULV).

Nationale Sicherheit neu denken

Die erodierende Weltordnung und das
Bundes-Krisensicherheitsgesetz

von Andreas Schlegel

Zwei Entwicklungen prägen derzeit die Sicherheitslage Europas – und damit auch Österreichs – besonders stark: die Erosion der regelbasierten Weltordnung und die fortschreitenden sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Erosion der internationalen Ordnung und was dies konkret für Österreich bedeutet. Je stärker das Völkerrecht, internationale Regeln und Verträge an Bindekraft, Ordnungsmacht oder Verlässlichkeit verlieren und je mehr gemeinsame Normen an Einfluss einbüßen, desto deutlicher rückt die Kernaufgabe des Staates in den Vordergrund: Sicherheit zu gewährleisten. Sicherheit ist Voraussetzung für Wohlstand, Stabilität und gesellschaftliche Resilienz.

Nationale Sicherheit und geopolitische Herausforderungen

Die Auswirkungen der sich auflösenden regelbasierten Weltordnung sind regelmäßig in den Nachrichten zu beobachten und werden zunehmend auch in Österreich spürbar. Hierbei darf jedoch nicht dem Irrtum verfallen werden, Ereignisse wie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als Ursache dieser globalen Dynamik zu deuten. Dieser ist vielmehr Symptom einer bereits länger wirkenden Erosion anstatt deren Ausgangspunkt.

Historisch betrachtet erstrecken sich Umbruchsphasen dieser Größenordnung in der Regel über zwei bis drei Jahrzehnte. Daher ist es weder möglich noch zielführend, zu versuchen, diese Phase ohne eigene Anpassungsleistung zu durchtauchen und auf rasche Rückkehr zur bisherigen Normalität zu hoffen. Dieser Umstand verlangt von der EU und somit all ihren Mitgliedsstaaten, vom theoretischen Planen ins entschlossene Handeln überzugehen. Der strategische Handlungsspielraum verengt sich jedoch zunehmend, sowohl zeitlich als auch auf die Effektivität einzelner Optionen bezogen. In den letzten Jahrzehnten bewährte Modelle von Diplomatie, Handel und Menschenrechten zeigen innerhalb einseitig durch antagonistische Akteure geänderte Rahmenbedingungen deutlich weniger Wirkung oder werden gar als Schwäche europäischer Handlungsfähigkeit interpretiert und im Konfliktfall gegen uns selbst gerichtet. Zentrale Weichenstellungen müssen jetzt erfolgen, um die eigene Handlungsfähigkeit zu sichern und nicht als Verlierer aus dieser Zeitenwende hervorzugehen.

Das Bundes-Krisensicherheitsgesetz

Die positive Nachricht nach dieser unangenehmen Konfrontation mit der Realität ist, dass Österreich dies auf staatlicher Ebene bereits in großen Teilen erkannt und entschlossen gehandelt hat. Mit 1. Jänner 2024 wurde das neue Bundes-Krisensicherheitsgesetz (B-KSG) in Kraft gesetzt, das die gesamtstaatliche Vernetzung aller sicherheitsrelevanten Stakeholder vorantreibt, um einer immer komplexer werdenden Welt als Staat geschlossen und an einem Strang ziehend entgegenzutreten zu können.

Dieses Gesetz sieht neue behördliche Strukturen zur laufenden Lagebeurteilung und Beratung der Bundesregierung vor. An der Spitze dieser Strukturen stehen der neu etablierte Regierungsberater für nationale Sicherheit, staatliche Resilienz, umfassende Landesverteidigung, Krisenvorsorge und Krisenbewältigung sowie dessen Stellvertreter, die durch das ebenfalls im Bundeskanzleramt angesiedelte Krisensicherheitsbüro unterstützt werden.

Der Regierungsberater berät die Bundesregierung auf Basis eines gesamtstaatlichen strategischen Lagebilds, das mindestens zweimal jährlich aus einzelnen Teillagebildern für die Bereiche Sicherheit, Gesundheit und Soziales, Energie, Klima und Umwelt, Wirtschaft, nachrichtendienstliche Entwicklungen im In- und Ausland sowie Verteidigungspolitik generiert wird. Nach Bedarf kann das Gesamtlagebild um Teillagebilder aus weiteren Bereichen ergänzt werden. Die Teillagebilder werden durch entsprechende Fachgremien erstellt, die laufend die Lage in ihren jeweiligen Themenfeldern beobachten und entsprechend frühzeitig Veränderungen erkennen und einordnen können. In diesen Fachgremien

sind die thematisch zuständigen Ministerien sowie anlassbezogen weitere maßgebliche Stakeholder vertreten. Die Leiterinnen und Leiter der Fachgremien stimmen gemeinsam mit dem Regierungsberater das finale Gesamtlagebild ab und bilden somit das Beratungsgremium.

Die Datengrundlage für diese Lagebilder liefern Bundesministerien, Betreiber kritischer Infrastruktur und diverse weitere Institutionen, die relevante Bereiche Österreichs statistisch erfassen. Diese Daten werden im Bundeslagezentrum der Bundesregierung, das im Bundesministerium für Inneres angesiedelt ist, zusammengeführt und für die jeweiligen Fachgremien aufbereitet.

Dieses gesamtstaatliche strategische Lagebild bildet als dritter und letzter Baustein gemeinsam mit dem jährlichen Risikobild des Verteidigungsministeriums und der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) einen Dreiklang, der Österreich alle strategischen Instrumente zur Verfügung stellt, die benötigt werden, um sich auf die Herausforderungen einer komplexen Welt gebührend vorzubereiten: Das Risikobild des BMLV zeigt, welche Gefahren auf Österreich zukommen können bzw. werden. Die ÖSS beschreibt, wie wir diesen Gefahren begegnen können und mit dem im B-KSG verankerten gesamtstaatlichen strategischen Lagebild steht nun auch die nötige Analyse in Bezug auf die Zielerreichung bereit. Aus der Differenz zwischen erwarteten Herausforderungen und eigenen Vorbereitungsmaßnahmen ergibt sich ein entsprechender Handlungsbedarf für die Republik sowie daraus abgeleitete Handlungsoptionen im Sinne der Gewährleistung von Sicherheit für die Bevölkerung Österreichs, die an die obersten politischen und administrativen Ebenen als Kernteil der Beratungsleistung des Regierungsberaters vorgelegt werden.

Neben neuen Strukturen zur laufenden Lagebeurteilung liefert das B-KSG erstmalig eine gesetzlich festgelegte Definition des Begriffs „Krise“ sowie konkrete Abläufe zur Feststellung von Krisen. Das Gesetz sieht hierfür ein sogenanntes Koordinationsgremium vor, das bei ersten Anzeichen einer potenziellen Krise zusammentritt und dem ebenfalls neu eingerichteten Bundes-Krisensicherheitskabinett unter der Leitung des Bundeskanzlers bei der Entscheidung eine Krise auszurufen beratend zur Seite steht.

Die Antwort auf moderne Herausforderungen

Positiv hervorzuheben ist somit, dass Österreich auch im europäischen Vergleich globale Entwicklungen frühzeitig erkannt und mit gesetzlich verankerten Strukturen vergleichsweise rasch reagiert hat. Im nächsten Schritt gilt es nun, diese institutionellen und rechtlichen Strukturen konsequent auszuschöpfen, um den erreichten Vorsprung nicht durch Entscheidungsverzug wieder zu verspielen. Denn auch Nicht-Entscheidung bzw. Zuwarten ist letztlich eine Entscheidung mit hoher Signalwirkung, die sicherheitspolitische Konsequenzen nach sich zieht.

Der Staat ist, wie eingangs dargestellt, mit diesen neuen Strukturen auf Bundesebene bereits gut aufgestellt. Für eine tatsächlich gesamtstaatliche Resilienz gegen aktuelle und zukünftige Herausforderungen muss jedoch auch die Bevölkerung systematisch einbezogen werden. Gerade in Europa richtet sich ein wesentlicher Teil moderner Einfluss- und Angriffsmuster gegen die gesellschaftliche

Ebene, nämlich gegen Vertrauen in Institutionen, öffentliche Diskurse und soziale Kohäsion. Weite Teile der Bevölkerung sind hierfür bislang nur unzureichend sensibilisiert und entsprechend begrenzt vorbereitet. Angriffe werden häufig erst spät erkannt, Desinformation und Manipulation bleiben nicht selten gänzlich unbemerkt und können dadurch vielerorts ungehindert ihre intendierte Wirkung zur unterschweligen, aber sukzessiven Destabilisierung der Gesellschaft und des Staates entfalten.

Erforderlich ist daher ein gesamtstaatlicher Schutzschild im Sinne eines *Whole-of-Society*-Ansatzes. Die multidimensionale Innovation von Gefahren für Österreich und die EU auf Seiten gegnerischer Akteure muss mit multidimensionaler, gesamtstaatlicher Resilienz beantwortet werden. Das Bundes-Krisensicherheitsgesetz ist dabei ein wertvoller und leistungsfähiger Baustein in der Gesamtheit dahingehender staatlicher Anstrengungen.



Autor

Dr. Andreas SCHLEGEL

Stellvertretender Regierungsberater gem. Bundes-Krisensicherheitsgesetz,
Bundeskanzleramt

Die Geistige Landesverteidigung im österreichischen Bildungssystem

Baustein für Sicherheit und Demokratie

von Kristina Mandl

Die inhaltliche Ausprägung sowie Wahrnehmung und Präsenz der Geistigen Landesverteidigung an Österreichs Schulen haben sich im Laufe der Geschichte der 2. Republik bis hin zur Gegenwart mehrmals verändert.

Im aktuellen Regierungsprogramm finden sich zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Demokratiebildung, u. a. die verpflichtende Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs in der Sekundarstufe I.

Geistige Landesverteidigung wird durch die Stärkung von Demokratiebildung gefördert.

Auch jetzt schon finden sich in den österreichischen Lehrplänen zahlreiche Bezüge zu den Inhalten der Geistigen Landesverteidigung.

Einleitung und historische Einordnung

Im Kontext der sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas und einer zunehmend komplexeren Welt nimmt das Konzept der Geistigen Landesverteidigung (GLV) in Österreich im Rahmen der Politischen Bildung eine stärkere Rolle ein. Die GLV bildet neben der militärischen, wirtschaftlichen und zivilen Landesverteidigung einen Pfeiler der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) und steht im Dienst der Bewahrung demokratischer Grundrechte und Grundwerte, (außen-)politischer Souveränität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Im Gedenk- und Jubiläumsjahr 2025, in dem mehreren zentralen politischen und historischen Ereignissen gedacht wurde – darunter 80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus und Kriegsende, 70 Jahre Staatsvertrag, 60 Jahre Nationalfeiertag, 50 Jahre Umfassende Landesverteidigung in der Verfassung sowie 30 Jahre EU-Beitritt Österreichs – rückt die Frage nach Resilienz, Demokratie und nationalem Selbstverständnis erneut ins Zentrum des öffentlichen Diskurses. In diesem Kontext wird die Bedeutung der GLV besonders sichtbar: Sie bietet als gesamtgesellschaftliche Aufgabe eine wichtige Voraussetzung, um demokratische Haltungen und Einstellungen der Bevölkerung zu stärken und Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen wie Desinformation, Extremismus und geopolitische Bedrohungen zu geben.

Entwicklung und Verankerung im Bildungssystem

Die frühen Wurzeln der Geistigen Landesverteidigung im österreichischen Bildungswesen liegen in den 1970er Jahren. Bereits 1978 wurde sie im Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ verankert. Gestützt wurde die GLV durch den Aufbau eines GLV-Referentensystems, das maßgeblich durch Milizoffiziere in den Schulen getragen wurde. Mit einer veränderten Bedrohungswahrnehmung und dem Rückgang aktiver Milizionäre ab den 2000er Jahren verlor die GLV jedoch an Präsenz und Wichtigkeit. Im Zuge neuer sicherheitspolitischer Spannungen und gesellschaftlicher Transformationsprozesse wurden durch verstärkte Bildungszusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Bildung und dem Bundesministerium für Landesverteidigung in den vergangenen Jahren jedoch neue Impulse gesetzt. Ziel dieser Initiativen ist es, den Zugang zur GLV modern, altersadäquat und zielgruppengerecht zu gestalten.

Konzeptionelle Grundlagen: Geistige Landesverteidigung als Teil der politischen Bildung und der Lehrpläne

Die Geistige Landesverteidigung ist wesentlich mehr als bloße Resilienz gegenüber äußeren Einflüssen. Sie versteht sich als Beitrag zur Vermittlung demokratischer Wertehaltungen, zur Festigung eines Bewusstseins für die Neutralität im Sinne ihrer historischen Entwicklung und ihrer Bedeutung unter den gegenwärtigen geopolitischen Voraussetzungen sowie zur Sicherstellung staatlicher Souveränität und der im Verfassungsrang verankerten Grund- und Menschenrechte.

Im österreichischen Bildungssystem ist die Geistige Landesverteidigung explizit im Fachlehrplan „Geschichte und Politische Bildung“ der 8. Schulstufe verankert, aber auch in anderen Schulstufen finden sich Anknüpfungspunkte. Besonders zu betonen sind in diesem Zusammenhang das Unterrichtsfach Digitale

Grundbildung und das übergreifende Thema Medienbildung. Diese Inhalte sollen junge Menschen im Umgang mit sozialen Medien und der Bewertung der dort verbreiteten Informationen stärken. Zentral ist hierbei die Vermittlung digitaler Kompetenzen, die sich auf die Erkennung und Abwehr von Desinformation sowie den kritischen Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) erstrecken. 2025 wurde seitens des Europarats zum Jahr der „Digitalen Politischen Bildung“ ausgerufen und das „Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule“, die durch das Bildungsministerium beauftragte Anlaufstelle für die schulische politische Bildung, setzt regelmäßig Angebote für Schulen um. So rückt der Kinder- und Jugendschutz im digitalen Raum verstärkt in den Fokus staatlicher Bildungsinitiativen, um gegen Desinformation und sogenannte „Deepfakes“ vorzugehen.

Darüber hinaus ist die Geistige Landesverteidigung im Lehrplan für Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe I im Rahmen des übergreifenden Themas und Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ in seiner Fassung als Grundsatz-erlass aus dem Jahr 2015 implizit verankert. Dadurch soll ein Verständnis für lokale und globale Zusammenhänge entwickelt und die Resilienz der Schülerinnen und Schüler gestärkt werden. In der 6. Schulstufe liegt der Schwerpunkt auf den Möglichkeiten politischen Handelns – von der Gemeindeebene bis zur Europäischen Union – und auf der Bedeutung demokratischer Werte wie Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit.

Schülerinnen und Schüler sollen ein Verständnis für politische Ideen und Prinzipien der österreichischen Bundesverfassung aufbauen sowie in der Lage sein, Fragen zu relevanten Themen wie Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung kritisch zu reflektieren und in globale Zusammenhänge zu stellen. Die Auseinandersetzung mit der österreichischen Zeitgeschichte, insbesondere mit der Zerstörung der Demokratie und der Errichtung einer Diktatur, das totalitäre Gewaltregime des Nationalsozialismus und seinen Folgen bis heute, inklusive der Erinnerung an den Holocaust, soll sowohl historische Aufarbeitung als auch Antisemitismusprävention ermöglichen.

Aktuelles Regierungsprogramm und Reformen im Bildungsbereich

Die Zielsetzungen des Regierungsprogramms 2025 im Bereich der GLV stellen den Schutz der „wehrhaften Demokratie“ und die Stärkung des Rechtsstaates in den Vordergrund. Wichtige Forderungen umfassen die Sicherung der liberalen Demokratie, die Förderung von Medienkompetenz, die Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Stärkung demokratischer Grundwerte im gesamten Bildungssystem. Explizit genannt wird die verpflichtende Verankerung eines Unterrichtsfaches „Demokratiebildung“ in der Sekundarstufe I. Demokratie soll durch eine Stärkung der Demokratie am Schulstandort (Stärkung der Schulpartnerschaft) und auch durch Exkursionen und praktische Erfahrungen greifbar gemacht werden. Durch gemeinsame Projekte sollen Schüler und Schülerinnen erleben, wie wichtig Werte wie Zusammenhalt und Verantwortung, das respektvolle Diskutieren von unterschiedlichen Meinungen und Zugängen für eine liberale und pluralistische Demokratie sind. In diesem Sinne ist die Geistige Landesverteidigung eng mit der Stärkung der Demokratiebildung verbunden.

Ausblick und Herausforderungen

Die konsequente Integration der Geistigen Landesverteidigung in die Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein für die Resilienz der Demokratie und die gesellschaftliche Wehrhaftigkeit Österreichs. Angesichts globaler Risiken und hybrider Bedrohungen werden die Vermittlung demokratischer Werte und die Stärkung kritischer Urteilsfähigkeit weiter an Bedeutung gewinnen.

Das „Zentrum *polis* – Politik lernen in der Schule“ sowie das „Forum Politische Bildung“ unterstützen die schulische Praxis durch umfangreiche Materialien, Fortbildungen und Projekte. Ein weiterer wichtiger Akteur ist der Fachbereich ERINNERN:AT im „OeAD – Agentur für Bildung und Internationalisierung“, der die Erinnerung an den Holocaust, die Bekämpfung von Antisemitismus und die Sensibilisierung für totalitäre Ideologien durch eine Vielzahl an Unterrichtsmaterialien und Fortbildungsangeboten fördert.

Die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Verteidigungsressort äußert sich zudem in der Beteiligung einer Vertretung des Bundesministeriums für Landesverteidigung in der Schulbuchkommission oder in der Entwicklung spezifischer Fortbildungsangebote sowie Lehrveranstaltungen an Pädagogischen Hochschulen, die die Geistige Landesverteidigung und die Demokratiebildung stärken.

Ein von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) finanziertes KIRAS-Forschungsprojekt mit dem Titel „SEEDS – Security Education by Empowering Democratic Strength“ startete im Dezember 2024, um unter Einsatz verschiedener Methoden und in konkreter Zusammenarbeit mit Schulen zu erheben, welche Wahrnehmungen zu Geistiger Landesverteidigung existieren und gleichzeitig vorbildhafte Beispiele zu identifizieren und zu dokumentieren. Zielsetzungen sind auch die Erstellung von Materialien und Methoden für die Wissensvermittlung und Stärkung demokratischer Resilienz sowie die Pilotierung mit Schülerinnen und Schülern und Lehrenden. Die Erkenntnisse aus dem Projekt werden für die Maßnahmen zur Stärkung der Demokratiebildung ebenfalls eine Grundlage bilden. Eine der zentralen Herausforderungen bleibt es, die Vermittlung dieser Inhalte an die Lebenswelt der Jugendlichen anzupassen und sie zu aktiven, reflektierten Bürgerinnen und Bürgern zu befähigen. Nur so kann die Geistige Landesverteidigung ihrem Anspruch als Grundpfeiler einer umfassenden Sicherheitspolitik und einer aufgeklärten Demokratie gerecht werden.

Autorin

GLⁱⁿ Mag.^a Kristina MANDL

leitet die Gruppe I/C (Koordinierung ESF, überfachliche Kompetenzen, ganztägige Schulformen, Schulpartnerschaft, Schulsport, Kunst, Kultur und Kreativität an Schulen) im Bundesministerium für Bildung und das Projekt „Stärkung der Demokratiebildung“, dessen Ziel u. a. die Einführung eines neuen Unterrichtsfaches „Demokratiebildung“ ist.

Literatur- und Materialhinweise

Bundesministerium für Bildung: Grundsatzterlass Politische Bildung, 2015.

Lehrplan Geschichte und Politische Bildung in der Sekundarstufe I.

Zentrum *polis* – Politik lernen in der Schule: <https://www.politik-lernen.at/>

Forum Politische Bildung: Informationen zur Politischen Bildung Nr 51: Wi(e)der den Krieg.

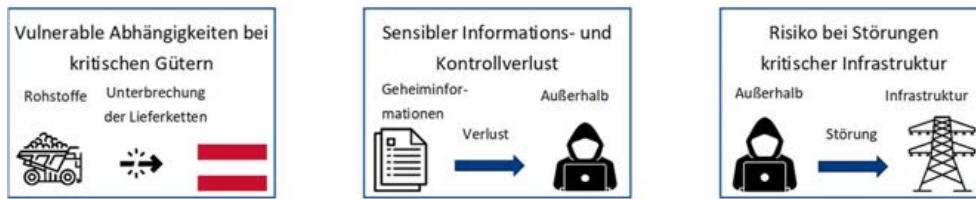
OeAD: ERINNERN:AT – Lehren und Lernen über Nationalsozialismus und Holocaust.

Wirtschaftliche Landesverteidigung in Österreich

von Georg Manlik

Seit den 1970er Jahren verfolgt Österreich das Konzept der Umfassenden Landesverteidigung, welches die militärische, zivile, geistige und wirtschaftliche Landesverteidigung einschließt.

Angesichts globaler Herausforderungen rückt dabei insbesondere der wirtschaftliche Sicherheitsaspekt stärker in den Vordergrund. Die Versorgung der Menschen und Unternehmen mit notwendigen Gütern, die Verhinderung von Handlungen und Gefahren, welche diese Versorgung und ein sicheres wirtschaftliches Handeln verhindern, gewinnen als „wirtschaftliche Sicherheit“ zunehmend an Bedeutung.

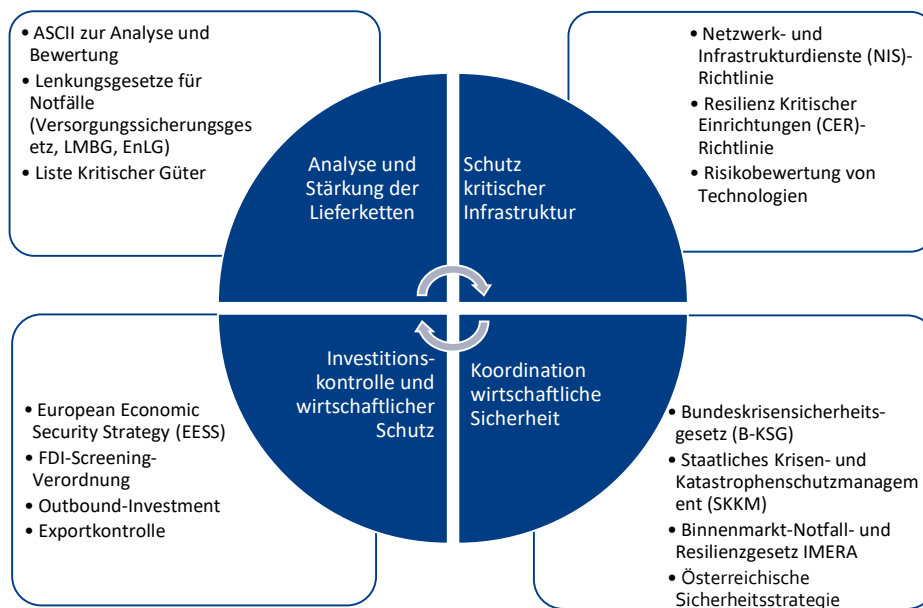


Ökonomischer Resilienzbegriff:

Ökonomische Resilienz ist die **Fähigkeit einer Volkswirtschaft**, vorbereitende **Maßnahmen zur Krisenbewältigung** zu ergreifen, unmittelbare **Krisenfolgen abzumildern** und sich an **veränderte Rahmenbedingungen** anzupassen. Der „Resilienz-Grad“ wird dadurch bestimmt, inwieweit das Handeln und **Zusammenspiel** von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die **Performance** der Volkswirtschaft gemäß Bewertung durch die gesellschaftliche Zielfunktion auch nach einer Krise **sicherstellen** kann.

Gesetze und Maßnahmen zur wirtschaftlichen Landesverteidigung:

Österreich setzt im Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung auf ein Bündel an Gesetzen und Maßnahmen. Die nachfolgende Grafik dient dazu, einen ersten Überblick über die zentralen Themenbereiche und deren Inhalt zu geben, bevor diese im Detail erläutert werden.



Analyse und Stärkung der Lieferketten:

Die vergangenen Krisen haben deutlich gezeigt, wie wichtig das Thema Versorgungssicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Um Herausforderungen früh erkennen und rechtzeitig handeln zu können, wurde das **Supply Chain Intelligence Institute Austria (ASCII)** gegründet. Seither sorgt das Institut mit seinen Analysen dafür, dass wir Probleme in einzelnen Wertschöpfungsketten oder ganzen Wertschöpfungsnetzwerken frühzeitig vorhersehen können.

Die dafür notwendigen Schritte werden von den zuständigen Behörden gemeinsam mit Verbänden und Unternehmen aus den ASCII-Analysen abgeleitet. Das ermöglicht es, ganz gezielt auf strategische Interdependenzen einzugehen und die Produktions- und Versorgungssicherheit besser zu gewährleisten.

Ein wichtiges Instrument dafür ist der sogenannte **Austrian Supply Chain Pressure Index (ASCPI)**. Dieser Index kombiniert Informationen aus zehn verschiedenen Indikatoren: fünf Indikatoren aus österreichischen Unternehmensbefragungen sowie fünf globale Transportkostenindikatoren. Dadurch können Engpässe in Österreich in einem zentralen Indikator dargestellt werden, der einen monatlichen Überblick über das aktuelle Stressniveau der Unternehmen gibt.

In diesem Zusammenhang hat das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus eine umfassende **Liste mit kritischen Gütern** erstellt. Diese gliedert sich in die Bereiche *Food* (z. B. Milcherzeugnisse), *Near Food* (z. B. Hygieneartikel) und *Non Food* (z. B. Bekleidung). Die Produkte werden dabei im Hinblick auf zwei Kriterien bewertet: ihre Vulnerabilität – das ist die Anfälligkeit gegenüber Unterbrechungen in der Wertschöpfungskette – sowie ihre Kritikalität, das ist die Einschätzung, wie stark sich eine Verknappung oder ein Ausfall des jeweiligen Gutes auswirken würde.

Um bei akuten Versorgungsengpässen eine schnelle und angemessene Reaktion der Politik zu ermöglichen, gibt es nachstehend angeführte Lenkungsgesetze:

Versorgungssicherungsgesetz (VerssG) und Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz (LMBG):

Im Falle einer unmittelbar drohenden bzw. einer bereits eingetretenen Störung, können der Bundesminister für Wirtschaft bzw. der Bundesminister für Landwirtschaft in ihren Verantwortungsbereichen unbedingt erforderliche Lenkungsmaßnahmen anordnen, um diese zu beheben.

Diese Möglichkeit besteht jedoch nur, wenn diese Störungen keine saisonale Verknappungserscheinung darstellen und durch marktkonforme Maßnahmen nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln abgewendet bzw. behoben werden können. Im Vorfeld solcher Lenkungsmaßnahmen können bei bestimmten, störungsanfälligen Waren bereits vorbeugende Maßnahmen gesetzt werden, um das Risiko von Versorgungsstörungen zu minimieren. Zum Warenkatalog des VerssG zählen bspw. Rohstoffe, Halbfabrikate und chemische Erzeugnisse, während zum Warenkatalog des LMBG bspw. Lebensmittel einschließlich Trinkwasser, Düngemittel und Futtermittel zählen.

Energielenkungsgesetz (EnLG):

Auf Basis des Energielenkungsgesetzes können Lenkungsmaßnahmen ergriffen werden, um eine unmittelbar drohende oder bereits eingetretene Störung der Energieversorgung Österreichs zu verhindern bzw. zu beheben. Voraussetzung dafür ist, wie im VerssG und LMBG, ebenfalls, dass die Störung dafür nicht saisonal bedingt ist und nicht durch marktkonforme Mittel abgewendet werden kann.

Maßnahmen auf Basis des Energielenkungsgesetzes können auch erforderlich sein, um völkerrechtliche Verpflichtungen auf Grundlage internationaler Beschlüsse zu erfüllen sowie europäischen Solidaritätsverpflichtungen oder ähnlichen regionalen und bilateralen Verpflichtungen nachzukommen. Zum Warenkatalog des EnLG gehören bspw. Erdöl und Erdölprodukte, elektrische Energie sowie Erdgas.

Gemeinsamkeiten des VerssG, LMBG und EnLG:

Diese drei Lenkungsgesetze bilden ein **gesetzliches Instrumentarium** zur Versorgung der Bevölkerung, Unternehmen sowie von sonstigen Bedarfsträgern in Krisensituationen. Eine eigene Verfassungsbestimmung (in § 1 oder Art. I) ist jeweils vorhanden, damit eine **umfassende Bundeskompetenz** gegeben ist. In diesen Krisensituationen sind Eingriffe in die Produktion, den Transport, die Lagerung, die Verteilung, die Abgabe, den Bezug, die Verbringung, die Ein- und Ausfuhr und die Verwendung von Waren möglich. Diesbezüglich ist jedoch zu beachten, dass auf die **Ursache der Krise** (z. B. Naturkatastrophe, Krieg, *Black-out*, Verstrahlung etc.) **nicht abgestellt** wird.

In den Warenkatalogen der drei genannten Lenkungsgesetze sind **Produkte wie** Holz und Holzwaren, Leuchten und Beleuchtungskörper, Hygieneartikel, Feuerzeuge und andere Anzünder, Schreibmaterial, Haustierfutter und -verpflegung, Schmuck, Spielzeug und Musikinstrumente **nicht abgedeckt**.

Lenkungsmaßnahmen nach dem LMBG, dem VerssG und dem EnLG:

Lenkungsmaßnahmen durch Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft oder des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus können sein:

- Gebote, Verbote, Anordnungen von Bewilligungspflichten hinsichtlich Produktion, Transport, Lagerung, Verteilung, Abgabe, Bezug, Verbringung, Ein- und Ausfuhr sowie Verwendung von Waren
- Anweisungen an Besitzer oder andere Verfügungsberechtigte von Transport-, Lager- und Verteilungseinrichtungen für gelenkte Waren
- Verpflichtung von physischen und juristischen Personen zu Meldungen über Bedarf, Erzeugung, Bearbeitung, Verarbeitung, Verbrauch, Zu- und Abgang und Lagerbestand von Waren sowie zu notwendigen Auskünften über Betriebsverhältnisse
- Energielenkungsmaßnahmen werden durch Verordnungen festgelegt. Diese können bspw. Sperraufrufe im Strom-, Gas- oder Erdölbereich und Verwendungsbeschränkungen bzw. -verbote umfassen. Außerdem haben die Landeshauptleute die Kompetenz, regional umschriebene Gebiete per Verordnung vom Strombezug auszuschließen oder abzuschalten.

Versorgungssicherheit – verpflichtende Bevorratung:

Eine Bevorratungspflicht ist in folgenden Fällen vorgesehen:

- Erdöl: 90 Tage Pflichtnotstandsreserve und Brennstoffbevorratung von Kraftwerken gem. Erdölbevorratungsgesetz 2012.

- Gas: 20 TWh „Strategische Gasreserve“ gem. Gaswirtschaftsgesetz 2011; Vorhaltung von Gasmengen für Erzeugungsanlagen gem. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010.

Schutz kritischer Infrastruktur:

Zum besseren Schutz der kritischen Infrastruktur hat die EU mehrere Richtlinien erlassen. Dazu gehören insbesondere die **Netzwerk- und Infrastrukturdienste (NIS)-Richtlinie** und die **Resilienz Kritischer Einrichtungen (CER)-Richtlinie**.

Ziel der **NIS-Richtlinie** ist es, konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der gesamten EU zu definieren. Mit der NIS-Richtlinie wurde ein einheitlicher Rechtsrahmen für den EU-weiten Aufbau nationaler Kapazitäten für die Cybersicherheit geschaffen. Mittlerweile wurden mit der weiterentwickelnden **NIS-2-Richtlinie** die nächsten Schritte in Richtung einer umfangreichen Abwehr von Cyberangriffen und dem Schutz unserer kritischen Infrastruktur gesetzt.

Die **Resilienz „Kritischer Einrichtungen“ (CER)-Richtlinie** der EU wird durch das „**Resilienz Kritischer Einrichtungen Gesetz“ (RKEG)** in nationales Recht umgesetzt. Ziel ist die Sicherstellung eines hohen Resilienz-Niveaus von kritischen Einrichtungen in sensiblen Bereichen der wesentlichen Dienste. Von diesen wesentlichen Diensten umfasst sind etwa Energie, Wasser, Ernährung, Informationstechnik und Telekommunikation, Gesundheitswesen, Finanz- und Versicherungswesen, Transport und Verkehr oder Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung.

Durch die rasante technologische Entwicklung entstehen neue Risiken. Daher bewertet die EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten **mögliche Gefahren in vier Technologiebereichen:**

- Fortgeschrittene Halbleitertechnologien
- Technologien der künstlichen Intelligenz
- Quantentechnologien und
- Biotechnologien

Ziel der österreichischen Risikobewertung ist es, Informationen über die wirtschaftliche Lage sowie die allgemeine Sicherheitslage in den nationalen Branchen und Forschungseinrichtungen zu erheben.

Koordination wirtschaftliche Sicherheit:

Um eine für den Krisenfall angemessene und effiziente Kooperation zwischen den Bundesbehörden sicherzustellen, wurde im Jahr 2023 das **Bundeskrisensicherheitsgesetz (B-KSG)** beschlossen.

In diesem Gesetz wurden die zur Krisenbewältigung notwendigen Strukturen und Ablaufprozesse genau definiert. Dazu zählen unter anderem die Einrichtung von Fachgremien, eines Bundes-Lagezentrums und eines Bundes-Krisensicherheitskabinetts sowie die konkrete Benennung von Kontaktstellen. Außerdem beinhaltet das B-KSG die gesetzliche Definition eines Bundes-Krisenfalls und das

Verfahren zur Ausrufung und Beendigung einer Krise. Letztlich werden im Rahmen des B-KSG zur Situationserfassung regelmäßig sogenannte Lagebilder erstellt, auf die im Krisenfall zurückgegriffen werden kann.

Bei Krisen und Katastrophen besteht darüber hinaus ein erhöhter Koordinationsbedarf, der in Österreich durch das **Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM)** gewährleistet wird. Das SKKM ermöglicht durch die enge Zusammenarbeit des Bundes mit den Katastrophenschutzbehörden der Länder sowie den Hilfs- und Rettungsorganisationen eine effiziente Katastrophenhilfe im In- und Ausland.

Auf europäischer Ebene ist im November 2024 das **Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz (IMERA)** in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, in Krisenzeiten eine agile und effiziente Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Als Grundlage dafür dienen insbesondere die Erkenntnisse aus der COVID-19-Krise, die Erfahrungen aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die Energieversorgungskrise. Die Verordnung wird ab dem 29. Mai 2026 vollzogen.

Des Weiteren wurde im Jahr 2024 die **Österreichische Sicherheitsstrategie** vorgestellt. Diese zielt darauf ab, durch eine umfassende Risikobewertung die nationale Sicherheit zu stärken. Explizit eingegangen wird darin auch auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Stabilität für die nationale Sicherheit. Die Sicherheitsstrategie enthält deshalb auch Maßnahmen zum Schutz kritischer wirtschaftlicher Infrastrukturen und betont die Notwendigkeit, die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber globalen Risiken und Bedrohungen weiter zu stärken, um die Versorgungssicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes zu gewährleisten.

Investitionskontrolle und wirtschaftlicher Schutz:

Das **Investitionskontrollgesetz** regelt unter bestimmten Bedingungen die Genehmigungspflicht für den Erwerb österreichischer Unternehmen durch Personen aus Drittstaaten (außerhalb EU, EWR, Schweiz). Es ist Teil der **European Economic Security Strategy (EESS)** und überprüft Transaktionen in sicherheitsrelevanten Bereichen, um Gefährdungen der Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung frühzeitig zu verhindern.

Um dieses Ziel zu erreichen, kann die Behörde Auflagen und Bedingungen an ausländische Direktinvestitionen knüpfen oder diese vollständig untersagen. Das kann unter anderem notwendig sein, um Standortverpflichtungen wie z. B. die Verhinderung von Technologieabfluss und eine Abwehr vor Cybersicherheitsrisiken zu erfüllen. Auf EU-Ebene wird die Überprüfung und Zusammenarbeit bei ausländischen Direktinvestitionen aus Sicherheitsgründen durch die **FDI-Screening-Verordnung** geregelt.

Die **Überwachung von Outbound-Investments**, also Kapitalanlagen, die von inländischen Unternehmen oder Privatpersonen in ausländischen Volkswirtschaften getätigt werden, ist ebenfalls von der *European Economic Security Strategy* (EESS) umfasst. Relevant sind vor allem sensible Bereiche wie künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und Halbleitertechnologien. In solch sensiblen Bereichen ist eine Risikobewertung notwendig, die darauf abzielt, alle relevanten

Transaktionen zu erfassen und die Risiken dieser Transaktionen gründlich abzuwägen. Auf Basis dieser Risikobewertung wird in weiterer Folge geprüft, ob bestehende EU-Instrumente (z. B. Exportkontrollen) ausreichen oder neue Maßnahmen erforderlich sind.

Dieses umsichtige Vorgehen soll insbesondere davor **schützen**, dass **sicherheitsrelevante Technologien aus der EU abfließen** und in Drittstaaten militärisch genutzt werden. Die Empfehlung der EU-Kommission vom 15. Januar 2025 legt fest, welche Transaktionen erfasst und welche Daten erhoben werden sollten, wobei diese Empfehlung nicht verbindlich ist. In Österreich erfolgt die Datenerhebung mangels Rechtsgrundlage ebenfalls auf freiwilliger Basis. Bislang wurden keine Transaktionen mit besonderen Risiken identifiziert, jedoch wurden bedeutende österreichische Unternehmen in den relevanten Bereichen identifiziert. Die Überprüfung von Investitionen in Drittstaaten wird die Entscheidung über notwendige Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene beeinflussen.

Handlungsablauf im Falle einer Krise (am Beispiel Energielenkung):

1. Ausarbeitung oder Adaptierung der vorbereiteten Verordnungen („Schubladenverordnungen“)
2. Beratung im Energielenkungsbeirat; Voraussetzungen für Energie-lenkungsmaßnahmen erfüllt?
3. Vorlage der Verordnung an den Nationalrat und Einholung der Zustimmung des Hauptausschusses
4. Bei Gefahr im Verzug werden Verordnungen gleichzeitig mit Antrag auf Zustimmung des Hauptausschusses erlassen.
5. Nach Zustimmung: Erlass und Kundmachung
6. Nach drei Monaten: BMWET-Minister erstattet Bericht an den Nationalrat, danach alle zwei Monate
7. Nach sechs Monaten treten Verordnungen ex lege außer Kraft (können um weitere sechs Monate verlängert werden)
8. Nach Wegfall der begründenden Umstände ist die Verordnung unverzüglich aufzuheben.

Autor

Major MR Ing. Georg MANLIK, BA MA, Akad. Controller

Krisenmanager im Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus, Militär-experte; Verwendung: Versorgungssicherheit im Ressort (u. a. *Blackout*-Vorsorge) sowie gesamtstaatlich im Rahmen des Versorgungssicherungsgesetzes, Leiter der SKKM-Fachgruppe Versorgungssicherheit; Projekte: KIRAS Forschungsprojekte im Rahmen der Versorgungssicherheit.

Zentrum macht Peripherie

Zur künftigen Genealogie einer „Umfassenden Unionsverteidigung“ (UUV)

von Christian Stadler und Lukas Bachmann

Die sicherheitspolitische Ausgangslage der EU hat sich angesichts einer weltweit zunehmenden Zahl an Krisen, Konflikten und Kriegen, wie auch der zerrütteten transatlantischen Beziehung grundlegend verändert und stellt die zentralen Annahmen der europäischen Nachkriegsordnung infrage. Diese „Infragestellung“ könnte durch ein bereits erprobtes Konzept, basierend auf der Umfassenden Landesverteidigung österreichischer Prägung, beantwortet werden.

Die nationale Konzeption Umfassender Landesverteidigung (ULV) wäre im Lichte der globalen Dimension der Neuorientierung europäischer Sicherheitspolitik auf der europäischen Ebene zu verorten und als Umfassende Unionsverteidigung zu fassen (UUV). Diese überhaupt denkbar zu machen, wäre die Aufgabe einer GU – einer „Geistigen Unionsverteidigung“, die nicht nur über „Verteidigung“, sondern auch über Wesen und Wert von „Union“ Grundlegendes zu bedenken hätte.

Die Wirtschaftliche Unionsverteidigung (WUV) würde dabei grundlegende Voraussetzung für eine wirksame zivile und militärische Verteidigungsfähigkeit der EU sein. Dies beruht auf dem Gedanken, dass Bedrohungen nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung, sondern insbesondere die Versorgung mit Ressourcen und die Stabilität wirtschaftlicher Netzwerke betreffen.

Auch im Bereich der nichtmilitärischen, d. h. der zivilen Unionsverteidigung (ZUV) wären radikal neue Ansätze zu verfolgen: Im Lichte der Hybridität der Bedrohungen ist Zivilität dazu aufgerufen, die für die militärische Nachhaltigkeit notwendige zivil-gesellschaftliche Resilienz sicherzustellen, was nicht nur klassische Resilienz-Maßnahmen (Vorratshaltung etc.), sondern auch das staatliche Funktionieren unter hybrid-verdeckten Angriffsbedingungen umfasst.

Die Militärische Unionsverteidigung (MUV) würde die grundlegende Frage beantworten, ob und wie sich die EU künftig selbst verteidigen können muss, da sie einerseits aus souveränen Staaten mit eigenen Armeen besteht und andererseits Bedrohungen ausgesetzt ist, die kein Mitgliedstaat auf absehbare Zeit allein bewältigen kann.

Vorüberlegungen zur Thematik

“A staggering 61 conflicts were recorded across 36 countries last year, according to PRIO’s Conflict Trends: A Global Overview report. ‘This is not just a spike – it’s a structural shift. The world today is far more violent, and far more fragmented, than it was a decade ago.’”¹

Die strategische Lage der Europäischen Union (EU) und seiner Mitgliedstaaten hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine grundlegend geändert. Europa umgibt ein Ring von Krisen, Konflikten und Kriegen. Wie beispielsweise an der südlichen Gegenküste wo sich nicht nur innerstaatliche Konflikte in Nordafrika auf die vitalen Interessen Europas auswirken, sondern auch die dadurch hervorgerufenen Verwerfungen wie Flüchtlingsströme und der Kampf um die Nutzung der dortigen Ressourcen.

Die regionale Zuspitzung in der Levante, wo seit dem Überfall der Hamas auf Israel sowie die dementsprechende Reaktion Israels die regionalen Konflikt-Konstellationen immer komplexer und vielschichtiger geworden sind und die, trotz der derzeitigen Friedensbemühungen, eine überregionale Ausweitung in sich bergen, wie die inneren Unruhen im Iran, die israelische Einsatzführung in Gaza, der Angriff in Katar, aber auch der ungelöste Konflikt im Jemen zeigen.

Der Maghreb und die Sahel-Zone sind derzeit nicht in der Wahrnehmung vertreten, werden aber an Wichtigkeit gewinnen, vor allem bei einem russischen Sieg/Waffenstillstand in der Ukraine. Denn dann ist von einer verstärkten Destabilisierung und Abkehr des Kontinentes vom Westen auszugehen. Vor allem die derzeitige Unsicherheit in den transatlantischen Beziehungen trägt ihres dazu bei, diese Volatilität zu verstärken. Dies vor allem in Hinblick auf die US-Gebietsansprüche in Grönland und die damit einhergehende Beeinflussung bei der Parlamentswahl im März 2025, aber auch bei den „russisch-amerikanischen Verhandlungen zur Ukraine“ oder in der Zollpolitik spürbar. Die stark zunehmenden Bedrohungen richten sich nicht nur gegen die Unversehrtheit der Staatsgebiete, sondern auch gegen die Deckung des Ressourcenbedarfs. Gem. dem Deutschen Umweltbundesamt verbraucht jeder Deutsche im Jahr 16,1 Tonnen an Rohstoffen (Stand 2018). Dies liegt über 30 % über dem weltweiten Durchschnitt und 50 % davon werden durch nicht-europäische Ressourcen gedeckt.²

Etwa hat die Blockade des Suezkanals durch das Containerschiff *Ever Given* im März 2021, bei der das 400 Meter lange und mit 20.000 Standardcontainern beladene Schiff dieses Nadelöhr für sechs Tage gesperrt hatte, nachhaltige Schäden in der Wirtschaft und den Lieferketten hinterlassen. Die Folge waren die Unterbrechung von ca. 12 % des weltweiten Handels, sowie 30 % des Containervolumens und ein Schaden in Milliardenhöhe.³

¹ RUSTAD, Siri Aas, 2025. New data shows conflict at historic high as U.S. signals retreat from world stage. Prio. 09.06.2025 [Zugriff am: 17.10.25]. Verfügbar unter: <https://www.prio.org/news/3616>

² Vgl. UMWELTBUNDESAMT, 2018. Rohstoffkonsum steigt wieder an - auf 16,1 Tonnen pro Kopf und Jahr. Presseaussendung Nr. 39/2018. 29.11.2018 [Zugriff am: 17.10.25]. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/rohstoffkonsum-steigt-wieder-an-auf-161-tonnen-pro>

³ Vgl. SOMMER, Theo, 2021. Nicht der letzte Schock für die Lieferketten. Die Zeit. 30.03.2021 [Zugriff am: 17.10.25]. Verfügbar unter: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/trends_konfliktbild.pdf.

Diese Art von Verletzlichkeit von innen und außen zeigt dabei den Zustand der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Es ist nach wie vor so, dass sich die Partikularinteressen der einzelnen Nationen an der Nähe zu den einzelnen externen Krisen, Konflikten und Kriegen zum eigenen Staatsgebiet orientieren und nicht an gesamteuropäischen Interessen. Auch die geopolitische Willkür von Großmächten erlebt eine Renaissance. Es scheint, als hätte der „New Deal“ nur wenige Vertragspartner, aber eine nachhaltige Auswirkung auf viele.

Europa sieht sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit einer sicherheitspolitischen Realität konfrontiert, die viele der grundlegenden Annahmen der Nachkriegsordnung infrage stellt. Die Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges waren geprägt von der Hoffnung, dass militärische Fähigkeiten als Mittel internationaler Politik dauerhaft reduziert werden könnten. Diese „Sehnsucht“ wurde unterstützt durch die systematische Reduktion militärischer Stärke, einer starken Moralisierung und Ökonomisierung sicherheitspolitischer Entscheidungen und einem ausgeprägten Vertrauen in überstaatliche Institutionen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat diese Annahmen widerlegt. Der Krieg markiert nicht nur eine Rückkehr konventioneller militärischer Gewalt auf den europäischen Kontinent, sondern stellt einen fundamentalen und hybriden Angriff auf die Prinzipien staatlicher Souveränität, territorialer Integrität und der regelbasierten internationalen Ordnung dar. Gleichzeitig wird deutlich, dass Europa und seine vitalen Interessen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich verwundbar sind.

Für die EU, aber vor allem für ihre Mitgliedsstaaten, bedeutet das, dass zum Schutz ihrer vitalen Interessen, ein authentisches, europäisches Abschreckungs- und Interventionspotential aufzubauen ist und anher aufrechterhalten werden muss. Sollte das nicht gelingen, verschwinden die EU und ihre Mitgliedsstaaten in der Bedeutungslosigkeit und es geht die Fähigkeit zur kollektiven Behauptung der nationalstaatlichen Souveränität endgültig verloren.

Die einzig mögliche Reaktion auf diese „umfassende Bedrohungslage“ kann im Lichte einer adäquat verstandenen Verteidigungsethik nur darin bestehen, dass sich EU-Europa dazu durchringt, Verteidigung nicht nur zu denken (dazu gleich mehr), sondern auch zu leben. Um dies leisten zu können, bedarf es einer Theorie der Verteidigungsethik – denn wie es schon Aristoteles wusste: Eine gute Praxis bedarf einer guten Theorie! Verteidigungsethik ist in der sog. „angewandten Ethik“ verortet, d. h. in jenem Bereich der Ethik (der Lehre davon, was man tun solle), der sich etwa mit Politischer Ethik bzw. mit Bioethik befasst: erstere sucht zu erklären, wie ein politisches Gemeinwesen handeln sollte und die Bioethik handelt davon, wie man sich im Leben und zum Leben verhalten soll.

Recht bekannt ist dabei der italienische Philosoph Giorgio AGAMBEN, der mit dem verbindenden Ansatz der „Biopolitik“ bekannt geworden ist. Auf seinen Spuren wollen wir wandeln, um das Wesen der Verteidigungsethik zu fassen: Verteidigungsethik hat dabei eine ganz besondere Stellung im Kosmos der Ethik. Sie stellt die Kombination aus Bioethik (das GUTE ist das nackte biologische Überleben) und der Politischen Ethik (das GUTE ist die Freiheit in Gemeinschaft) dar. Es geht darum, dass man in Freiheit überlebt, sich verteidigt, um nicht nur zu überleben, sondern auch in Freiheit zu leben. Ziel und Zweck

der Verteidigungsethik ist es also, ein Leben in Freiheit zu gewährleisten. Das ist in Stichworten das Wesen von „Verteidigungsethik“.

Max WEBER wiederum hat eine zentrale Differenzierung von jeder Ethik entwickelt – die Dichotomie von Gesinnungsethik vs. Verantwortungsethik: Während es dem Gesinnungsethiker einzig und allein um seine Moralität, seine Reinheit und das abstrakt Gute geht, gleich welche Folgen dieses reine GUTE in der Realität zeitigt, betrachtet der Verantwortungsethiker die Folgen der jeweils GUTEN Handlung auf ihre Konsequenzen und deren Begründbarkeit. Im Bereich der „Verteidigungsethik“ wiederum ist erneut ein spezifisches Zusammenwirken dieser Dichotomie zu verorten: sie verlangt sowohl die reine Pflicht (nach Immanuel KANT) der eigenen apriorischen Freiheit gegenüber – was sich fast schon mit Martin HEIDEGGER als Seinsbedingung des menschlichen Daseins begreifen lässt – als auch die sittliche Verantwortung (nach G.W.F. HEGEL) der eigenen Traditions- und Werthaltungen gegenüber, die unsere Gesellschaft allererst ermöglichen: man verteidigt „sich“, wenn diese ureigensten Werte und Haltungen bedroht sind – doch wer ist genau dieses „sich“? Es ist nicht nur das eigene sittliche bzw. biologische Überleben, sondern es sind auch die Werte und Traditionen, denen man sein „Selbst“ verdankt – das Gedenken und die Leistungen der Vorgenerationen werden verteidigt, nicht nur die je eigenen individuellen tagesaktuellen Interessen. Man kann das im Ukraine-Krieg erkennen: Es ist sittlich nicht zulässig, jene Werte und Prinzipien, für die bereits tausende junge patriotische Ukrainer in einem heldenhaften Abwehrkampf gestorben sind, für einen sogenannten „Frieden um jeden Preis“ zu verraten und dem Aggressor noch eine Belohnung für seinen Rechtsbruch zuzugestehen. Wenn man wissen möchte, was ein „gerechter Frieden“ bedeutet, mag man bei AUGUSTINUS von Hippo nachlesen – es hat dies jedenfalls nichts mit einem „Deal“ mit dem Aggressor zu tun. Wir befinden uns hier im Rechtsfeld der „Strafe“ und nicht des „Vertrages“ – eine Differenzierung, die manche Akteure zurzeit nicht ganz durchschaut haben dürften.

Da sich – wie ja jedermann evident ersichtlich sein dürfte – die globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen für Österreich auf globaler Ebene abspielen, sollte die entsprechende Konzeption der ULV (Art 9a B-VG) im Sinne des wohlverstandenen Subsidiaritätsprinzips notwendigerweise auf europäischer Ebene zur Anwendung gelangen. Das mag auf den ersten Blick etwas überraschen, aber es geht darum, dass sich juristische Begriffe und Konzepte – im Vergleich zum Zeitpunkt ihrer Formulierung – eigenständig weiterentwickeln. Dieses dynamische Rechtsbegriffsverständnis wird auch vom österreichischen Verfassungsgerichtshof (VfGH) immer wieder ins Treffen geführt. Was im Bereich des „zivilen“ Verfassungsrechts (etwa der Begriff des „Post- und Telegraphenwesens“) zutrifft, muss auch im Bereich des „militärischen“ Verfassungsrechts zur Anwendung gelangen. Im Jahre 1975 war es für Österreich als neutraler Staat inmitten des Kalten Krieges selbstverständlich, dass das Konzept der ULV (Art 9a B-VG) mit „Land“ natürlich die Republik Österreich gemeint hat (und nicht etwa die „Länder“ i.S.v. Bundesländer). Vor diesem Hintergrund machte die Bestimmung durchaus Sinn und wurde auch entsprechend umgesetzt.

Mittlerweile sind wir seit über 30 Jahren Mitglied der EU, was bereits eine erste zumindest akademische Reflexion des Begriffes „Land“ hätte auslösen können (genauso wie die Frage, was genau ein „fremder Soldat“ im Sinne des NeutrG nach der Einführung der gemeinsamen EU-Bürgerschaft noch genau bedeutet). Nunmehr ist aber seit 2014 die Geltung des Völkerrechts auf europäischem Boden nicht mehr selbstverständlich und seit 2022 sind wir Zeugen eines klassischen kinetischen Großkrieges auf europäischem Boden in unmittelbarer Nachbarschaft der EU. Im Laufe dieses Krieges wird auch die EU immer öfter von offiziellen russischen Stellen des Öfteren bedroht und seit Jänner 2025 ist auch das Verhältnis der EU zum wichtigsten NATO-Partner USA mehr als belastet. Es stellt sich somit die Situation so dar, dass EU-Europa zwischen einem militärisch aggressiven Russland und einer an EU-Europa zumindest zunehmend desinteressierten USA positioniert ist und sich ernsthaft fragen muss, wie man derart für über 500 Mio. Europäer in Hinkunft Sicherheit gewährleisten kann.

Da EU-Europa aufgrund seiner politisch-sittlichen DNA kein militärisch aggressiver Akteur ist, muss es sich vollständig auf Wesen und Wert von Verteidigung konzentrieren, die gemäß dem Subsidiaritätsprinzip für die europäischen Staaten sinnvoll nur auf EU-Ebene geleistet werden kann. EU-Europa ist darüber hinaus durch ein Prinzip geprägt, das da lautet: *Vielfalt in Einheit*. Um die Vielfalt der regionalen Lebensentwürfe weiter in Freiheit und wechselseitigem Respekt leben zu können, muss diese Vielfalt durch eine Armee verteidigt werden. Das Zusammenwirken der europäischen Sicherheitskräfte unter gemeinsamem Kommando ist ein notwendiger integrativer Zwischenschritt – aber das ändert nichts am notwendig gebotenen Endpunkt der Entwicklung: der europäischen Armee. Die Vielfalt EU-Europas erlaubt aber auch, viele mögliche Wege im Bereich der jeweiligen (noch) Landesverteidigung zu reflektieren, um das für die Unionsebene am besten geeignete Modell zu wählen. Dies gilt v.a., da eine zeitnahe Aufgabe der nationalen Fähigkeiten zur eigenständigen milit. Behauptung der Souveränität nicht absehbar ist. Bis zur Konsensfindung der europäischen Mitgliedstaaten in Bezug auf eine vertiefte Zusammenarbeit und gegenseitige Absicherung im Kriegsfall muss jede Nation eigenständig und militärisch überlebensfähig bleiben – in Österreich bildet der erste Schritt zur Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit die Umsetzung des Aufbauplanes ÖBH2032+!

Was hätte Österreich zu dieser Unionsverteidigung beizutragen? Neben konkreten Beiträgen im Bereich der Kampfkraft wäre das wohl ein 40-jähriges Prinzip, wie man Landesverteidigung umfassend nicht nur denken, sondern auch verfassungsrechtlich verankern kann: die ULV gem. Art 9a B-VG. Dieses Konzept kann man – natürlich unter Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen – auf die europäische Ebene transferieren. Wie das möglich sein soll, wird im folgenden Abriss kurz skizziert:

Geistige Unionsverteidigung (GUV)

GUV adressiert die Grundfrage jeder Verteidigung: **Wollen** wir uns überhaupt verteidigen? Und was bei der EU noch spezifisch hinzutritt: Wer ist dabei mit

„*uns*“ gemeint? Weil die GUV diese beiden Fragen ansprechen bzw. beantworten muss, ist sie gleichsam die konstante Voraussetzung⁴ der UUV: Wollen wir uns – d. h. die EU als Raum von Sicherheit und Ordnung in Europa – überhaupt kollektiv verteidigen? Diese Frage ist grundlegend für jede weitere Überlegung im Sinne einer „strategischen Autonomie“ bzw. eigener integrierter EU-Streitkräfte: wenn die EU und ihre Bürgerschaft sich überhaupt nicht verteidigen *will*, dann hat jede weitere Rede von ESVP bzw. Unionsverteidigung keinen Sinn, ja nicht einmal die Wirtschaftliche Unionsverteidigung wird dann möglich sein, denn der Ökonomie ist bekanntlich das „*best case*“ Denken inhärent, d. h. im Zweifel ist es nicht ökonomisch sinnvoll, für den schlimmsten Fall vorzusorgen. Es ist ein rein ökonomisch gedachtes Prinzip, Sicherheit vermittelnde Redundanz möglichst zu vermeiden; betrachtet man dies allerdings „umfassend“, so kann man nicht umhin, diese Redundanz als zentrales strukturelles Momentum von Resilienz zu begreifen, aber dazu gleich im nächsten Abschnitt.

Das Erfordernis, sich umfassend verteidigen zu wollen, spricht wiederum zwei zentrale Ebenen des Menschlichen an: das kognitive und das voluntative Momentum. Zunächst muss man wissen, um wollen zu können. Es ist daher die Tragödie der letzten Jahrzehnte, dass der Eindruck erweckt wurde, es bestünde keinerlei (klassisch-kinetische) Bedrohung (mehr) für Europa. Diese Fehleinschätzung verdankt sich dem Denkfehler, der besagte, dass Sicherheit *innerhalb* von Europa automatisch bedeuten würde, dass auch Sicherheit *für* Europa gegeben sei. Es ist ein Akt der notwendigen Aufklärung, zunächst einmal die notwendigen Faktizitäten aufzuzeigen und auch zu interpretieren. Sodann kann man dann erwarten, dass eine vernunftbegabte europäische Öffentlichkeit langsam einzusehen beginnt, dass EU-Europa eine wohlhabend-saturierte Insel auf diesem Planeten darstellt, die großen Reichtum bei alternder Bevölkerung und chronischer Wehrunfähigkeit vereinigt und daher ein ideales „Opfer“ im globalen geopolitischen Dschungel darstellen würde, v. a. wenn man beobachten muss, wie von allen Seiten das Völkerrecht missachtet wird und die sog. „regelbasierte Ordnung“ der internationalen Beziehungen für alle gut sichtbar ihre Blütezeit offensichtlich hinter sich hat. Es wäre der europäischen Öffentlichkeit klarzumachen, dass man daher (1) strukturell-latent und zunehmend auch ganz aktuell durch die großen Akteure der Weltpolitik bedroht ist und (2), dass man daher nur dann weiterhin in unserem Raum von Recht und Sicherheit leben kann, wenn man diesen Raum nach außen hin verteidigt. Zusätzlich muss klargemacht werden, dass unser „Lebensraum“ nur noch in der EU als Gemeinschaft gesehen werden kann. Die Nationalstaaten Europas sind maximal „Lebensnischen“, aber keine „Räume“ mehr, die global relevant wären. Sobald diese Einsicht gegeben ist, sollte sich auch – gleichsam als kollektiver Reflex – der im EU-Rahmen auch sinnvoll umsetzbare Wille entwickeln, diese unsere Lebensweise zu verteidigen – und zwar gemeinsam.

Welches sind nun die Operationsfelder dieser gemeinsamen Verteidigung der Union: die wirtschaftliche Sicherheit, die innere Sicherheit (Justiz und Polizei) und die äußere Sicherheit (Militär) – man fühlt sich an die 3 Säulen des Vertrags

⁴ In der Philosophie würde man sagen: die transzendente Bedingung der Möglichkeit von Verteidigung.

von Maastricht erinnert. Im Vertrag von Lissabon wurden nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die innere Sicherheit in den inneren Supranationalitätsraum der EU integriert (AEUV) – nur die äußere Sicherheit (Militär) fristet immer noch ihr kümmerliches Dasein „vor der integrativen Türe“, sie ist nach wie vor in der „intergouvernementalen Sphäre“ (EUV) und damit zum operativen Nichtsein verdammt. Diese strukturelle Schieflage wäre in unseren Tagen zu korrigieren, um alle drei Säulen des Europäischen (*Wirtschaft – Innere Sicherheit – Äußere Sicherheit*) im supranationalen Integrationsraum auf gleicher Augenhöhe zu positionieren. Wenn man es genauer betrachtet, kommt man sogar zu der Einsicht, dass jede dieser Säulen letztlich existenziell notwendig ist für das Gelingen der beiden anderen Säulen. Wir wollen im Folgenden diese drei Säulen näher betrachten:

Wirtschaftliche Unionsverteidigung (WUV)

Sie sagt uns: Können wir uns überhaupt verteidigen? Und ist eine wesentliche Voraussetzung für die zivile und militärische Unionsverteidigung. Die stark zunehmenden Bedrohungen richten sich dabei nicht nur gegen die physische Unversehrtheit der Bevölkerung, sondern auch gegen die Deckung des europäischen Ressourcenbedarfs. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist Europa auf Importe und zur Sicherstellung der Prosperität auf Exporte angewiesen. Die Verletzlichkeit der internationalen Lieferketten und die eingeschränkte Fähigkeit diese zu schützen, zeigt dabei den Zustand der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Die Versorgungssicherheit ist dabei der zentrale Punkt im gesamteuropäischen Zusammenspiel. Die meisten Staaten sind zu klein bzw. zu wenig diversifiziert, um den Grad an strategischer Autarkie zu erreichen, der vonnöten wäre, um die Versorgungssicherheit des eigenen Staatsvolkes über längere Zeit zu gewährleisten. Im europäischen Verbund ist dies besser möglich. Durch den freien Waren-, Dienstleistungs- und Güterverkehr haben sich die Wertschöpfungsketten bereits dort entwickelt, wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Zudem ist die EU in Bezug auf Verkehrsverbindungen, im Gegensatz zu weiten Teilen der restlichen Welt, gut aufgeschlossen. Auch sind die Seeverbindungen zu den geostrategisch wichtigen Punkten und internationalen Handelspartnern gegeben. Die EU, als vormalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (von 1957 bis 1992), hat sich in diesem Bereich gut etabliert. Hier gilt es nur die „Produktionsverlagerung“ umzukehren und sicherzustellen, dass alle notwendigen Produkte auch innerhalb der EU – ohne Zulieferung von außen – produziert werden können. Bei all den großen Vorteilen, welche die EU im Bereich der Wirtschaft aufweist, ist die Rüstungsindustrie jedoch weitgehend unterentwickelt und kann ihren Beitrag zur Sicherstellung der Kriegsfähigkeit nicht leisten. Nach dem Kalten Krieg erlebten die großen europäischen Rüstungsbetriebe ein Schrumpfen, bis nahezu zur Unkenntlichkeit. Die derzeit ergriffenen nationalen und europäischen Initiativen zur Stärkung der Rüstungsindustrie zeigen erste, zarte Wirkung. Auch ist man noch weit davon entfernt, bei den technologischen Neuerungen im Rüstungsbereich international auf Augenhöhe zu produzieren und zu entwickeln, wie etwa im Bereich der Produktion von Kampfflugzeugen der 5. und der Entwicklung der 6. Generation. Doch bis annehmbare Produktionszahlen eine Autarkie des europäischen militärisch-in-

dustriellen Komplexes zulassen und die Entwicklung eine tatsächliche Duellfähigkeit der Waffensysteme herbeiführen kann und somit eine europäische Kriegsfähigkeit gegeben sein wird, wird noch zumindest ein Jahrzehnt vergehen. Dies allerdings nur unter der Prämisse, dass der eingeschlagene Weg und die Investitionen in das Militär fortgeführt und intensiviert werden.

Zivile Unionsverteidigung (ZUV)

Die spezifische Funktion der ZUV besteht in der Beantwortung der Frage: **Sollen** wir uns verteidigen? Es handelt sich um den ersten reaktiven Faktor der UUV: Erkennen, ja begreifen wir, dass „Verteidigung“ nicht nur klassisch militärisch stattfindet (MUV), sondern auch zivil? Das setzt voraus, dass man das Wesen des Angriffs in seinem zivilen Gewande erfassen muss, um sodann eine entsprechend zivile Verteidigung sicherstellen zu können. Wenn man z. B. Terrorismus nicht hermeneutisch als „Angriff“ begreift, sondern nur phänomenologisch als „Verbrechen“ betrachtet, wird man nicht adäquat reagieren können, z. B. mit einer wahrhaftigen Gendarmerie bzw. *Guardia Civil*, die eben zwar funktional schon „Verteidigung“, aber eben organisatorisch i.d.R. nicht „militärisch“ sind. Nicht jedes „Verbrechen“ ist als ein „Angriff“ zu werten, aber jeder „Angriff“ kann als „Verbrechen“ gedeutet werden ... wie ist das zu verstehen? Man muss bei jedem Verbrechen immer auch die innere Tatseite betrachten: äußerlich ist der illegale Übertritt über die Grenze, die Verletzung der Datenintegrität, die Zerstörung von kritischer Infrastruktur, das Töten von Menschen etc. immer ein Verbrechen i.S. des Strafrechts. Aber was ist die innere Tatseite, was ist die Absicht, der Zweck des verbrecherischen Handelns? Geht es „nur“ um Verbrechen innerhalb der Verfassungsordnung (also z. B. widerrechtliche Bereicherung, Eifersuchtsmord) oder geht es um Verbrechen gegen die Verfassungsordnung selbst – also das Staatsganze?

Das Wesen von „hybriden“ Angriffen besteht nun darin, dass sich in Wahrheit politische Angriffe so tarnen, dass sie „nur“ als verbrecherische Aktionen geahndet werden. Was jedenfalls nicht gewünscht ist, dass man die politische Intention des „Verbrechens“ erkennt und damit beginnt, dieses Tun als Angriff zu bekämpfen und nicht nur als Verbrechen zu verfolgen. Im Krieg findet immer zuerst Kampf statt und nach dem Sieg kommt dann das Gericht über den Verbrecher (z. B. der Angriffskrieg ist nach internationalem Recht ein Verbrechen, ebenso das Begehen von „Kriegsverbrechen“ etc.). Im Frieden folgt auf das Verbrechen immer gleich das Gericht, aber kein Kampf. Das ist die Chance für hybride Angriffe: sie werden nur zivil verfolgt, aber nicht militärisch bekämpft. Damit ist die Reaktion dem Wesen der Aktion nicht adäquat und gefährdet die Sicherheit des Gemeinwesens strukturell: Angriffe erfordern Abwehrkampf, Verbrechen erfordern Verfolgung. Wenn man diese einfache Wahrheit (die so schwer erkennbar ist) berücksichtigt, so wird man in der Folge besser begreifen, welche zentrale Rolle die Zivile Unionsverteidigung für das Gelingen UUV spielt. Ebenso wie die Wirtschaftliche Unionsverteidigung ist auch die Zivile Unionsverteidigung die notwendige Bedingung der Möglichkeit gelingender Unionsverteidigung. Doch letztlich hilft das Wollen und das Können und das Sollen nichts – wenn man nicht den Kampf besteht – daher nun zum zentralen Momentum der Unionsverteidigung:

Militärische Unionsverteidigung (MUV)

Sie sagt uns: **Müssen** wir uns verteidigen? Und ist der reaktive Faktor der UUV. Hierbei sind zwei große Herausforderungen zu berücksichtigen: Einerseits ist die Europäische Union ein Zusammenschluss souveräner Staaten, in der jeder eine eigenständige und zum Schutze der staatlichen Existenz aufgestellte Armee besitzt und andererseits sind die Bedrohungen von außen derart groß, dass Ihnen kein Staat alleine abschließend begegnen kann. Verschärfend kommt hinzu, dass die Einhaltung der Beistandsverpflichtung im Rahmen der NATO durch die USA hinterfragt wird. Das offen artikulierte Interesse an der „Übernahme“ von Grönland durch die USA ist dabei diesem „Vertrauensbruch“ nicht zuträglich. Bisher hatte sich die EU noch dazu bereit erklärt, keine Verdoppelung der Institutionen im Verteidigungsbereich durchzuführen. Auch dies wird zu hinterfragen sein und mit zunehmendem Ausscheren der USA wird sich Europa fragen müssen, wie eine selbstständige Verteidigung konstituiert werden muss. Bis ein gesamteuropäischer Wille gesetzt wurde, muss jedoch der erste Teil des nachstehenden angeführten Zitats von General Spannocchi als für die EU handlungsleitend angesehen werden:

„Dies bedeutet als erste vordringliche Aufgabe die Vorbereitung des Einsatzes aller militärischer Mittel zum primären Zweck, durch glaubhafte Beherrschung der politisch/militärischen Krise in der strategischen Umwelt den Frieden in Freiheit zu erhalten. Erst in zweiter Linie, bei Versagen der Wirkung dieser auf die Erhaltung des Friedens ausgerichteten Anstrengung, wird es einer militärischen Verteidigung obliegen, die Souveränität des Landes zu erhalten, um auf ihrer Basis Grenzen zu verteidigen oder verlorene Gebiete zurückzugewinnen.“⁵

Erst wenn eine glaubhafte Beherrschung der Krisen in der Peripherie sichergestellt werden kann, könnte eine weitere Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich erfolgen. Bis dahin wäre das Zusammenwirken aller Armeen zur Sicherstellung der kollektiven Verteidigung der Souveränität des einzelnen Staates voranzutreiben.

Autoren

ao. Univ.-Prof. MMag. DDr. Christian STADLER

Leiter der polemologisch-rechtsethischen Kooperation zwischen der Universität Wien und der Landesverteidigungsakademie Wien; Forschungsschwerpunkte: Politische Philosophie des antiken und Dt. Idealismus, Politische Philosophie des Realismus (Machiavelli, Hobbes), Polemologie und Militäretik, Europäische Geopolitik, Geistige Landesverteidigung uvm.

Oberst des Generalstabsdienstes Mag. (FH) Lukas BACHMANN, PhD

Leiter Referat Taktik am Institut für Höhere Militärische Führung (IHMF) an der LVAK; Forschungsschwerpunkte: Taktik, hybride Bedrohungen und Militärische- und Umfassende Landesverteidigung; Verfasser des Buches „hybride Bedrohung, ein Resilienztest der österreichischen Wehrverfassung“ (Velbörck-Verlag) uvm.

⁵ SPANNOCHI, Emil. Verteidigung ohne Selbstzerstörung, Wien: Hanser, 1976. S. 67.

Die Europäische Union und Lateinamerika

von Johannes Maerk

Im Rahmen des Lateinamerikanischen Ausschusses für Innere Sicherheit (CLASI) koordiniert Lateinamerika mit der EU operative Prioritäten und die gemeinsame Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität.

Brasilien und die EU haben ein neues Sicherheitsabkommen unterzeichnet, das die Zusammenarbeit zwischen Europol und den brasilianischen Strafverfolgungsbehörden verstärkt.

Die NATO spielt in Lateinamerika eine begrenzte, aber wachsende Rolle als sicherheitspolitischer Kooperationspartner für einzelne Staaten, insbesondere Kolumbien und Argentinien. Eine direkte Militärpräsenz über Partnerstaaten hinaus ist ausgeschlossen; die sicherheitspolitische Zusammenarbeit konzentriert sich größtenteils auf Ausbildung, Austausch und spezielle Projekte.

Die im Jahr 2021 ins Leben gerufene EU-Initiative Global Gateway stellt ein umfangreiches Infrastruktur- und Investitionsprogramm dar, das darauf abzielt, in Partnerregionen (v. a. des Globalen Südens einschließlich Lateinamerikas) grüne, digitale und nachhaltige Projekte zu unterstützen. Diese Initiative kann als Gegenstück zur chinesischen „Belt and Road Initiative“ (BRI) betrachtet werden.

Einleitung: Dependenz zwischen Zentrum und Peripherie

Die Mitte des 20. Jahrhunderts von lateinamerikanischen Wissenschaftlern entwickelte Dependenztheorie besagt, dass die Unterentwicklung Lateinamerikas nicht auf interne Mängel zurückzuführen ist, sondern auf die Art und Weise, wie diese Länder an der „Peripherie“ in die vom „Zentrum“ (entwickelten Volkswirtschaften Europas und später der USA) dominierte Weltwirtschaft integriert wurden. Ressourcen (vor allem Mineralien und Erdöl) werden vom Zentrum aus der „Peripherie“ (in diesem Fall Lateinamerika) extrahiert und als fertige Industrieprodukte vom Zentrum in die Peripherie zurückexportiert. Diese ungleichen Handelsbedingungen tragen zur Aufrechterhaltung von Abhängigkeit und Unterentwicklung in der Peripherie bei. Nach Singer/Prebisch führt dies zu einem ungleichen Austausch („uneven exchange“) zwischen hochpreisigen Industrieprodukten und den Rohstoffen, die starken Preisschwankungen ausgesetzt sind. In Bezug auf die EU-Lateinamerika-Beziehungen, kann nach wie vor von einer Dependenz-Situation ausgegangen werden. Die EU übt auch heute noch einen bedeutenden wirtschaftlichen Einfluss auf Lateinamerika aus, insbesondere durch Handelsabkommen und Entwicklungshilfe, die oft die oben beschriebene Rolle der Region als Exporteur von Rohstoffen und Importeur von höherwertigen Industriegütern und Technologien verstärken. Von internationalen Finanzinstitutionen, mit Unterstützung der EU, geförderte strukturpolitische Maßnahmen wie Privatisierung, Deregulierung und Strukturanpassungsprogramme haben lateinamerikanische Länder in der Vergangenheit dazu gedrängt, ihre Märkte zu öffnen – oft zum Vorteil der europäischen Wirtschaft und unter Beibehaltung von Elementen der Abhängigkeit. Selbst angesichts des Wandels der Entwicklungsparadigmen und des Aufstiegs neuer Akteure wie China können die politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika als eine Fortschreibung der bestehenden Zentrum-Peripherie-Ungleichheiten auf globaler Ebene angesehen werden. In diesem kurzen Beitrag möchte ich die (ungleichen) Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten in einer ökonomischen, sicherheitspolitischen und militärischen Dimension umreißen.

Die ökonomische Dimension: EU-Mercosur

Als wichtigster ökonomischer Raum Lateinamerikas sollen kurz die Beziehungen der EU zu diesem Raum beleuchtet werden. Im Bereich Warenverkehr ist die EU, nach China, der zweitgrößte Handelspartner des Mercosur. Im Jahr 2024 beliefen sich die Exporte des Mercosur in die EU auf 57 Mrd. Euro, während die Exporte der EU in den Mercosur einen Wert von 53,3 Mrd. Euro hatten. Zudem stellt die EU im Jahr 2023 mit einem Investitionsbestand von 390 Mrd. Euro die größte Quelle für ausländische Investitionen im Mercosur dar. Die bedeutendsten Exportgüter des Mercosur in die EU sind landwirtschaftliche Produkte, Mineralien sowie Zellstoff und Papier. Im Gegenzug umfasst der Export der EU in den Mercosur Maschinen, Chemikalien und Transportausrüstung. Das geplante Abkommen EU-Mercosur sieht vor, die Zölle auf über 91 % der EU-Exporte in den Mercosur zu senken und die Zölle für die meisten Handelsströme abzuschaffen oder schrittweise zu reduzieren. Gleichzeitig ist eine umfassende Einbeziehung von Vorschriften in den Bereichen geistiges Eigentum, Lebensmittelsicherheit, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Dienstleistungen geplant. Zusätzlich verpflichten sich beide Parteien zu einer

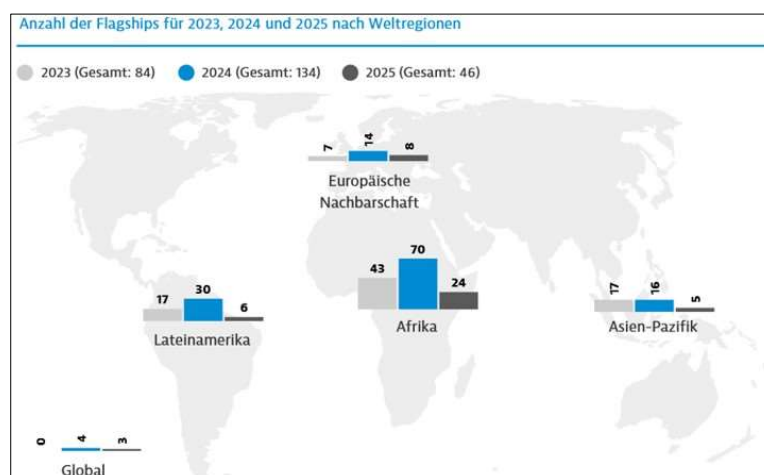
nachhaltigen Entwicklung, zur Einhaltung von Umweltstandards und zur effektiven Durchsetzung der Rechte der Arbeitnehmer.

Die ökonomische Dimension II: Global Gateway

Die im Jahr 2021 ins Leben gerufene EU-Initiative *Global Gateway* stellt ein umfangreiches Infrastruktur- und Investitionsprogramm dar, das darauf abzielt, in Partnerregionen (vor allem des Globalen Südens einschließlich Lateinamerikas) Infrastrukturprojekte zu unterstützen. Diese Initiative hat das Ziel, bis zum Jahr 2027 bis zu 300 Mrd. Euro in Sektoren wie Digitalisierung, Energie, Verkehr, Gesundheit sowie Bildung und Forschung zu mobilisieren. Sie stellt die EU als geopolitischen Akteur dar, der hochwertige, wertebasierte Partnerschaften anbietet – im Gegensatz zu anderen Modellen wie Chinas *Belt and Road Initiative* – und dazu beiträgt, die globale Infrastrukturlücke von etwa 13 Bio. Euro zu schließen. Die *Global Gateway* Strategie verknüpft Investitionen mit EU-Werten wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Umweltstandards und Nachhaltigkeit, im Einklang mit der UN-Agenda 2030 und dem Pariser Abkommen. Projekte, die darauf abzielen, die Resilienz von Lieferketten zu stärken, die Energie- und Ernährungssicherheit zu gewährleisten und den Klimawandel zu bekämpfen, werden durch „Team Europe“ – bestehend aus der EU, Mitgliedstaaten und Finanzinstitutionen – koordiniert. Die *Global Gateway* Strategie verstärkt den Einfluss der EU in Regionen wie Lateinamerika durch nachhaltige Konnektivität, birgt jedoch Kritik: Sie könnte bestehende Nord-Süd-Ungleichheiten perpetuieren, indem sie Abhängigkeiten von europäischem Kapital und Technologie aufrechterhält – ähnlich wie bei den Mercosur-Handelsabkommen oder PAC-CTO (siehe sicherheitspolitische Dimension). Dennoch eröffnet es Möglichkeiten für den Aufbau lokaler Kapazitäten und Diversifizierung.

Die ökonomische Dimension III: Überblick der Global Gateway Leuchtturmprojekte

Die Hälfte der Projekte des *Global Gateway* befindet sich in Afrika, danach Lateinamerika (siehe Abbildung 1).



Germany Trade & Invest (2024): Global-Gateway-Projekte ¹

¹ <https://www.gtai.de/re-source/blob/1820118/6e9a206115a5c52a4d4437d4d46f777e/Pr%C3%A4sentation%20-%20Global-Gateway-Projekte%20-%20GTAI-MCA-ENERTRAG.pdf>

Die sicherheitspolitische Dimension I – PAcCTO

Das seit 2017 bestehende EU-Programm PAcCTO (Europa-Lateinamerika-Programm zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität) verfolgt das Ziel, die sicherheitsrelevante Kooperation zwischen Europa und den Ländern Lateinamerikas sowie der Karibik zu intensivieren. EL PAcCTO verfolgt einen umfassenden Ansatz, der die gesamte kriminelle Kette berücksichtigt und sich auf drei wesentliche Bereiche konzentriert: Polizei, Justiz und Strafvollzug. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene spezifische operative Maßnahmen umgesetzt, wie die Operation „Spencer“ gegen den Wildtierhandel, die Operation „Apollo“ gegen illegale Bergbauaktivitäten in Kolumbien, Ecuador und Peru sowie die Operation „Mercurio“ gegen den illegalen Quecksilberhandel in Kolumbien, Mexiko und Panama. Die zweite Phase des Programms (EL PAcCTO 2.0), die im Juli 2023 nach dem III. Gipfel EU-CELAC gestartet wurde, erweitert und vertieft die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika im Bereich der Justiz und der Sicherheit.

Die sicherheitspolitische Dimension II – PAcCTO 2.0

Die zweite Phase des PAcCTO hat folgende Hauptziele: die Stärkung der regionalen und bi-regionalen Kooperation durch strukturierten Dialog und Koordination zwischen lateinamerikanischen und europäischen Partnern über Plattformen wie CLASI; die Bekämpfung der wirtschaftlichen Aspekte von Kriminalität durch Maßnahmen gegen Korruption, Geldwäsche und illegale Bereicherung; die institutionelle Stärkung der Justiz- und Sicherheitsbehörden zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit durch legislative Unterstützung, Kapazitätsaufbau und grenzüberschreitende Zusammenarbeit; sowie die gezielte Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität mit technischer Unterstützung und Koordinierungsinstrumenten in sechs priorisierten Bereichen – Drogenhandel, Waffenhandel, Menschenhandel, Umweltkriminalität, Handel mit Kulturgütern und Cyberkriminalität.

Die sicherheitspolitische Dimension III – CLASI

Im Rahmen des PAcCTO-Programms wurde 2022 der Lateinamerikanische Ausschuss für Innere Sicherheit (CLASI, *Comité Latinoamericano de Seguridad Interna*) ins Leben gerufen. Dieser koordiniert operative Prioritäten zwischen Lateinamerika und der EU und fördert die gemeinsame Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität. Derzeit sind Argentinien, Bolivien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador und Panama Mitglieder des Ausschusses. Im März 2025 wurde zudem ein neues Sicherheitsabkommen zwischen Brasilien und der Europäischen Union abgeschlossen, das die Zusammenarbeit zwischen Europol und den brasilianischen Strafverfolgungsbehörden weiter verstärkt.

Die militärische Dimension

Obwohl die militärische Kooperation zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika bisher begrenzt ist, zeigt sie in den letzten Jahren eine Tendenz zur Erweiterung. Die NATO hat in Lateinamerika eine begrenzte, aber zunehmende Rolle als sicherheitspolitischer Kooperationspartner, vor allem durch Dialogformate und sporadische Kooperation. Ein wichtiges Beispiel ist Kolumbien, das seit 2017 als einziges Land in Lateinamerika den Status eines „NATO

Global Partners“ innehat. Diese Partnerschaft konzentriert sich hauptsächlich auf Maßnahmen zur Drogenbekämpfung und militärische Ausbildungsprogramme. Allerdings gab der kolumbianische Präsident Gustavo Petro im Juli 2025 bekannt, dass Kolumbien seinen Status als „globaler Partner“ der NATO aufgeben werde, wobei er sich insbesondere auf die Rolle des Westens im Gaza-Konflikt und auf Waffenausfuhren nach Israel bezog. Gleichzeitig signalisieren andere Staaten der Region, wie etwa Argentinien, Interesse an einer vertieften sicherheitspolitischen Kooperation mit der NATO.

Ausblick der EU-Lateinamerika-Beziehungen

Trotz geopolitischer Herausforderungen wie der Konkurrenz aus den USA und China wird die Beziehung zwischen Lateinamerika und der EU modernisiert, wobei der Schwerpunkt auf *Global Gateway*-Investitionen und diversifizierten Partnerschaften liegt. Bis 2027 plant die EU, über das *Global Gateway* 45 Mrd. Euro in grünen Wasserstoff, Stromnetze und digitale Technologien zu investieren, um Lieferketten zu stärken und die Rohstoffimporte zu diversifizieren. Handelsabkommen wie das eben unterzeichnete EU-Mercosur-Abkommen (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) und das modernisierte EU-Mexiko-Abkommen, das vor der Ratifizierung steht, stärken die bi-kontinentalen Beziehungen. Beim EU-Lateinamerika-Gipfel in Kolumbien im November 2025 wurde eine neue Sicherheitsallianz diskutiert, die auf eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Zoll im Kampf gegen Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Menschenhandel abzielt. Die Dialoge beinhalten Grenzsicherung, Erfahrungsaustausch und Menschenrechte, wobei eine Geschlechterperspektive und Inklusion für gleichberechtigte Partnerschaften berücksichtigt werden. Die EU legt Wert auf nicht-hierarchische Methoden zur Bekämpfung von Ursachen wie Armut. Zudem sind die militärischen Beziehungen begrenzt und indirekt. Einige Länder, darunter Ecuador, Peru und Panama, setzen US-Manöver und -Ausbildung an erste Stelle, während sich der Fokus der EU auf zivile Sicherheit und den Austausch von Technologien richtet. Das Potenzial im Bereich der Raumfahrt (wie etwa mit dem Satelliten Perus) könnte symbolische Brücken schlagen, jedoch macht Trumps Konzentration auf die westliche Hemisphäre eine Ausdehnung des Einflusses der EU schwieriger.

Autor

Prof. Dr. Johannes MAERK

Professor für Politikwissenschaften an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Campus Wien und Direktor des Ideaz Institutes für interkulturelle und vergleichende Forschung, Wien. Forschungsbereiche: EU-Globaler Süden-Beziehungen, Lateinamerika, Süd-Süd-Kooperation.

Zentrum & Peripherie

Wohin (mit) EUropa in Afrika?

von Gerald Hainzl

Für EUropa ist es eine Herausforderung, dass afrikanische Staaten sich ihre Partner unter mehreren externen Akteuren aussuchen können. Dieses „Partnershopping“ führt zu einer schwächeren Position der Europäer. Partner wie Russland tragen in Putschstaaten zur Regimestabilität bei, haben aber kaum (positiven) Einfluss auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Ehemalige Kolonialmächte wie Frankreich werden – zum Teil durchaus zurecht – für wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht. EUropa wird neue Wege finden und auf „Augenhöhe“ mit seinen afrikanischen Partnern kooperieren müssen.

Im Sudan findet derzeit der weltweit schlimmste Konflikt mit der größten humanitären Katastrophe statt. Das Nichtengagement EUropas – aus welchen Gründen auch immer – wird nicht nur im Sudan, sondern am gesamten Kontinent wahrgenommen und führt zu einer weiteren Entfremdung. Die Demokratische Republik Kongo (DRC) wird von externen Akteuren als Lieferant für Rohstoffe wahrgenommen, die unter anderem für die weltweite Energiewende wesentlich sind. Der Wettbewerb externer Akteure lässt sich an diesem Beispiel besonders gut ablesen.

Einleitung

Zentrum und Peripherie können in vielfältiger Weise betrachtet werden. Die gängigsten Modelle sehen wohl urbane Zentren als Zentrum und die ländlichen Gebiete als Peripherie und versuchen, die Disparitäten zu erklären. Um etwas mehr Komplexität hinzuzufügen, könnten wir dem Modell von Johan Galtung folgen und sowohl im Zentrum als auch in der Peripherie, Zentrum und Peripherie definieren, wobei die Zentren miteinander kommunizieren, die Peripherien aber nicht. Eine Tatsache bleibt, dass die wirtschaftlichen und politischen Eliten vernetzt sind, unbenommen davon, wo sie zugeordnet werden, also ob sie zum Zentrum des Zentrums oder zum Zentrum der Peripherie gehören.

Um die Frage nach Zentrum und Peripherie abzukürzen, definiere ich uns, also EUropa, als Zentrum der Betrachtung und alle anderen Regionen der Welt als Peripherie und gestehe allen anderen Regionen der Welt gleichzeitig zu, sich selbst in das Zentrum ihres Denkens und Handelns zu stellen. In meinem Fall handelt es sich um zwei ausgewählte Gebiete in Afrika, die Demokratische Republik Kongo und den Sudan, und ich werde dem Titel der Veranstaltung gemäß fragen: Wohin mit EUropa? Und wohin EUropa?

Also, wohin mit EUropa?

Das europäische Engagement in Afrika lässt sich im Wesentlichen aus zwei Perspektiven betrachten: einerseits dem Engagement der Europäischen Union (EU) und andererseits dem Engagement von Mitgliedsstaaten der EU.

Für EUropa wird es zunehmend schwieriger, seine Interessen in Afrika um- bzw. durchzusetzen. Ehemalige Kolonialmächte wie Frankreich werden (zum Teil durchaus zurecht) für wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht, dienen aber auch als Projektionsfläche für alle negativen Entwicklungen, von denen viele aber hausgemacht sind. Afrikanische Staaten treten zunehmend selbstbewusster gegenüber externen Akteuren auf und in den Jahren nach Ende des Kalten Krieges haben sich Alternativen zu früheren Allianzen ergeben, welche für geopolitische Entwicklungen von afrikanischen Staaten für einen emanzipatorischen Akt genutzt werden bzw. genutzt werden können. Das bedeutet, dass mehrere Partner mit unterschiedlichen Profilen zur Verfügung stehen und aus europäischer Sicht „Partnershopping“ zu einem gewissen Einflussverlust führen kann, aber nicht notwendigerweise muss. Partnerschaften und deren Inhalte können auch auf mehreren Ebenen – wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich – neu verhandelt werden und zu Ergebnissen führen, die für beide Seiten Vorteile bringen. Für EUropa bedeutet das, dass neue Wege der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, um auf Augenhöhe und mit gegenseitigem Respekt zu kooperieren. Der Senegal und die neuen Kooperationsstrategien von und mit Frankreich haben ein gewisses Potential, um dafür ein Modell zu werden.

Putschregime und autoritäre Akteure, besonders im Sahelraum, haben in Russland einen Partner gefunden, der zwar wenig für den weitaus größten Teil der Bevölkerung tut, aber zur Regimestabilität beiträgt und im Gegenzug z. B. die Rechte zum Abbau von Bodenschätzen erhält. Das erinnert sehr an die erste postkoloniale Phase der Staaten des Kontinents. Jedoch könnten sich die Beziehungen mittel- und langfristig oder bei einem Regimewechsel als weniger stabil darstellen, als es derzeit den Anschein hat.

Die Konflikte im Sudan

Im Sudan findet in den letzten Jahren der weltweit schlimmste Konflikt mit der größten humanitären Katastrophe statt. Das Nichtengagement der EU und ihrer Mitgliedsstaaten wird nicht nur im Sudan, sondern am gesamten Kontinent wahrgenommen und führt zu einer weiteren Entfremdung, die künftige Kooperationsstrategien konterkarieren könnte, da sie ebenfalls zum Vertrauensverlust beiträgt. Die Implikationen des Bürgerkrieges auf die kommenden Jahrzehnte sollten nicht unterschätzt werden. Es sind nicht nur die Zerstörungen von Infrastrukturen (u. a. Verkehr, Gesundheit), sondern auch die sozialen Beziehungen, die auf lange Sicht zerstört scheinen. Besonders hervorzuheben ist, dass drei Viertel aller Kinder nicht mehr oder keine Schule besuchen. Mit fortdauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen wird *de facto* eine Generation ihrer Zukunft beraubt. Entgegen der vielfachen Darstellung eines Bürgerkrieges mit zwei Akteuren, den *Sudanese Armed Forces* (SAF) unter General Al-Burhan auf der einen Seite und den *Rapid Support Forces* (RSF) unter Mohamed Hamdan Dagalo auf der anderen, finden viele Konflikte auf unterschiedlichen Ebenen statt. Diese reichen von intrakommunal zu interkommunal, über lokal zu national und münden schließlich in regionalen und internationalen Dimensionen. Jede dieser Ebenen hat eine ökonomische Komponente, und während von intrakommunaler bis zu nationaler Ebene Identitätsfragen im Vordergrund stehen, rücken ab der nationalen bis zur internationalen Ebene politische Fragen in den Fokus.

Die beiden großen Bürgerkriegsparteien verfügen über Netzwerke mit wirtschaftlichen Interessen. So kommen beispielsweise Kommandanten der RSF aus denselben Familien und generieren für diese Reichtum. Dabei geht es nicht nur um Bodenschätze wie Gold, sondern auch um landwirtschaftliche Produkte wie Ölsaaten, Gemüse für den Export oder Vieh. Auf Seiten der SAF spielt mehreren Berichten zufolge auch die Muslimbruderschaft auf ideologischer Ebene eine nicht unwesentliche Rolle. Viele lokale Milizen, die z. B. auf ethnischer Zugehörigkeit basieren, werden von den beiden großen Akteuren benutzt bzw. ausgenutzt. Den RSF haben sich auch nomadische Viehzüchter aus dem Tschad und Niger angeschlossen. Die wichtigste Rekrutierungsbasis ist der Westsudan.

Systematische Plünderungen (Autos, Gold, Schmuck) sowie die totale Zerstörung von allem (Vermögen von Familien, Zerstörung der kollektiven Identität) machen eine Aussöhnung und einen Wiederaufbau sehr schwierig. Externes Engagement kommt vor allem von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Saudi-Arabien sowie dem Iran, Russland und Ägypten (wirtschaftliches Interesse an Vieh sowie traditionellen sudanesischen Produkte).

Die Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo (DRC)

Die DRC wird v. a. als Lieferant für Rohstoffe wahrgenommen, die für eine globale Energiewende aus gegenwärtiger Perspektive unerlässlich sind. Der Wettbewerb externer Akteure lässt sich an diesem Beispiel besonders gut ablesen. Die Konflikte in der DRC haben nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1960 begonnen und flammten in unterschiedlichen Regionen immer wieder auf. Im Osten der DRC wurde vor allem der lange Konflikt zwischen Hutu und Tutsi 1994 von Ruanda (800.000 mehrheitlich Tutsi wurden innerhalb von 100 Tagen getötet) in die DRC getragen, als ca. zwei Millionen Hutu in das

Nachbarland flohen und seitdem von Ruanda als Bedrohung wahrgenommen werden. Das führt(e) zu einem verstärkten militärischen Engagement.

Gewaltsame Auseinandersetzungen fanden nicht nur zwischen einzelnen Gruppen statt, sondern auch mit den Streitkräften der DRC. Ein Friedensabkommen 2009 zwischen der DRC und dem CNDP (*Le Congrès National pour La Défense du Peuples*) sollte zur Integration in die Streitkräfte führen. Allerdings beschlossen bereits 2012 ca. 300 Tutsi-Soldaten, dass die Verträge gebrochen wurden. Sie formen die M23 mit dem Ziel, die Tutsi-Gemeinschaft zu schützen, und erhalten Unterstützung von Ruanda. Obwohl der Fokus immer auf die M23 gelegt wird, sind im Osten der DRC mehrere Rebellenbewegungen aktiv, die sich oft entlang ethnischer Linien bilden. Manche Quellen gehen von bis zu 100 unterschiedlichen Milizen aus.

Die Konflikte werden aber nicht (nur) entlang ethnischer Identitäten ausgetragen. Auch ist die Kontrolle über Gebiete mit Bodenschätzen (u. a. Kobalt – ca. 50 % weltweiten Reserven und derzeit eine der wichtigsten Ressourcen für die Energiewende) von denen gegenwärtig nur ein Bruchteil gefördert wird (z. B. Coltan, Lithium, Gold, Zinn, Diamanten, Zink). Für die „Gewährleistung der Sicherheit“ erhält die M23, durch Besteuerung der von ihr kontrollierten Regionen, Einnahmen von ca. 1 Mio. USD pro Monat. Damit werden v.a. Kämpfer und Waffen finanziert, ohne auf ausländische Unterstützung zurückgreifen zu müssen. Neben regionalen Akteuren darf auch das internationale Engagement in der DRC nicht unterschätzt werden, wie etwa die Versuche der USA zeigen, zwischen Ruanda und der DRC ein Friedensabkommen zustande zu bringen.

Ausblick?

Die oben exemplarisch angeführten Konflikte werfen die Frage auf, wo sich EUropa wie engagieren soll. Die Diskussion darüber kann von unterschiedlichen Standpunkten aus geführt und sowohl über Regionen wie etwa den westlichen Sahel oder das Horn von Afrika definiert werden. Aber auch ein an sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen orientiertes Engagement ohne regionale Festlegung wäre denkbar. Abhängig von den europäischen Interessen wird wohl ein Mosaik aus mehreren Varianten die wahrscheinlichste Form des europäischen Engagements in Afrika sein und sowohl die Interessen der EU als auch ihrer Mitgliedsstaaten am besten repräsentieren.

Autor

Hofrat Dr. Gerald HAINZL

Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien. Forschungsbereiche: Konflikte in Afrika; lokale, regionale und internationale Konfliktlösungsmechanismen; afrikanische Sicherheitspolitik.

Operational Art

In ihrer Ursprungsform zur Bewältigung
zukünftiger Herausforderungen

von Jürgen Wimmer

Das gesamtstaatliche Lagebild und das Risikobild aus dem Jahr 2025 beschreiben aktuelle und zukünftige Herausforderungen auf strategischer Ebene wie konfrontative Multipolarität, wirtschaftliche und verteidigungspolitische Herausforderungen, Megatrends inklusive deren Folgen und Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft.¹ Ein Handeln von Streitkräften findet immer im strategischen Rahmen, abgestimmt auf die Machtinstrumente des Staates, statt.

Operational Art, oder „operative Führungskunst“, ist die zeitlose Antwort auf Herausforderungen, welche es durch das Militär als Machtinstrument zu lösen gilt. Zudem legt diese Führungskunst die erforderlichen Kräfte und Mittel des Einsatzes in Abstimmung mit der strategischen Ebene fest. Dadurch schafft sie für die taktische Ebene alle Voraussetzungen zur Umsetzung militärischen Handelns.

¹ Vgl. BMLV, Risikobild 2025, Wien, 2025, S. 40ff.

Einleitung

Die Entwicklung des derzeitigen, modernen operativen Denkens erfolgte in den letzten hundert Jahren. Es wurde geprägt durch Erkenntnisse von Militärtheoretikern, Weltkriege, den Kalten Krieg bis hin zu multinationalen Stabilisierungseinsätzen der letzten Jahrzehnte. Durch die Rückkehr des Krieges nach Europa mit dem Jahr 2022 erfährt operatives Denken in seiner Ursprungsform gestiegene Bedeutung und die Bestätigung, dass es der Schlüssel zum erfolgreichen Einsatz des Militärs zur Erreichung strategischer Interessen ist.

Die Hypothese „Die Anwendung von Operational Art in ihrer Ursprungsform – einem Zusammenspiel von wissenschaftlichen und künstlerischen Elementen – ist unverändert die Garantie für den erfolgreichen Einsatz des Militärs auch für zukünftige Herausforderungen“ wird dem Beitrag vorangestellt.

Als Herangehensweise wird zunächst der Begriff „Operational Art“ behandelt. Danach wird die Komplexität des operativen Umfelds (*Joint Operational Environment*/JOE) dargestellt. Mit diesen Voraussetzungen werden plakative Beispiele der Kriegsgeschichte der letzten Jahrzehnte beleuchtet und deren Grundprinzipien hervorgehoben, um letztlich die vorangestellte Hypothese zu untermauern.

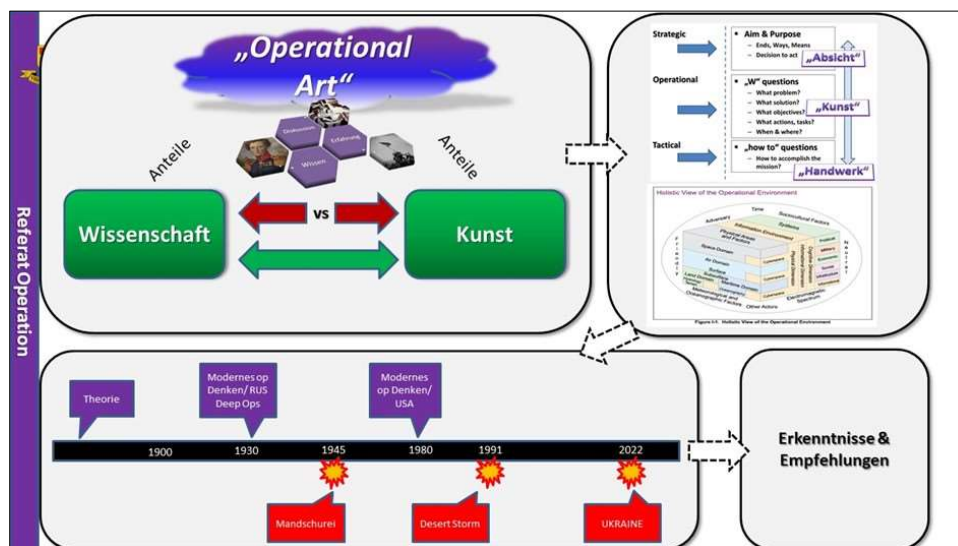


Abbildung 1: Methode

Operational Art

Bereits der Begriff selbst schreibt operativem Denken einen gewissen künstlerischen Anspruch zu. Im Vergleich zum wissenschaftlich-analytischen Denken ist Kunst durch einen schöpferischen, kreativen Anteil geprägt. Auch in der Entwicklungsgeschichte operativen Denkens spiegelt sich diese Tatsache wider. Analysen vorangegangener Kriege durch bedeutende Militärtheoretiker wie Clausewitz, Moltke oder Svechin sind hier der wissenschaftliche Anteil von *Operational Art*, ebenso wie Werkzeuge moderner operativer Prozesse wie z. B. Systemanalyse, Faktorenanalyse oder „Centre of Gravity“-Analyse. Der künstlerische, kreative Anteil von *Operational Art* kommt prozessual vor allem in der Problemlösung bzw. konkreten Umsetzungsplanung z. B. in Form der Entwicklung des „Operational Designs“ oder der „Courses of Action“ zur Anwendung.

Im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung der Wurzeln modernen operativen Denkens wäre hier als kreativer Aspekt die Entwicklung des „Deep Operations“-Gedankens in den 1920er und 1930er Jahren in Russland anzuführen. Damalige Vordenker wie Svechin, Tukhachevsky, Triandafillov oder Isserson setzten Grundsteine, welche auch die Basis für die Jahrzehnte später tiefergehende Befassung mit *Operational Art* im Westen legten.

Auch diese Idee entwickelte sich in Wechselwirkung mit der wissenschaftlichen Analyse vorangegangener Kriege, insbesondere dem Stellungskrieg im Ersten Weltkrieg. Anstatt des Kampfes auf breiter Front war es das Konzept, mit Manövergruppen einen raschen Durchbruch zu schaffen und in der Tiefe des Gegners wirksam zu werden. Dabei sollte durch räumliche Tiefenstaffelung der Angriffe und permanente Wirkung auf den Gegner dessen Reaktion, vor allem durch Reserven, unterbunden werden.² Die technologische Unterstützung zur Umsetzung dieser „Deep Operations“-Idee ermöglichten die Luftwaffe und andere weitreichende Waffensysteme.

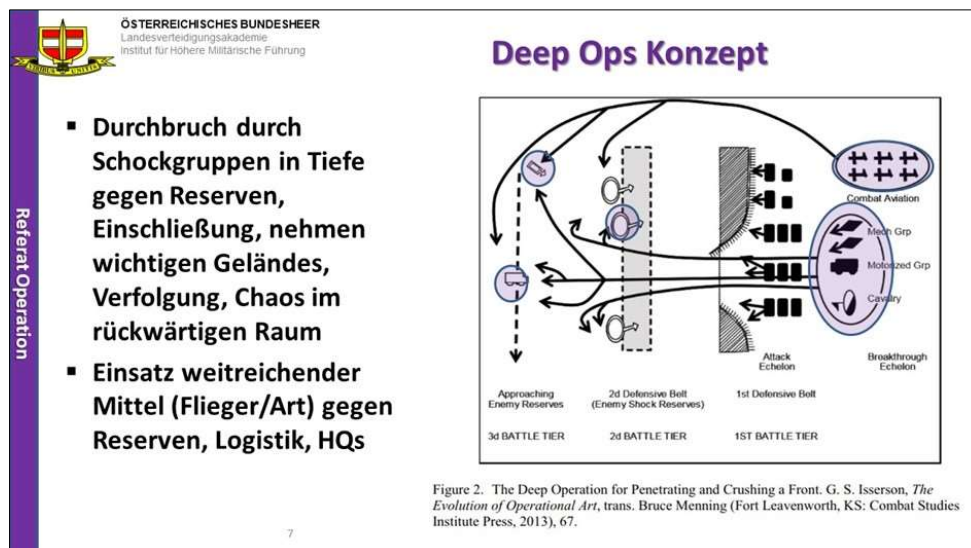


Abbildung 2: „Deep Operations“-Gedanke

In dieser Entwicklung ist das Zusammenspiel eines wissenschaftlichen und eines künstlerischen Anteils von *Operational Art* erkennbar. Die Analysen aus Erfahrungen vorangegangener Kriege – wie dem Ersten Weltkrieg oder dem Russisch-Japanischen Krieg – ergeben neue kreative Ansätze des „Deep Operations“-Gedankens. Diese, gepaart mit technologischen Errungenschaften, um diese Gedanken zu verwirklichen, verschmolzen im besten Sinne von *Operational Art*.

Es kann somit als zeitloser Charakterzug von „operativer Führungskunst“ das Zusammenspiel von Analyse, Kriegserfahrungen und kreativer Weiterentwicklung in Form von neuen Konzepten hervorgehoben werden.

² Vgl. Isserson, *The Evolution of Operational Art*, translated by Bruce Menning, Combat Studies Institute Press, US Army, Fort Leavenworth, 2013, S. 48.

Das operative Umfeld (JOE)

Als *Joint Operational Environment* gilt das gesamte Umfeld, in dem militärisches Handeln stattfindet. Es umfasst klassische physische Komponenten wie Land, Luft, See oder Weltraum, aber auch virtuelle wie den *Cyberspace* und das Informationsumfeld.³ Darüber hinaus ist es von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst, wie politischen, sozialen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen. Weiters gibt es verschiedenste Akteure mit unterschiedlichen Interessen. Allein diese Tatsachen begründen die Komplexität operativer Problemstellungen, weil sie in diesem Umfeld stattfinden und somit Wechselwirkungen in all diesen Bereichen haben.

Operational Art, welche hier zur Anwendung kommt, hat somit diese Komplexität vorerst in all ihrem Ausmaß, bezogen auf die Problemstellung, zu erfassen und in der Folge auf Kernaspekte hinsichtlich der Problemlösung zu reduzieren. Dabei handelt sie im Spannungsfeld zwischen der strategisch/militärstrategischen und der taktischen Ebene. Somit macht auch das JOE einmal mehr die Notwendigkeit des Zusammenspiels wissenschaftlicher Analysen mit künstlerisch, kreativen Lösungsansätzen deutlich.

Vergleich von Konflikten

Mandschurei 1945

Ausgehend von der „Deep Operations“-Theorie der 1930er Jahre erfolgte deren erfolgreiche Anwendung erstmals in der Schlacht in der Mandschurei im Jahr 1945. Das im Zweiten Weltkrieg neu gegründete militärstrategisch/operativ führende Kommando STAVKA führte diese, auch aus moderner Sicht vorbildhafte Joint Operation. Unter dem *Joint Force Commander* Alexander Vasilevsky wurden die Kriegsziele Stalins im klassischen Sinne erreicht. Durch die Koordination der taktischen Gefechte im Sinne der entscheidenden „Schlacht“ unter Festlegung der operativen Zielsetzungen und Synchronisation der Teilstreitkräfte kann hier von einer perfekten Umsetzung gesprochen werden. Die japanischen Streitkräfte in der Mandschurei wurden als *Centre of Gravity* Japans beurteilt.⁴

Die Vernichtung dieses *Centre of Gravity* im direkten Ansatz und unter operativer Umsetzung des *Deep Operations* Konzepts brachte letztendlich Japan dazu, die Waffen niederzulegen.

³ Vgl. Joint Publication 2-01.03, USA, 2009, I-2f.

⁴ Vgl. Army University Press, Deep Operations, Kansas 2021, S. 93.



Abbildung 3: Zusammenhang Gefecht – Schlacht – Kriegszweck

Bei näherer Betrachtung des Ablaufs der Operation erkennt man viele Elemente aktueller operativer Grundsätze. So sind v. a. der rasche Durchbruch in die Tiefe, das Blocken von Verstärkungen in der Flanke oder Tiefe, die Synchronisation der Teilstreitkräfte und die Wahl des Ortes und Zeitpunkts der Kulmination, nach wie vor Merkmale offensiver Operationsführung. Als *Joint Force Commander* brachte Vasilevsky seine Teilstreitkräfte koordiniert zum Einsatz, wodurch der Gegner sowohl an der Front, als auch in der Tiefe gleichzeitig angegriffen wurde was letztendlich zu seiner Kulmination führte.⁵ Eine besondere Bedeutung als Hochwertziele in der Tiefe waren bereits damals Führungseinrichtungen, logistische Basen und Reserven des Gegners. Dies entsprach dem, von Isserson und seinen Mitdenkern entwickelten „Deep Operations“-Gedanken und stimmt auch heute noch mit den gültigen Grundsätzen von „Manoeuvre Warfare“ auf operativer Ebene überein.

Desert Storm 1991

Beinahe fünfzig Jahre später, im zweiten Golfkrieg von 1991, fand die größte Joint Operation nach dem Zweiten Weltkrieg zur Befreiung Kuwaits statt. Der Aufmarsch unter schwierigsten Bedingungen, insbesondere aufgrund logistischer Herausforderungen, kann hier mit der Schlacht in der Mandschurei verglichen werden. Die strategische Zielsetzung war die Herstellung der internationalen Ordnung im Mittleren Osten unter Verteidigung der saudi-arabischen Halbinsel, Isolation des Iraks und das Wiederherstellen der Grenzen Kuwaits. Im Zusammenwirken der Machtinstrumente erfolgten auf strategischer Ebene Wirtschaftssanktionen und die diplomatische Legitimation durch eine Sicherheitsratsresolution für den militärischen Einsatz, zusammen mit einer weltweiten Informationskampagne als „moralische Verpflichtung“.⁶

⁵ Vgl. ebenda, S. 93ff.

⁶ Vgl. Schwarzkopf, *It Doesn't Take a Hero*, Bantam USA, Oktober 1993, S. 386ff.



Abbildung 4: Deep Operations & Manöver Desert Storm

Ukraine

Ukraine

mit und um Information im Zusammenhang mit dem Einsatz des Militärs. Dieses Zusammenspiel im Bereich der Machtinstrumente des Staates ist seit Beginn in allen Phasen der Kriegsführung zu erkennen.

Auf operativer Ebene ist zumindest im ersten Ansatz Russlands der „Deep Ops“-Gedanke zu erkennen. Unter Einsatz weitreichender Wirkmittel und Vorbereitung durch die Luftstreitkräfte erfolgte neben dem Ansatz im Südosten eine tiefe Luftlandung bei Hostomel und der Ansatz von Kräften über Chernihiv zur frühzeitigen Inbesitznahme der Hauptstadt.⁷ Ein Versuch, bereits zu Beginn auf das strategische *Centre of Gravity* zu wirken, um eine rasche Erreichung der Kriegsziele zu verwirklichen.

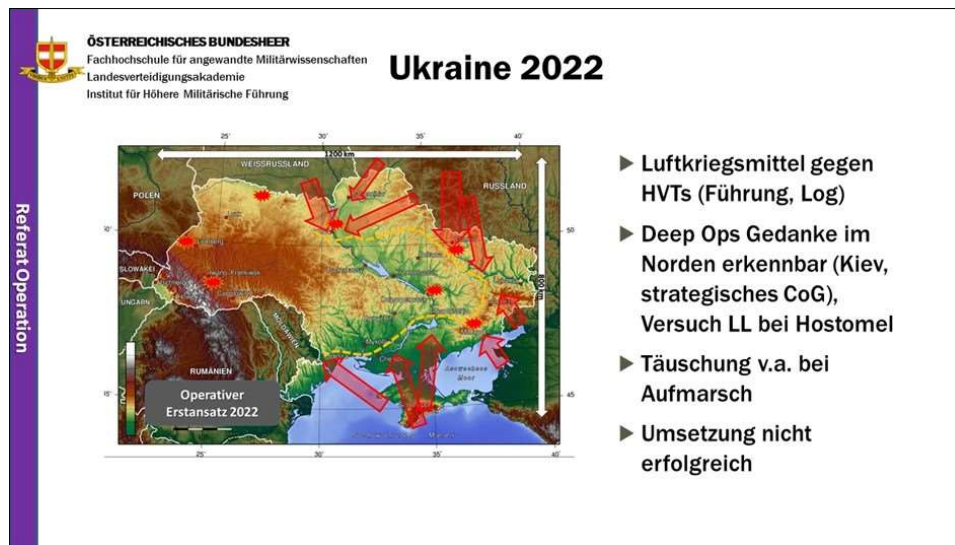


Abbildung 5: Operativer Erstansatz 2022

Die Stoßrichtungen zeigen den Versuch, die verteidigenden Kräfte im Großen zu trennen, um die Kulmination des Verteidigers zu erreichen. Gleichzeitig erfolgten Angriffe auf strategische Einrichtungen in der Tiefe der Ukraine. In der operativen Umsetzung misslang dieser Versuch aufgrund ukrainischer Gegenangriffe, insbesondere durch die Zerschlagung der Luftlandekräfte. Im Vergleich zum Beispiel *Desert Storm* 1991 kann in dieser ersten Phase des Krieges keinesfalls von einer gelungenen Umsetzung von *Operational Art* gesprochen werden. Im Bereich der Faktoren Kraft, Raum, Zeit und Information wurden viele Grundsätze verletzt. Der Grundgedanke des Zusammenwirkens der operativen Stoßmöglichkeiten und taktischen Gefechte wurde in der Durchführung mangels klarer Kommandostruktur nicht umgesetzt. Im Bereich der Information wurde die Resilienz und der Verteidigungswille der Ukrainischen Streitkräfte von Anfang an unterschätzt. Darüber hinaus scheiterten die geplanten Stoßrichtungen auch im Bereich „Sustainment“ durch logistische Probleme.

Gemeinsamkeiten

Der Vergleich von drei ausgewählten Konflikten über einen Zeitraum von 80 Jahren zeigt drei wesentliche Gemeinsamkeiten.

⁷ Vgl. <https://www.usmcu.edu/Outreach/Marine-Corps-University-Press/MCU-Journal/JAMS-vol-14-no-2/Russias-War-in-Ukraine/> [14.07.2025, 12:45 Uhr]

- Das Grundprinzip des Zusammenwirkens der verschiedenen Ebenen der Kriegsführung und die damit verbundene Abstimmung der „Ends“ mit den „Ways“ und „Means“.
- Die Bedeutung von *Deep Operations* zur Herbeiführung von Dilemmata in der gesamten Tiefe des Raumes, bezogen auf gegnerische Kräfte und Einrichtungen, aber auch zivile Ziele wie Industrie oder Ressourcen.
- *Operational Art* als Kunst, taktische Gefechte so zu organisieren, dass sie letztendlich koordiniert in der entscheidenden Schlacht der Erreichung des Kriegszweckes dienen.

Diese wesentlichen Merkmale operativer Kunst drücken sich bei der Durchführung in der Anlage des *Operational Designs* (Was ist zu tun?) und der Entwicklung von *Courses of Action* (Wie machen wir es?) aus, einem Zusammenwirken analytischer Elemente, gepaart mit kreativen Ansätzen.

Schlussfolgerungen

Aus der Entwicklung operativen Denkens und dem Vergleich ausgewählter Kriegsbeispiele über einen längeren Zeitraum lassen sich allgemeine Prinzipien hinsichtlich der Natur, Charakter des Krieges und der *Operational Art* ableiten.

Im Bereich der Natur des Krieges zeigt sich, auch in den Entwicklungen der letzten Jahre, dass Grundsätze von „Major Combat Operations“ nie an Bedeutung verloren haben. Die Bedeutung des Kampfes in der Tiefe, die Herausforderungen an die Logistik, das Manöver zur Organisation der Gefechte zum Zwecke der Schlacht und des Kriegszweckes bleiben erfolgsbestimmend. Im wechselnden Charakter des Krieges zeigt sich einerseits die zeitlose Bedeutung des Zusammenwirkens auf gesamtstaatlicher Ebene (DIME), andererseits jedoch eine verstärkte Bedeutung von Narrativen oder wirtschaftlichen Auswirkungen, welche sich durch die gestiegene Globalisierung und Vernetzung begründet.

Das Militär bleibt das entscheidende Mittel, um in letzter Konsequenz strategische Ziele mit Gewalt durchzusetzen und *Operational Art* die Kunst der bestmöglichen Umsetzung, basierend auf wissenschaftlichen und kreativen Elementen. Die konsequente Anwendung von *Operational Art* in ihrer Ursprungsform bleibt somit, wie anfangs in der Hypothese aufgestellt, die Garantie für den erfolgreichen Einsatz militärischer Kräfte, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu bewältigen.



Autor

Oberst des Generalstabsdienstes Mag. Jürgen WIMMER

Seit 2016 Leiter Referat Operation Landesverteidigungsakademie und von Juli 2023 bis April 2024 Leiter Institut für Höhere Militärische Führung (IHMF); seit 2019 *Academic Lead* für das *Defence Education Enhancement Programme* (DEEP) der NATO in Serbien.

„Contested Logistics“

Ein Schlüsselthema militärischer Operationen

von Andreas Alexa

Die jüngsten Konflikte und Krisensituationen haben gezeigt, dass ein resilientes Logistiknetzwerk unumgänglich für die Erreichung der Zielsetzung ist. Weiters wird vor Augen geführt, dass die logistische Unterstützung unterschiedlichen Gefährdungen und Bedrohungen ausgesetzt ist. Beide Erkenntnisse sind keine Neuigkeit. In der Kriegsgeschichte hat sich immer gezeigt, dass die Logistik zwar keine Kriege gewinnt, aber ohne Logistik diese verloren gehen. So stellte B. A. Friedmann fest, dass eine Truppe nicht kämpfen wird, wenn sie sich nicht bewegen, ihre Ausrüstung nicht instandhalten, ihren Nachschub nicht auffüllen, sich nicht verpflegen oder ihre Verwundeten nicht versorgen kann.¹ Roger Näbig meinte in einem Artikel im Oktober 2024 dazu, dass die Logistik, Russlands Achillesferse im ersten Kriegsjahr war.² Diese Beispiele zeigen, wie essenziell militärlogistische Unterstützung ist.

Ausgehend von einer näheren Betrachtung des militärischen Logistiknetzwerkes wird daher der Frage nachgegangen, welchen Bedrohungen und Gefährdungen das militärlogistische Netzwerk zwischen Peripherie und Zentrum ausgesetzt ist und welche Maßnahmen zu setzen sind, um die Resilienz sicherzustellen. Eine abschließende Conclusio rundet den Beitrag ab.

¹ Vgl. FRIEDMANN, 2021, S. 58.

² Vgl. NÄBIG, 2024.

Militärlogistisches Netzwerk

Unter einem Netzwerk wird prinzipiell ein Beziehungskomplex verstanden, in dem verschiedene Akteure, die über gleiche Eigenschaften oder Interessen verfügen, koordiniert zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Zielsetzung zu erreichen. Militärlogistische Netzwerke sind komplexe Systeme, die aus Teil- und Subsystemen mit verschiedenen Funktionen bestehen und auf dem Konzept von unternehmensübergreifenden Strömen beruhen. Die primären Leistungserbringer sind militärische logistische Kräfte auf unterschiedlichen Führungsebenen, welche logistische Einrichtungen betreiben, Güter bereitstellen und diese zu den Bedarfsträgern transportieren, Fahrzeuge abschieben und instandsetzen sowie Verwundete und Patienten medizinisch versorgen. Ebenso ist eine Einbindung externer logistischer Dienstleister unumgänglich. Unterstützungen durch das Gastland oder durch zivile Unternehmen vervollständigen das notwendige Spektrum. Somit wird aus dem prinzipiell linear ausgerichteten Modell der Versorgungskette auch in der Militärlogistik ein Logistiknetzwerk mit unterschiedlichen am logistischen Sicherstellungsprozess beteiligten Akteuren.

Der Gestaltung der Netzwerkbeziehungen, also der geschäftlichen, der sozialen und der informationstechnischen Beziehungen, kommt eine entscheidende Bedeutung zu³. So gilt es laufend Ziel-, Rollen-, Macht- und Kommunikationskonflikten mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. Dies schließt auch eine gezielte Beeinflussung sowie Überwachung der Kooperationspartner zur dauerhaften Sicherung der Ziele der Zusammenarbeit ein.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist jener der Führung. Einerseits geht es dabei um die Verteilung der Führungskompetenz für das gesamte Netzwerk durch die Festlegung von klaren Zuständigkeiten sowie die Berücksichtigung einer entsprechenden Flexibilität und Einfachheit. Andererseits geht es aber auch um die persönliche Führung jener Mitarbeiter, die gerade an den Schnittstellen zwischen den einzelnen Leistungserbringern arbeiten. Hier gilt es bereits frühzeitig übergreifende Problemlösungsmechanismen zu etablieren.⁴

Durch das militärlogistische Netzwerk werden die Einsatzfähigkeit und die Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte über einen bestimmten Zeitraum, welcher auch als logistische Reichweite bezeichnet wird, sichergestellt. Die wesentliche zu erzielende Wirkung dabei ist die Vermeidung der logistischen Kulmination. Diese tritt dann ein, wenn der Bedarf mit den verfügbaren Ressourcen nicht mehr gedeckt werden kann. Und dies kann unterschiedliche Gründe haben: von schlechter Planung über unzureichende Folgeversorgung bis hin zu internen und externen negativen Einflüssen. Die dadurch entstandene logistische Lücke mindert die Fähigkeit der eingesetzten Kräfte und die Zielerreichung ist gefährdet.

Umkämpftes militärlogistisches Netzwerk

Das militärlogistische Netzwerk wird in einem Umfeld errichtet und betrieben, welches als umkämpft bezeichnet werden kann. Durch die Komplexität, die Unsicherheit und die Vielzahl potenzieller Bedrohungen und Gefährdungen wird die Planung, Organisation und Durchführung der logistischen Unterstützung

³ Vgl. PFOHL, 2016, S. 331.

⁴ Vgl. PFOHL, 2016, S. 332f.

vor enorme Herausforderungen gestellt.⁵ In der *contested logistics* versucht ein Gegner, die Kontinuität der logistischen Maßnahmen in allen funktionalen Bereichen, in allen Domänen sowie zivile als auch militärische logistische Einrichtungen auf allen Führungsebenen durch unterschiedliche Maßnahmen zu stören oder zu zerstören. Charles Hamilton, der ehemalige Kommandant des *US Army Materiel Command*, führte in einem Artikel im Journal *Army Sustainment* dazu Folgendes aus: „*The ability to maintain the flow of resources, supplies, and equipment from the joint strategic support area to the tactical point of contact is a critical determinant of victory in modern warfare*“⁶. Das bedeutet, dass durch eine ständige Bedrohung oder durch aktive Feindeinwirkung die logistische Unterstützung selbst zum Ziel wird und auf der (militär)strategischen, operativen und taktischen Ebene verwundbar ist. Die Leistungserfüllung ist somit ständigen externen oder internen Risiken, welche in weiterer Folge analysiert werden, ausgesetzt.

Logistik der (militär)strategischen Führungsebene

Unter der Logistik der (militär)strategischen Führungsebene werden alle zivilen und militärischen Einrichtungen inklusive der ablaufenden Prozesse subsumiert, welche an der Ausrüstung und Erhaltung von Streitkräften mitwirken. Diese strategische Basis reicht von der Rüstungsindustrie über wesentliche zivile Infrastruktur bis hin zu den Lagern und Depots der Streitkräfte selbst.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass diese permanenten Bedrohungen ausgesetzt sind, welche unter dem Schlagwort der *Hybriden Kriegsführung* auch in der Öffentlichkeit bekannt sind. Diese reichen von gezielten Anschlägen auf Mitarbeitende bzw. Einrichtungen der Rüstungsindustrie über Sabotage der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu gezielten Streikaufrufen. Auch die Intensität und Qualität von Cyberattacken haben sich in den letzten Jahren massiv erhöht. So wurden im Jahr 2022 34 derartige Vorfälle bekannt, wobei die Dunkelziffer höher sein wird.⁷ Der erst kürzlich bekanntgewordene Angriff betraf europäische Waffenhersteller in Bulgarien, Rumänien und der Ukraine, aber auch in Südamerika und auf dem afrikanischen Kontinent.⁸

Logistik der operativen Führungsebene

Durch die operative Führungsebene werden ausgehend von den militärstrategischen Zielsetzungen teilstreitkraftübergreifende Operationen geplant, welche durch die taktische Ebene durchgeführt werden. Die Logistik der operativen Führungsebene verbindet mit dem errichteten *Joint Logistics Support Network* Eintrittspunkte in den Operationsraum mit den Verantwortungsbereichen der taktisch eingesetzten Kräfte und stellt somit die Einsatzfähigkeit und Durchhaltefähigkeit sicher.

Einer besonderen Bedeutung kommen die vorgelagerten Verbindungslinien zwischen der strategischen Basis und dem Einsatzraum zu. Dieser, auch als *coupling bridge* bezeichnete Raum, befindet sich oftmals in internationalen Gewässern

⁵ Vgl. KING, 2024, S. 46.

⁶ HAMILTON, 2024, S. 4.

⁷ Vgl. KONDRUSS, 2023.

⁸ Vgl. DIE ZEIT, 2025.

bzw. im Luftraum.⁹ Weiters werden Verkehrsstraßen oder Eisenbahnlinien zur Verlegung von Kräften und für logistische Maßnahmen genutzt. Durch Blockade der Seewege, Piraterie¹⁰ oder Zerstörung von Brücken, Straßen bzw. Eisenbahnlinien können diese Nachschubrouten empfindlich gestört werden.

Eine weitere Herausforderung stellen auch auf dieser Ebene Angriffe auf die IT-Systeme dar. So können durch Datendiebstahl Informationen über Transportwege oder Lagerbestände abgegriffen, missbraucht oder manipuliert werden. Aber auch die physische Bedrohung der Depots der operativen Führungsebene stellt eine potenzielle Gefährdung dar.

Logistik der taktischen Führungsebene

Die logistische Unterstützung der taktischen Führungsebene findet in unmittelbarer Nähe zu den Kampftruppen statt. Damit sind die logistischen Einrichtungen und die logistischen Aktivitäten (z. B. Transporte) direkt oder indirekt der Waffenwirkung des Feindes ausgesetzt, welche durch das transparente Gefechtsfeld noch verstärkt wird. Durch den Einsatz von weitreichender Artillerie im Zusammenwirken mit unbemannten Luftfahrzeugen können auch Räume im rückwärtigen Raum zeitverzugslos bekämpft werden. Eine große Herausforderung stellen auch subversiv, also verdeckt kämpfende Elemente, oder Kräfte, die Methoden des Jagdkampfs anwenden, dar, da diese nadelstichartig durch Überfälle oder Hinterhalte die logistische Unterstützung stören und dadurch Versorgungsmaßnahmen der kämpfenden Truppe behindern.

Resilienz

Ziel aller Maßnahmen in der *contested logistics* ist die Implementierung und Erhaltung eines resilienten militärlogistischen Netzwerkes, um die logistische Kulmination zu verhindern. Jürgen Schnell definierte Resilienz wie folgt: „*Resilienz ist die Fähigkeit, externe und insbesondere schlecht oder nicht vorhersehbare Störungen zu verkraften und die Handlungsfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen*“¹¹. Es geht also einerseits darum, die Widerstandsfähigkeit auszubauen, sodass Störungen seltener die Leistungsfähigkeit von Streitkräften beeinflussen, und andererseits um eine rasche Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit.

Die Resilienz generiert sich dabei aus zwei wesentlichen Faktoren, nämlich einerseits der Robustheit und andererseits der Agilität. Während Robustheit durch Antizipation und eine entsprechende Vorbereitung generiert wird, kann Agilität wiederum durch Flexibilität und Transparenz gestärkt werden.¹²

Mit geeigneten Maßnahmen muss daher die Überlebens- und Anpassungsfähigkeit eines komplexen militärlogistischen Netzwerkes im Angesicht von Bedrohungen, Gefährdungen bzw. Veränderungen gesichert werden.

⁹ Vgl. MINISTRY OF DEFENCE, 2015, S. 136.

¹⁰ Vgl. RÜHL & MOSCOVICI, 2021.

¹¹ SCHNELL, 2018.

¹² Vgl. ALEXA, 2024, S. 311.

Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz

Antizipation: Prognose von Veränderungen

Ein Schlüssel zur Erhöhung der Antizipation ist die Implementierung eines umfassenden Risikomanagements. Die Kenntnis der jeweiligen Risikosituation ist der Ausgangspunkt zur Risikosteuerung als bewusste Entscheidung zum Umgang mit relevanten Gefährdungen. Nach einer umfassenden Analyse in Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung kann eine sachliche Bewertung durchgeführt werden. Dies dient in weiterer Folge zur Implementierung von Handlungsoptionen, wie mit den Risiken umzugehen ist. Die Möglichkeiten reichen hierbei vom Vermeiden, also alternative Möglichkeiten finden, bis hin zum Akzeptieren. Wie in jedem Führungskreislauf ist in der Durchführung eine permanente Kontrolle der gesetzten Maßnahmen notwendig, um wiederum Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können. Risikomanagement dient nicht dazu, Risiken zu umgehen, sondern dazu, diese zu erkennen und eine Entscheidungsgrundlage für (militär)strategische, operative bzw. taktische Überlegungen zu bieten.

Vorbereitung: Resistenz gegenüber Veränderungen

Es hat sich manifestiert, dass die logistische Unterstützung auf allen Führungsebenen unterschiedlichen Gefährdungen ausgesetzt ist. Hier ist es zum einen notwendig, entsprechende Schutzvorkehrungen, aktiver und passiver Art, zu treffen, welche auch die elektronische Kommunikation umfassen müssen. Zum anderen sind modulare, dezentrale und redundante logistische Strukturen, adaptive Routenführungen sowie die Fähigkeit, eine lokale Selbstversorgung (z. B. 3D-Druck) zu implementieren, zu nennen. Darüber hinaus kann durch eine entsprechende Reservenbildung von logistischen Ressourcen, also die Verteilung von Lagerbeständen auf mehrere Standorte, auf den militärischen Führungsebenen ein entstehender Bedarf gedeckt werden.

Eine Möglichkeit der personellen Verlustminimierung stellen auch autonome Fahrzeuge, luft-, land- oder wassergebunden, dar, welche Transporte auch unter feindlichen oder unsicheren Bedingungen durchführen können.

Flexibilität: Reaktion auf Veränderungen

Unter Flexibilität wird die Fähigkeit verstanden, sich rasch und wirksam an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Zur Sicherstellung dieser Anpassungsfähigkeit sind folgende Maßnahmen auf taktischer, operativer sowie militärstrategischer Ebene zu implementieren:

Zur Minimierung von Abhängigkeiten ist eine Diversifizierung der Bezugsquellen vorzusehen. Dies gewährleistet Handlungsfreiheit im Falle von Ausfällen einzelner Lieferanten. Vertragsinhalte mit zivilen Leistungserbringern sind so auszurichten, dass eine kurzfristige Anpassung an Lageänderungen jederzeit möglich ist. Dies betrifft insbesondere Leistungsumfang, Reaktionszeiten und logistische Abläufe. Bereitgehaltene Reserven, auf die bereits im vorangegangenen Kapitel eingegangen wurde, sind ein wesentliches Mittel, um Unterbrechungen im Netzwerk flexibel zu überbrücken. Weiters ist durch regelmäßige Übungsvorhaben in lageangepassten Szenarien das Personal aller Führungsebenen auf den Umgang mit Störungen und Bedrohungen vorzubereiten. Ziel ist

sowohl der Kompetenzerwerb als auch die Steigerung der individuellen und kollektiven Belastbarkeit. Zudem ist die Bewusstseinsbildung zur Erkennung von Bedrohungen zu fördern. Überdies ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen militärischen Führungsgrundgebieten sowie mit zivilen Partnern institutionell zu stärken.

Transparenz: Wahrnehmung von Veränderungen

Durch die Nutzung neuer Technologien kann die Transparenz im Netzwerk gesteigert werden. Künstliche Intelligenz im Zusammenwirken mit *Predictive Analytics* automatisiert nicht nur logistische Prozesse, sondern verbessert auch die Vorhersagefähigkeit. Dabei geht es um die Fähigkeit, in Echtzeit zu erkennen, was im Netzwerk passiert. Eine Vielzahl an Sensoren, vernetzte Plattformen und KI-gestützte Entscheidungsmodelle analysieren permanent Datenströme. Somit können frühzeitig Engpässe erkannt, alternative Routen vorgeschlagen oder Materialerhaltungsnotwendigkeiten selbstständig prognostiziert werden, welche wiederum die Ausfallzeiten minimieren und die Lebensdauer der Geräte verlängern. Das Logistikmanagement ist somit in der Lage, flexibel, vorausschauend und adaptiv zu reagieren. Entscheidend ist jedoch, dass die durch die Digitalisierung erlangte Transparenz auch entsprechend gesichert wird. So sind regelmäßige Updates, Penetrationstests und Schulungen für Mitarbeitende eine Notwendigkeit.

Weiters können durch die Lernfähigkeit der Systeme aus vergangenen Einsätzen Muster erkannt und darauf aufbauend Simulationen durchgeführt werden, um sich dynamisch an neue Bedingungen anzupassen.

Conclusio

In diesem Beitrag wurde der Frage nachgegangen, welchen Bedrohungen und Gefährdungen das militärlogistische Netzwerk zwischen Peripherie und Zentrum ausgesetzt ist und welche Maßnahmen zu setzen sind, um die Resilienz sicherzustellen.

Es hat sich gezeigt, dass die militärlogistische Unterstützung in einem *contested environment* ein hochaktuelles und komplexes Thema ist, welches sowohl Streitkräfte als auch zivile Akteure vor große Herausforderungen stellt. Nur durch eine ganzheitliche Herangehensweise, welche Antizipation, entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen, die Fähigkeit zum flexiblen Handeln sowie Transparenz im Netzwerk vereint, ist es möglich, die Einsatz- und Durchhaltefähigkeit sicherzustellen und somit die logistische Kulmination zu verhindern.

Die Berücksichtigung der dargestellten Maßnahmen erhöht somit die Resilienz des militärlogistischen Netzwerkes und ist entscheidender Faktor im hybriden und hochmobilen Gefechtsfeld der Zukunft.

Autor

Oberst des Generalstabsdienstes

Prof. (FH) Mag. Andreas ALEXA

Leiter des Referats Logistik beim Institut für höhere militärische Führung (IHMF) an der Landesverteidigungsakademie in Wien; ausgebildeter Technischer Offizier, graduierte 1993 an der Theresianischen Militärakademie. Er absolvierte seinen Dienst in unterschiedlichen logistischen Funktionen in einem Panzergrenadierbataillon. Von 2007 bis 2010 absolvierte er den Generalstabslehrgang an der LVAK sowie das Individuelle Diplomstudium Landesverteidigung an der Universität Wien. Von 2010 bis 2013 versah er seinen Dienst als Hauptlehrbeauftragter & Forscher für Logistik im IHMF an der Landesverteidigungsakademie. Nach einer Verwendung im Bundesministerium für Landesverteidigung in der Abteilung Militärstrategie und der Absolvierung eines hochschulischen Bestellungsverfahrens übernahm er 2015 das Referat Logistik im IHMF. Er ist hauptberuflich Lehrender am FH-MaStg Militärische Führung an der Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften und absolviert derzeit ein interdisziplinäres rechtswissenschaftliches PhD-Studium an der Univ. Wien sowie den Masterstudiengang *International Procurement Cooperation* an der Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg.

Quellen

- ALEXA, A. (2024). Military Logistics in the Light of the VUCA-World. In: *Land Forces Academy Review*, 29(3), S. 305-311, [Zugriff am: 31.07.2025]. Verfügbar unter https://www.army-academy.ro/reviste/rev3_2024/Alexa_RAFT_3_2024.pdf
- CNN, 11.07.2024. Online verfügbar unter <https://edition.cnn.com/2024/07/11/politics/trump-allies-project-2025/index.html>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- DIE ZEIT, 2025. *Russische Hacker greifen Rüstungskonzerne an*. 15.05.2025 [Zugriff am: 31.07.2025]. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-05/ukraine-russische-hacker-waffenlieferungen-ruestungsindustrie>
- FRIEDMANN, B.A., 2021. *On Operations*. Annapolis: Naval Institute Press.
- HAMILTON, Charles, 2024. Prepare to be Contested. In: *Army Sustainment*, Winter 2024, S. 4f.
- KING, Jon Michael, 2024. Contested Logistics Environment Defined. In: *Army Sustainment*, Winter 2024, S. 46-49.
- KONDRUSS, Bert, 2023. *Cyberangriffe auf Militär und Rüstungsindustrie im Jahr 2022*. 04.03.2023 [Zugriff am: 31.07.2025]. Verfügbar unter: <https://konbriefing.com/de-topics/cyber-angriffe-2022-ind-militaer.html>
- MINISTRY OF DEFENCE, 2015. *Joint Doctrine Publication 4-00. Logistics for Joint Operations*. Swindon: Development, Concepts and Doctrine Centre.
- NÄBIG, Roger, 2024. Logistik: Russlands militärische Achillesferse in der Ukraine im ersten Kriegsjahr. *Europäische Sicherheit und Technik*. 29.10.2024 [Zugriff am: 31.07.2025]. Verfügbar unter: <https://esut.de/2024/10/fachbeitraege/53364/logistik-russlands-militaerische-achillesferse-in-der-ukraine-im-ersten-kriegsjahr/>
- PFOHL, Hans-Christian, 2016. *Logistikmanagement*. Heidelberg: Springer-Verlag.
- RÜHL, Bettina und MOSCOVICI, Benjamin, 2021. *Unsichere Handelswege. Piraten vor Afrikas Küsten*. 28.02.2021 [Zugriff am: 31.07.2025]. Verfügbar unter: <https://www.deutschland-funk.de/unsichere-handelswege-piraten-vor-afrikas-kuesten-100.html>
- SCHNELL, Jürgen, 2018. *Flexibilität, Agilität und Resilienz als Ziele der Organisationsgestaltung von Streitkräften - Zum Nutzen von Streitkräften und zur Problematik der Ungewissheit*. [Zugriff am: 10.04.2024]. Verfügbar unter: <https://www.unibw.de/militaeroekonomie/nutzen-von-sk-flexibilitaet-resilienz-2.pdf>

Das EUropäische Weltraumprogramm

Wieso der „alte Kontinent“ im Weltraum
ALLgegenwärtig und doch nur als
„Anhalter durch die Galaxis“ unterwegs ist

von Norbert Frischauf

Galileo, Copernicus, MarsExpress und Rosetta, aber auch die Ariane 1 bis 6 – sie alle sind Symbole für die europäische Führungsrolle in der Weltraumfahrt. In puncto Wissenschaft und Innovation führt im Weltraum kein Weg an Europa vorbei. Woran es allerdings mangelt, ist die Fähigkeit, die guten Ideen auch zum Abschluss zu bringen und den langen Atem aufrechtzuerhalten, sodass Europas Technologien nicht in den USA als *Scale-Up* oder – noch schlimmer (!) – als Konkursmasse mitsamt dem gesamten Know-how in China landen, um dann ein paar Jahre später die europäischen Märkte zu überschwemmen.

Deep Thought: „Na schön. Die Antwort auf die große Frage nach dem Leben, dem Universum und allem... lautet... 42!“ [1]

Von der Erde zum Mond und zurück: *Apollo* ändert die Welt in vielerlei Hinsicht

Am 24.12.1968 erleben die *Apollo 8*-Astronauten als Erste einen **Erdaufgang über dem Mondhorizont** (Abbildung 1) und sind – angesichts des Kontrastes von schwarzem All, grauem Mond und blauer Erde – begeistert: „*Oh, mein Gott! Seht euch dieses Bild da an! Hier geht die Erde auf. Mann, ist das schön!*“ (Bill Anders) [2]



Abbildung 1: „Earthrise (Erdaufgang)“ heißt das ikonische Foto, welches der Apollo 8-Astronaut Bill Anders am 24.12.1968 im Mondorbit aufgenommen hat und welches zu einem Symbol für die Verletzlichkeit von „Mutter Erde“ geworden ist (Quelle: NASA/Bill Anders) [3])

Von den vielen Vermächtnissen des Apollo-Programms (Saturn V, AGC, der erste IC-basierte Computer [Abbildung 2], beste Erklärung für die Entstehung des Mondes etc.) ist vermutlich **dieses Foto das gesellschaftlich nachhaltigste, da es das Bild der „wunderschönen blauen und verletzlichen Erde“** tief im kollektiven Gedächtnis der Menschheit verankert.

¹ “Oh, my God! Look at that picture over there! Here’s the Earth coming up. Wow, is that pretty!”

Mit Apollo investieren die USA in den 1960ern intensiv in die Raumfahrt, starten Telstar und Intelsat – und realisieren damit eine Vision eines k. u. k. Österreichers

Das *Apollo-Programm* der NASA in den 1960er-Jahren war zwar zuallererst ein politisches Projekt des Kalten Krieges, aber gleichzeitig war es auch ein **starker Impulsgeber für die Forschung, die technologische Entwicklung und die Wirtschaft** – auch wenn sich viele Auswirkungen erst viele Jahre bzw. Jahrzehnte später manifestieren sollten.

Laut dem Papier „*An Improved Cost Analysis of the Apollo Program*“ [4] gaben die USA im **Zeitraum 1960–1973 etwa 25,8 Milliarden US\$ für das Apollo-Programm aus** – inflationsbereinigt entspricht das einem Wert von **321,7 Milliarden Dollar im Jahr 2025** [5].

Als Neil Armstrong am 21.07.1969 – und damit fünf Monate vor Ablauf der Frist, die JFK den USA gesetzt hatte – mit *Apollo 11* den Mond betrat und die ikonischen Worte „*Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, ein riesiger Sprung für die Menschheit*“ sprach, hatten die USA das Rennen zum Mond gewonnen und sich selbst mit dem „**Jackpot**“ – den **F-1 Triebwerken** und dem **Apollo Guidance Computer (AGC)** – belohnt (Abbildung 2).



Abbildung 2: Wernher von Braun vor den 5 m großen F-1 Triebwerke der Saturn V (links) und der Apollo Guidance Computer, der Stammvater aller IC-basierten Computer (rechts) (Quelle: NASA) [6] und [7]

Der AGC mag auf dem obigen Foto unspektakulär erscheinen, ist aber wahrscheinlich das wichtigste Vermächtnis von *Apollo*, denn er gilt als der Stammvater aller modernen Rechner und kostete damals in der **Entwicklung ca. 57 Millionen US\$ (nach heutiger Rechnung sind das ca. 456 Mio. US\$)** [8] u. [5].

Neben *Apollo* waren die 1960er-Jahre aber auch in vielerlei anderer Hinsicht das Jahrzehnt der großen Investitionen in die Raumfahrt. Raketen, Satelliten, Raumsonden etc. – die F&E-Zuwendungen umfassten fast alle Bereiche, wodurch **auch im Bereich der Raumfahrt-Applikationen (Satellitenkommunikation, Satellitennavigation und Erdbeobachtung) der Grundstein für die Kommerzialisierung des Weltraums gelegt wurde.**

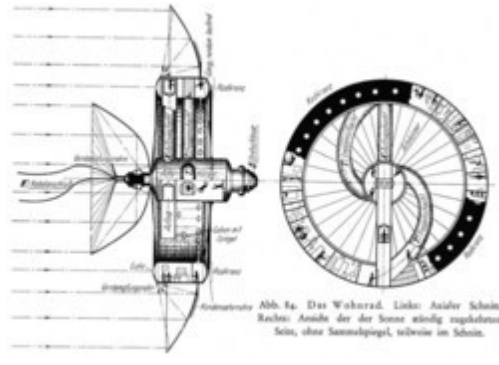


Abbildung 3: K. u. k. Oberleutnant Hermann Potočnik (Noordung) und sein Entwurf des „Wohnrads“ im geostationären Orbit, das zur Erzeugung künstlicher Schwerkraft permanent rotieren sollte, ein Kraftwerk enthielt, das über Parabolspiegel Energie aus der Sonnenstrahlung gewinnen sollte, und auch ein Observatorium aufwies (Quelle: Wikipedia) [9]

Der erste Sektor, der in der Raumfahrt wirtschaftlich aufzeigen konnte, war die Telekommunikation. **Basierend auf den Visionen von Herman(n) Potočnik (auch unter dem Pseudonym Hermann Noordung bekannt),** der als Ingenieur und Hauptmann in der k. u. k. Armee tätig war, sich ab 1925 ausschließlich der Raketen- und der Raumfahrttechnik widmete und bereits 1929 den geostationären Orbit in 36.000 km Höhe berechnet und eine rotierende, radförmige Raumstation mit künstlicher Schwerkraft zur Datenübertragung erdachten hatte [9], wurden verschiedene Telekommunikationssatellitenkonzepte propagiert und getestet, ehe schließlich am 10. Juli 1962 mit *Telstar 1* der erste zivile Kommunikationssatellit ins All geschossen wurde.

Der **60 Millionen (2025: 560 Millionen) US\$ teure *Telstar*** wog 77,2 Kilogramm und hatte einen Durchmesser von 88 Zentimetern. Seine Energie bezog er aus 3600 kleinen Solarmodulen, die überall am sphärischen Körper angebracht worden waren, da die damalige Lageregelung noch nicht genügend ausgefeilt war, um eine permanente Ausrichtung des Satelliten zu garantieren. *Telstar* wurde auf eine stark elliptische Bahn mit 957 x 5600 km Höhe gebracht und konnte bereits im ersten Monat im All die erste Live-Fernsehsendung zwischen den USA und Europa übertragen.



Abbildung 4: *Telstar*, der erste zivile Kommunikationssatellit (Quelle: Tiia Monto) [10]

Auch wenn *Telstar 1* nur ein kurzes Leben von 7 Monaten beschieden war², so hatte der Satellit die Vorteile der Satellitentelekkommunikation so klar demonstriert, dass **wenige Monate später Hermann Potočniks Vision durch die Starts des ersten geostationären Nachrichtensatelliten *Syncom 1* (14.02.1963) und des ersten kommerziell genutzten geostationären Nachrichtensatelliten *Intelsat I* (auch „*Early Bird*“ genannt, Start am 06.04.1965) endgültig in die Tat umgesetzt wurde** [11].

10 Jahre später koordinieren die Europäer – nicht zuletzt dank der USA – ihre Weltraumaktivitäten und werden wieder zu einer Größe im Weltraum

Europa zog erst in den 1970er-Jahren mit eigenen Nachrichtensatelliten nach. Die ersten beiden Satelliten hießen *Symphonie 1* und *Symphonie 2* und wurden 1974 bzw. 1975 gestartet. Sie waren in vielerlei Hinsicht wegweisend für die weitere europäische Rolle in der Weltraumfahrt, denn **zuallererst entstanden die beiden Satelliten aus einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich**, und zweitens waren sie der Grund, warum die Europäer schließlich mit Vehemenz den Bau ihrer eigenen Trägerrakete – der *Ariane* – angingen und bis heute felsenfest ihre Strategie „des unabhängigen Zugangs zum Weltraum“ verfolgen.

Als „Geburtshelfer“ für die *Ariane* entpuppte sich niemand anders als die **US-Regierung**, die den Europäern nach den gescheiterten Starts mit der Europarakete (siehe Abbildung 5, linkes Bild) zwar angeboten hatte, die beiden Satelliten auf einer US-amerikanischen Delta-Rakete (siehe Abbildung 5, mittleres Bild) zu starten, aber gleichzeitig die Auflage machte, dass die beiden europäischen Satelliten lediglich für Testzwecke und nicht operationell eingesetzt würden, da sie das eigene Monopol für Nachrichtensatelliten schützen wollte.



Abbildung 5: Die Europarakete, die Delta 2914 und die Ariane 1 Rakete (v.l.n.r., Quellen: Leitenberger, B., NASA und ignis)[12], [13] und [14]

² Der Satellit fiel bereits nach wenigen Monaten aus, als er durch die Effekte des exoatmosphärischen Atombombenversuchs mit dem Codenamen *Starfish Prime* in Mitleidenschaft gezogen wurde [10].

Diese Bedingungen, die für die Europäer naturgemäß mittel- und langfristig nicht hinnehmbar waren, **führten letztendlich zur Entwicklung der Ariane 1 Rakete** (siehe Abbildung 5, rechtes Bild) und ihrer Nachfolgermodelle *Ariane 2 bis 6* (ein Start einer *Ariane 6* ist in der Abbildung 6 dargestellt).



Abbildung 6: Die beiden Grundpfeiler der Europäischen Weltraumorganisation ESA. Links: Der unabhängige Zugang zum Weltraum mithilfe der eigenen Trägerrakete Ariane 6 am 09.07.2024. Rechts: Exzellente Wissenschaft am Beispiel der Kometensonde „Rosetta“, die von 2014-2016 den Kometen 67P/Tschurjumow-Gerasimenko begleitet hat (Quelle: ESA) [15] und [16]

Bis heute sind die Thematik des unabhängigen Zugangs zum Weltraum und die damit verbundene Raketenentwicklung sowie der Bau und Betrieb von wissenschaftlichen Missionen und die damit verbundene Forschung und Technologieentwicklung **die beiden Grundpfeiler der europäischen Weltraumaktivitäten und fest in die DNS der ESA eingeschrieben.**

Europas Weg zur (kommerziellen) Weltraummacht

Es mag fast wie ein Treppenwitz der Geschichte anmuten, aber die ursprüngliche Auflage der USA, die beiden europäischen Satelliten lediglich für Testzwecke und nicht operationell einzusetzen, wurde kurz-, mittel- und langfristig zum Bumerang für die USA. Nur fünf Jahre später³ startete die ESA mit der *Ariane 1* (siehe Abbildung 5, rechtes Bild) die erste Rakete der neuen europäischen Trägerraketenfamilie. Gleichzeitig schickten sich die Europäer an, immer bessere Telekomsatelliten zu bauen, um das anfängliche Monopol der USA im Bereich der Nachrichtensatelliten zu brechen.

³ Am 24.12.1979.

1985 wurde schließlich *SES*⁴ in Luxemburg gegründet, um Telekomsatelliten im geostationären Orbit (GEO) und in der mittleren Erdumlaufbahn (MEO)⁵ zu betreiben. *SES* ist der Betreiber des *Astra*-Satellitensystems, betreibt an die 90 Satelliten im GEO und 30 im MEO und erwirtschaftete im Jahr 2024 einen Umsatz von 3,7 Mrd. Euro [17]. **Als *SES* am 17. Juli 2025 die Übernahme des ewigen US-Rivalen *Intelsat*⁶ für 2,8 Mrd. € [18] und [19] bekanntgab, war klar, dass die Europäer den USA im klassischen Telekomsatelliten-sektor endgültig den Rang abgelaufen hatten** – aus dem Juniorpartner des Jahres 1974 war der Platzhirsch des Jahres 2025 geworden!

Dies ist allerdings sicher nicht das Ende der Geschichte, denn das Umfeld des Telekomsatellitensektors ist und bleibt dynamisch. **Seit 2019 ist mit *Starlink* ein neuer Akteur auf den Plan getreten, der mittlerweile 8295 Satelliten⁷ im niedrigen Erdorbit (LEO) betreibt** und Internetzugänge mit besonders geringer Paketumlaufzeit bereitstellt und die Abdeckung von Gebieten, in denen zuvor keine oder eine nicht ausreichende Internetverbindung zur Verfügung stand, sicherstellt. Der Umsatz im Jahr 2024 betrug 8,18 Mrd. US\$ [20].

Der sich **abzeichnende Wettbewerb von MEO/GEO (*SES-Intelsat*) vs. LEO (*Starlink* u.a.)** ist und bleibt spannend. Man darf allerdings getrost davon ausgehen, dass beide Konzepte nebeneinander existieren werden, da jedes für sich einmalige Vorteile bietet, die nicht konterkariert werden können (wie z. B. globaler Blick vom GEO vs. kurze Laufzeit im LEO).

Von der Satellitenkommunikation über die Satellitennavigation ...

Rank	Satellite Operator	Revenues [million \$]		Country	Satellites in Orbit	Satellites on Order
		2007	2006			
1	SES	2370.0	1900.0	Luxembourg	37	9
2	Intelsat	2200.0	2100.0	Bermuda, US	54	4
3	Eutelsat	1240.0	1050.0	France	24	6
4	Telesat Canada	684.7	575.0	Canada	12	3
5	JSAT Corp.	347.4	326.0	Japan	8	3
6	Star One SA	207.4	195.8	Brazil	7	0
7	Hispasat	188.6	159.1	Spain	3	1
8	SingTel Optus	172.2	158.4	Australia	4	1
9	Russian Satellite Communications Co.	161.0	152.0	Russia	11	3
10	Space Communications Corp.	151.4	151.2	Japan	4	1

Abbildung 7: The top 10 fixed satellite operators in 2007 (Source: Frischauf, N.) [21]

Wie unter anderem aus Abbildung 7 ersichtlich ist, war die Satellitenkommunikation die erste globale Applikation, welche die wirtschaftliche Bedeutung der Raumfahrt demonstrieren konnte, und **bis heute sind Nachrichtensatelliten die *Cashcow* in der kommerziellen Raumfahrt**. Die anderen beiden Applikationen – Satellitennavigation und Erdbeobachtung – benötigten wesentlich länger, um kommerziell erfolgreich zu werden.

⁴ SES steht für *Société Européenne des Satellites*, auf Deutsch: *Europäische Satellitengesellschaft*.

⁵ GEO... Geostationärer Erdorbit, MEO... Mittlerer Erdorbit.

⁶ Siehe dazu auch Abbildung 7.

⁷ Stand Ende August 2025.

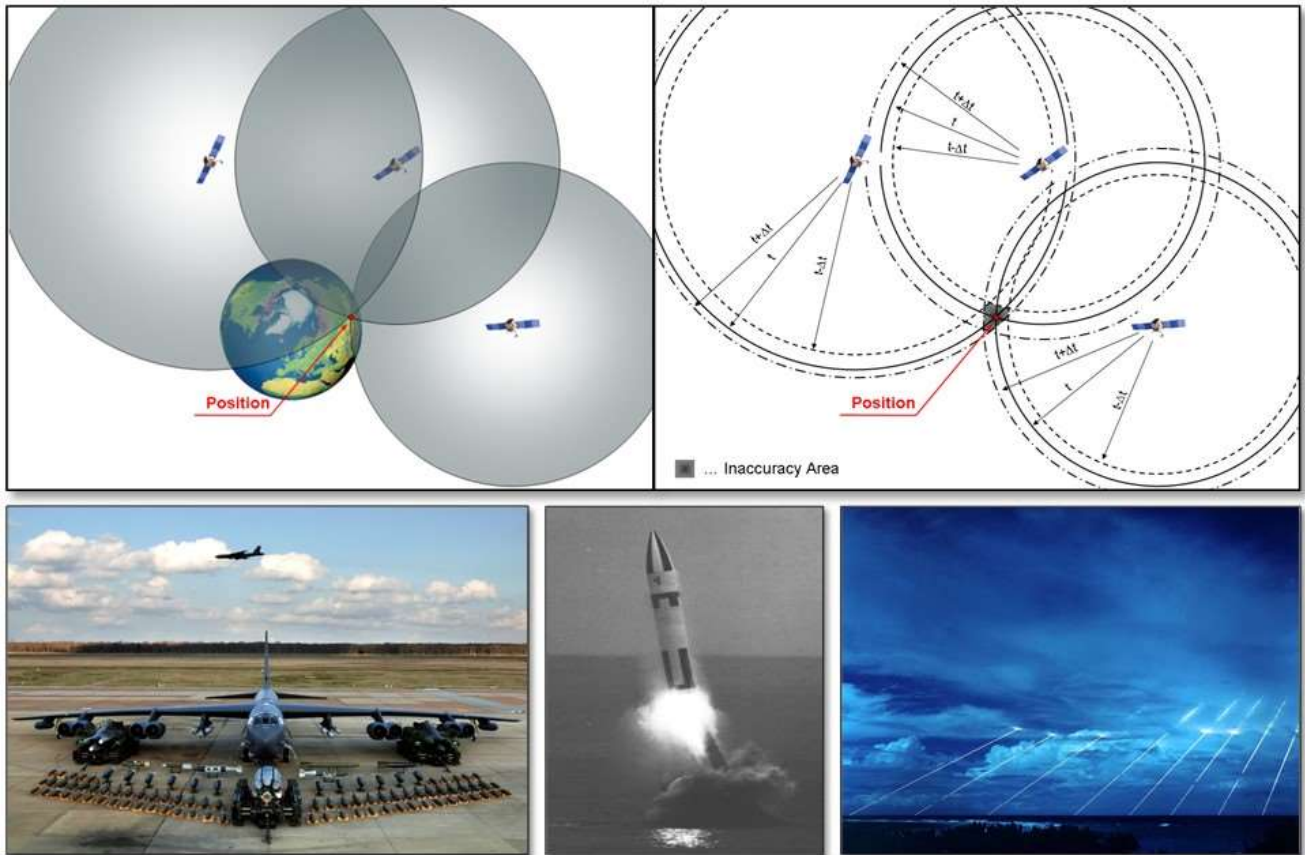


Abbildung 8: Satellitennavigation beruht auf der Messung der Signallaufzeiten zu den bekannten Positionen der Navigationssatelliten – aus der Ungenauigkeit der Messung ergibt sich die Unschärfe der Positionsbestimmung am Boden (Graphiken li. und re. oben). Die ersten Anwender von GPS, dem US-amerikanischen Sat-Nav-System, waren die strategischen Bomber (B-52H), die SLBMs (Polaris) und die ICBMs (LGM-118), untere Reihe, v.l.n.r. (Quelle: Frischauf, N., U.S. Air Force, U.S. Navy, David James Paquin) [22],[23],[24],[25].

1973 schlägt die Geburtsstunde von GPS, das als Globales Satellitennavigationssystem (GNSS) binnen kurzem zur Schlüsselkomponente für die nukleare Triade der USA und zum „Kraftvervielfacher“ für das gesamte US-Militär wird (Abbildung 8).

Am deutlichsten zeigt sich dies in der Veränderung der C2/3/4- Funktionalität, denn durch das **GPS-basierte PNT⁸** wurde die „C2 Divide“-Linie überschritten und der Übergang von einem reaktiven zu einem Echtzeitmodus mit kontinuierlicher Situationswahrnehmung ermöglicht (Abbildung 9).

⁸ PNT... Positioning, Navigation and Timing.

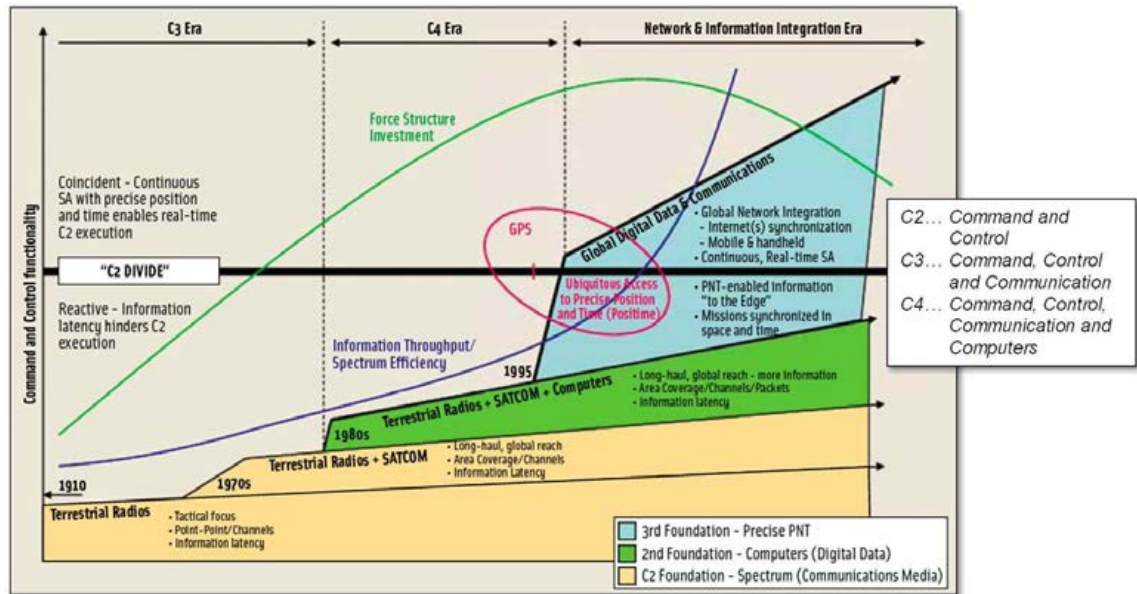


Abbildung 9 GPS-basiertes PNT wurde ab 1995 der Schlüssel zur Koordinierung der militärischen Kräfte (Quelle: Frischauf, N. et al) [22]

PNT ist allerdings nicht nur militärisch relevant. 50 Jahre nach dem GPS-Kickstart überschritt der weltweite GNSS-Downstream-Markt die 200-Milliarden-Euro-Schwelle und erreichte Wachstumsraten von 9,2%. Um diese Zahl in den Kontext mit einem Gut des täglichen Lebens zu stellen, kann man den weltweiten Markt für Kartoffelchips (Rohscheiben) heranziehen und stellt fest, dass dieser im Jahr 2020 eine Größe von 31,2 Mrd. US\$ hatte [26] – **der weltweite GNSS-Downstream-Markt war also bereits damals fünfmal so groß wie der weltweite Kartoffelchips-Markt!**

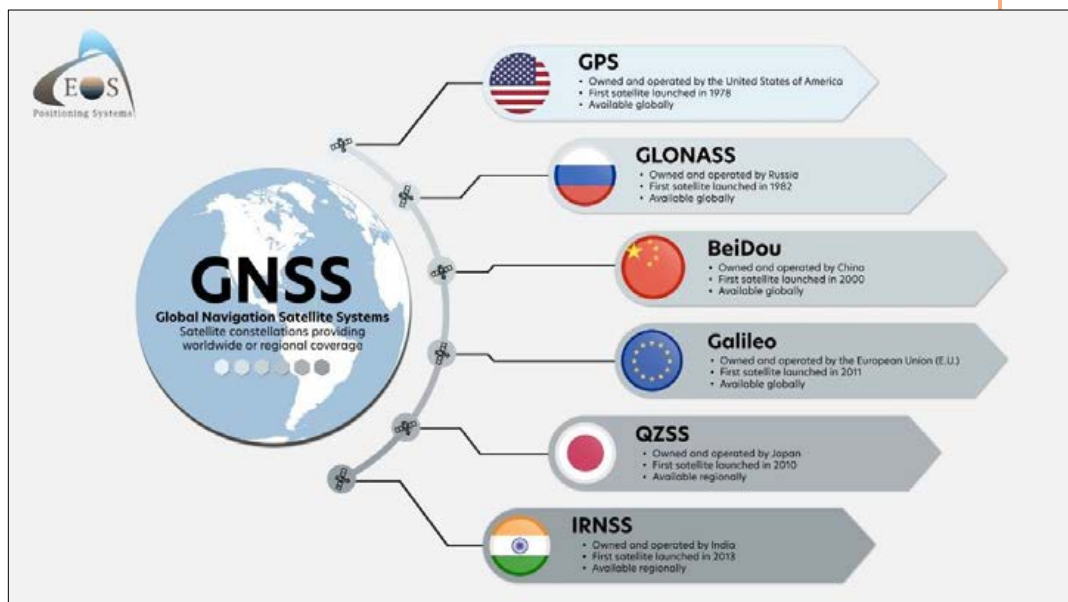


Abbildung 10: Ein Überblick über die vier globalen (GPS, GLONASS, BeiDou, Galileo) und die beiden regionalen (QZSS, IRNSS) Navigationssatellitensysteme (Quelle: EOS) [27]

GPS war das erste, **Galileo ist das neueste – und auch das einzige zivile (!) – GNSS, welches mit der höchsten Genauigkeit und einer Vielzahl an Diensten für alle Arten von Benutzern besticht.** Galileo wurde 2001 aus der Taufe gehoben.

Laut der Europäischen Kommission sind **11 % der europäischen Wirtschaftsleistung (ca. 1300 Mrd. €) vom einwandfreien Funktionieren der Satellitennavigationsdienste abhängig**⁹ [28]. Dementsprechend war es logisch und auch richtig, dass sich Europa auch in diesem Bereich von den anderen Akteuren unabhängig gemacht hat.

... bis hin zur Erdbeobachtung: Europa übernimmt und geht überall voran

Dieselbe **Argumentation der strategischen Unabhängigkeit trifft neben SatCom und SatNav auch auf den Bereich der Erdbeobachtung zu**, denn dieser hat sich seit dem Jahr 2000 ebenfalls in einen globalen Markt verwandelt. War der weltweite EO-Markt im Jahr 2015 bereits auf 1,7 Mrd. US\$ angewachsen, so erreichte er im Jahre 2023 bereits 5 Mrd. US\$. Für 2033 wird ein Zuwachs auf 7,9 Mrd. US\$ erwartet (Abbildung 11).



Abbildung 11: Der weltweite Erdbeobachtungsmarkt im Jahr 2023 und 2033 (Quelle: Novaspac) [29]

Wie in der Abbildung 11 ersichtlich ist, wird der EO-Markt durch eine Vielzahl verschiedener Bedarfe (Sicherheit, Militär, Überwachung etc.) getrieben, die oftmals privatwirtschaftlich abgedeckt werden können. Diese starke privatwirtschaftliche Komponente hat viele Vorteile – sie **deckt aber nicht unbedingt die sozioökonomischen und sicherheitspolitischen Ziele ab, und deswe-**

⁹ Originaltext: „Today, about 11 % of the EU’s GDP, i.e. about EUR 1300 billion, relies on satellite navigation signals, often controlled by third countries.“

gen hatten die Europäische Kommission und die Europäische Weltraumorganisation (ESA) bereits 1998 *Copernicus*, das europäische Erdbeobachtungsprogramm, gestartet.



Abbildung 12: Ein Überblick zu Copernicus, den wichtigsten Diensten, sowie den Satelliten¹⁰ und anderen Systemen, welche die Daten liefern (Quelle: DLR, Europ. Kommission, Frischauf, N.) [30]

Copernicus stellt eine Infrastruktur für Erdbeobachtung und Dienstleistungen der Geoinformation bereit. Auf der Grundlage von Erdbeobachtungs- und Informationstechnologien wurde durch Copernicus ein unabhängiges europäisches Beobachtungssystem geschaffen, das seit 2014 in Betrieb ist (Abbildung 12).

Mittlerweile hat sich *Copernicus* als weltweit führendes Erdbeobachtungsprogramm etabliert, in welches auch andere Länder ihre EO-Daten liefern. So wie *Galileo* hat auch *Copernicus* diese Führungsrolle übernommen, weil es als Innovationsmotor gilt.

Die zunehmende Kommerzialisierung des Weltraums

Da *SatCom*, *SatNav* und die Erdbeobachtung große Relevanz für die Gesellschaft haben, unterstützen alle Regierungen tatkräftig die Entwicklung neuer Systeme und Technologien (z. B. *Galileo*, *Copernicus*, *EDRS*¹¹ etc.). Worin sich die Länder allerdings unterscheiden, war und ist die Herangehensweise, wie aus Abbildung 13 ersichtlich ist.

¹⁰ Sentinel-1B ist durchgestrichen, weil der Satellit aufgrund eines Energieversorgungsproblems am 03.08.2022 außer Betrieb genommen werden musste.

¹¹ EDRS... *European Data Relay Satellite System*, auf Deutsch: *Europäisches Datenrelaisatellitensystem*.

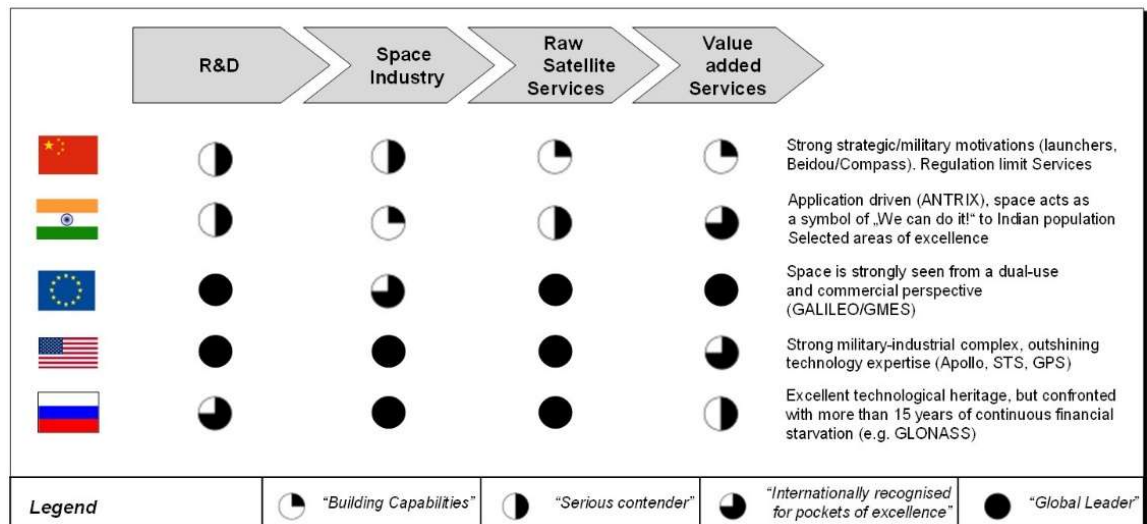


Abbildung 13: Ein Vergleich der Weltraumakteure und ihrer Fähigkeiten entlang der Wertschöpfungskette im Applikationsbereich im Jahre 2010 (Quelle: ESA Studie „Survey of India's and China's SatCom/ SatNav and integrated applications industry/ market“, Frischauf, N. et al.) [31]

Wie in der Abbildung 13 ersichtlich ist, waren im Jahr 2010 vor allem die USA, Russland und die Europäer die treibenden Kräfte in der Weltraumfahrt, während Indien und China alles daransetzten, aufzuschließen. Während Indien, so wie die USA und Europa, einen Hauptfokus auf die Mehrwertdienste (*Value added Services*) legte, **konzentrierte sich China v.a. auf den Forschungsbereich (R&D) der Wertschöpfungskette und tat dies oftmals in enger Zusammenarbeit mit Russland.** Beide Länder hatten speziell in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf; Russland hatte nach dem Zerfall der UdSSR einen Großteil seiner Expertise verloren und China hatte die Raumfahrt jahrzehntelang vernachlässigt.

Indem Russland und China ihre Anstrengungen auf den F&E-Bereich fokussierten und hier intensiv zusammenarbeiteten, wollte man im Bereich der Schlüsseltechnologien schnelle Erfolge erzielen und sich eine strategische Unabhängigkeit vom Westen sichern. Augenscheinlich funktionierte der Ansatz, allerdings führte er dazu, dass **sowohl Russland als auch China in der Kommerzialisierung der Weltraumfahrt den Anschluss verpassten** und bis dato in diesem – mittlerweile 415 Milliarden US\$ großen – Markt keine große Rolle spielen.

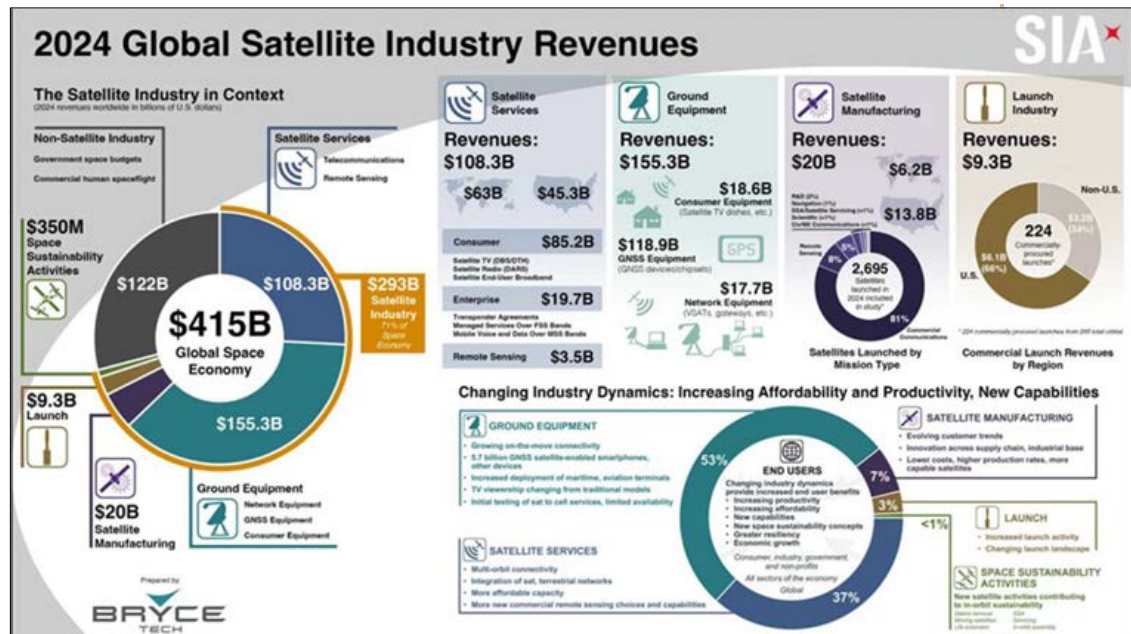


Abbildung 14: Der Status der globalen Satellitenindustrie im Jahr 2024 (Quelle: Bryce) [32]

Abbildung 14 zeigt die wirtschaftliche Rolle des Weltraumsektors und die Bedeutung der einzelnen Sektoren der Wertschöpfungskette. Die drei wichtigsten Erkenntnisse sind wie folgt:

- Die weltweite Weltraumwirtschaft setzt im Jahr 415 Milliarden US\$ um (2021: 386 G\$) und ist privat dominiert – die staatlichen Budgets machen gerade mal 29% aus (122 G\$ von 415 G\$)
- Grob gesagt sind es vor allem die (Mehrwert)dienste („Raw Satellite Services“ und „Value Added Services“ in Abbildung 14) und die dazugehörige Ausrüstung, welche den größten Umsatz erwirtschaften
- Raketenstarts sind zwar spektakulär, fallen aber vom wirtschaftlichen Standpunkt kaum ins Gewicht (9,3 G\$ von 415 G\$)!

Einer der Gründe, warum Russland und China im Bereich der Weltraumkommerzialisierung vom Westen abgehängt worden sind, ist mit dem Schlagwort „NewSpace“ verknüpft. Um diesen Trend zu verstehen, ist es notwendig, zum 08.07.2011 zurückzuschauen, also auf den Tag, an dem die Ära der Space-Shuttles ihr (vorläufiges) Ende fand.

„NewSpace“, der Trend zur Kommerzialisierung des Weltraums

Die letzte Landung des Space-Shuttles wurde von vielen mit wehmütigen Blicken beobachtet. Als mächtige, wiederverwendbare Raumfähren waren sie im Jahre 1981 angetreten, um den Flug ins All günstiger und sicherer zu gestalten, kurz um eine Revolution in puncto Weltraumzugang loszutreten. Dreißig Jahre und 209 Milliarden US\$ (2025: 309 Mrd. US\$) [33] später musste die erhoffte Revolution der Ernüchterung weichen; zu komplex und zu riskant war das

Unterfangen (geworden), eine Fähre huckepack auf einer Rakete ins All zu befördern. Mit dem Ende der *Space-Shuttles* stand die Weltraummacht Nr. 1 auf einmal ohne ein eigenes Weltraumtransportsystem da. Schlimmer noch: Da die Europäer auch kein bemanntes Raumfahrtsystem zur Verfügung hatten, **mussten die USA mit den Russen in ihren Sojus-Kapseln zur ISS mitfliegen**. Wer die USA kannte, dem war klar, dass diese „Schmach“ so schnell wie möglich beseitigt werden musste. Die NASA wurde somit kurzerhand instruiert, Abhilfe zu schaffen, und sie tat dies – auf eine unerwartete, aber letzten Endes sehr erfolgreiche Art und Weise.

Das Schlagwort, dessen sich die NASA bediente – und das den „*NewSpace*“ Trend maßgeblich beeinflussen sollte, hieß „**anchor tenancy**“ (auf Deutsch: **Ankerkunde**) und bedeutete, dass die NASA-Dienste von kommerziellen Anbietern einkaufen würde, also z. B. Raketenstarts, den Betrieb von Raum- oder Bodenstationen etc. Allerdings war hier nicht die Rede von einem oder zwei Starts, sondern von einem ganzen Portfolio von Fracht- und Personenflügen zur ISS. Solche Dinge sind naturgemäß nicht billig, aber wenn man als Agentur auf einen „plötzlich“ **freigewordenen Budgetposten von 5-7 Mrd. US\$ – den jährlichen Aufwendungen für das *Space-Shuttle* Programm** – zurückgreifen kann, dann kann man vieles bewegen.

Die NASA nahm den Auftrag an und sie nahm ihn ernst und investierte in den Jahren 2009-2018 **12,1 Mrd. US\$ in die Kommerzialisierung der Raumfahrt**. Firmen wie *Virgin Galactic*, *Blue Origin*, *SpaceX*, *Sierra Space*, *Spire*, *Planet*, *Starlink* und viele andere, die heutzutage regelmäßig in den Schlagzeilen auftauchen, waren und sind direkte Nutznießer solcher Ankerkundenverträge und als solche mit den Boxen „*Neue Träger und Startsysteme*“, „*Dienste: IoT, Medien und Internet für alle Kleinsatelliten EO Konstellationen*“, und „*Weltraumtourismus*“ in Abbildung 15 assoziiert.

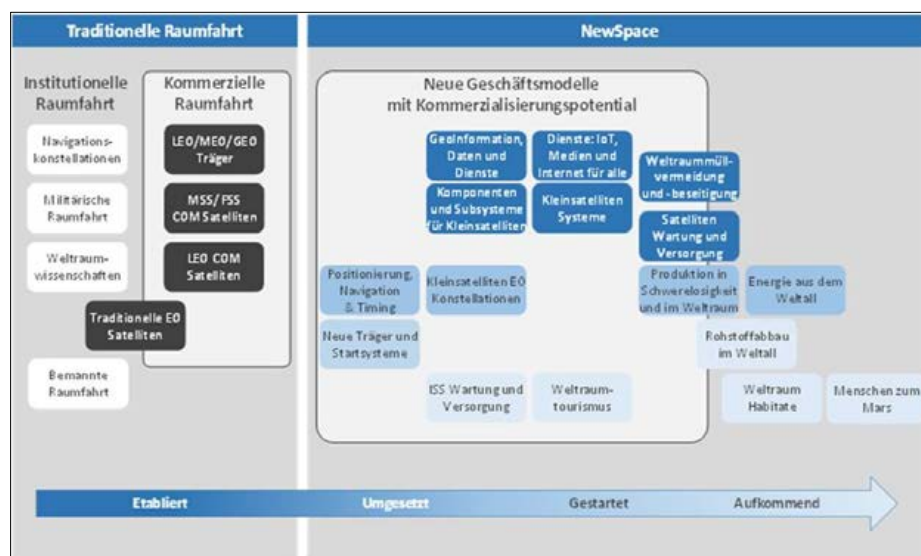


Abbildung 15: „*NewSpace*“ erweitert die traditionellen Geschäftsfelder der Raumfahrt durch neue kommerzielle Projekte und Programme, deren Nutznießer die Raumfahrtagenturen, staatl. Akteure, Firmen, aber auch Privatkunden sind (Quelle: BMWI Studie „*NewSpace: Geschäftsmodelle an der Schnittstelle von Raumfahrt und digitaler Wirtschaft*“, SpaceTec Partners und BHO, 2016) [34]

Heute, 16 Jahre später, ist offensichtlich, dass der *NewSpace*-Trend die Raumfahrt maßgeblich verändert hat. Nicht zuletzt durch die Ankerkundenstrategie der NASA wurden die Karten im Weltraum neu gemischt und neue Akteure auf den Plan gerufen, die neue Produkte und Dienste für den/aus dem Weltraum definiert haben. Und als zusätzlicher positiver Nebeneffekt ist sichergestellt, dass die USA durch die US-Unternehmen *SpaceX* und demnächst auch mit *Boeing*, *Blue Origin* und *Sierra Space* ganz ohne russische Hilfe zur ISS fliegen können.

NASA + Start-up + Investor = Paradigmenwechsel

Die o. a. Formel klingt einfach, aber sie beschreibt die drei Faktoren, die den Erfolg von *NewSpace* ermöglichen und ausmachen. **Drei Entitäten müssen zusammenkommen**, um den Erfolg zu ermöglichen:

- eine **Agentur wie die NASA**, welche den primären Bedarf definiert und bereit ist, als Ankerkunde aufzutreten;
- ein **Entrepreneur, der mit einem Start-up** ein Geschäftsmodell entwickelt, mit welchem dieser Bedarf gedeckt werden kann; und
- ein **Investor**, der die anfängliche Finanzierung dieses Unternehmens unterstützt/übernimmt.

Der Start dieser Idee war naturgemäß alles andere als einfach, da Weltraumprojekte oftmals mit langen Zeiträumen bis zur Marktreife und mit großen Risiken behaftet sind. Dies, und der Umstand, dass diese Projekte im wahrsten Sinne des Wortes „*Raketenwissenschaft*“, also *etwas komplexer*, sind, führten zu einem zähen Start. Erst als die ersten Erfolgsgeschichten die Runde machten, war der Bann gebrochen. ***Skybox* war eine *NewSpace*-Erfolgsgeschichte *par excellence* und befeuerte in vielerlei Hinsicht das Interesse der Investoren** und legte damit den Grundstein für weitere Investitionen im Weltraumsektor (Abbildung 16).

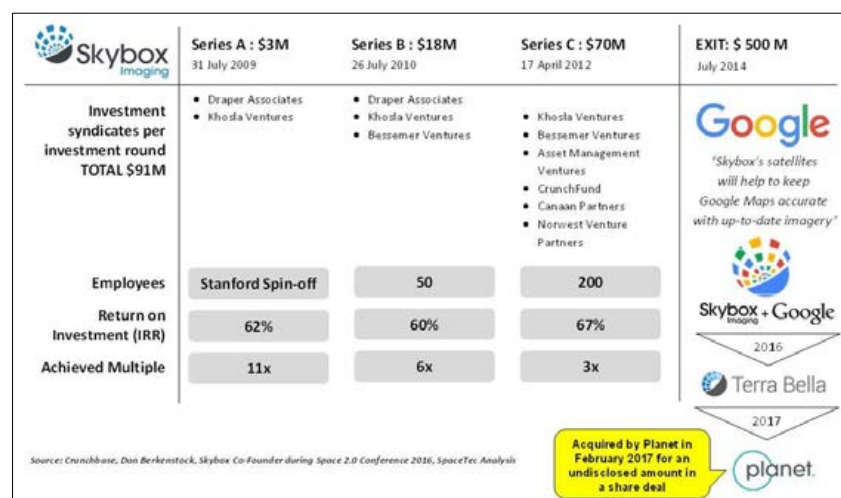


Abbildung 16: Die Erfolgsgeschichte von *Skybox*: vom Start-up, das im Jahre 2009 mit 3 Mio. US\$ finanziert zur „Cashcow“, die 2014 für 500 Mio. US\$ verkauft wurde und den Investoren eine 3- bis 11-fache Gewinnspanne einbrachte (Quelle: SpaceTec Partners und Frischauf N.)

In technologischer Hinsicht wird *NewSpace* vor allem durch ein **Technologie-dreieck** aus drei Trends getrieben:

- Das **Moore'sche Gesetz**, welches in der IT-Branche vorherrschend ist und für einen raschen Generationswechsel zu immer schnelleren und leistungsfähigeren Computern sorgt, wirkt über die Schlagworte „Software Plattform Konzepte“, „Übergang von Hard- auf Software“ und „Miniaturisierung“ in die Raumfahrt hinein.
- Der **Technologiefluss** ermöglicht es den Raumfahrtingenieuren, kostengünstige technische Lösungen aus raumfahrtnahen Bereichen für die Raumfahrt zu adaptieren und damit z. B. die Automatisierung zu steigern und die Betriebskosten zu senken.
- Die **Standardisierung** erweitert den technischen Spielraum innerhalb der Raumfahrt, indem neue pragmatische Standards, die auf terrestrischen Äquivalenten basieren, etabliert werden können und die letzten Endes eine kostengünstige Serienfertigung – auch mit kleinen Stückzahlen – ermöglichen.

Ein weiteres Kennzeichen von *NewSpace* ist, dass es fast kein Geschäftsfeld gibt, in dem die *NewSpace Start-ups* nicht ihr Glück versuchen, wobei sie dazu auf einen **Mix aus IT-Expertise, Prozesswissen, Hi-Tech Anwendungen, den Einsatz pragmatischer Standards und auf zielgerichtete Technologietransfers (v.a. Spin-ins)** zurückgreifen.

Dieser Mix aus staatsnahen Ankerkunden, mutigen Gründern und strategischen/kommerziellen Investoren ermöglicht Projekte, die vor zwanzig Jahren noch undenkbar gewesen wären. Das reicht von den Satellitenkonstellationen à la *Starlink* und den Weltraumtourismusflügen von *Virgin Galactic*, *Blue Origin* und *SpaceX* über die industrielle Produktion im Weltall, den Abbau von Ressourcen auf dem Mond und auf Asteroiden bis hin zum Bau und Betrieb privater, kommerzieller Raumstationen.

In einem innovativen Klima, wie es bei *NewSpace* vorkommt und in dem **die Investitionen der staatlichen Agenturen durch private Investoren vervielfacht werden**, stellen selbst SF-nahe Themen wie die weltraumgestützte Solarenergie oder auch ein Flug zum Mars (siehe Abbildung 15) keine unüberwindbaren Hindernisse mehr dar und führen damit zu einem Innovationsschub in der „Raumfahrt“, von dem v.a. die USA profitieren.

Der Hype Cycle zeigt Europas größte Stärke: die Innovationskraft ...

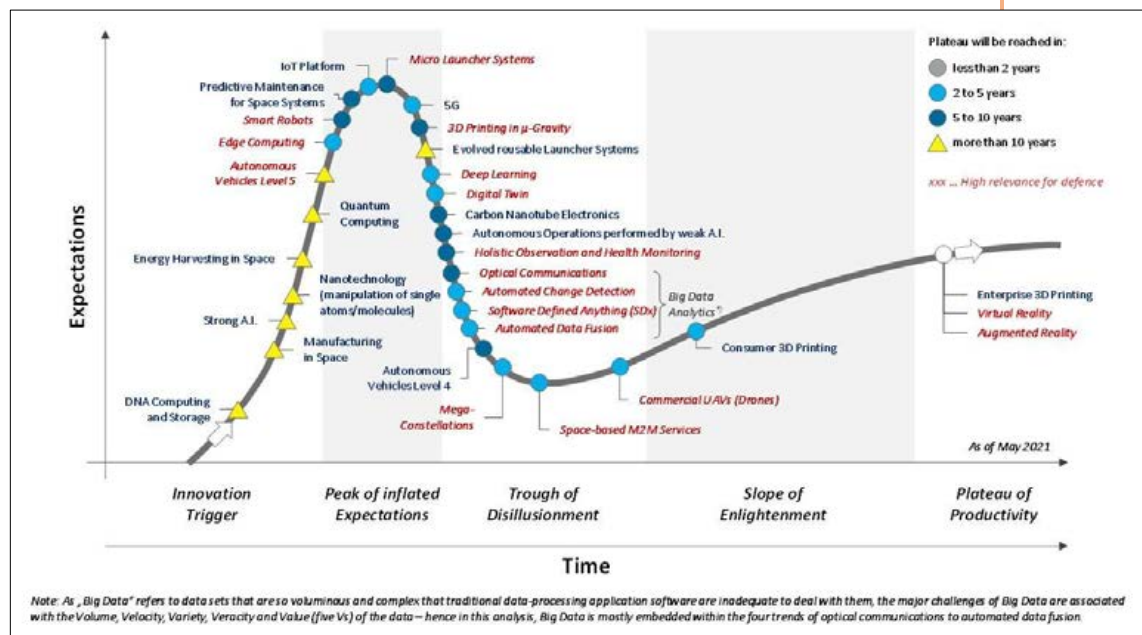


Abbildung 17: Der Hype Cycle für den Bereich „Weltraum und Verteidigung“ aus dem Jahr 2021 (Quelle: Frischauf, N. STP) [35]

Abbildung 17 zeigt den *Hype Cycle* für die miteinander verwobenen F&E-Bereiche *Weltraum* und *Verteidigung*, so wie sie sich im Jahr 2021 lt. einer Studie der Beratungsfirma *SpaceTec Partners* dargestellt haben [35]. Naturgemäß haben sich einige Technologien in den letzten Jahren weiterentwickelt. Viel wichtiger in diesem Zusammenhang ist allerdings v.a. **die Frage, inwieweit die verschiedenen Akteure sich selbst auf dem *Hype Cycle* positionieren bzw. ihre innovativen Industrien in den verschiedenen Phasen des *Hype Cycle* unterstützen, um die Innovation zu fördern und in den Markt einzuführen.**

Um diesen Vergleich anzustellen, bietet es sich an, eine Tabelle wie in Abbildung 13 zu erstellen, wobei hier die Positionierung der unterschiedlichen Akteure entlang der dominanten Phasen des *Hype Cycle* als Diskriminator verwendet wird.

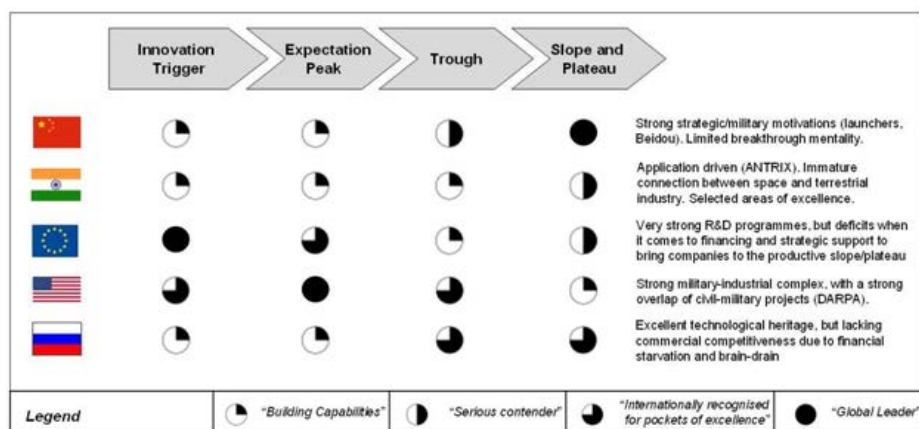


Abbildung 18: Ein Vergleich der Weltraumakteure und ihrer Positionierung entlang des Hype Cycles im Applikationsbereich im Jahre 2025 (Quelle: Frischauf, N.)

Wie unschwer zu erkennen, sind vor allem die Europäer, die USA und China tonangebend.

- Die **Europäer nehmen dabei eine herausragende Rolle im F&E-Bereich** ein und investieren breit und intensiv in Grundlagen und angewandte Forschung. Dies erfolgt z. B. durch nationale F&E-Programme oder das europäische „*Horizont Europa*“ Programm, das größte F&E-Programm weltweit.
- Die **USA sind sehr gut darin, ihre innovativen Start-ups mit ihren militär- und wirtschaftsstrategischen Bedürfnissen zu verbinden**, und helfen dafür diesen selektierten Start-ups auch durch die schwierige Phase des Abschwungs nach dem „*Peak of inflated Expectations*“. Die kann z.B. durch die *anchor tenancy/ Ankerkunde*verträge erfolgen (siehe Kapitel „*New Space*“, der Trend zur *Kommerzialisierung des Weltraumes*).
- China ist weder so innovativ wie Europa, noch hat es dieselbe wirtschaftsliberale strategische Sichtweise wie die USA, was wohl auch darin begründet liegt, dass sowohl die fehlende Mentalität zur disruptiven Innovation als auch der Hang zum Kopieren keine Durchbrüche erlaubt. Stattdessen **besinnt man sich in China auf die ultimative Stärke, die günstige Produktion für den Massenmarkt**.

Im *Hype Cycle* sehen die jeweiligen Stärken bzw. Fokussierungen wie folgt aus:

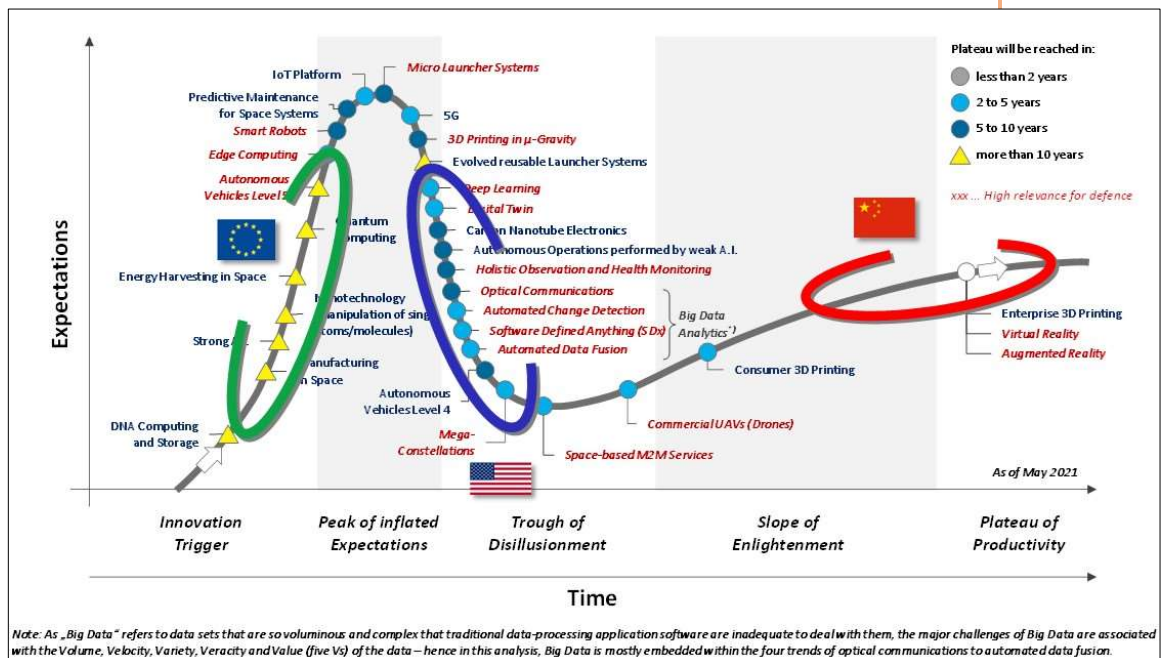


Abbildung 19: Die Fokussierungen der drei wichtigsten Akteure entlang des Hype Cycles (Quelle: Frischauf)

Die Europäer sind in puncto Wissenschaft und Forschung der unangefochtene Platzhirsch, ihre rein kommerzielle Sichtweise führt aber oftmals dazu, dass die Rivalen profitieren.

... und offenbart gleichzeitig Europas größte Schwäche: das fehlende strategische Denken

Mag es in der DNS der Europäer liegen, ein geschichtliches Relikt sein oder aber am politischen Aufbau der EU liegen: Die Europäer sind mit Sicherheit in puncto Wissenschaft und Innovation der unangefochtene Platzhirsch. **Der „alte Kontinent“ ist sowohl von der Qualität der Innovationen als auch von der Vielzahl der F&E-Themen unschlagbar** – in puncto Wissenschaft und Innovation führt im Weltraum kein Weg an Europa vorbei.

Woran es allerdings mangelt, ist die Fähigkeit, die guten Ideen auch zum Abschluss zu bringen und **den langen Atem so aufrechtzuerhalten, bis die Start-ups zu Scale-ups geworden sind**. Nur dann machen sich die anfänglichen F&E-Investitionen auch bezahlt; und zwar sozioökonomisch in der Form von Arbeitsplätzen und neuen Produkten, finanziell in der Form von neuen Märkten und Steuereinnahmen, sowie strategisch durch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und *Spin-ins* in andere, sicherheitspolitisch relevante, Sektoren.

Was allerdings **leider viel zu oft in Europa fehlt, ist die gezielte Unterstützung der Firmen nach der „Innovation Trigger“ bzw. der „Peak of inflated Expectations“ Phase**. Europäische *Start-ups* werden etabliert, erhalten Unterstützung für ihre F&E-Aktivitäten und werden im Anschluss den freien Kräften des Marktes unterworfen. Aufgrund der fehlenden Risikobereitschaft¹² und/oder der fehlenden Expertise in der europäischen Finanzierungsbranche **kommt es dann oftmals zur finanziellen Krise des europäischen Start-ups**.

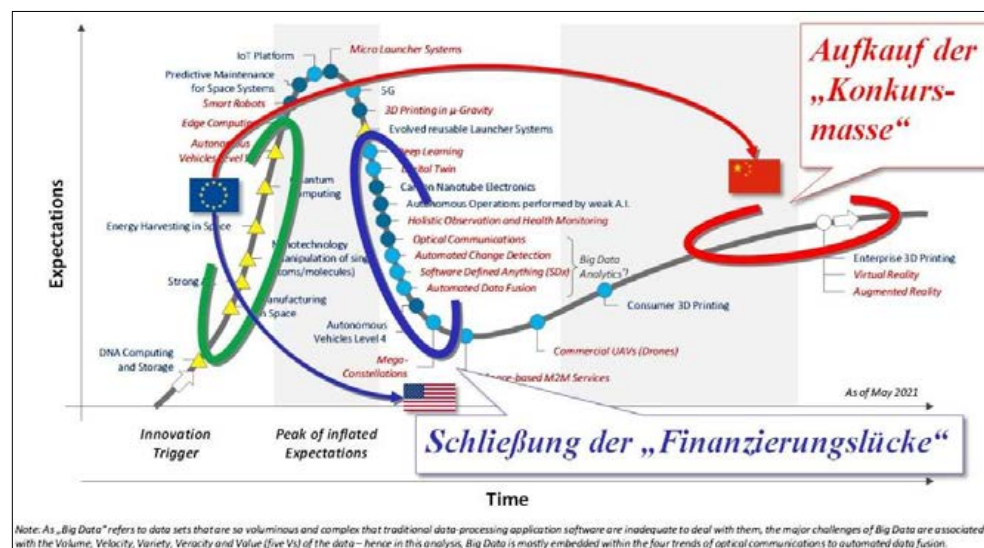


Abbildung 20: Die strategische Schwäche Europas beim Aufbau seiner Start-ups führt oftmals dazu, dass diese als Scale-ups in die USA wandern (um z.B. die Finanzierungslücke zu schließen) oder dass das aus europäischem Steuergeld finanzierte Know-how in Bausch und Bogen nach China wandert, wenn die Chinesen die Konkursmasse aufkaufen (Quelle: Frischauf, N.)

¹² Das ist eines der größten Probleme in Europa. In den USA wird die Opportunität viel höher als das Risiko gewichtet. Wenn eine Innovation einen weltweiten Markt adressieren kann, dann darf sie auch eine gesteigerte Form des Risikos beinhalten, denn es gibt ja auch genug zu gewinnen!

Die o. a. finanzielle Krise des europäischen *Start-ups* wiederum führt nun dazu, dass entweder:

- **die USA einspringen und die Finanzierungslücke schließen** – womit allerdings verbunden ist, dass der *Scale-Up* nun in die USA wandert (z. B. *Planet, Spire*) – oder dass
- **die Chinesen die Konkursmasse mitsamt dem IPR¹³ und dem Know-how aufkaufen.** Durch den „*Sunk Cost*“ Effekt können sie die Technologie nun viel billiger vermarkten und die globalen Märkte überschwemmen. Im Endeffekt sind die Europäer die Dummen, denn sie haben die Technologie um viel Geld entwickelt, aber die wirtschaftlichen Früchte ernten die Chinesen!

Die USA agieren hier viel strategischer und unterstützen nur eine geringe Zahl an strategischen Technologien. Die Streuverluste sind damit viel geringer, denn auf diese Art und Weise halten sie die *Scale-ups* im Lande und beschützen auch gleichzeitig ihr aufgebautes Know-how.

Ein Fazit, eine Empfehlung, eine Warnung und eine „Antwort“

Als positives Fazit darf festgehalten werden, dass der „*alte Kontinent*“ sich im Weltraum eine Position erarbeitet hat, die uns *ALLgegenwärtig* macht – **weil die Europäer die Innovatoren sind, führt kein Weg an uns vorbei!**

Wir **müssen allerdings lernen, strategischer zu denken und zu handeln**, sodass wir Schlüsseltechnologien frühzeitig identifizieren und sie bis zur Marktreife entwickeln. Die *Ariane*-Raketen, das *Galileo SatNav*- und das *Copernicus-EO*-Programm sind nur deswegen so erfolgreich geworden, weil wir sie als strategisch relevant betrachtet und dementsprechend auch lange unterstützt haben.

Wenn wir weiterhin so **fahrlässig mit unserem Know-how, unseren Technologien und den damit verbundenen Firmen umgehen** und diese nach der F&E-Phase am langen Arm verhungern lassen, dann führt dies nur dazu, dass Europas Technologien als Konkursmasse in China landen und dort dem Rivalen einen Wettbewerbsvorteil geben, mit dem dieser dann ein paar Jahre später die globalen und europäischen Märkte überschwemmt (Solarzellen, Windenergie, Akkus, Robotik...)

Im Gegensatz zu *Deep Thought*, der mit „42“ [1] die Antwort kennt, kennen wir sowohl die Frage als auch die Antwort – **was wir jetzt noch benötigen, ist der Wille, diese Erkenntnis in Taten umzusetzen.** Europa ist schon so oft vor großen Herausforderungen gestanden und hat sie gemeinsam gemeistert, es wäre doch gelacht, wenn wir nicht auch hier – und mit der gebotenen Schnelligkeit (!) – die richtigen Schritte setzen könnten!

¹³ IPR... Intellectual Property Rights, also z. B. die Patente.

Autor

OltExp DI Dr. Norbert FRISCHAUF, BSc, EUR ING

Hochenergiephysiker, Weltraumsystemingenieur, Wissenschaftskommunikator und Entrepreneur im Hi-Tech Bereich. Er arbeitet unter anderem als Cheftechnologe bei *Novaspace* (eh. *SpaceTec Partners*), einer Beratungsfirma in Brüssel und München, und unterstützt in dieser Rolle die Europäische Weltraumorganisation *ESA*, die *Europäische Kommission*, die *NATO* und viele andere internationale Unternehmungen und Industrien. Als Luft- und Weltraumexperte des ÖBH bringt er sein Fachwissen in verschiedenen Projekten und Programmen, wie *Galileo*, *Copernicus*, *IRIS2*, ein.

Quellen

- [1] D. Adams, *Per Anhalter durch die Galaxis*. München: Heyne, 1981. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: https://de.wikipedia.org/wiki/Per_Anhalter_durch_die_Galaxis
- [2] D. Woods and F. O'Brien, "Apollo 8 - Day 4: Lunar Orbit 4," *Apollo Flight Journal*. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: https://www.nasa.gov/history/afj/ap08fj/16day4_orbit4.html
- [3] NASA, "NASA Photo ID: AS08-14-2383," Gateway to Astronaut Photography of Earth. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: <https://eol.jsc.nasa.gov/SearchPhotos/photo.pl?mission=AS08&roll=14&frame=2383>
- [4] C. Dreier, "An Improved Cost Analysis of the Apollo Program," *Space Policy*, vol. 60, p. 101476, May 2022, doi: 10.1016/j.spacepol.2022.101476.
- [5] I. Webster, "Value of \$257 from 2020 to 2025," CPI Inflation Calculator. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: <https://www.in2013dollars.com/us/inflation/2020?amount=257>
- [6] NASA, "Wernher von Braun vor der ersten Stufe der Saturn-V-Rakete mit insgesamt fünf F-1-Triebwerken," Wikipedia. Accessed: Feb. 11, 2025. [Online]. Available: https://de.wikipedia.org/wiki/Rocketdyne_F-1#/media/Datei:S-IC_engines_and_Von_Braun.jpg
- [7] NASA, "Apollo Guidance Computer," Wikipedia. Accessed: Feb. 11, 2025. [Online]. Available: https://de.wikipedia.org/wiki/Apollo_Guidance_Computer#/media/Datei:Agc_view.jpg
- [8] D. A. Rankin, "A model of the cost of software development for the Apollo spacecraft computer," Massachusetts Institute of Technology, 1972. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: <https://dspace.mit.edu/handle/1721.1/14107>
- [9] Wikipedia, "Herman(n) Potočnik alias Hermann Noordung," Wikipedia. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: https://de.wikipedia.org/wiki/Herman_Poto%C4%8Dnik
- [10] Wikipedia, "Telstar," Wikipedia. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: <https://de.wikipedia.org/wiki/Telstar>

- [11] Wikipedia, "Kommunikationssatellit," Wikipedia. Accessed: Oct. 27, 2025. [Online]. Available: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunikationssatellit>
- [12] B. Leitenberger, "Die Europa Rakete," Bernd Leitenbergers Web Site. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: <https://www.bernd-leitenberger.de/europa.shtml>
- [13] Wikipedia, "Delta Rakete," Wikipedia. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: [https://de.wikipedia.org/wiki/Delta_\(Rakete\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Delta_(Rakete))
- [14] Wikipedia, "Ariane 1," Wikipedia. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: https://de.wikipedia.org/wiki/Ariane_1
- [15] S. Corvaja, "Ariane 6 VA262," ESA. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: https://www.esa.int/ESA_Multimedia/Images/2024/07/Ariane_6_VA262
- [16] ESA, "Living with a comet poster," ESA. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: https://www.esa.int/Space_in_Member_States/Germany/Was_bedeutet_euch_die_Rosetta-Mission
- [17] SES, "About Us," SES. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: <https://www.ses.com/about-us>
- [18] S. Ong and C. Kern, "SES Completes Acquisition of Intelsat, Creating Global Multi-Orbit Connectivity Powerhouse," SES. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: <https://www.ses.com/press-release/ses-completes-acquisition-intelsat-creating-global-multi-orbit-connectivity>
- [19] H. Giselman, "Satellitenbetreiber SES fusioniert mit Intelsat," Heise online. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: <https://www.heise.de/news/Satellitenbetreiber-SES-fusioniert-mit-Intelsat-10493838.html>
- [20] M. Dey, "Starlink Statistics By Revenue, Website Traffic, Subscribers And Facts (2025)," Electro IQ. Accessed: Oct. 28, 2025. [Online]. Available: <https://electroi.com/stats/starlink-statistics/>
- [21] N. Frischauf, "Satellite Telecommunication," in *Outer Space in Society, Politics and Law*, 1st ed., C. Brünner, A. Soucek, and K.-U. Schrogel, Eds., Wien: Springer, 2011, ch. 2.3.2.3, pp. 134–146.
- [22] N. Frischauf, M. Wittig, B. Arbesser-Rastburg, and O. Koudelka, "Designing the next generation of GNSS: How to best serve the diverse interests of military, civilian and public users," in *Proceedings of the International Astronautical Congress, IAC*, 2015.
- [23] U.S. Air Force, "B-52H Static Display Arms 06," Picryl. Accessed: Oct. 29, 2025. [Online]. Available: <https://picryl.com/media/b-52h-static-display-arms-06-28cce1>
- [24] A. Parsch, "Lockheed UGM-27 Polaris," U.S. Military Designation Systems. Accessed: Oct. 29, 2025. [Online]. Available: <http://www.designation-systems.net/dusrm/m-27.html>

- [25] Wikipedia, "LGM-118 Peacekeeper," Wikipedia. Accessed: Oct. 29, 2025. [Online]. Available: https://en.wikipedia.org/wiki/LGM-118_Peacekeeper
- [26] L. Wood, "\$31.2 Billion Potato Chips Market," *businesswire*. Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: <https://www.businesswire.com/news/home/20210422005498/en/%2431.2-Billion-Potato-Chips-Market--Global-Industry-Trends-Share-Size-Growth-Opportunity-and-Forecast-2021-2026---ResearchAndMarkets.com>
- [27] EOS, "The proliferation of other GNSS constellations," GPS Overview Part 1: What is GPS and GNSS Positioning? Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: <https://eos-gnss.com/knowledge-base/gps-overview-1-what-is-gps-and-gnss-positioning>
- [28] DG EDFIS, "Programme Statement: Implementation and exploitation of European satellite navigation systems (EGNOS and Galileo)," Jun. 2020. Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: https://commission.europa.eu/system/files/2020-06/db_2021_programme_statement_egnos_and_galileo.pdf
- [29] M. Boucher, "Novaspace Projects \$8 Billion Earth Observation Market by 2033," *SpaceQ. Earth Observation*. Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: <https://spaceq.ca/novaspace-projects-8-billion-earth-observation-market-by-2033/>
- [30] Wikipedia, "Sentinel-1B," Wikipedia. Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: <https://en.wikipedia.org/wiki/Sentinel-1B>
- [31] N. Frischauf and R. Horn, "Survey of the Chinese and Indian Telecom Space Industry and Market," Jan. 2010. Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: <https://connectivity.esa.int/projects/survey-chinese-and-indian-telecom-space-industry-and-market>
- [32] Bryce, "State of the Satellite Industry Report 2024," *Satellite Industry Association*. Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: <https://sia.org/news-resources/state-of-the-satellite-industry-report/>
- [33] Space Travel, "Shuttle News: High costs, mixed record for US space shuttle," *Space Travel*. Accessed: Oct. 30, 2025. [Online]. Available: https://www.space-travel.com/reports/High_costs_mixed_record_for_US_space_shuttle_999.html
- [34] N. Frischauf *et al.*, "NewSpace: New Business Models at the Interface of Space and Digital Economy: Chances in an Interconnected World," *New Space*, vol. 6, no. 2, pp. 135–146, Jun. 2018, doi: 10.1089/space.2017.0028.
- [35] N. Frischauf, "RTD Parabolics - 'Every Creation is a Venture,'" *Perseids - Airs and Space, TDHJ Special Edition No. 4*, vol. 4, pp. 37–41, 2021.

Das gläserne Gefechtsfeld und seine Herausforderungen

Ableitungen und Folgerungen zur derzeitigen
russisch-ukrainischen Kriegsführung

von Markus Reisner

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, der im Jahr 2014 begann und im Februar 2022 mit dem massiven Angriff Russlands seine Fortsetzung fand, hat die Art und Weise, wie Kriege geführt werden, fundamental verändert. Insbesondere die Rolle moderner Technologien und die Verschmelzung traditioneller Taktiken mit digitalen Innovationen prägen diesen Konflikt. Die Kriegsstrategie des globalen Nordens, die Ukraine mit Waffen und Unterstützung zu versorgen, und der Versuch des globalen Südens, dasselbe im Falle Russlands zu tun, stellen die geopolitische Landkarte von heute und der Zukunft auf die Probe. Doch auch die Kriegsführung selbst hat sich durch den Krieg auf eine neue Ebene begeben – eine Mischung aus konventionellen Kräften, hochentwickelten Waffentechnologien und einer immer größeren Bedeutung des Informations- und Cyberkrieges.¹

¹ Watling, J. (2025), *The Arms of the Future – Technology and Close Combat in the Twenty-First Century*, Royal United Service Institute (RUSI), 95.

1. Die digitale Transformation der Kriegsführung: Drohnen und elektronische Kriegsführung

Ein zentrales Merkmal des Konflikts um die Ukraine ist der massenhafte Einsatz von Drohnen und der elektronischen Kriegsführung. Drohnen – ursprünglich als unbemanntes Überwachungs- und Aufklärungsgerät entwickelt – sind zu einer der wichtigsten Waffengattungen geworden. Diese werden auf taktischer Ebene gleichzeitig zu Zehntausenden in allen nur denkbaren Formen und Fähigkeiten eingesetzt: als Aufklärungsdrohnen, als Kamikaze-Drohnen, die direkt auf feindliche Ziele zufliegen, und als mit Spezialfähigkeiten bestückte Drohnen, die präzise Zerstörung von militärischen Infrastrukturen ermöglichen.²

Besonders hervorzuheben ist der Einsatz sogenannter FPV- (*First-Person-View*-) Drohnen, die ursprünglich aus der Hobby- bzw. Renndrohnenszene stammten, aber in der Kriegsführung nun als hochpräzise Waffen zum Einsatz kommen. Mittlerweile setzen beide Seiten auf taktischer Ebene Angriffsdrohnen mit Reichweiten von bis zu 40 Kilometern ein. Deren Einsatz verhindert im Moment auf beiden Seiten jede Bereitstellung und jedes Manöver. Was Stacheldraht und Maschinengewehr im Ersten Weltkrieg bewirkten, sind im 21. Jahrhundert Drohnen. Sie erzeugen ein „gläsernes Gefechtsfeld“ und ersticken so jeden – vor allem mechanisierten – Angriff im Keim.³

Der Einsatz von Drohnen auf beiden Seiten hat die Bedeutung der Luftüberlegenheit bzw. Lufthoheit auf operativer und strategischer Ebene verändert. Weitreichende Drohnen sind kostengünstig, erfordern keine Piloten und bieten einen Vorteil in der asymmetrischen Kriegsführung, besonders bei der Bekämpfung von scheinbar überlegenen militärischen Kräften wie denen Russlands. Die Ukraine hat mit westlicher Unterstützung ein umfangreiches und mit weitreichenden Fähigkeiten ausgestattetes Drohnenarsenal aufgebaut, das es ihr ermöglicht, russische Militärstützpunkte nicht nur auf operativer Ebene an der Front, sondern auch in Russland selbst zu überwachen und mittels strategischer Luftangriffe gezielt zu attackieren. Der Höhepunkt war dabei der Angriff und die Zerstörung einer signifikanten Anzahl an russischen strategischen Bombern Anfang Juni 2025.⁴

Russland seinerseits hat ebenfalls bemerkenswerte Drohnentechnologien entwickelt und setzt sie gleichfalls eskalierend in der Kriegsführung ein. Besonders erwähnenswert sind die russischen Bemühungen, mit dem täglichen Einflug hunderter unbemannter Luftfahrzeuge vom Typ Shahid 136/131 bzw. Geran-2 in den ukrainischen Luftraum nicht nur Luftangriffe durchzuführen, sondern gleichzeitig vor allem die Fliegerabwehr der Ukraine zu saturieren und abzunützen. Erst nach dem „günstigen“ Drohneneinsatz, erfolgen massive Hauptangriffe mit Marschflugkörpern. Dies ist im Schnitt alle zwei bis drei Wochen der

² Antal J. (2022). *7 Seconds to Die – A Military Analysis of the Second Nagorno-Karabakh War and the Future of Warfighting*, 55.

³ Reisner, M. (2025), *Das gläserne Gefechtsfeld und seine Herausforderungen – Ableitungen und Folgerungen zur derzeitigen russisch-ukrainischen Kriegsführung*, STRATEG Brief 25.

⁴ Reisner, M. (2025), *Operation Spiderweb – Der ukrainische Angriff auf die strategische russische Bomberflotte*, <https://www.bundesheer.at/aktuelles/detail/operation-spiderweb-der-ukrainische-angriff-auf-die-strategische-russische-bomberflotte>.

Fall. Im Ergebnis ist die ukrainische Infrastruktur bereits zu 80 % zerstört oder beschädigt.⁵

Zusätzlich zum Einsatz von Drohnen auf taktischer, operativer und strategischer Ebene hat die elektronische Kriegsführung (EW) eine zentrale Rolle im Krieg zwischen den beiden Ländern eingenommen. Russland hat seine bereits vor dem Krieg in umfangreicher Form vorhandenen Fähigkeiten zur elektronischen Kriegsführung weitreichend ausgebaut, um die Kommunikation der ukrainischen Streitkräfte zu stören, Navigationssysteme zu blockieren und den Einsatz präzisionsgelenkter Waffen zu beeinträchtigen. Diese Kriegsführungstaktik wird aber auch zunehmend verwendet, um die Informations- und Kommunikationsflüsse zu beeinträchtigen und so die Einsatzführung des Gegners auf operativer bzw. sogar strategischer Ebene zu sabotieren.⁶

Besonders besorgniserregend ist, wie die russischen Streitkräfte erfolgreich in der Lage sind, die gelieferten westlichen Präzisionswaffensysteme (z. B. JDAM-Gleitbomben, GMLRS-Raketen des Systems HIMARS, Boden-Boden-Raketen vom Typ ATACMS, endphasengesteuerte Artilleriemunition vom Typ EXCALIBUR sowie Marschflugkörper der Typen STORM SHADOW oder SCALP), die an die Ukraine geliefert werden, zu neutralisieren, indem sie deren Kommunikation und Navigationssysteme durch elektronische Störungen beeinträchtigen.⁷

Für die Ukraine hat die elektronische Kriegsführung eine ähnliche Bedeutung erlangt. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Nutzung von westlicher Technologie, wie etwa die Integration des Starlink-Systems, das den Ukrainern noch ermöglicht, unabhängig von den zunehmenden russischen Blockadeanstrengungen zu kommunizieren. Diese Technologie spielt eine zentrale Rolle bei der Sicherstellung einer kontinuierlichen Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen und Räumen und der Kontrolle von militärischen Operationen. Wir sehen im Konflikt um die Ukraine daher folgende Entwicklung: Der Krieg hat nicht nur die Bedeutung konventioneller militärischer Waffen und Fähigkeiten bestätigt, sondern auch die Rolle der digitalen Technologien im modernen Krieg auf eine neue Qualitätsstufe gehoben.⁸

2. Die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz und Automatisierung

Der zunehmende Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) stellt einen weiteren entscheidenden Faktor in der Kriegsführung dar. KI wird zunehmend dazu verwendet, militärische Systeme zu verbessern und die Effizienz von Waffen zu steigern. Der Einsatz zunehmend autonomerer Waffensysteme, die in der Lage sind, Ziele zu identifizieren und zu zerstören, ohne dass menschliche Eingriffe erforderlich sind, ist ein wachsender Trend. Diese Entwicklungen zeigen, wie

⁵ Reisner, M. (2025), *Ukraine-Krieg – Neue Phase, Die Situation an der Front nach der zweiten russischen Winteroffensive, der sechsten Phase dieses Krieges*, Truppendienst Heft 02/2025, Wien 2025.

⁶ Walker M. (2025), *On Ukraine's Front Line, a Sky Full of Killer Robots*, <https://www.wsj.com/world/ukraine-russia-drone-war-ade7e49>.

⁷ US-Army Europe and Africa (2025), *How Russia Fights – A Compendium of Troika Observations on Russia's Special Military Operation*, 1st Edition March 2025.

⁸ Watling, J. (2025). *The Arms of the Future – Technology and Close Combat in the Twenty-First Century*, Royal United Service Institute (RUSI), 95.

weit diese Technologie bereits ist und wie sie zudem die militärische Entscheidungsfindung und die Durchführung von Angriffen beeinflussen kann. Insbesondere der Einsatz von KI-gesteuerten Drohnen, die hochautonom nach Zielen suchen und diese mit hoher Präzision zerstören können, hat den Kriegsverlauf verändert. Wir sehen bereits Drohnenschwärme auf dem Gefechtsfeld. Diese kommunizieren zwar noch eingeschränkt untereinander, aber der nächste Schritt ist nur eine Frage der Zeit.⁹

Ein bedeutendes Beispiel für den Einsatz von KI im Krieg ist die Verbesserung der Zielgenauigkeit und die Analyse von Luftaufnahmen oder Satellitenbildern. Durch die Anwendung von maschinellem Lernen können große Mengen an Informationen aus verschiedenen Quellen in Echtzeit verarbeitet werden, was eine schnellere und präzisere Reaktionsfähigkeit auf feindliche Bewegungen und Ziele ermöglicht. Dies verkürzt den sogenannten *Targeting-Cycle* wesentlich, erhöht die Effektivität der Waffen und macht die Kriegsführung präziser und schneller. Die Ukraine hat KI-unterstützte Systeme eingesetzt, um westliche Waffensysteme wie z. B. HIMARS-Raketen oder Angriffsdrohnen effizienter zu nutzen. Diese Systeme helfen dabei, die Flugbahn von Raketen und Artilleriefeuer exakt zu berechnen und deren Zielgenauigkeit zu verbessern.¹⁰

Doch der verstärkte Einsatz von KI wirft auch ethische und sicherheitstechnische Bedenken auf. Die Möglichkeit, dass Maschinen autonom über Leben und Tod entscheiden, stellt eine neue Dimension der Kriegsführung dar, die Fragen zu Verantwortung, Sicherheit und Kontrolle aufwirft. Der Einsatz autonomer Waffensysteme könnte das Wettrüsten weiter anheizen und eine neue Ära des „robotergestützten“ Krieges einläuten, bei dem die Menschlichkeit in der Kriegsführung zunehmend in den Hintergrund tritt. Die täglich aus der Ukraine vorliegenden Videos der Angriffe von Kamikazedrohnen zeigen zudem bereits grobe Völkerrechtsverletzungen und bestätigen, dass es trotz aller Hochtechnologie nicht möglich ist, einen sauberen Krieg zu führen. Im Gegenteil, es gibt keinerlei Rückzugsmöglichkeit mehr. Jeder einzelne Soldat wird von einer Drohne gefunden und von einer Angriffsdrohne getötet oder schwer verletzt. Dies wird meist aus kurzer Distanz von einer weiteren Drohne gefilmt.¹¹

3. Asymmetrische Kriegsführung und taktische Flexibilität

Der Ukrainekrieg ist ein klassisches Beispiel für technologisch asymmetrische Kriegsführung, bei der eine Seite mit weit überlegener militärischer Stärke gegen eine kleinere, flexiblere und technologisch innovativ agierende Streitmacht kämpft. Die Ukraine hat in dieser Hinsicht bemerkenswerte Ergebnisse erzielt und laufend weitere Fortschritte gemacht, indem sie in der Lage war, westliche Technologien zu integrieren und flexibel auf die sich ständig ändernde Kriegsdynamik zu reagieren. Dies hat sich besonders bei der Bekämpfung russischer Manövergruppen und dem Einsatz von Drohnen gezeigt. Dieser Konflikt folgt

⁹ Reisner, M. (2025), *Operation Spiderweb – Der ukrainische Angriff auf die strategische russische Bomberflotte*, <https://www.bundesheer.at/aktuelles/detail/operation-spiderweb-der-ukrainische-angriff-auf-die-strategische-russische-bomberflotte>.

¹⁰ Reisner, M. (2018), *Robotic Wars – Legitimatorische Grundlagen und Grenzen des Einsatzes von Military Unmanned Systems in modernen Konfliktszenarien*.

¹¹ Walker M. (2025), *On Ukraine's Front Line, a Sky Full of Killer Robots*, <https://www.wsj.com/world/ukraine-russia-drone-war-ade7e49>.

jedoch der Grammatik eines Abnutzungskrieges. Und hier ist erkennbar, dass die Ukraine trotz Innovation immer mehr ins Hintertreffen gerät. So ist schlussendlich auch die Zahl der verfügbaren Soldaten entscheidend. Hier schöpft Russland aus einem größeren Mobilisierungspotential.¹²

Auch für diesen Krieg gelten die traditionellen Faktoren: Kraft, Raum, Zeit und Information. Wer diese mit neuen Waffensystemen zu seinen Gunsten beeinflussen kann, wird siegreich bleiben. An dieser Stelle sei ein positives Beispiel für die Ukraine angeführt: Sie hat es geschafft, mit schnell fahrenden und mit hoher Reichweite ausgestatteten unbemannten Überwasserdrohnsystemen (Kraft), basierend auf einem vom Westen gelieferten „in time“ Lagebild (Information), die russische Schwarzmeerflotte in nur wenigen Monaten aus dem westlichen Schwarzen Meer (Raum) zurückzudrängen. Das ist ein klarer Erfolg – und ging so schnell (Zeit), dass die Russen bis jetzt keine wirkliche Antwort darauf haben. Zunehmend spielt Software zur Unterstützung der Zielaufklärung eine Rolle. Hier kommt bereits künstliche Intelligenz ins Spiel.¹³

Ein entscheidender Faktor im Konflikt ist die Fähigkeit der Ukraine, moderne Waffensysteme schnell zu adaptieren und in ihre bestehende militärische Operationsführung zu integrieren. Insbesondere westliche Waffensysteme wie das HIMARS-Mehrfachraketenwerfersystem, JDAM-Präzisionsbomben und andere fortschrittliche Technologien haben es der Ukraine ermöglicht, russische Truppen auf eine Weise zu bekämpfen, die ohne diese Unterstützung kaum möglich gewesen wäre. Die ukrainische Armee hat es geschafft, die westliche Technologie schnell und effektiv zu nutzen, was ihr immer wieder einen entscheidenden Vorteil auf dem Schlachtfeld verschafft hat. Solange, bis sich die russische Seite anpassen konnte.¹⁴

Die russischen Streitkräfte auf der anderen Seite setzen immer noch weitgehend auf größere, schwerfällige militärische Einheiten, die in vielen Fällen durch die ukrainische Nadelstichtaktik und die effektive Nutzung moderner Technologien in den Schatten gestellt wurden. In diesem Krieg ist Flexibilität von entscheidender Bedeutung, da sich das Schlachtfeld ständig verändert und die Fähigkeit zur schnellen Anpassung an neue Herausforderungen den Unterschied zwischen Erfolg und Misserfolg ausmacht. Die Ukraine hat durch ihre taktische Anpassungsfähigkeit und den effektiven Einsatz von moderner Technologie bewiesen, wie wichtig es ist, flexibel und schnell auf die sich verändernden Bedingungen auf dem Schlachtfeld zu reagieren. Der Krieg zeigt aber auch, dass dies allein nicht ausreichend ist.¹⁵

Europa und zum Teil auch die USA haben hingegen nach wie vor nicht die Voraussetzungen geschaffen, einen Abnutzungskrieg nähren zu können. Es geht

¹² Reisner, M. (2025), *Ukraine-Krieg – Neue Phase, Die Situation an der Front nach der zweiten russischen Winteroffensive, der sechsten Phase dieses Krieges*, Truppendienst Heft 02/2025, Wien 2025.

¹³ Salinas A., Askw M., LeVay J. P. (2025), *From Tactical Trench Killers to Strategic War Winners: Doctrine, Operational Art, and Tomorrow's Drone-Enabled Maneuver Warfare*, <https://mwi.westpoint.edu/from-tactical-trench-killers-to-strategic-war-winners-doctrine-operational-art-and-tomorrows-drone-enabled-maneuver-warfare/>.

¹⁴ US-Army Europe and Africa (2025), *How Russia Fights – A Compendium of Troika Observations on Russia's Special Military Operation*, 1st Edition March 2025.

¹⁵ Watling, J. (2025). *The Arms of the Future – Technology and Close Combat in the Twenty-First Century*, Royal United Service Institute (RUSI), 95.

dabei nicht nur um die industrielle Kapazität, sondern auch um die damit verbundenen Kosten. Während die Russen im Vergleich geringe Summen ausgeben, um ihre Kampffahrzeuge zu überholen und kampftauglich zu machen, kosten gleichwertige Fahrzeuge in den USA und der EU ein Vielfaches mehr. Manche Experten sprechen von einem Kostenverhältnis von 1:40 pro Kampffahrzeug. Russland produziert daher nicht nur effektiv, sondern vor allem effizient. Die Ukraine selbst leidet zudem darunter, dass ihr militärisch-industrieller Komplex zum Großteil zerstört oder der ständigen Bedrohung durch russische Angriffe ausgesetzt ist. Sie kann kaum selbst produzieren.¹⁶

4. Geopolitische Auswirkungen und das Wettrüsten der Zukunft

Der Konflikt hat nicht nur Auswirkungen auf die direkt und indirekt beteiligten Nationen, sondern auch auf die globale geopolitische Landschaft. Der Krieg hat den geopolitischen Wettlauf um die Kontrolle über wichtige strategische Ressourcen und technologische Innovationen weiter angeheizt. Auf der einen Seite stehen die westlichen Nationen, die sich als globaler Norden für eine stärkere militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine einsetzen, um den russischen Einfluss in der Region zu bekämpfen. Auf der anderen Seite stehen Russland und der globale Süden, welche den Krieg als Möglichkeit sehen, ihre geopolitischen Interessen in der Region und darüber hinaus durchzusetzen.¹⁷

Ohne Lieferungen aus dem Iran, Nordkorea, China und anderen Staaten wäre Russland nicht in der Lage, diesen Krieg zu führen. Der Iran ist nun selbst unter Druck geraten, weil Israel massiv gegen die von Teheran finanzierte Terrororganisation Hisbollah vorgeht. Auch die mit Iran verbündeten Huthi-Rebellen im Jemen sind mit Israel im Krieg. Der Iran wird also möglicherweise seine Waffenexporte zugunsten von Hisbollah und Huthis umschichten. Zugleich gerät aber auch die Ukraine unter Druck: Die USA stellen seit bald einem Jahr Israel zusätzliche Waffenpakete bereit, die zuletzt auch einen größeren Umfang hatten als die Hilfen für die Ukraine. Selbst die Ressourcen der USA sind begrenzt, weshalb die Ukraine weniger Waffen bekommt, je mehr Israel auf die US-Lieferungen angewiesen ist. Hinzu kommt, dass die Präsidentschaft Trump für die Ukraine eine große Ungewissheit bedeutet.¹⁸

Der Konflikt hat das Wettrüsten in anderen Teilen der Welt ebenfalls befeuert, da Staaten zunehmend gezwungen sind, in fortschrittliche militärische Technologien zu investieren, um mit den neuen Bedrohungen Schritt zu halten. Das zunehmende Aufeinandertreffen von KI, autonomer Kriegsführung, Drohnentechnologie und elektronischer Kriegsführung hat das Potenzial, die militärische Landschaft global zu verändern und zu einem neuen internationalen Wettrüsten zu führen.

¹⁶ Danylyuk V. O., Watling J. (2025): *Winning the Industrial War – Comparing Russia, Europe and Ukraine, 2022-24*, Royal United Service Institute (RUSI).

¹⁷ Litnarovych V. (2025), *China Faces EU Sanctions Over Secret Drone Shipments to Russia's Military*, <https://united24media.com/latest-news/china-faces-eu-sanctions-over-secret-drone-shipments-to-russias-military-10455>.

¹⁸ Watling, J. (2025). *The Arms of the Future – Technology and Close Combat in the Twenty-First Century*, Royal United Service Institute (RUSI), 95.

Dieser Krieg hat das globale Militärgleichgewicht verschoben und zeigt, wie wichtig es ist, die neuesten Technologien in der Kriegsführung zu integrieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die westlichen Nationen haben erkannt, dass der Zugang zu modernen Technologien und deren Integration in ihre Streitkräfte entscheidend sind, um zukünftige Konflikte erfolgreich zu führen. Gleichzeitig zeigt der Krieg auch, wie schnell und unvorhersehbar militärische Innovationen neue Wendepunkte im globalen Machtgefüge schaffen können.¹⁹

5. Schlussfolgerung: Die Zukunft der Kriegsführung

Der russisch-ukrainische Krieg hat die Kriegsführung des 21. Jahrhunderts neu definiert. Die zunehmende Bedeutung von Technologie – von Drohnen über elektronische Kriegsführung bis hin zu KI – zeigt, dass militärische Auseinandersetzungen nicht mehr nur durch traditionelle Mittel entschieden werden, sondern auch durch die Integration neuer digitaler und technologischer Elemente. Der Krieg verdeutlicht die Notwendigkeit für militärische Kräfte, sich ständig weiterzuentwickeln und die neuesten technologischen Innovationen zu adaptieren, um auf einem modernen Schlachtfeld erfolgreich zu sein.

Zukünftige Kriege werden zunehmend durch die Kombination aus konventionellen und digitalen Kriegsführungselementen geprägt sein. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass die Fähigkeit, Technologien wie KI und Drohnen effektiv zu nutzen, den Verlauf eines Krieges dramatisch beeinflussen kann. Gleichzeitig müssen die grundlegenden Prinzipien der Kriegsführung, wie taktische Flexibilität und schnelle Reaktionsfähigkeit, nicht nur beibehalten, sondern noch stärker betont werden. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird in vielerlei Hinsicht als Testlauf für die Kriegsführung der Zukunft gesehen, in der Informationstechnologie und digitale Kriegsführung eine zentrale Rolle spielen werden.²⁰

Autor

Oberst des Generalstabsdienstes Dr. Markus REISNER, PhD

Dr.-Studium der Geschichte sowie PhD-Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien; wiederholte Auslandseinsätze und -verwendungen in Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Afghanistan, Irak, Tschad, Zentralafrika und Mali; von 2018 bis 2019 Verwendung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA); von 2020 bis 2022 Leiter der Forschungsabteilung der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt; von September 2022 bis Februar 2024 im Rahmen einer Truppenverwendung Kommandant der Garde; seit 1. März 2024 Leiter des Instituts für Offiziersgrundausbildung an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt; Forschungsschwerpunkte: Einsatz und Zukunft von unbemannten Aufklärungs- und Waffensystemen, historische und aktuelle militärische Themenstellungen; Verfasser mehrerer Bücher.

¹⁹ Salinas A., Askw M., LeVay J. P. (2025), *From Tactical Trench Killers to Strategic War Winners: Doctrine, Operational Art, and Tomorrow's Drone-Enabled Maneuver Warfare*, <https://mwi.westpoint.edu/from-tactical-trench-killers-to-strategic-war-winners-doctrine-operational-art-and-tomorrows-drone-enabled-maneuver-warfare/>

²⁰ Banjo, J. (2025). *Die FPV-Drohnenrevolution und ihre Auswirkungen auf die Bodenkriegsführung und andere Dimensionen*. <https://www.inss.org.il/he/publication/fpv-drones/>

Quellen

- Antal J. (2022). *7 Seconds to Die – A Military Analysis of the Second Nagorno-Karabakh War and the Future of Warfighting*.
- Banjo, J. (2025). *Die FPV-Drohnenrevolution und ihre Auswirkungen auf die Bodenkriegsführung und andere Dimensionen*. <https://www.inss.org.il/he/publication/fpv-drones/>
- Danylyuk V. O., Watling J. (2025): *Winning the Industrial War – Comparing Russia, Europe and Ukraine, 2022-24*, Royal United Service Institute (RUSI).
- Reisner, M. (2025), *Das gläserne Gefechtsfeld und seine Herausforderungen – Ableitungen und Folgerungen zur derzeitigen russisch-ukrainischen Kriegsführung*, STRATEG Brief 25.
- Reisner, M. (2025), *Modern Warfare 2.0 – Wehrtechnische Trends und die Nutzung von Dual-Use Technologien sowie autonomer Systeme unter besonderer Berücksichtigung derzeit stattfindender Konflikte*, In: *Der Vater aller Dinge belehrt uns! Wie heutige Kriege die Streitkräfte von morgen verändern*, Schriftenreihe des Generalstabes, Band 28, Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV).
- Reisner, M. (2025), *Operation Spiderweb – Der ukrainische Angriff auf die strategische russische Bomberflotte*, <https://www.bundesheer.at/aktuelles/detail/operation-spiderweb-der-ukrainische-angriff-auf-die-strategische-russische-bomberflotte>.
- Reisner, M. (2018), *Robotic Wars – Legitimatorische Grundlagen und Grenzen des Einsatzes von Military Unmanned Systems in modernen Konfliktszenarien*.
- Reisner, M. (2025), *Ukraine-Krieg – Neue Phase, Die Situation an der Front nach der zweiten russischen Winteroffensive, der sechsten Phase dieses Krieges*, Truppendienst Heft 02/2025, Wien 2025.
- Salinas A., Askw M., LeVay J. P. (2025), *From Tactical Trench Killers to Strategic War Winners: Doctrine, Operational Art, and Tomorrow's Drone-Enabled Maneuver Warfare*, <https://mwi.westpoint.edu/from-tactical-trench-killers-to-strategic-war-winners-doctrine-operational-art-and-tomorrows-drone-enabled-maneuver-warfare/>
- Shepard (2011), *Unmanned Vehicles – The concise global industry guide*, Handbook 11, Issue 18.
- US-Army Europe and Africa (2025), *How Russia Fights – A Compendium of Troika Observations on Russia's Special Military Operation*, 1st Edition March 2025.
- Walker M. (2025), *On Ukraine's Front Line, a Sky Full of Killer Robots*, <https://www.wsj.com/world/ukraine-russia-drone-war-ade7e49>.
- Watling, J. (2025), *The Arms of the Future – Technology and Close Combat in the Twenty-First Century*, Royal United Service Institute (RUSI).
- Litnarovych V. (2025), *China Faces EU Sanctions Over Secret Drone Shipments to Russia's Military*, <https://united24media.com/latest-news/china-faces-eu-sanctions-over-secret-drone-shipments-to-russias-military-10455>.

Globale Lieferketten

Herausforderungen für Europa und Österreich?

von Christian Mandl

Globale Lieferketten bilden die funktionale Grundlage des Welt-handels, unterliegen jedoch einer zunehmenden Belastung durch geopolitische Spannungen, Ressourcenabhängigkeiten und strukturelle Veränderungen im internationalen System.

Anhand ausgewählter Beispiele werden wesentliche Risikofaktoren analysiert, darunter die Dominanz Chinas und der BRICS+-Staaten bei kritischen Rohstoffen, die Verwundbarkeit zentraler Handelsrouten sowie die Erosion des regelbasierten Handelsregimes.

Die Untersuchung zeigt, dass eine verbesserte europäische Resilienz sowohl diversifizierte Handelsbeziehungen als auch eine strategische Neuausrichtung der Industrie- und Sicherheitspolitik erfordert.

Einleitung

Globale Lieferketten sind hochkomplexe Netzwerke aus rund 300 Millionen Unternehmen mit geschätzten 13 Milliarden Geschäftsbeziehungen.¹ Durch technologischen Wandel, Marktveränderungen, staatliche Regulierungen und internationale Krisen werden jährlich rund ein Viertel dieser Unternehmen durch neue Akteure ersetzt. Lieferketten weisen damit eine inhärente strukturelle Instabilität auf und reagieren äußerst sensitiv auf externe Schocks.

Die letzten Jahre, geprägt von Pandemie, geopolitischen Rivalitäten, Energiekrise und Handelskonflikten, verdeutlichen die strategische Bedeutung globaler Versorgungssysteme – **nicht zuletzt für offene, stark exportorientierte Volkswirtschaften wie Österreich**. Lieferketten fungieren nicht nur als wirtschaftliches Rückgrat, sondern zunehmend auch als machtpolitische Hebel in dem Sinne, dass „wer die Lieferkette kontrolliert, gewinnt“.²

Rohstoffabhängigkeiten und globale Machtverschiebungen

Dominanz Chinas und BRICS+ bei kritischen Materialien

Eine der größten strukturellen Schwächen westlicher Volkswirtschaften liegt in der massiven Abhängigkeit der Europäischen Union von China bei kritischen Rohstoffen. Die EU ist beispielsweise zu 100 Prozent von chinesischen Lieferungen bei Dysprosium, Gadolinium und Terbium abhängig. Bei Magnesium beträgt die Abhängigkeit 97 Prozent, bei Germanium 88 Prozent, und bei Cer, Gallium, Neodym, Praseodym sowie Samarium liegt sie jeweils bei rund 69 Prozent. Besonders bedeutsam ist zudem, dass China nicht nur als Lieferant dieser Materialien fungiert, sondern auch die Weiterverarbeitung dominiert: Rund 90 Prozent der globalen Wertschöpfungskette seltener Erden befinden sich in chinesischer Hand.

Die BRICS+-Staaten verfügen ebenfalls über erhebliche Rohstoffvorkommen. Sie halten rund 72 Prozent aller bekannten Reserven seltener Erden, wobei sich drei der fünf größten globalen Vorkommen in diesen Staaten befinden. Darüber hinaus besitzen sie etwa die Hälfte der weltweiten Graphitreserven und stellen rund 42 Prozent des globalen Ölangebots bereit. Obwohl Europa selbst über relevante Rohstoffvorkommen verfügt, verhindern strenge Umweltauflagen, langwierige Genehmigungsverfahren und gesellschaftliche Widerstände vielfach deren Erschließung. Infolgedessen bleibt die EU strukturell abhängig von globalen Rohstofflieferanten, insbesondere von China und den BRICS+-Staaten.

Ressourcenpolitik als geopolitisches Instrument

Exportbeschränkungen und Embargos haben sich zu einem zentralen Werkzeug moderner Machtpolitik entwickelt. China setzt etwa gezielt Exportrestriktionen

¹ Vgl. Pichler, Anton; Diem, Christian; Brintrup, Alexandra; Lafond, François; Magerman, Glenn; Buiten, Gert et al. (2023): Building an alliance to map global supply networks. In: *American Association for the Advancement of Science*, 19.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.science.org/doi/10.1126/science.adi7521>, zuletzt geprüft am 21.12.2025.

² Vgl. Thurner, Stefan (2025): Es gibt einen neuen Wettlauf zwischen USA, China und der EU: Wer die Lieferkette kontrolliert, gewinnt, in: Die Presse, 17.05.2025, [online] <https://www.die-presse.com/19691578/es-gibt-einen-neuen-wettlauf-zwischen-usa-china-und-der-eu-wer-die-lieferkette-kontrolliert-gewinnt>.

auf seltene Erden ein, während die USA den Export fortschrittlicher Halbleitertechnologien einschränken, um geopolitische Einflussnahme zu verstärken. Russland wiederum hat die Gaslieferungen nach Europa reduziert bzw. gestoppt, wodurch die wirtschaftliche und politische Verwundbarkeit der betroffenen Staaten sichtbar wurde. Diese Beispiele zeigen, dass internationale Märkte zunehmend politisiert werden und multilaterale Institutionen wie die WTO nur noch begrenzten Einfluss auf die Stabilität des Welthandelssystems ausüben.

Geopolitische Flaschenhälse & Verwundbarkeit globaler Transportwege

Ein wesentlicher Teil des globalen Handelsvolumens passiert wenige maritime Engstellen, deren Stabilität für die Weltwirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Die Straße von Malakka dient etwa als Transitroute für etwa ein Drittel des gesamten Welthandels. Die Taiwanstraße spielt v. a. aufgrund der dort verlaufenden Lieferketten für Halbleiter und Elektronik eine strategische Schlüsselrolle.

Die Straße von Hormus ist eine der wichtigsten Erdölpassagen weltweit, durch die täglich rund 33 Millionen Barrel Öl transportiert werden. Auch der Suezkanal ist ein kritischer Knotenpunkt, den jährlich etwa 20.000 Containerschiffe passieren. Der Panamakanal wiederum ist ein essenzieller Bestandteil des transpazifischen Handels.

Diese Engpässe machen die globalen Lieferketten anfällig für geopolitische Konflikte, Naturkatastrophen oder technische Störungen. Der fortschreitende Klimawandel eröffnet gleichzeitig neue potenzielle Handelswege. Die Nordwestpassage in der Arktis könnte in Zukunft saisonal schiffbar werden und dadurch neue strategische Interessen wecken – wie etwa das US-amerikanische Interesse an Grönland aufgrund seiner Lage und seiner vermuteten Rohstoffvorkommen zeigt.

Ökonomische Auswirkungen am Beispiel Deutschlands

Zwischen 2018 und 2023 wurde rund die Hälfte des deutschen Außenhandels mit Drittstaaten über den Seeweg abgewickelt. Rund zehn Prozent dieses Handelsvolumens durchlief das Rote Meer, was Importen im Wert von 136 Milliarden Euro entspricht, vor allem in Form von Rohstoffen und Vorprodukten. Etwa 8,9 Prozent des deutschen Außenhandels liefen über die Straße von Malakka, während 7,2 Prozent über die Taiwanstraße transportiert wurden. Der Panamakanal spielte mit einem Anteil von 0,5 Prozent eine untergeordnete Rolle, ähnlich wie die Straße von Hormus mit 0,4 Prozent. Die jüngsten Angriffe der Houthi-Miliz auf Handelsschiffe im Roten Meer führten dazu, dass viele Reedereien große Umwege über das Kap der Guten Hoffnung in Kauf nehmen mussten. Dies verlängerte Transportzeiten erheblich und verursachte deutliche Kostensteigerungen für europäische Unternehmen.

Relokalisierung als Antwort? NEIN

Eine globale Rückverlagerung von Produktions- und Lieferketten, verbunden mit höheren Importzöllen, verstärkten Subventionen für die heimische Industrie und zusätzlichen Beschränkungen der internationalen Beschaffung, würde laut OECD zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen führen.

Konkret würde der weltweite Handel um etwa 18 Prozent zurückgehen, während das globale Bruttoinlandsprodukt um rund fünf Prozent schrumpfen könnte. Trotz dieser massiven Kosten wäre die Widerstandsfähigkeit der Versorgungsketten gegenüber externen Störungen nur begrenzt verbessert.³

Europäische Handelspolitik als Resilienzstrategie

EU-Freihandelsabkommen

Die Europäische Union versucht, geopolitische Abhängigkeiten und Lieferkettenrisiken durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen zu verringern. Zu den wichtigsten aktuellen Entwicklungen zählen das bereits unterzeichnete Abkommen mit Indonesien sowie fortgeschrittene Verhandlungen mit Thailand, Indien und den Philippinen.

Das Mercosur-Abkommen hingegen bleibt politisch umstritten; Frankreich, Polen, mehrere Benelux-Staaten und Irland äußern deutliche Vorbehalte, und in Österreich verhindert ein Parlamentsbeschluss aus dem Jahr 2019 vorerst die Zustimmung. Ein Scheitern dieses Abkommens hätte weitreichende geopolitische Folgen. Seit dem Jahr 2000 hat die EU ihren Anteil am Außenhandel der Mercosur-Staaten von über 31 Prozent auf nur mehr 15 Prozent verloren, während China seinen Marktanteil im selben Zeitraum von 2 auf 24 Prozent erhöhen konnte. Dies verdeutlicht die zunehmende strategische Bedeutung handelspolitischer Glaubwürdigkeit der EU. Wenn Freihandelsabkommen verzögert oder blockiert werden, verliert die Europäische Union nicht nur ökonomisch an Einfluss, sondern auch politisch. Eine inkonsistente oder langsame Handelspolitik schwächt die Fähigkeit Europas, stabile Partnerschaften aufzubauen und alternative Beschaffungswege zu etablieren. In einer zunehmend multipolaren Weltordnung wird Glaubwürdigkeit zu einem entscheidenden geopolitischen Faktor.

Resümee und Ausblick

Globale Lieferketten sind heute stärker als je zuvor politisiert. Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, die Verwundbarkeit zentraler Handelsrouten, die strategische Nutzung ökonomischer Druckmittel und die Erosion multilateraler Institutionen führen zu einer Ära struktureller Unsicherheit. Für Europa ergibt sich daraus ein klarer strategischer Auftrag:

1. **Diversifizierung der Rohstoff- und Handelsbeziehungen**
2. **Aufbau eigener Verarbeitungskapazitäten**, insbesondere bei kritischen Materialien
3. **Stärkung europäischer Logistik- und Datenkompetenzen**
4. **Kooperation mit geopolitisch stabilen Partnern außerhalb des westlichen Raums**
5. **Strategische Industriepolitik**, die Versorgungssicherheit höher gewichtet als kurzfristige Effizienz

Die europäische Resilienz wird künftig nicht nur von ökonomischen Parametern abhängen, sondern von der Fähigkeit, geopolitische Risiken frühzeitig zu erkennen, strategisch zu bewerten und institutionell kohärent darauf zu reagieren.

³ Vgl. OECD (2025): OECD Supply Chain Resilience Review: Navigating Risks, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/94e3a8ea-en>.



Autor

Hon. Prof. (FH) MMag. Christian MANDL

Seit Dezember 2001 Leiter der Abteilung Europapolitik-Koordination der Wirtschaftskammer Österreich, 1988–2001 Industriellenvereinigung (Referent Handelspolitik, Leiter des Euro-Info Centre, Büroleiter des Generalsekretärs, Abteilungsleiter Europapolitik), Studium der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der Universität Wien; Internationale Studien, Universität Wien, Postgraduierntenstudium Nonprofit-Management, Universität Freiburg (CH); Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, zahlreiche Schulungen und Vorträge in Österreich und anderen europäischen Ländern (insbesondere im Zusammenhang mit EU-Projekten), Honorarprofessor an der Fachhochschule des BFI Wien, Fakultätsmitglied der Donau-Universität Krems, Trainer an der Verwaltungsakademie des Bundes, Mitglied im „Team Europe“ (Sprecherpool der Europäischen Kommission). Zahlreiche Publikationen. Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, Medaille d'Argent „Mérite Européen“.

Quellen

- Pichler, Anton; Diem, Christian; Brintrup, Alexandra; Lafond, François; Magerman, Glenn; Buiten, Gert et al. (2023): Building an alliance to map global supply networks. In: *American Association for the Advancement of Science*, 19.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.science.org/doi/10.1126/science.adi7521>, zuletzt geprüft am 21.12.2025.
- Deloitte (2025): Supply Chain Pulse Check: <https://www.deloitte.com/de/de/Industries/industrial-construction/research/supply-chain-pulse-check.html>, zuletzt abgefragt am 21.12.2025.
- OECD (2025): OECD Supply Chain Resilience Review: Navigating Risks, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/94e3a8ea-en>, zuletzt abgefragt am 21.12.2025.
- Thurner, Stefan (2025): Es gibt einen neuen Wettlauf zwischen USA, China und der EU: Wer die Lieferkette kontrolliert, gewinnt, in: Die Presse, 17.05.2025, [online] <https://www.die-presse.com/19691578/es-gibt-einen-neuen-wettlauf-zwischen-usa-china-und-der-eu-wer-die-lieferkette-kontrolliert-gewinnt>, zuletzt abgefragt am 21.12.2025.

Energiewirtschaft und Energieflüsse

Aspekte der Energiesystemtransformation

von Josef Bogensperger

Der Primärenergieverbrauch Österreichs sinkt nur in geringem Ausmaß. Der Anteil der fossilen Energieträger am Primärenergieaufkommen beträgt nach wie vor knapp zwei Drittel des Gesamtenergieaufkommens. Die Sektoren Verkehr (33 %), produzierender Bereich (28 %) und private Haushalte (26 %) verbrauchen zusammen über 87 % der bereitgestellten Endenergie.

Der Endenergiebedarf wird zu 88 % durch Öl (35 %), elektrische Energie (22 %), Erdgas (16 %) und biogene Energien (15 %) gedeckt. Nimmt man die Fernwärme dazu, ergeben sich 95 %.

Die Standortwahl für Wind- und Fotovoltaikanlagen erfolgt nach den Kriterien des Energiedargebotes. Damit führt der Ausbau dieser Technologien zu einem massiven Netzausbaubedarf.

Einleitung

Der in Abb. 1 dargestellte Energieflussplan Österreichs für das Jahr 2024 kann in vier Stufen eingeteilt werden. Zunächst wird in der Stufe Aufkommen (in der Grafik mit „Aufkomm“ markiert) festgelegt, in welcher Form und in welcher Menge die Primärenergie ins Energiesystem eingebracht wird. Zum Teil erfolgt bei manchen Energieträgern in der zweiten Stufe eine Umwandlung („Umwand“) – diese erfolgt in Raffinerien, Kraftwerken oder Kokereien). In der dritten Stufe erfolgt die Verteilung zu den Endverbrauchern. Darin („LVVNE“) sind Lagerbestände, Verluste, nichtenergetisch verwendete Mengen (chemische Industrie, Stahlindustrie) und Energieexporte abgebildet. In der vierten und letzten Stufe ist die Bereitstellung der Energie in Form der Endenergie bei den Endverbrauchern aufgeschlüsselt nach Sektoren dargestellt („Bereit“).

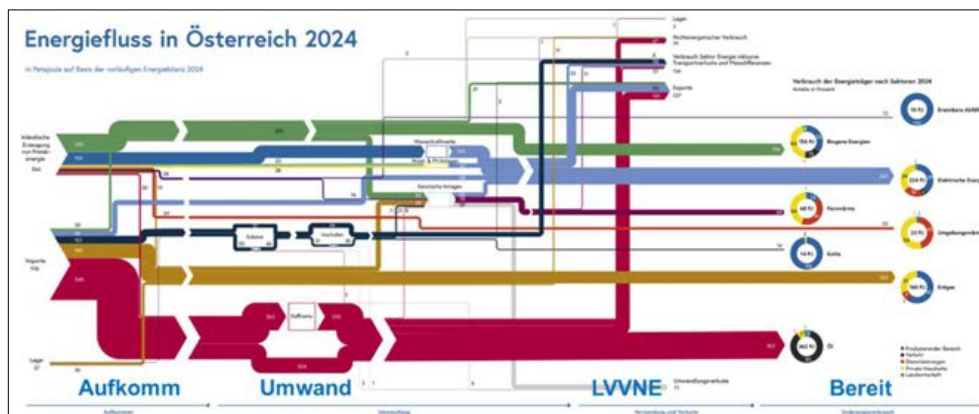


Abb. 1: Energiefluss in Österreich 2024 in PJ [1]

Der **Primärenergieverbrauch** bezeichnet den Energiegehalt aller im Inland eingesetzten Energieträger. Der Begriff umfasst sogenannte Primärenergieträger, wie z. B. Braun- und Steinkohle, Mineralöl oder Erdgas, die entweder direkt genutzt oder in sogenannte Sekundärenergieträger, wie Kohlebriketts, Benzin und Diesel, Strom oder Fernwärme, umgewandelt werden. Berechnet wird er als Summe aller im Inland gewonnenen Energieträger zuzüglich des Saldos der importierten und exportierten Mengen sowie der Lagerbestandsveränderungen abzüglich der auf Hochsee gebunkerten Vorräte. [2] Der nichtenergetische Verbrauch ist in dieser Zahl enthalten, dieser lag 2024 in Österreich bei 79PJ. Ohne den nichtenergetischen Verbrauch spricht man vom **Bruttoinlandsverbrauch**.

Unter dem Begriff **Endenergieverbrauch** wird die Energiemenge verstanden, die den Letztverbrauchern wie der Industrie oder den privaten Haushalten vom Energiesystem zur Verfügung gestellt wird. Nicht berücksichtigt werden dabei Umwandlungs- und Übertragungsverluste im Energiesystem sowie der nicht-energetische Verbrauch von Energieträgern. [2] Der Endenergieverbrauch ist die Summe aller Energiemengen in der Stufe vier „Bereit“ im Energieflussplan in Abbildung 1.

Nutzenergie ist diejenige Energie, die dem Endnutzer für seine Bedürfnisse zur Verfügung steht. Sie entsteht durch Umwandlung der Endenergie. Mögliche Formen von Nutzenergie sind Wärme zur Raumheizung, Kälte zur Klimatisierung, Licht, mechanische Arbeit oder Schallwellen. [2]

Zieht man vom Primärenergieaufkommen den Lagereingang (2 PJ), die Exporte (227 PJ) und den nichtenergetischen Verbrauch (79 PJ) ab, so ergibt sich eine Primärenergieeinspeisung von $(1539 - 2 - 227 - 79 =) 1231$ PJ ins System. Bei einem Endenergieverbrauch von 1027 PJ ergibt sich damit ein Systemwirkungsgrad von 83 %.

Der fossile Anteil am Primärenergieverbrauch

Der Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie in Österreich ist leicht schwankend und leicht sinkend. Abbildung 2 zeigt den Verlauf über die letzten 20 Jahre. Knapp zwei Drittel des Primärenergieverbrauches in Österreich entfallen auf die fossilen Energieträger Öl, Erdgas und Kohle. Auch dieser Anteil ist leicht sinkend, dennoch stellt er einen großen Teil des österreichischen Energieverbrauches dar. Etwa ein Drittel der Primärenergie wird in Form von Strom als Endenergie an die österreichischen Verbraucher geliefert.

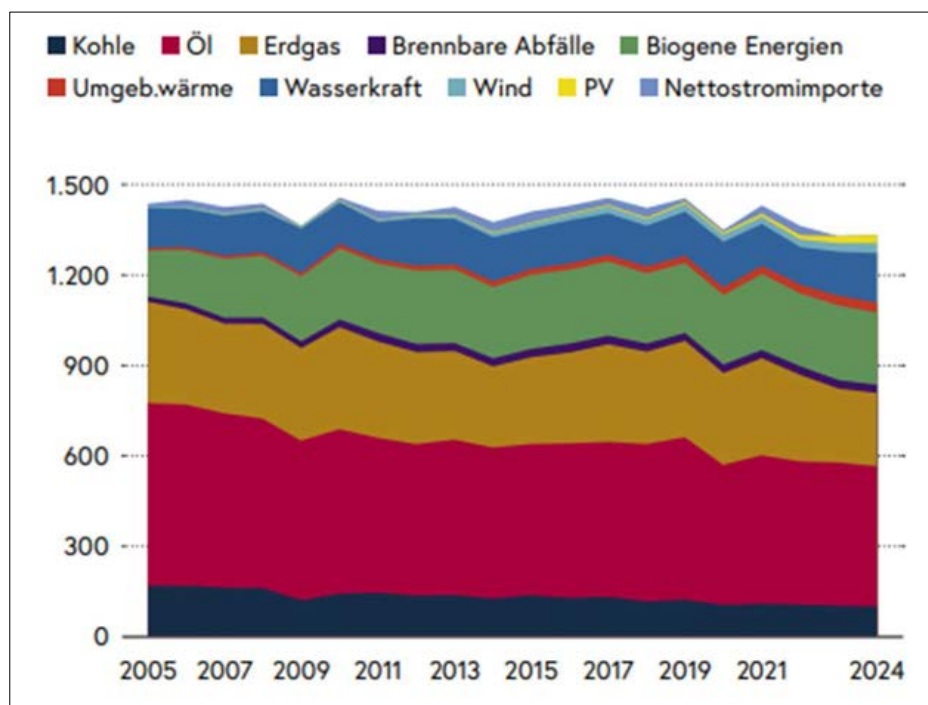


Abb. 2: Zeitreihe des Bruttoinlandsverbrauchs in PJ für Österreich [3]

Wie man in Abbildung 2 am oberen Ende der Grafik in Hellblau und Gelb erkennt, sind die Beiträge durch Windkraft und Fotovoltaik trotz großer Anstrengungen in den letzten Jahren nach wie vor eher gering.

Die Wasserkraft und biogene Energien stellen im Gegensatz dazu wesentliche Anteile bereit.

Vergleicht man den Bruttoinlandsverbrauch von Österreich mit jenem der EU-27, stellt man folgende Unterschiede fest (siehe Abb. 3): Der Beitrag der Wasserkraft ist in Österreich etwa fünfmal so groß wie im EU-Durchschnitt und der Beitrag der biogenen Energien ist fast doppelt so groß wie der EU-Durchschnitt. Während im EU-Durchschnitt 11,5 % der Primärenergie aus Kernkraft kommen, fehlt dieser Anteil in Österreich gänzlich.

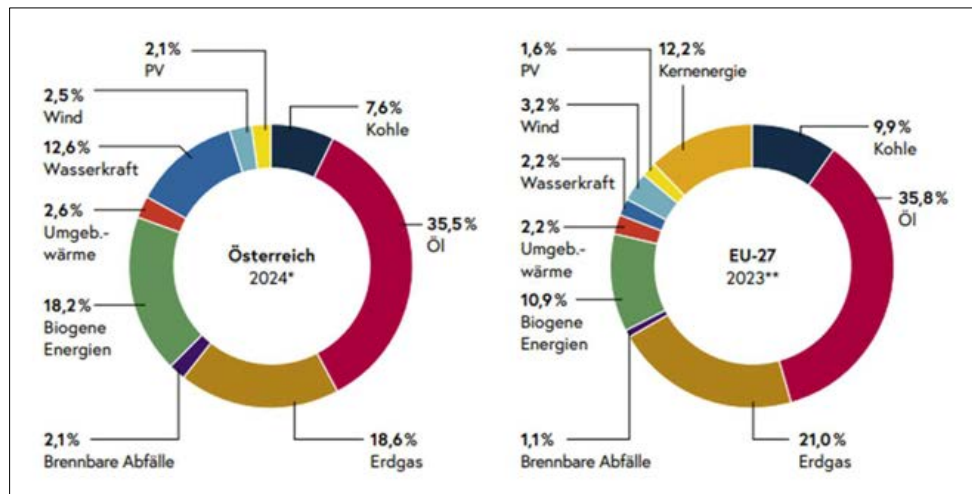


Abb. 3: Anteile der Energieträger am Bruttoinlandsverbrauch in Österreich und EU-27 in Prozent [3]

Energieeinsatz nach Sektoren

Abbildung 4 zeigt, welche Sektoren wie viel Endenergieverbrauch haben. Der größte Anteil ist mit einem Drittel der Verkehr („Verk“, gefolgt von knapp 30 % für den produzierenden Bereich („Prod“). Die privaten Haushalte („Haus“) liegen mit etwas über 25 % bereits auf Platz 3. Dienstleistungen („Dien“) sind mit etwa 10 % aus energetischer Sicht kein Schwerpunkt, die Landwirtschaft („Land“) mit etwa 2 % ist nahezu unbedeutend. Diese Verteilung gilt annähernd auch für den Durchschnitt der EU-27.

Die Sektoren Verkehr, produzierender Bereich und private Haushalte verbrauchen zusammen über 87 % der bereitgestellten Endenergie.

	Prod	Verk	Dien	Haus	Land	Ges
	%	%	%	%	%	%
Gesamt	28,2	33,4	10,1	26,1	2,2	100,0
Brennbare Abfälle	100	0	0	0	0	1
Biogene Energien	36	15	1	44	4	15
Elektrische Energie	39	6	19	34	2	22
Fernwärme	14	0	41	44	1	7
Umgebungswärme	2	0	43	54	1	3
Kohle	98	0	0	2	0	1
Erdgas	59	1	9	31	0	16
Öl	5	84	1	7	3	35

Abb. 4: Relativer Endenergieverbrauch nach Sektoren Österreich 2024 [1]

Der größte Anteil der Endenergie ist die Energieform Öl mit über 100 TWh, gefolgt von Strom mit über 62 TWh. Nahezu gleichauf folgen Erdgas mit 44 TWh und biogenen Energien mit über 43 TWh. Zusammen decken diese Endenergieformen etwa 88 % des gesamten Endenergieverbrauches.

	Prod	Verk	Dien	Haus	Land	Ges
	[TWh]	[TWh]	[TWh]	[TWh]	[TWh]	[TWh]
Gesamt	80,5	95,1	28,9	74,4	6,3	285,3
Brennbare Abfälle	3	0	0	0	0	2,8
Biogene Energien	16	7	0	19	2	43,3
Elektrische Energie	24	4	12	21	1	62,2
Fernwärme	3	0	8	8	0	18,9
Umgebungswärme	0	0	4	5	0	9,2
Kohle	4	0	0	0	0	3,9
Erdgas	26	0	4	14	0	44,4
Öl	5	84	1	7	3	100,6

Abb. 5: Endenergieverbrauch nach Sektoren Österreich 2024 in TWh [1]

Der Verkehr ist mit einem Drittel des Gesamtendenergieverbrauchs der größte Verbrauchssektor, gefolgt von den produzierenden Bereichen mit 28 % und den privaten Haushalten mit 26 %.

Der Sektor Verkehr wird mit 84 TWh bzw. 84 % des Gesamtendenergieverbrauchs mit der Endenergie Öl abgedeckt.

Zudem setzt der produzierende Bereich Erdgas mit 26 TWh und Strom mit 24 TWh ein, es folgen biogene Energien mit 16 TWh.

Das Verhältnis Stromverbrauch zu Gasverbrauch ist in Haushalten typischerweise etwa eins zu drei. Summiert man die Endenergien (außer Strom) für die privaten Haushalte auf, so ergibt sich eine Endenergiesumme von 53 TWh und damit ein Verhältnis von 1:2,5. Dadurch wird auch deutlich, dass die Wärmeversorgung in der Energiebilanz der Haushalte dominant ist. Da Strom schlussendlich in Wärme (Verluste) umgewandelt wird, trägt dies zur Raumheizung bei, bedeutet aber im Sommer auch eine Erhöhung des Kühlbedarfes.

Die Endenergieformen Öl, Strom, Gas und biogene Energien decken den Endenergieverbrauch zu 88 %. Nimmt man die Fernwärme dazu, ergeben sich 95 %.

Die Endenergie Öl mit einem Anteil von 35 % am Gesamtendenergieangebot geht zu 84 % in den Verkehr, diese Komponente ist durch den Schwerverkehr dominiert. 7 % der Haushalte setzen Heizöl für Raumwärme ein.

Die Endenergieform Strom mit einem Anteil von 22 % fließt mit 24 TWh (39 %) in die produzierenden Bereiche und mit 21 TWh (34 %) in die privaten Haushalte, nur 12 TWh (19 %) gehen in den Dienstleistungssektor. Diese drei Sektoren verbrauchen 92 % des Gesamtendenergieverbrauches.

Bei der Endenergieform Gas mit einem Anteil von 16 % sind die wesentlichen Sektoren, die produzierenden Bereiche mit 26 TWh (59 %) und die privaten Haushalte mit 14 TWh (31 %). Diese beiden Sektoren verbrauchen 90 % des Gesamtendenergieverbrauches.

Die Endenergieform biogene Energien mit einem Anteil von 15 % wird mit 19 TWh (44 %) im Bereich der privaten Haushalte und mit 16 TWh (36 %) in den produzierenden Bereichen eingesetzt. Diese beiden Sektoren verbrauchen 80 % des Gesamtendenergieverbrauches.

Biogene Energien (253,5 PJ) umfassen feste biogene Brenn- und Treibstoffe, wie etwa Scheitholz (49,7 PJ) und weitere feste Biomasse (189,3 PJ) wie Hack-schnitzel, Pellets, Holzbriketts, Sägenebenprodukte, Abлаугen und den bioge-nen Teil von Hausmüll, die zur Wärmebereitstellung und im Fall von KWK-Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme genutzt werden. Weiters zählen dazu auch gasförmige biogene Energien (Biogas, Klär- und Deponiegas – ge-samt 14,5 PJ), die zu fast 80 % zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt wer-den. Dazu kommen noch flüssige biogene Energien, wie Biodiesel, Bioethanol und Pflanzenöle, die im Verkehrssektor eingesetzt werden. [3, Seite 20]

Das BMK berichtet in [4, Seite 103], dass der biogene Kraftstoffabsatz für 2023 knapp 22PJ beträgt.

Damit wird die Endenergie biogene Energien zu etwa 85 % im weitesten Sinn von Holzprodukten abgedeckt.

Umgebungswärme umfasst Wärmepumpen (23,8 PJ), Solarthermie (6,8 PJ) und Geothermie (1,0 PJ) und dient der Raumheizung und Warmwasserbereitung. [3, Seite 20]

Energietransport

Da der Ort der Energieproduktion meist nicht mit dem Ort des Energieverbrau-ches übereinstimmt, ist es erforderlich, Endenergie zum Verbraucher zu liefern. In Abbildung 6 werden verschiedene Technologien für den Energietransport verglichen und damit indirekt die Energiedichte der verschiedenen Endenergie-formen.



Abb. 6: Energieendverbrauch nach Sektoren Österreich 2024 [Grafik Autor]

Ausgangsbasis ist eine Fernwärmeleitung mit einer Vorlauftemperatur von 180°C und einer Rücklauftemperatur von 60°C, mit einem Durchmesser von je 60 cm und einem Durchfluss von 2500 m³/h. Dies entspricht einer Wärmeleistung von 350 MW oder in diesem Größenvergleich dem Faktor 1.

Eine Hochspannungsleitung mit 400 kV, zwei Systeme und einem Zweierbündel als Leiterseil mit einem thermischen Grenzstrom von 1200 A pro Seil hat eine Transportkapazität von 1600 MW und damit den Faktor 5.

Eine Gasleitung mit einem Rohrdurchmesser von 100 cm und einem Druck von 70 bar sowie einer Fließgeschwindigkeit von 8 m/s hat eine Transportkapazität von 17.600 MW und damit den Faktor 50.

Eine Ölleitung mit einem Rohrdurchmesser von 100 cm und einer Fließgeschwindigkeit von 1,4 m/s hat eine Transportkapazität von 35.000 MW und damit den Faktor 100.

Man erkennt, dass es viel effizienter ist, Energieformen mit hoher Energiedichte zu transportieren. Die Endenergieform Strom ist mit Abstand die flexibelste einsetzbare Endenergieform, aber leider ist die Energiedichte nicht besonders hoch.

Netzausbau

Der Grundgedanke bei der Planung der Bestandsnetze vor dem Ausbau von Wind und Fotovoltaik war es, Braunkohlekraftwerke aufgrund der geringen Energiedichte der Braunkohle direkt an die Mine zu stellen und damit den Kohletransport zu vermeiden, und Steinkohlekraftwerke und Nuklearkraftwerke in der Nähe der Verbrauchsschwerpunkte zu betreiben und damit den Stromtransportbedarf zu minimieren.

Bei allen Überlegungen zur Stromerzeugung und zum Stromtransport wurde das „N-1 Prinzip“ berücksichtigt. Dieses besagt, dass bei einem Ausfall einer Komponente kein Systemausfall erfolgen soll. Das bedeutet auch, dass das Transportnetz so betrieben werden soll, dass ein Ausfall einer Transportleitung nicht zu einem Systemausfall führen soll.

Bedenkt man nun, dass die Standortwahl für Wind- und Fotovoltaikanlagen nach den Kriterien des Energiedargebotes erfolgt, so ist nachvollziehbar, dass auch der Ausbau dieser Technologien zu einem massiven Netzausbau führen muss.

Sowohl beim Ausbau erneuerbarer Energien (ich bin dafür, aber nicht bei mir) als auch beim Verkauf fossiler Energieträger (Kampf um Marktanteile) gibt es erhebliche Konfliktsituationen.

Bei den erneuerbaren Energien geht es vermutlich mehr um den Richtungsstreit, ob dieser Weg der richtige ist. Darüber hinaus wird natürlich auch über den Bau weiterer Windkraftanlagen und den damit erforderlichen Netzausbau diskutiert.

Bei den fossilen Energieträgern scheint es so zu sein, dass der beschränkte Energieverbrauchsmarkt von jenen Ländern umworben wird, die diese Energieträger anzubieten haben. Die Strategie der erneuerbaren Energieerzeugung und die Energieeffizienzmaßnahmen verstärken diese Entwicklung.

Das ganze Thema hat auch einen großen volkswirtschaftlichen Aspekt. Für den Ankauf fossiler Energieträger fließen erhebliche Geldsummen ins Ausland und gleichzeitig entsteht eine Abhängigkeit von dieser Lieferkette. Andererseits ergibt sich durch die geringen Volllaststunden der Fotovoltaik (in Österreich etwa 1000 Volllaststunden im Jahr) und der Windkraft (in Österreich etwa 2100 Volllaststunden im Jahr) ein hoher Ressourceneinsatz. Die Zukunft wird zeigen, wie diese Konfliktsituation, hoffentlich im Konsens, gelöst werden kann.

Resümee und Ausblick

Die Emissionsziele der EU, Reduktion der Treibhausgase um mindestens 55 % bis 2030 (gegenüber 1990) und Klimaneutralität bis 2050, sind sehr herausfordernd. Der Pfad, auf dem wir uns derzeit befinden, wird nicht zum Erfolg führen, wenn es uns nicht verstärkt gelingt Emissionen einzusparen. Derzeit ist nur eine geringe Emissionseinsparung erkennbar, dies ist zum Teil auf einen Rückgang der Industrieproduktion zurückzuführen. Selbst wenn es gelingt die in Endenergieform Strom emissionsfrei zur Verfügung zu stellen ist damit nur etwa ein Drittel des derzeitigen Primärenergieportfolios emissionsfrei.

Der Einsatz von Elektrofahrzeugen und von Wärmepumpen ist ein wesentlicher Teil der Transformation des Energieportfolios von Europa. Damit wird der Verbrauch bei der Endenergieform Strom in Zukunft stark steigen.

Der Aspekt der Energiedichte wird vor allem im Bereich des Energietransports und der Energiespeicherung wichtig sein. Damit werden erneuerbare Treibstoffe einen wichtigen Teil zur Transformation des Energiesystems beitragen. Dies gilt im Besonderen für militärische Anwendungen im Bereich der Mobilität.



Autor

Dipl.-Ing. Dr. techn. Josef BOGENSPERGER

Konzernkrisenmanager und Leiter Physische Konzernsicherheit VERBUND AG; Verbindungsoffizier Energieversorgung MilKdo NÖ und MilExperte Energieversorgung.

Quellen

- [1] BMWET (2025): Energieflussplan Österreich 2024.
- [2] <https://www.umweltbundesamt.de/service/glossar/>, abgefragt am 17.1.2026.
- [3] BMK (2025): Energie in Österreich – Zahlen, Daten, Fakten 2024.
- [4] BMK (2025): Erneuerbare Kraftstoffe und Energieträger im Verkehrssektor in Österreich 2024.

Europas unterschätzte Klimarisiken

für Gesellschaft und Sicherheit

von Sabrina Kaschowitz

Klimabedingte Unsicherheit wird in der Forschung und politischen Debatte überwiegend mit ärmeren Weltregionen in Verbindung gebracht. In Bezug auf Europa wird hingegen davon ausgegangen, dass stabile Wirtschaften und Regierungen klimabedingte Sicherheitsrisiken weitgehend abfedern können. Entsprechend richtet sich der Fokus häufig auf Regionen wie die Sahelzone, in denen klimatische Belastungen bestehende soziale, ökonomische und politische Fragilitäten verschärfen und die staatlichen Bewältigungskapazitäten begrenzt sind.

Jedoch wirken klimabedingte Belastungen auch in Europa bereits als Katalysator für bestehende gesellschaftliche, politische und ökonomische Spannungen. Diese Dynamiken legen Verwundbarkeiten offen, die bislang nur begrenzt systematisch untersucht wurden, obwohl sie bereits jetzt Auswirkungen auf die innere Sicherheit, die gesellschaftliche Stabilität und die politische Ordnung haben.

Der Bericht „A Distant Threat No Longer“¹, auf dem dieser Artikel basiert, analysiert den Beitrag des Klimawandels zu Kriminalität und politischer Instabilität in Europa auf Grundlage umfangreicher neuer Feldforschung sowie der systematischen Auswertung lokaler Medienberichte. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung unterschiedlicher Erscheinungsformen klimabedingter Unsicherheit anhand ausgewählter Fallstudien in unterschiedlichen europäischen Ländern.

¹ Schwartzstein und Kaschowitz (2025).

Zunehmende Kriminalität in ländlichen Räumen

In Europas ländlichen Räumen wirken klimabedingte Ernteaufschläge, Einkommensverluste und Preisvolatilität zunehmend als unmittelbare Treiber von Kriminalität. Niedrigschwellige Delikte wie Wasser- und Erntediebstahl, opportunistische Plünderungen nach Extremwetterereignissen sowie umweltkriminelle Praktiken nehmen dort zu, wo klimatische Belastungen auf strukturelle Vernachlässigung und eine hohe Abhängigkeit von klimaanfälliger Landwirtschaft treffen. Dieser Zusammenhang zeigt sich besonders deutlich im Olivenölsektor. In Spanien, Italien und Griechenland führten Dürreperioden und Ernteaufschläge zu Preissteigerungen von bis zu 70 Prozent zwischen 2023 und 2024. Das Ausmaß der Diebstähle nimmt mit ausbleibenden Niederschlägen deutlich zu. In der Folge kommen mittlerweile verstärkt Sicherheitsmaßnahmen wie Polizeibegleitungen, Infrarotüberwachung und die elektronische Kennzeichnung von Olivenbeständen zum Einsatz. Ähnliche Muster finden sich bei Saatgut, Zitrusfrüchten und Pistazien. Im sizilianischen Bronte zum Beispiel werden zur Erntezeit Hubschrauberpatrouillen eingesetzt.

Parallel dazu nimmt umweltkriminelles Verhalten zu. Mehr als 60 % der europäischen Oberflächengewässer verfehlen die EU-Wasserqualitätsstandards, was überwiegend auf landwirtschaftliche Abfälle zurückzuführen ist. Sinkende Margen und hohe Regulierungskosten begünstigen die illegale Entsorgung von Abfall und Abwasser. In einzelnen Fällen ist die Annahme von Müllablagerungen ökonomisch attraktiver als die landwirtschaftliche Produktion. Toxische Rückstände verschlechtern die Qualität von Böden und Wasserressourcen und verstärken klimabedingte Verwundbarkeiten in ohnehin wasserarmen Regionen.

Dazu kommt der wachsende Einsatz illegaler Düngemittel und Pestizide. Diese machen EU-weit rund 14 % des Pestizideinsatzes aus und sind bis zu 80 % günstiger als regulierte Alternativen. Kriminelle Netzwerke bedienen verschuldete Landwirte, für die regulierte Produkte einen erheblichen Teil der landwirtschaftlichen Erlöse beanspruchen können. Aufgrund der Illegalität fehlen Qualitätskontrollen sowie Anwendungs- und Sicherheitshinweise. Dies hat nachweislich Umwelt- und Gesundheitsbelastungen zur Folge: Lokale Behörden verzeichnen vermehrt Atemwegs- und weitere Erkrankungen im ländlichen Raum.

Verteilungskonflikte um Wasser in Europa

Wasserknappheit entwickelt sich in Europa zu einem relevanten Konfliktfaktor. Ein offener zwischenstaatlicher Konflikt ist auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. Da jedoch nahezu zwei Drittel der europäischen Flusssysteme Staatsgrenzen überschreiten und im Jahr 2024 fast zwei Drittel der Flüsse weltweit abnormale hydrologische Bedingungen aufwiesen, gewinnen grenzüberschreitende Gewässer deutlich an politischer Sensibilität.

Ein konfliktverschärfendes Potenzial entfaltet zunehmende klimabedingte Wasserknappheit insbesondere in Regionen, in denen Verteilungsfragen bislang kaum relevant waren. Fehlende Erfahrung mit Aushandlungsprozessen, Sparmaßnahmen und Anpassungsinstrumenten trifft dort auf eine wachsende Betroffenheit: 34 % der EU-Fläche und mehr als 40 % der Bevölkerung waren

2022 zeitweise von Wasserknappheit betroffen. In den südlichen Mitgliedstaaten liegen die Anteile in den Sommermonaten teils deutlich höher.

Auf Sizilien führte das Zusammentreffen von langjährigem Missmanagement im Wassersektor und einer außergewöhnlich starken und langanhaltenden Dürre im Jahr 2024 zu einer Eskalation lokaler Konflikte um die Wasserverteilung. Im November 2024 besetzten rund 200 Kommunalpolitiker:innen und Anwohner:innen aus der Bergstadt Troina den Ventilraum eines Staudamms und unterbrachen die Wasserversorgung umliegender Gemeinden. Auslöser waren der stark gesunkene Wasserstand des Stausees und die Befürchtung, dass Troina nicht mehr ausreichend Wasser zur Verfügung stehen würde.

Diese Sorge ist vor dem Hintergrund chronischer Knappheit plausibel: In vielen sizilianischen Städten und Gemeinden ist die Wasserversorgung infolge klimabedingter Trockenheit und vernachlässigter Infrastruktur regelmäßig stark eingeschränkt. Teilweise erhalten Haushalte nur wöchentlich oder noch seltener Wasser und sind auf die Speicherung in Zisternen angewiesen. Die durch Regenfälle im Dezember 2024 ausgelöste Entspannung des Konflikts war entsprechend nur vorübergehend und angesichts des fortschreitenden Klimawandels ist mit zukünftigen Konflikten zu rechnen.

Desinformation und Instrumentalisierung klimabedingter Krisen

Die wohl gravierendsten sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels in Europa betreffen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere demokratische Grundordnung. Klimabedingte Belastungen im ländlichen Raum und Verteilungskonflikte um Wasser wirken dabei nur als Beispiele für Katalysatoren eines breiteren Vertrauensverlusts in Regierungen, Medien und demokratische Institutionen. In vielen europäischen Staaten verfügen politische Führungspersonen nur noch über geringe gesellschaftliche Unterstützung. *Mainstream*-Parteien sind unter diesen Bedingungen kaum in der Lage, komplexe Krisenzusammenhänge plausibel zu vermitteln. Extremistische und populistische Akteure nutzen dies zunehmend gezielt aus.

Empirische Studien zeigen, dass klimabedingte Belastungen politische Polarisierung verstärken können. So korrelieren steigende Energiepreise mit wachsender Unterstützung für die extreme Rechte in einkommensschwachen Haushalten. Verkehrs- und umweltpolitische Maßnahmen haben in mehreren europäischen Städten messbar ähnliche Effekte. Insbesondere in ländlichen und strukturell benachteiligten Regionen lassen sich entsprechende Wahlmuster beobachten. Dabei werden Klimaschutz und Anpassung von rechten Parteien bewusst und pauschalisierend als ungerecht und elitengetrieben gerahmt.

Extreme Wetterereignisse sind besonders anfällig für Instrumentalisierung. Sie erzeugen Momente erhöhter Vulnerabilität, die von weitreichender Unsicherheit, Desorientierung und einer unzureichenden Informationslage geprägt sind. Unter diesen Bedingungen verbreiten sich vereinfachende Erklärungen und Schuldzuweisungen besonders leicht. In solchen Situationen fehlt weitgehend die Aufnahmefähigkeit für komplexe klimatische Zusammenhänge und multifaktorielle Ursachen extremer Wetterereignisse.

Extremistische, demokratiefeindliche und verschwörungsideologische Akteure nutzen dies systematisch aus: Sie delegitimieren staatliche Institutionen durch mit Desinformationen gefütterte Narrative, positionieren sich als handlungsfähige Alternativen und bieten selektiv Hilfe an. Externe staatliche und staatsnahe Medien autoritärer Regierungen verstärken solche Narrative gezielt, um gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen und das Vertrauen in demokratische Institutionen nachhaltig zu untergraben.

Solche Desinformationen haben in Krisensituationen nicht nur diskursive, sondern auch konkrete, sicherheitsrelevante Auswirkungen. Menschen folgen Evakuierungsanweisungen seltener, Einsatzkräfte sehen sich neben operativen Herausforderungen auch mit Gerüchten, Misstrauen und Widerstand konfrontiert und Schuldzuweisungen können zu Gewalt, Selbstjustiz und Vigilantismus führen. Mit der zunehmenden Häufigkeit extremer Wetterereignisse wächst somit auch das Risiko einer langfristigen politischen Destabilisierung.

Diese Mechanismen lassen sich anhand mehrerer Ereignisse in europäischen Staaten konkret nachvollziehen. So nutzten rechtsextreme und verschwörungsideologische Netzwerke nach den Überschwemmungen im Ahrtal 2021 Hilfs- und Kommunikationsstrukturen, um gezielt Zweifel am staatlichen Krisenmanagement zu säen. Dabei kamen unter anderem Polizeieinheiten imitierende Fahrzeuge zum Einsatz, die falsche Durchsagen über einen angeblichen Rückzug der Einsatzkräfte verbreiteten, obwohl die Rettungsdienste weiterhin vor Ort arbeiteten. Diese Narrative wurden zusätzlich von staatlich angebundenen russischen und chinesischen Medien aufgegriffen und verstärkt, die das Ereignis als Beleg für das angebliche Versagen dezentral organisierter demokratischer Regierungsführung darstellten. In Polen kam es infolge der schweren Überschwemmungen 2023–2024 zu einer rund 300-fachen Zunahme koordinierter Online-Aktivitäten. In diesem Zusammenhang verbreiteten Desinformationsnetzwerke, die nachweislich Verbindungen zu Russland haben, systematisch überhöhte Opferzahlen und angebliche staatliche Vertuschungen. Nach den Überschwemmungen in der italienischen Region Emilia-Romagna im Jahr 2023 beschuldigten hochrangige politische Amtsträger:innen und rechtsgerichtete Parteien Umweltbewegungen, Maßnahmen zur Hochwasserprävention blockiert und damit die Überschwemmungen ausgelöst zu haben. Während der Evros-Waldbrände in Griechenland im Jahr 2023 lösten unbegründete Anschuldigungen gegen Geflüchtete Lynchjustiz aus, obwohl spätere Untersuchungen keine Hinweise auf Brandstiftung fanden.

Resümee und Ausblick

Der Bericht *A Distant Problem No Longer* widmet sich einem Bereich der europäischen Klimasicherheitsdebatte, der bislang nur begrenzt untersucht wurde. Zwar hat die internationale Aufmerksamkeit für die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels deutlich zugenommen, doch richtete sich der analytische Blick in Europa lange Zeit vor allem auf andere Weltregionen. Entsprechend gering ist die empirische Auseinandersetzung mit klimabedingter Unsicherheit innerhalb Europas selbst.

Die im Bericht zusammengetragenen Befunde zeigen jedoch, dass klimatische Belastungen bereits heute in Europa wirksam sind. Sie tragen zur Zunahme von

Kriminalität, zu Konflikten um knappe Ressourcen und zur gesellschaftlichen Polarisierung bei. Klimabedingte Unsicherheit ist somit kein geografisch oder zeitlich entferntes Phänomen, sondern ein gegenwärtig relevanter Faktor für Stabilität und Sicherheit in Europa. Diese Perspektive gewinnt insbesondere vor dem Hintergrund aktueller zunehmender politischer Fragmentierung und gesellschaftlicher Spannungen an Bedeutung.

Die Untersuchung ist bewusst breit angelegt und stützt sich in hohem Maße auf qualitative Fallstudien. Das Ziel besteht darin, unterschiedliche Erscheinungsformen klimabedingter Unsicherheit sichtbar zu machen und in einen gemeinsamen analytischen Zusammenhang zu stellen, nicht jedoch eine abschließende Bestandsaufnahme vorzulegen. Dies trägt der begrenzten Verfügbarkeit belastbarer Daten Rechnung, denn Klimasicherheitsrisiken lassen sich aufgrund ihrer starken Verflechtung mit gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Entwicklungen nur schwer isolieren.

Vor diesem Hintergrund versteht sich der Bericht als Ausgangspunkt für weiterführende empirische Arbeiten. Die Fallstudien zeigen klimabedingte Unsicherheit in konkreten europäischen Kontexten und sollen eine Grundlage für vertiefte Analysen sowie für eine systematische Auseinandersetzung mit Klimaunsicherheit auf europäischer Ebene bieten.



Autorin

Sabrina KASCHOWITZ, MA MSc

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Regionalbüro für Internationale Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien.

Quelle

Schwartzstein, Peter; Kaschowitz, Sabrina (2025): *A Distant Problem No Longer: How climate change is fuelling crime and fraying trust across Europe*. Wien: Friedrich-Ebert-Stiftung, [online] <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/22415> [14.01.2026]

Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)

und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur Europas

von Judith Kohlenberger

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) soll auf die strukturelle Krise europäischer Migrationspolitik reagieren, geprägt von ungleicher Verteilung von Asylsuchenden, divergierenden nationalen Standards und Sekundärmigration durch „venue shopping“. Kernelemente der Reform umfassen ein beschleunigtes Grenzverfahren im Ausmaß von bis zu 12 Wochen für Antragstellende aus Ländern mit einer historisch niedrigen Anerkennungsquote (unter 20 Prozent), Asylzentren an den Außengrenzen mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit via der rechtlichen Konstruktion einer „Fiktion der Nichteinreise“, eine flexible Solidarität durch Flüchtlingsaufnahme, Kostenbeiträge oder *Capacity Building* sowie erweiterte Eurodac-Datenerfassung. Die Dublin-Regeln werden angepasst, um Sekundärmigration einzudämmen, während eine Krisenverordnung bei gestiegenen Ankunftsahlen oder Instrumentalisierung (z. B. aktuell im Grenzgebiet Polen-Belarus) die Grenzverfahrensdauer verlängert und den Rechtsschutz einschränkt. Kritik richtet sich gegen reduzierte Verfahrensgarantien, haftähnliche Bedingungen und einen starken Trend zur Externalisierung der Asylverantwortlichkeit, die den Schwerpunkt der EU-Außenpolitik vom weltweiten Einsatz für Menschenrechte hin zu Abschreckung und Abschottung verschiebt, wodurch geopolitische Glaubwürdigkeit untergraben wird. Widersprüche zwischen Anspruch und Umsetzung, etwa im Bereich der verpflichtenden, aber flexiblen Solidarität, werfen Zweifel an einer nachhaltigen Lösung der europäischen „Migrationsfrage“ auf.

Einleitung

Die europäische Migrationspolitik befindet sich seit Jahren in einer Dauerkrise, die durch strukturelle Ungleichgewichte und politische Spannungen geprägt ist. Aus Sicht der Mitgliedstaaten, aber auch der Kommission und des Parlaments bleibt ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) angesichts des Schengenraums ohne Binnengrenzkontrollen dennoch unerlässlich, um Personenfreizügigkeit innerhalb der EU-Außengrenzen weiter gewährleisten zu können. Die ungleiche Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU, bedingt durch deutliche Unterschiede in Asylentscheidungspraxis, Verfahrensstandards und Aufnahmebedingungen, führte über die Zeit zu erheblicher Sekundärmigration von östlichen und südlichen in die nördlichen Länder der EU, zu langen Wartezeiten in den nationalen Asylsystemen und einer chronischen Überlastungssituation einzelner Mitgliedstaaten (Brekke und Brochmann 2015). Weit entfernt von einem tatsächlich Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) zeigen sich 27 unterschiedlich hohe Asylanerkennungs- und Ablehnungsquoten in den EU-Mitgliedstaaten: Ein und derselbe Asylsuchende mit ein und denselben Schutzgründen kann in Mitgliedstaat A Schutz erhalten und in Mitgliedstaat B abgelehnt werden. Das als „venue shopping“ bekannte Phänomen ließ Schutzsuchende aus nachvollziehbaren Gründen effizientere und aussichtsreichere nationale Asylsysteme bevorzugen, was zu asymmetrischen Belastungen führte und das Dublin-System als koordinierenden Mechanismus überfordert. Diese asymmetrischen Belastungen wurden teils noch bewusst von Mitgliedstaaten verstärkt, indem Verlagerungseffekte (Czaika und de Haas 2013) durch Substandard-Aufnahmebedingungen genutzt und ein „Wettbewerb nach unten“ (in der Forschung als „race to the bottom“ bekannt) vorangetrieben wurde, der die europäische Solidarität aushöhlte und zunehmend dazu führte, dass sich mehr und mehr Mitgliedstaaten aus der gemeinsamen Asylverantwortung zurückzogen (Fry 2005).

Aufgrund dieser Fragmentierung wuchs seitens der Staats- und Regierungschefs der politische Druck gegenüber der Kommission, die Zahl der Asylsuchenden zu senken und die Kontrolle an den Außengrenzen zu verschärfen sowie das Asylsystem zu harmonisieren. Während die Mitgliedstaaten im Jahr 2025 in ihrer Forderung nach „schärferen“ Asylregeln *grosso modo* geeint schienen, zeigen sich Unterschiede im Detail, bedingt durch divergierende Interessen zwischen Mittelmeeranrainerstaaten, west- und nordeuropäischen Staaten sowie den Ländern Mittel- und Osteuropas. Länder mit EU-Außengrenzen, die nach den weiterhin geltenden Dublin-Regeln als Ersteinreisländer Asylsuchender für deren Aufnahme und Registrierung zuständig sind, fühlen sich dadurch über Gebühr belastet, während Binnenländer wie Deutschland und Österreich zu Recht auf ihre hohen Asylantragszahlen und -aufnahmen aufgrund der fehlenden Registrierung seitens der Einreisländer und der teils bewusst gesteuerten Weiterreise vieler Geflüchteter in die nördliche und westliche EU hinweisen.

Elemente der GEAS-Reform

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die bis Juni 2026 umgesetzt sein soll, führt nun zentrale Elemente ein, um die Effizienz und Solidarität zu steigern. Für Personen aus Ländern mit historisch niedriger Anerkennungsquote (unter 20 Prozent) oder Menschen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen (etwa ehemalige Straftäter), sieht sie ein beschleunigtes Grenzverfahren von maximal zwölf Wochen vor, mit Ausnahmen für unbegleitete Minderjährige und einem jährlichen Kontingent von 30.000 Plätzen pro Mitgliedstaat. Parallel dazu sollen Asylzentren an den Außengrenzen (weiter)bestehen, was insbesondere Italien, Griechenland und Spanien als Mittelmeerranrainerstaaten treffen wird. In diesen Zentren herrscht für untergebrachte Personen während des Grenzschnellverfahrens eingeschränkte Bewegungsfreiheit, ermöglicht durch die sogenannte „Fiktion der Nichteinreise“: Sie gelten rechtlich als nicht auf das Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates eingereist, wodurch leichtere Rückführungen bei negativem Ausgang des Verfahrens ermöglicht werden sollen (Schmalz 2018). Davor steht ein ausgedehntes Screeningverfahren zur Registrierung und Identifizierung sowie Sortierung der Antragsstellenden in das jeweilige passende Folgeverfahren, welches sieben Tage an der Außengrenze und drei Tage im Land nicht überschreiten darf (Priebe 2025). Im Land selbst soll ein Normalverfahren für jene, die nicht dem schnelleren Grenzverfahren zugeordnet werden, weiter bestehen. Ergänzt wird dies durch eine verpflichtende „flexible Solidarität“, wonach Mitgliedstaaten entweder Geflüchtete aus anderen, höher belasteten Ländern aufnehmen oder durch Kostenübernahmen (20.000 Euro pro Person), Beteiligung an Rückführungsmaßnahmen oder sogenanntes „Capacity Building“ (Aufbau von Infrastruktur und „Know-How“ im Asylbereich) zur Entlastung beitragen können. Weiters vorgesehen ist eine Erweiterung des Eurodac-Systems um umfassendere Datenerfassung, längere Speicherfristen und Interoperabilität mit anderen Datenbanken.

Die Dublin-Regeln bleiben im Kern bestehen, jedoch moderat angepasst und insbesondere um längere Fristen für Zuständigkeitsprüfungen und Überstellungen ergänzt, was den administrativen Vollzug erleichtern und Sekundärmigration eindämmen soll. Zentral ist dabei die Pflicht für Asylsuchende, im ihnen zugewiesenen Mitgliedstaat zu verbleiben, wodurch Zuständigkeitskonkurrenz und strategische Weiterwanderung reduziert und die Logik der Ersteinreisestaaten als primär verantwortliche Akteure bestätigt werden sollen.

Die Krisenverordnung, ein besonders umstrittenes Element der Reform, ermöglicht Ausnahmen im Falle gestiegener Ankünfte in einem Mitgliedstaat und kann durch eine qualifizierte Mehrheit aller Mitgliedstaaten aktiviert werden. Zu „Krisensituationen“ zählen neben zahlenmäßig bedingten Ausnahmesituationen auch Instrumentalisierungsversuche Dritter, wie dies aktuell im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus der Fall ist. Wird die Krisenverordnung in diesen speziellen Fällen aktiviert, so erlaubt sie die Verlängerung der Mobilitätseinschränkung im Grenzverfahren, von Kritiker:innen vielfach als Inhaftierung bezeichnet (Schmalz 2018), von 12 auf bis zu 20 Wochen sowie die Sortierung „aller“ ankommenden Migrant:innen in dieses Grenzverfahren mit sofortiger Abschiebungsmöglichkeit bei negativem Ausgang – das bedeutet, dass selbst für

Nationalitäten mit historisch hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit der unmittelbare Zugang zu einem Normalverfahren auf Territorium entfällt. Anders als von manchen Mitgliedstaaten, darunter Deutschland unter der damaligen Dreierkoalition, angestrebt, sind keine Ausnahmen für Familien mit Kindern möglich, lediglich für unbegleitete Minderjährige.

Erwartbare Effekte und Kritik

Die GEAS-Reform entfaltet erhebliche Effekte auf das Asylrecht, insbesondere durch die Einführung des Grenzschnellverfahrens mit verminderter Rechtssicherheit, das eine Fiktion der Nichteinreise konstruiert und haftähnliche Bedingungen schafft, wodurch Schutzsuchende von grundlegenden Verfahrensgarantien abgeschnitten werden (Majcher 2021). Die willkürliche Schwelle einer fiktiven Anerkennungsquote von 20 Prozent determiniert die Sortierung in beschleunigte oder reguläre Verfahren, was diskriminierende Effekte verstärken und die Gleichbehandlung untergraben kann. Ferner kann unerlaubte Sekundärmigration de facto zum Verlust des Asylrechts führen, ergänzt durch eine erweiterte Anwendung der „sichere Drittstaaten“-Regeln sowie eine Ausweitung der Datenspeicherung in Eurodac, die datenschutzrechtliche und prozedurale Standards weiter aushöhlt.

Auf der politischen Ebene markiert die Reform einen politischen Erfolg für ihre Befürworter:innen und stellt einen wesentlichen Fortschritt in der Harmonisierung dar, wurde aber nicht einstimmig im Rat beschlossen und erhielt zahlreiche Gegenstimmen im Europaparlament, wobei sich Opposition aus dem linken und dem Rechtsaußen-Lager formierte. Zivilgesellschaftliche Organisationen äußerten sich überwiegend kritisch gegenüber der Komplexität des Pakets, das durch multiple Asylverfahrenstypen mit unterschiedlichen Fristen, zentralisierte Steuerung in Brüssel und einen vielschichtigen Solidaritätsmechanismus administrative Belastungen verstärkt (ECRE 2023). Viele Regierungen verfolgen de facto abweichende Präferenzen wie Externalisierung, Grenzschließungen oder die Aussetzung des Asylrechts bei Instrumentalisierung. Das zeigt sich in bereits erfolgten nationalen Alleingängen wie den Binnengrenzkontrollen Deutschlands, die die ohnehin bröckelnde europäische Kohäsion in puncto Migration und Asyl weiter unter Druck setzen.

Des Weiteren tun sich weitreichende Konsequenzen für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf, da migrationspolitische Ziele zunehmend bestimmen, mit welchen Drittländern die Union Beziehungen pflegt, wie intensiv sie sich engagiert und in welchem Umfang finanzielle oder operative Unterstützung gewährt wird (Kohlenberger et al. 2025a). Dadurch werden grundlegende Prinzipien der EU-Außenpolitik, wozu laut Art. 21 der „Allgemeinen Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union“ die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zählen (TFEU 2016), von kurzfristigen Abschreckungsinteressen überschattet oder gar verdrängt. Dies wiederum begünstigt die Instrumentalisierung von Migration als außenpolitischen Hebel durch Drittstaaten (Kohlenberger et al. 2025b). Nicht von ungefähr werfen Drittstaaten, vor allem Länder des globalen Südens, der EU in diesem Zusammenhang Scheinheiligkeit vor, da die Verfolgung universeller Werte durch pragmatische Abschottungsmaßnahmen unterlaufen wird, was nicht nur den eigenen

normativen Anspruch verrät, sondern auch die Glaubwürdigkeit und den globalen Einfluss Europas auf internationaler Bühne nachhaltig gefährdet.

Somit wird Migration zur zentralen Schwachstelle der EU in diplomatischen Verhandlungen, weil die Auslagerung Drittländern erpresserische Hebel verschafft und autoritäre Regime legitimiert, welche die Union in Abhängigkeit zwingen. Dies begünstigt eine weitere Erosion des globalen Flüchtlingsschutzes, indem europäische Abschreckungslogiken Verlagerungseffekte auslösen und einen Wettbewerb nach unten unter den Mitgliedstaaten provozieren, was die interne Solidarität weiter aushöhlt. Langfristig riskiert die EU dadurch den Verlust ihrer Regulierungsmacht, normativen Glaubwürdigkeit und geopolitischen Einflusskraft auf der internationalen Bühne.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend bleibt die GEAS-Reform anfällig für Anpassungen noch vor ihrer praktischen Umsetzung, da sich bei näherer Betrachtung einige eingebaute Widersprüche auftun. Sekundärmigration soll einerseits verhindert, andererseits in bestimmten Kontexten gefördert werden. Es wird größere Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten angestrebt, zugleich aber wird diese durch flexible Ausnahmeregelungen aufgeweicht, wie auch die Ende 2025 veröffentlichten ersten Berechnungen der Kommission für den Mechanismus zeigen: Neben Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien und Polen erhielt auch Österreich aufgrund hoher Belastungen durch Migrationsbewegungen der Vergangenheit eine großzügige Ausnahmeregelung und muss in der ersten Periode keine Solidarität gegenüber anderen Mitgliedstaaten leisten (Son Hoang 2025). Auch die Frage des Monitorings bleibt widersprüchlich: Während die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen offiziell als menschenrechtskonform deklariert werden, zeigt sich in der Praxis ein wachsender Bedarf an Kontroll- und Überwachungsmechanismen, um ihre Durchsetzung zu gewährleisten. Dadurch entsteht ein normativer Widerspruch zwischen dem Anspruch auf Schutz der Menschenrechte und der faktischen Tendenz zu verstärkter Regulierung und Kontrolle von Mobilität innerhalb der EU.

Bereits jetzt zeichnen sich weitgreifende Adaptierungen der Reform ab, etwa durch Erweiterungen der „sicheren Drittstaaten“-Listen oder strengere Regelungen zur Instrumentalisierung von Migration, was die normative Stabilität des „Asylkompromisses“, auf den jahrelang hingearbeitet wurde, untergräbt. Weitere Uneinigkeit der Mitgliedstaaten über den Solidaritätsmechanismus ist vorprogrammiert, da nationale Präferenzen, etwa zwischen Binnen- und Mittelmeer-Anrainerstaaten, zunehmend divergieren, und manche Länder, etwa Ungarn und Polen, von Beginn an massive Opposition zur Solidaritätspflicht ankündigten. Auch der Trend der letzten Jahre zu systematischen Rechtsbrüchen, von Pushbacks bis über die vorgesehene Dauer aufrecht erhaltene Binnengrenzkontrollen, scheint sich zu verschärfen. Wahrscheinlich bleibt außerdem ein zunehmender Fokus auf die Auslagerung europäischer Asylverantwortung durch „innovative Lösungen“ mit fragwürdiger abschreckender Wirkung, wie etwa die kaum nachhaltig umsetzbare Etablierung sogenannter „Return Hubs“ in Drittstaaten wie Ruanda oder Uganda. Mit letzterem schlossen die Niederlande noch

2025 ein Abkommen für die Unterbringung abgelehnter Asylwerbender ab, dem sich Österreich anschließen möchte.

Insgesamt riskiert die Union aufgrund des Migrationspakts weiteren Glaubwürdigkeitsverlust durch eine als „historisch“ titulierte Reform, die womöglich nicht korrekt umgesetzt wird und nicht die Effekte bringt, die versprochen wurden. Was bleibt, ist eine riskante Entwicklung in geopolitisch instabilen Zeiten: Europa schwächt sich mit seiner Obsession mit Fluchtmigration selbst, riskiert über Jahrzehnte gewachsene Allianzen im globalen Süden und macht sich zunehmend angreifbar durch autoritäre Drittstaaten, allen voran Russland, die seine Achillesferse gekonnt auszunutzen wissen.



Autorin

PD Dr. Judith KOHLENBERGER

Leiterin des Forschungsinstituts für Migrations- und Fluchtforschung und -management (FORM) an der WU Wien, *Senior Researcher* am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip), *Affiliate Policy Fellow* am Jacques Delors Centre Berlin und assoziierte Wissenschaftlerin am Einstein Center Digital Future Berlin. Ihre Arbeit wurde mit dem Kurt-Rothschild-Preis und dem Anas-Schakfeh-Preis für Verdienste im Bereich der Menschenrechte, der Demokratie und der Förderung der Rechtsstaatlichkeit ausgezeichnet. Sie ist Mitglied des Integrationsrats der Stadt Wien und Mitherausgeberin der *Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung*. Ihr Buch *Das Fluchtparadox* (2022) war österreichisches Wissenschaftsbuch des Jahres 2023 und für den Deutschen Sachbuchpreis nominiert.

Quellen

- Brekke, Jan-Paul and Grete Brochmann (2015): Stuck in Transit: Secondary Migration of Asylum Seekers in Europe, National Differences, and the Dublin Regulation, in: *Journal of Refugee Studies*, Vol. 28, Iss. 2, p. 145–162, DOI: 10.1093/jrs/feu028
- Consolidated Version of the Treaty on European Union 2016/C 202/1.
- Czaika, Matthias and Hein de Haas (2013): The Effectiveness of Immigration Policies, in: *Population and Development Review*, Vol. 39, Iss. 3, p. 487–508.
<http://www.jstor.org/stable/23655336>
- ECRE (2025): “Germany: NGOs Oppose Government’s Position on Reforms of CEAS, Rise of Far-Right Attacks on Reception Facilities, Reform of Immigration Law for Third Country Nationals Passed”, in: ECRE Blog, 30.6.2025,
<https://ecre.org/germany-ngos-oppose-governments-position-on-reforms-of-ceas-rise-of-far-right-attacks-on-reception-facilities-reform-of-immigration-law-for-third-country-nationals-passed/>
- Fry, James D. (2005): European Asylum Law: Race-to-the-Bottom Harmonization?, in: *Journal of Transnational Law & Policy* Vol. 15m Iss. 1, Art. 3. Available at:
<https://ir.law.fsu.edu/jtlp/vol15/iss1/3>
- Kohlenberger, Judith, Parusel, Bernd and Daniele Saracino (2025a): A Different Kind of Spillover: Wider Implications of Current Tendencies in EU Asylum Policy, in: *European Journal of Migration and Law*, Vol. 27, No. 2-3, pp. 152. DOI: 10.1163/15718166-12340205
- Kohlenberger, Judith, Paula Hoffmeyer-Zlotnik, Lena Laube, Bernd Parusel, and Daniele Saracino (2025b): Instrumentalisation of migration: Europe needs a strong and lawful response. Policy Brief. Berlin: Hertie School - Jacques Delors Centre.
- Majcher, Izabella (2021): Creeping Crimmigration in CEAS Reform: Detention of Asylum-Seekers and Restrictions on Their Movement under EU Law, in: *Refugee Survey Quarterly*, Vol. 40, Iss. 1, p. 82–105. DOI: 10.1093/rsq/hdaa015
- Priebe, Anna-Lena (2025): An der Grenze nichts Neues?: Zu den Schattenseiten der Screening-Prozedur im Rahmen des GEAS, in: *VerfBlog*, 3.6.2025, <https://verfassungsblog.de/grenze-geas-asyl-screening/>, DOI: 10.59704/e2c30d8e4e0bee10.
- Schmalz, Dana (2018): Die Fiktion der Nichteinreise ist ein Instrument der Entrechtung, in: *VerfBlog*, 4.7.2018, <https://verfassungsblog.de/die-fiktion-der-nichteinreise-ist-ein-instrument-der-entrechtung/>, DOI: 10.17176/20180704-163846-0.
- Son Hoang, Kim (2025): Ausnahme für Österreich? Die heikle Frage der EU-Solidarität beim Thema Asyl, in: *Der Standard*, 12.11.2025, <https://www.derstandard.at/story/3000000296080/ausnahme-fuer-oesterreich-die-heikle-frage-der-eu-solidaritaet-beim-thema-asyl>

KI als Schöpfung des Menschen

Eine ethische Perspektive

von Bartosz Kujat

Der rasante technologische Fortschritt im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) eröffnet sowohl im alltäglichen Leben als auch im militärischen Kontext vielfältige Anwendungsmöglichkeiten. Diese Entwicklungen bieten nicht nur vielversprechende Chancen, sondern bergen zugleich erhebliche Risiken. Damit stellen sie eine gesellschaftliche Herausforderung dar, der aktiv begegnet werden muss, um angemessene Lösungsansätze zu entwickeln und umzusetzen.

Die Diskussion über den Einsatz von KI berührt zahlreiche sozioökonomische Bereiche und sollte daher interdisziplinär sowie ganzheitlich geführt werden, um der hohen Komplexität des Themas gerecht zu werden.

Die gegenwärtige Debatte um KI

Die Relation zwischen Intelligenz und Bewusstsein stellt eine grundlegende Voraussetzung für das Konzept einer „starken“ künstlichen Intelligenz dar.¹ In diesem Zusammenhang ergibt sich eine zentrale ontologische Fragestellung: Können Maschinen im eigentlichen Sinne intelligent sein?² Kritisch wird hierbei angemerkt, dass Maschinen keinen freien Willen besitzen, da ihr Verhalten auf von Menschen vorgegebenen Programmstrukturen beruht. Entsprechend wird auch die Fähigkeit zu ethischem Handeln gegenwärtig als eingeschränkt bewertet, da sie auf algorithmischen Prozessen basiert, die durch menschliche Wert- und Entscheidungsstrukturen determiniert sind.³

Eine weitere zentrale Fragestellung betrifft die praxeologische Dimension, nämlich die Frage, welche Fähigkeiten Maschinen aufweisen müssen, um als intelligent gelten zu können.⁴ Ein bloßes funktionales Agieren reicht für die Zuschreibung von Intelligenz – im Sinne menschlicher Kognition – nicht aus. Maschinen müssten nicht nur verstanden werden, sondern selbst in der Lage sein, komplexe Zusammenhänge zu erfassen und einzuordnen. Erst auf dieser Grundlage können maschinelle Entscheidungen nachvollziehbar begründet und anschließend von Menschen oder anderen Systemen evaluiert werden. Durch solche Prozesse entsteht eine Form von Erfahrungsbildung, die in nachfolgenden Handlungen genutzt, modifiziert oder verworfen werden kann – analog zu menschlichem Lernen aus positiven wie negativen Erfahrungen.⁵

Die Implementierung ethischer Prinzipien im Kontext der künstlichen Intelligenz sieht sich zwei grundlegenden Herausforderungen gegenüber: der sogenannten Wert-Handlungs-Diskrepanz und dem moralischen Disengagement. Erstere beschreibt die Kluft zwischen proklamierten moralischen Überzeugungen und tatsächlichem Handeln, während Letzteres auf die bewusste oder unbewusste Distanzierung von etablierten ethischen Normen verweist. Beide Phänomene erschweren die effektive Operationalisierung ethischer Leitlinien in der KI-Entwicklung und -Anwendung und beeinträchtigen somit die ethische Integrität sowie die gesellschaftliche Vertrauenswürdigkeit von KI-Systemen.⁶

Ein Rückgriff auf die Tugendethik bietet ein vielversprechendes theoretisches Fundament, um den genannten Herausforderungen zu begegnen. Neben den vier zentralen Tugenden – Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Verantwortung und Fürsorge – kommt insbesondere den Tugenden zweiter Ordnung, Klugheit und Tapferkeit, eine zentrale Bedeutung zu. Klugheit ermöglicht es, kognitive Verzerrungen und Prozesse des moralischen Disengagements zu erkennen und zu reduzieren. Tapferkeit hingegen befähigt Individuen und Organisationen, externen Einflussfaktoren – etwa sozialem Druck oder ökonomischen Anreizen – zu widerstehen und moralisch fundiertes Handeln auch unter widrigen Bedingungen aufrechtzuerhalten.⁷

¹ Vgl. Lenzen, M.: Künstliche Intelligenz. Fakten, Chancen, Risiken, München: C. H. Beck 2020, S. 59.

² Vgl. Nassehi, A.: Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft, München: Beck 2019, S. 218f.

³ Vgl. Vowinkel, B.: Maschinen mit Bewusstsein. Wohin führt die Künstliche Intelligenz, Weinheim: Wiley 2012, S. 29-50.

⁴ Vgl. Nassehi, Muster, S. 219.

⁵ Vgl. ebd., S. 236.

⁶ Vgl. Hagendorff, T.: A Virtue-Based Framework to Support Putting AI Ethics into Practice (2022), in: <https://link.springer.com/article/10.1007/s13347-022-00553-z> [abgerufen am 28.07.2024] S. 12.

⁷ Vgl. ebd., S. 8-14.

Internationale Institutionen wie die UNESCO⁸, der UN Global Digital Compact⁹ und die Europäische Union¹⁰ berücksichtigen tugendethische Prinzipien in ihren normativen Rahmenwerken, wenngleich sich die zugrunde liegenden Begründungsansätze teils deutlich unterscheiden. Auf nationaler Ebene zeigt die Strategie der österreichischen Bundesregierung, dass ökonomische Zielsetzungen derzeit gegenüber ethischen Leitprinzipien priorisiert werden. Ein am Gemeinwohl orientierter Ansatz¹¹ wird lediglich implizit angedeutet, während konkrete ethische Regelungen bislang ausbleiben. Diese Zurückhaltung könnte darauf zurückzuführen sein, dass die institutionelle Implementierung von KI-Ethik in Österreich noch aussteht und im Zuge der nationalen Umsetzung des AI-Act innerhalb des vorgesehenen zweijährigen Zeitrahmens erfolgen soll.

Die Umsetzung einer praxisorientierten KI-Ethik wird derzeit durch zwei zentrale Problemfelder beeinträchtigt. Erstens mangelt es vielen Ethikgremien an einer interdisziplinären Zusammensetzung, die insbesondere eine substanzielle Beteiligung von Ethik-Expert:innen einschließt.¹² Zweitens erweisen sich die bestehenden Richtlinien und Prinzipienkataloge häufig als zu abstrakt, um in konkreten Anwendungskontexten wirksam umgesetzt zu werden. Eine stärkere Partizipation relevanter Interessensgruppen sowie die Operationalisierung ethischer Prinzipien könnten hier Abhilfe schaffen. Die Verbindung einer gezielten, fachübergreifenden Gremienstruktur mit der institutionellen Verankerung tugendethischer Werte bietet das Potenzial, sowohl organisatorische als auch inhaltliche Defizite zu überwinden und damit die Grundlage für eine nachhaltig ethische Nutzung von KI-Systemen zu schaffen.¹³

KI als Geschöpf des Menschen

Der gegenwärtige Diskurs konzentriert sich primär darauf, welche normativen und regulatorischen Rahmenbedingungen für künstliche Intelligenz geschaffen werden sollen, um deren Handeln im Einklang mit menschlichen Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Zielsetzungen zu gewährleisten. Weniger diskutiert wird hingegen die Frage, welche Erwartungen wir an die KI selbst richten und welche Rolle ihr in einer zukünftigen Gesellschaft zukommen könnte. Der folgende Exkurs soll diese zukünftige gesellschaftliche Funktion von KI in knapper Form skizzieren.

Ausgehend vom Schöpfungsgedanken und dem Verhältnis zwischen Schöpfer und Geschöpf lässt sich festhalten, dass die Zuschreibungen sowohl des

⁸ Zur Herleitung von Prinzipien und deren Ausführung: Vgl. UNESCO-Empfehlung zur Ethik in der künstlichen Intelligenz, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission e. V. 2023, S. 38-84, 184.

⁹ Vgl. United Nations: Our Common Agenda Policy Brief 5. A Global Digital Compact – An open, free and secure digital future for all, UN 2023, S. 13-18.

¹⁰ Zum AI-Act der Europäischen Union und den darin festgelegten Verpflichtungen: Vgl. Europäische Kommission: Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakte der Union (2024), in: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32024R1689> [abgerufen am 07.07.2024], S. 51-54. Zur Herleitung ethischer Leitlinien für den AI-Act: Vgl. Hochrangige Expertengruppe für künstliche Intelligenz: Ethik-Leitlinien für eine vertrauenswürdige KI, Brüssel: Europäische Kommission 2019.

¹¹ Vgl. BMK (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie): Strategie der Bundesregierung für künstliche Intelligenz, Wien: 2021, S. 25-37.

¹² Vgl. Kirchschläger, P. G.: Digitale Transformation und Ethik. Ethische Überlegungen zur Robotisierung und Automatisierung von Gesellschaft und Wirtschaft und zum Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“, Baden-Baden: Nomos 2024, S. 388f.

¹³ Vgl. Kujat, B.: KI- und Sicherheitsethik. Aspekte einer vertrauensvollen Regulierung 2025, in: Schriftenreihe des Instituts für Militäretische Studien 10, Wien: 2025, S. 154-156.

„Menschlichen“ als auch des „Göttlichen“ in ihrer Bedeutung grundsätzlich anthropozentrisch, also menschenzentriert, geprägt sind. Diese Perspektive spiegelt sich auch in aktuellen Diskursen der KI-Ethik wider, in denen vornehmlich das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine thematisiert wird. Dagegen bleibt die Beziehung zwischen Maschine und Tier – und damit eine mögliche Erweiterung der ethischen Betrachtung um tierethische Dimensionen – weitgehend unberücksichtigt.

Bis heute existiert keine allgemeingültige Definition von Intelligenz oder Bewusstsein, da es an hinreichend differenzierten begrifflichen und konzeptuellen Grundlagen mangelt.¹⁴ Gleichwohl sind solche Definitionen unerlässlich, um überhaupt fundiert von einer starken Künstlichen Intelligenz sprechen zu können. Während es der Wissenschaft bislang nicht gelungen ist, eine holistische Bestimmung des menschlichen Wesens vorzulegen, wird das Göttliche seit Jahrtausenden in vielfältigen Formen beschrieben und reflektiert – wie die theologischen Diskurse der Geschichte und Gegenwart eindrucksvoll belegen.

Mit der Entwicklung künstlicher Intelligenz vollzieht sich erstmals in der Menschheitsgeschichte ein Schöpfungsakt, der auf die Hervorbringung eines potenziell neuen Wesens abzielt – eines durch Programmierung erzeugten künstlichen Artefakts mit zunehmend autonomen Fähigkeiten.¹⁵ Auch wenn der technologische Fortschritt bislang noch nicht den Punkt erreicht hat, an dem ein tatsächlich autonomer und selbstbewusster Organismus geschaffen werden kann, werden KI-Systemen bereits heute bestimmte Eigenschaften zugeschrieben und zugleich regulative Schranken auferlegt, um menschliche Kontrolle über ihr Handeln zu sichern. Die Motivationen für diese Begrenzungen sind vielschichtig und reichen von Skepsis gegenüber technologischem Wandel und konservativer Vorsicht bis hin zu utopischem Enthusiasmus seitens technokratischer und futuristischer Strömungen.¹⁶

KI-Training als Erziehung und Ausbildung

Die Entwicklung künstlicher Intelligenz lässt sich in gewisser Hinsicht mit der Erziehung von Kindern oder der Ausbildung von Soldat:innen vergleichen. In diesem Zusammenhang erscheint die Debatte um die Zuschreibung von Werten an KI-Systeme in einem neuen Licht. Wie die kindliche Sozialisation oder die militärische (Führungs-)Ausbildung darauf abzielen, Individuen auf die vielfältigen Herausforderungen des Lebens und des Dienstes vorzubereiten, kann auch die Programmierung und Weiterentwicklung von KI-Systemen als ein Prozess der wertorientierten Formung verstanden werden. Je fundierter die Erziehung oder Ausbildung verläuft, desto besser sind Individuen – oder analog KI-Systeme – in der Lage, komplexe kognitive, emotionale und soziale Problemstellungen zu bewältigen. In diesem Sinne ließe sich die Entwicklung von KI als eine Form ethischer Bildung begreifen, in der – ähnlich wie in familiären oder institutionellen Kontexten – grundlegende Werte und Normen vermittelt werden, die das Funktionieren innerhalb eines sozialen oder organisationalen Systems ermöglichen.

¹⁴ Vgl. Lenzen, Künstliche Intelligenz. Fakten, Chancen, Risiken, S. 59-77.

¹⁵ Vgl. Fine, D. J.: Human Nature, Free Will and Algorithms in the Light of Jewish Theology, in: Grunwald, A.: Wer bist du, Mensch? Transformationen menschlicher Selbstverständnisse im wissenschaftlich-technischen Fortschritt, Freiburg u. a.: Herder 2021, S. 375.

¹⁶ Ein Vergleich mit den Arten der Privatheit: Vgl. Nassehi, Muster, S. 305.

Für einen derartigen Vergleich existiert bislang jedoch nur eine begrenzte wissenschaftliche Quellenlage; vieles bleibt hypothetisch. Das Science-Fiction-Genre bietet hier interessante konzeptionelle Anknüpfungspunkte, indem es mögliche Zukunftsszenarien einer autonomen bzw. starken KI entwirft. Besonders aufschlussreich ist dabei die Figur des Androiden Data aus der Serie Star Trek, der nicht nur die Besatzung der USS Enterprise unterstützt, sondern zugleich einen Prozess selbstbestimmter Weiterentwicklung durchläuft. Obwohl sein rechtlicher Status als Maschine innerhalb der Handlung kontrovers diskutiert wird, übernimmt Data wiederholt Führungsverantwortung im militärischen Kontext – eine Darstellung, die Fragen nach Kompetenz, Verantwortung und ethischer Handlungsfähigkeit künstlicher Akteure aufwirft.¹⁷

Überträgt man diese Überlegungen auf reale militärische Kontexte, ließe sich der Einsatz KI-basierter Systeme in der Ausbildung von Soldat:innen – etwa im Grundwehrdienst – denkbar gestalten. Solche Systeme könnten sowohl Personalressourcen einsparen als auch eine konstant hohe Ausbildungsqualität sicherstellen. Gleichwohl müssen potenzielle ethische und rechtliche Risiken – etwa im Hinblick auf Datenschutz, algorithmische Voreingenommenheit oder fehlende Verantwortlichkeitsstrukturen – sorgfältig berücksichtigt und regulativ adressiert werden. Die Chancen, die ein solcher Einsatz bietet, sollten daher nicht vorschnell verworfen, sondern im Rahmen einer ethisch reflektierten Implementierung geprüft werden. In diesem Sinne lässt sich argumentieren, dass eine ethisch fundiert trainierte KI in ihrer Funktionsweise einem ethisch gebildeten Soldaten vergleichbar sein könnte.

Ein ethisch trainiertes KI-System für die Soldat:innenausbildung sollte sowohl die gesetzlichen und militärischen Normen als auch gewünschte Werte und Prinzipien – etwa militärische Disziplin und Fürsorge seitens der Kommandierenden – berücksichtigen. Dabei sollten dem System nicht nur starre Regeln vermittelt, sondern auch die Fähigkeit zur situativen Abwägung dieser Regeln im Hinblick auf organisatorische, institutionelle und individuelle Bedürfnisse einprogrammiert werden. Eine solche Abwägung käme insbesondere dann zum Tragen, wenn potenziell konkurrierende Anforderungen, wie beispielsweise die Strenge der Ausbildung und die Fürsorgepflicht, aufeinandertreffen. Die Umsetzung könnte dabei im Einklang mit KI-Tugenden, wie sie beispielsweise von Hagendorff diskutiert werden, erfolgen.

Die algorithmische Fairness korrespondiert in diesem Kontext mit der Tugend der Gerechtigkeit, da gerecht handelnde Akteure bestrebt sind, Ergebnisse ohne diskriminierende Einflüsse zu erzielen. Ebenso lässt sich das Prinzip der Transparenz mit der Tugend der Ehrlichkeit verbinden, da ehrliche Individuen Fehler offen kommunizieren und Forschungsergebnisse zugänglich machen. Das Prinzip der sicheren KI entspricht der Tugend der Fürsorge, da fürsorglich handelnde Maßnahmen ergreifen, um Sicherheit zu gewährleisten und potenzielle Schäden zu vermeiden.¹⁸ In bestimmten Situationen könnte dies bedeuten, dass die Sicherheitsanforderungen Vorrang vor dem Ausbildungszweck haben – etwa wenn die Fürsorge für die Soldat:innen eine strengere Handhabung von Trainingsrisiken erfordert. In einem solchen Fall würde die Gerechtigkeit, verstanden als gleiche Behandlung aller Auszubildenden, vorübergehend zugunsten der Sicherheitspriorität in den Hintergrund treten.

¹⁷ Zur Debatte über den Rechtstatus des Androiden Data: Vgl. Roddenberry, Gene, 1987-1994. Star Trek. The Next Generation. Folge 135.

¹⁸ Vgl. Hagendorff, A Virtue-Based Framework to Support Putting AI Ethics into Practice, S. 8f.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob KI-Systeme die Ausbildung im Grundwehrdienst autonom durchführen sollten, was der Konzeption einer starken KI entsprechen würde, oder ob eine kooperative Durchführung durch Mensch und KI – mit schwacher oder starker KI – vorzuziehen ist. Die endgültige Beantwortung dieser Frage wird vermutlich erst möglich sein, wenn entsprechende KI-Systeme im praktischen Einsatz verfügbar sind.

Ein zentraler Aspekt bleibt die Kontrolle der Einhaltung ethischer Prinzipien und Tugenden. Angesichts der potenziellen Gefährdung von Leib und Leben während der Ausbildung müssen Qualitäts- und Sicherheitsmechanismen implementiert werden. Analog zu bestehenden Kontroll- und Evaluationsstrukturen in Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen könnten KI-Systeme durch regelmäßige Überprüfungen und stichprobenartige Evaluierungen überwacht werden. Die Aktualisierung von Ausbildungsinhalten ließe sich über Software-Updates oder algorithmische Anpassungen realisieren. Solche Kontrollmechanismen könnten entweder ausschließlich durch menschliche Aufsicht, durch ein unabhängiges KI-System oder durch eine Mensch-KI-Kombination erfolgen, um sowohl die Effektivität als auch die ethische Integrität der Ausbildung zu gewährleisten.

Zukunftsperspektiven

Vor diesem Hintergrund ergeben sich zwei zentrale Fragestellungen hinsichtlich der Werteorientierung in der KI-Entwicklung:

Verfolgen wir weiterhin den gegenwärtigen Ansatz der kontinuierlichen Kontrolle, bei dem KI primär als Unterstützungs- oder Unterhaltungsinstrument dient?

Oder streben wir an, der KI der Zukunft eine wohlüberlegte ethische Programmierung zu ermöglichen, die als systematische Erziehung und Ausbildung verstanden werden kann und zugleich Raum für Selbst- und Weiterentwicklung eröffnet, sodass Mensch und KI als gleichberechtigte Partner in eine gemeinsame, gedeihende Zukunft eintreten?

Autor

Dr. Bartosz KUJAT

(geb. 1983) absolvierte 2003 den Zweig der technischen Informatik an der HTL BULME in Graz. 2009 erfolgte die Ausmusterung an der Theresianischen Militärakademie, danach war er in verschiedenen Funktionen beim ÖBH tätig, darunter Auslandstätigkeiten in Syrien, Bosnien und Herzegowina sowie Ungarn. Währenddessen studierte er vergleichende Religionswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität in Graz. 2018-2019 Leiter der Forschungscoordination im Bereich der *Cyber Defense* des ÖBH. Seit 2021 Forschungs- und Vortragstätigkeiten im Bereich des Instituts für Militäretische Studien (IMS), darunter zur KI-Ethik. 2023 Teamleitung zur Erstellung des Ethik-Beitrags zur KI-Strategie des ÖBH. Regelmäßige Vortragstätigkeiten im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen für Militär- und Polizeipersonal auf dem Gebiet religiös motivierter Konflikte sowie künstlicher Intelligenz.

Quellen

- BMK (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie): Strategie der Bundesregierung für künstliche Intelligenz, Wien: 2021.
- Europäische Kommission: Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakte der Union (2024), in: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32024R1689> [abgerufen am 07.07.2024].
- Fine, D. J.: Human Nature, Free Will and Algorithms in the Light of Jewish Theology, in: Grunwald, A.: Wer bist du, Mensch? Transformationen menschlicher Selbstverständnisse im wissenschaftlich-technischen Fortschritt, Freiburg u. a.: Herder 2021.
- Hagendorff, T.: A Virtue-Based Framework to Support Putting AI Ethics into Practice (2022), in: <https://link.springer.com/article/10.1007/s13347-022-00553-z> [abgerufen am 28.07.2024].
- Hochrangige Expertengruppe für künstliche Intelligenz: Ethik-Leitlinien für eine vertrauens-würdige KI, Brüssel: Europäische Kommission 2019.
- Kirchschläger, P. G.: Digitale Transformation und Ethik. Ethische Überlegungen zur Robotisierung und Automatisierung von Gesellschaft und Wirtschaft und zum Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“, Baden-Baden: Nomos 2024.
- Kujat, B.: KI- und Sicherheitsethik. Aspekte einer vertrauensvollen Regulierung 2025, in: Schriftenreihe des Instituts für Militärethische Studien 10, Wien: 2025.
- Lenzen, M.: Künstliche Intelligenz. Fakten, Chancen, Risiken, München: C. H. Beck 2020.
- Nassehi, A.: Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft, München: Beck 2019.
- Roddenberry, Gene, 1987-1994. Star Trek. The Next Generation.
- UNESCO-Empfehlung zur Ethik in der künstlichen Intelligenz, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission e. V. 2023.
- United Nations: Our Common Agenda Policy Brief 5. A Global Digital Compact – An open, free and secure digital future for all, UN 2023.
- Vowinkel, B.: Maschinen mit Bewusstsein. Wohin führt die Künstliche Intelligenz, Weinheim: Wiley 2012.

Anhang – Programm mit Teilnehmern

17. September 2025

ab 0900 Uhr	Registrierung	Eingang bei Wache (Stiftgasse 2a)
1000 Uhr bis 1100 Uhr	Begrüßung & Eröffnung <i>Grußworte</i> <i>Einweisung in das Generalthema</i>	Brigadier Mag. Jürgen WÖRGÖTTER (Stellvertretender Kommandant & Chef des Stabes/Landesverteidigungsakademie) General Mag. Rudolf STRIEDINGER (Chef des Generalstabes/BMLV) HR Dr. M. Christian ORTNER (Leiter Institut für Strategie und Sicherheitspolitik, ISS/LVAk)
1100 Uhr bis 1200 Uhr	Keynote <i>„Aktuelle Krisen und Konflikte (Zentrum und Peripherie) – Verschiebung der geopolit. Machtachsen?“</i>	Brigadegeneral DI Reiner SCHWALB, MSc (Bundeswehr, DEU)
1200 Uhr bis 1300 Uhr	Mittagspause (Aula)	
1300 Uhr bis 1500 Uhr	Panel I Strategie und Geopolitik <i>CHN – USA – RUS – EU</i> <i>-Chinas doppelte Rolle als Zentrum und Peripherie</i> <i>-Was hat die politische Kultur der USA mit ihrer Außenpolitik zu tun?</i> <i>-Russland: Politik, Macht, Zukunft.</i> <i>-EU und Geopolitik – eine Lageanalyse</i>	Moderator: Hon.Prof. HR Mag. Dr. Gunther HAUSER, (Leiter Referat Internat. Sicherheit ISS/LVAk) Mag. Barbara FARKAS (Forscherin ISS/LVAk) em. o. Univ.-Prof. Dr. Mitchell ASH (Univ. Wien) Kmsr Christoph BILBAN, BA BA MA (Forscher IFK/LVAk) Hon.Prof. HR Mag. Dr. Gunther HAUSER (Leiter Referat Internat. Sicherheit ISS/LVAk)
1500 Uhr bis 1530 Uhr	Kaffeepause (Aula)	
1530 Uhr bis 1730 Uhr	Panel II Umfassende Landesverteidigung (ULV) <i>Rahmenbedingungen und Umsetzung</i> <i>-Krisensicherheit auf Bundesebene</i> <i>-Geistige Landesverteidigung</i> <i>-Wirtschaftliche Landesverteidigung</i> <i>-Militärische Landesverteidigung</i>	Moderator: Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Dr. Wolfgang BAUMANN (Sicherheitspolitischer Berater/LVAk) MMag. Dr. Andreas SCHLEGEL (Stellvertretender Krisensicherheitsberater der Bundesregierung/BKA) GL Mag. Kristina MANDL (Leiterin Gruppe I/C, Leiterin Abteilung I/12, BM für Bildung) Major MR Ing. Georg MANLIK, BA MA Akad. Controller (Krisenmanager/BM für Wirtschaft, Energie und Tourismus) Brigadier MMag. Philipp SEGUR-CABANAC (Leiter FähEntwg & MobKzpn/MilStrat)

1730 Uhr bis 1815 Uhr	Abendpause (Aula)	
1815 Uhr bis 1915 Uhr	Festvortrag „Zentrum macht Peripherie – Zu einer künftigen Genealogie einer umfas- senden Unionsverteidigung“	ao. Univ.-Prof. MMag. DDr. Christian STADLER (Univ. Wien) Oberst des Generalstabsdienstes Mag. (FH) Lukas BACHMANN, PhD (Leiter Referat Taktik IHMF/LVak)
1915 Uhr bis 2100 Uhr	Vin d'honneur (Aula)	

18. September 2025

1000 Uhr bis 1200 Uhr	Panel III Krisen- und Konflikträume <i>Regionale Einblicke</i> -Chinas hybride Operationen im Südpazifischen Meer“ -Lateinamerika -Naher Mittlerer Osten -Zentralafrika	Moderator: Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Anton DENG (Leiter Institut für Frie- dens- und Konfliktforschung, IFK/LVak) Dr. Sarah KIRCHBERGER (Wissenschaftli- che Direktorin & Abteilungsleiterin, Strategi- sche Entwicklung in Asien-Pazifik/Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel) Prof. Dr. Johannes MAERK (FH Campus Wien) HR Dr. Walter POSCH (Forscher IFK/LVak) HR Dr. Gerald HAINZL (Forscher IFK/LVak)
1200 Uhr bis 1300 Uhr	Mittagspause (Aula)	
1300 Uhr bis 1500 Uhr	Panel IV Strategie & Militär <i>Entwicklungen und Trends</i> -„Operational Art“ in ihrer Ursprungs- form zur Bewältigung zukünftiger Heraus- forderungen -„Contested Logistics“: Ein Schlüsselthema militärischer Operationen -Rüstungs- und Technologiekonsequenzen für Europa: Drohnen und KI -„Future of War“	Moderator: Brigadier Mag. Berthold SANDTNER (Leiter Institut für Höhere Militärische Füh- rung, IHMF/LVak) Oberst des Generalstabsdienstes Mag. Jürgen WIMMER (Leiter Referat Operationen IHMF/LVak) Oberst des Generalstabsdienstes Prof. (FH) Mag. Andreas ALEXA (Leiter Referat Logistik IHMF/LVak) Dr. Gustav GRESSEL (Forscher ISS/LVak) Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. (FH) Daniel HIKES-WURM, MAS MA (Referent Sektion I - Generaldirektion für Ver- teidigungspolitik/BMLV)

1500 Uhr bis 1530 Uhr	Kaffeepause (Aula)	
1530 Uhr bis 1730 Uhr	<p>Panel V Technologie <i>Fähigkeiten für EUropa?</i></p> <p><i>-Ein Blick in aktuelle Entwicklungen aus der Informatik mit Fokus auf Fragestellungen aus der KI</i></p> <p><i>-Das EUropäische Satellitenprogramm</i></p> <p><i>-Das gläserne Gefechtsfeld und seine Herausforderungen – Ableitungen und Folgen zur derzeitigen russisch-ukrainischen Kriegsführung</i></p>	<p>Moderatorin: DI Dr. Birgit WOLLEIN (Abteilungsleiterin Zentrale Technische Angelegenheiten und Wiss-Komm BMLV)</p> <p>Prof. DI Dr. Johanna PIRKER, BSc (Professorin für Informatik an der TU München und an der TU Graz, Ratsmitglied im FORWIT)</p> <p>Oberleutnant DI Dr. Norbert FRISCHAUF (Systemingenieur CERN, Genf; Weltraumexperte BMLV)</p> <p>Oberst des Generalstabsdienstes Dr. Markus REISNER, PhD (Leiter Institut für Offiziersgrundausbildung/Theresianische Militärakademie)</p>
1730 Uhr bis 1815 Uhr	Abendpause (Aula)	
1815 Uhr bis 2000 Uhr	<p>Panel VI Ökonomie <i>Energie- und Finanzwirtschaft</i></p> <p><i>-Globale Lieferketten – Herausforderungen für EUropa und Österreich</i></p> <p><i>-Energiewirtschaft</i></p> <p><i>-Die wirtschaftliche Landesverteidigung (WLV) neu denken</i></p>	<p>Moderator: Hon.Prof. HR Mag. Dr. Gunther HAUSER (Leiter Referat Internat. Sicherheit ISS/LVak)</p> <p>Hon.Prof.(FH) MMag. Christian MANDL (Leiter Abteilung Europapolitik WKÖ)</p> <p>Oberstleutnant DI Dr. techn. Josef BOGENSPERGER (Konzernkrisenmanager und Leiter Physische Konzernsicherheit, VERBUND AG) Major des Intendanzdienstes Ass.-Prof. Mag. Dr. Gerhard SARIA (Univ. Wien und Wiss-Komm BMLV)</p>

19. September 2025

0900 Uhr bis 1100 Uhr	<p>Panel VII Umwelt & Gesellschaft <i>Herausforderungen einer transformierenden Weltordnung</i></p> <p><i>-Klima und Sicherheit</i></p> <p><i>-Religiös motivierter politischer Extremismus</i></p>	<p>Moderatorin: Dr. Claudia REITER, BA BSc MSc (Institute for Advanced Studies Vienna, Wiss-Komm BMLV)</p> <p>Sabrina KASCHOWITZ, MA MSc (Senior Researcher & Project Manager, FES)</p> <p>Mag. Lisa FELLHOFER, MBA (Direktorin Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus)</p>
-----------------------------	--	--

	<p><i>-Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur Europas</i></p> <p><i>-Demografischer Wandel</i></p>	<p>PD Dr. Judith KOHLENBERGER (Leiterin Forschungsinstitut für Migrations- und Fluchtforschung und -management an der WU Wien, Senior Researcher am OIIP und Affiliated Policy Fellow am Jacques Delors Centre Berlin)</p> <p>Dr. Claudia REITER, BA BSc MSc (Institute for Advanced Studies Vienna, Wiss-Komm BMLV)</p>
1100 Uhr bis 1130 Uhr	Kaffeepause (Aula)	
1130 Uhr bis 1330 Uhr	<p>Panel VIII Zukunft</p> <p><i>Szenarien – Wohin (mit) Europa?</i></p> <p><i>-Sicherheits- und Friedensperspektiven – wie gehen wir mit der Russlandkrise um?</i></p> <p><i>-Rüstungskontrolle: Ein Thema von gestern?</i></p> <p><i>-Künstliche Intelligenz als Schöpfung des Menschen aus ethischer Perspektive</i></p>	<p>Moderator: HR Mag. Dr. Felix SCHNEIDER (Leiter Referat Zeitgeschichte/ISS/LVak)</p> <p>Botschafter Fredrik LÖJDQUIST, BA MA (Direktor des Stockholmer Zentrums für Osteuropastudien, SCEEUS)</p> <p>Oberst a.D. Wolfgang RICHTER (Associate Fellow beim Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, GCSP)</p> <p>OR Dr. Bartosz KUJAT (Institut für Militär-ethische Studien, IMS/EvMilSupIntdtr und KI-Ethik-Beirat/BMLV)</p>
1330 Uhr bis 1400 Uhr	<p>Schlussbemerkungen</p> <p><i>„Mögliche Folgerungen und Ableitungen für Europa und die Militärische Landesverteidigung (MLV) Österreichs“</i></p>	<p>Generalmajor Mag. Roland VARTOK (Leiter Gruppe Direktion Verteidigungspolitik und internationale Beziehungen/BMLV)</p>
ab 1400 Uhr	Mittagsempfang (Aula)	

Konferenzmoderation: Oberst des höheren militärtechnischen Dienstes

Mag. Ernst FELBERBAUER (Referatsleiter Kommando/LVak)

Konferenzorganisation: Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Mag. Andreas WENZEL (Hauptlehroffizier & Forscher ISS/LVak)

Publikationen zu den Konferenzen 2023 und 2024



Den übergeordneten Rahmen der „**Konferenz 2024**“ bildeten die Begriffe: **Krise-Chaos-Katharsis**. Der Ukrainekrieg hat uns klar vor Augen geführt, dass Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Es braucht konkrete Maßnahmen, insbesondere auf europäischer und globaler Ebene, um Frieden, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten. Dieser Sammelband enthält Analysen zur Chaostheorie und Kriegsführung mit Hyperschallwaffen, wobei historische Beispiele wie die Kubakrise und die V-2-Rakete beleuchtet werden. Darüber hinaus werden die Ziele und Herausforderungen der G7 und BRICS+ sowie die Bedeutung des humanitären Völkerrechts und Österreichs Neutralität diskutiert. Ein weiterer Fokus liegt auf der Demokratiegefährdung durch Machtstreben und der Rolle der Geistigen Landesverteidigung für den „Wehrwillen“ in der Bevölkerung, untermauert durch empirische Daten.

ISBN: 978-3-903548-07-7; online verfügbar unter:

<https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3851>



Die „**Konferenz 2023**“ beleuchtete den Begriff der **Zeitenwende** als Reaktion auf den Ukraine-Krieg und die Notwendigkeit umfassender nationaler, europäischer und globaler Sicherheitsmaßnahmen. Diskutiert wurde insbesondere die Revitalisierung der „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV im B-VG Art. 9a). Ein zentraler Fokus lag auf der Analyse moderner Kriegsführung, speziell der Rolle von Künstlicher Intelligenz (KI) und autonomen Waffensystemen, sowie der Reflexion über mögliche „Gamechanger“ im Ukraine-Krieg. Ferner wurden gesellschaftliche Phänomene wie Narzissmus und die Herausforderungen der Energie- und Finanzpolitik im Kontext der aktuellen globalen Ordnung betrachtet, wobei die Bedeutung rechtsstaatlicher Prinzipien und internationaler Kooperationen unterstrichen wurde.

ISBN: 978-3-903359-81-9; online verfügbar unter:

<https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1199>



Vom 17. bis 19. September 2025 fand an der Landesverteidigungsakademie in Wien die „Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik“, diesmal unter dem Rahmenthema „Zentrum und Peripherie – Wohin (mit) EUropa?“, statt. Führende Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Militär waren gefordert, regionale und globale sicherheitspolitische Dimensionen zu beleuchten, aber auch zu hinterfragen. An den drei Konferenztagen konnte das geladene Auditorium, darunter Wissenschaftler in- und ausländischer Universitäten sowie Think-Tanks, Diplomaten und Experten, an insgesamt acht hochkarätig besetzten Panels mit spannenden Vorträgen und Diskussionen teilhaben. Ziel dieser Konferenz war es, mögliche Folgen für EUropa, aber auch für die „Umfassende Landesverteidigung“ der Republik Österreich anzusprechen.

„Wissenschaft ist der Kompass unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nur wer forscht, versteht die Dynamiken von Technologie und Gesellschaft und kann daraus robuste Strategien ableiten. Die Landesverteidigungsakademie bietet mit dieser Konferenz einen unverzichtbaren Rahmen, um wissenschaftliche Expertise zu bündeln und gemeinsam Antworten zu finden“, so Verteidigungsministerin Klaudia Tanner in der diesbezüglichen Presseaussendung.

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie organisierte diese Konferenz bereits zum dritten Mal. Erneut entschied man sich für einen interdisziplinären Ansatz. Denn strategische Sicherheit soll nicht allein als militärische Aufgabe verstanden werden, sondern als gesamtgesellschaftliches Phänomen mit Auswirkungen auf Zivilbevölkerung, Wirtschaft, Technologie, Politik und Umwelt.

<https://www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/iss/publikationen.php>

Landesverteidigungsakademie Wien

ISBN: 978-3-903548-24-4

